

Alexander Grossman

Nur das Gewissen



CARL LUTZ

und seine Budapester Aktion
Geschichte und Porträt

Im Waldgut



Alexander Grossman und Carl Lutz 1972

Alexander Grossman wurde in Pusztaszomolló bei Miskolc in Nordungarn geboren. 16jährig gründete er die Jugendorganisation «Blau-Weiss», war Mitbegründer der ungarischen «Hashomer Hatzair», dann Redakteur der Wochenzeitungen «Der Jude» und «Der Weg». Im Juni 1944 wurde er von der Gestapo verhaftet, am 29. September 1944 wieder freigelassen. In der Zwischenzeit verlor er durch Deportation seine ganze Familie und alle Angehörigen – 170 Personen.

In Carl Lutz' Rettungsaktionen hatte er den Status eines «Schweizerischen Diplomaten» und konnte sich in Ungarn frei bewegen, ausserdem liefen bei ihm sämtliche Fäden der jüdischen Organisationen zusammen.

1949 verliess er Budapest. Von 1951–1962 war er Redakteur der Zeitschrift «Die Zukunft».

Alexander Grossman lebt als freier Journalist und Schriftsteller in Genf.

Als in den Jahren 1942–1944 die Nazis in vielen europäischen Ländern die «Endlösung» für Juden durchführten (und auch Zigeuner, Sozialisten, Kommunisten und Kriegsgefangene in die Gaskammern schickten), verharrten die Regierungen der nicht kriegführenden Länder in ängstlicher Diplomatie.

In Ungarn hatte jedoch einer den Mut, sich – gegen den Willen seiner Regierung – auf die Seite der Verfolgten zu stellen. Der Schweizer Konsul Carl Lutz kämpfte mit Ideen, hervorragender Kenntnis der Situation, ausserordentlicher Energie und wohl auch mit einer Portion Gerissenheit für die Rettung von Juden und anderen Verfolgten.

Über 100 000 Menschen konnte er gemeinsam mit anderen neutralen Diplomaten, die seinen Plänen folgten, wie Friedrich Born, Raoul Wallenberg, Angelo Rotta usw., vor Deportation und Gaskammer bewahren (unter anderem mit Schweizer Kollektivpässen und Schutzpässen, die zu Vorlagen für die Schutzpässe anderer Staaten wurden).

Die Schweizer Behörden, allen voran Bundesrat von Steiger und Polizeichef Dr. Rothmund, betrachteten diese in ihrer Durchführung einmalige Aktion noch lange nach dem Krieg als «unstatthafte Kompetenzüberschreitung».

Alexander Grossman, der in Ungarn von Anfang dabei war, schrieb das längst fällige Porträt von Carl Lutz und die Geschichte der Rettungsaktion. Zugleich gibt Grossman umfassenden Einblick in die Gedankenwelt von Carl Lutz, in die politischen Entwicklungen dieser hektischen Zeit, er leuchtet sowohl den deutschen und ungarischen Machtapparat aus wie den der Grossmächte. Dazwischen stehen Bilder und Einzelschicksale, wie sie nur jemand schildern kann, der zu den direkt Betroffenen gehört.

Dieses Buch ist nicht nur die Geschichte eines mutigen Menschen und einer aussergewöhnlichen Tat, sondern zugleich ein ergreifendes, unmittelbares Stück Weltgeschichte.

«Seit ich aus Budapest zurück bin, habe ich das Gefühl, dass zwei verschiedene Menschen in mir wohnen. Einerseits mein wahres Ich, der humane Schweizer, der sich oft seines Schweizertums schämt; andererseits das zweite Ich, der zum Schweigen verurteilte Diplomat – ein Feigling, der widerspruchsslos, diszipliniert, mit schweizerischer Präzision die ihm übertragenen Aufgaben durchführt, der vorsichtig und sorgfältig darauf achtet, dass seine Vorgesetzten keinen Grund zur Unzufriedenheit haben.

In Budapest kannte ich noch keine Furcht. Dort kam noch der Humanist in mir zur Geltung. Ich handelte nach bester Überzeugung, ohne Bern zu fragen oder von dort unterstützt zu werden.»

Alexander Grossman

Nur das Gewissen

CARL LUTZ

und seine Budapester Aktion

Geschichte und Porträt

Verlag Im Waldgut

Die Saly Mayer Memorial Stiftung
hat dieses Buch mit einem
Beitrag unterstützt.

Alle Rechte vorbehalten
Copyright by Verlag Im Waldgut AG
1986

ISBN 3-7294-0026-6

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Verlag Im Waldgut
CH-8636 Wald

Inhalt

Vorwort	7
Carl Lutz	9
I Ein Schweizer Diplomat in Budapest.....	15
Ungarn und Hitlerdeutschland	17
Die Besetzung Ungarns und die Deportierung der Provinzjuden	33
Interventionen.....	38
Durchbruch des Nazismus und verspätete Reaktionen .	41
II Gegen die eigene Regierung und die USA-Bürokratie ..	51
III Gründung der Auswanderungsabteilung und Lutz' Kollektivpässe	54
IV Deutsche Geheimdokumente	62
Vertrauliche Informationen von Botschaftsrat Feine	63
Die Endlösung	70
Lutz über Eichmann, Veessenmayer und Grell	72
V Die Geschehnisse vor dem Sturm.....	77
Die Bürokratie in der Vadász-Gasse	77
Rettungsaktionen der Pionierbewegungen	79
Späte Erkenntnis	95
Bemühungen um die Wiederherstellung der ungarischen Souveränität.....	98
Baranyais und Horthys Interventionen	100
VI Sturm nach der Scheinruhe	105
Neuorganisation der Abteilung für fremde Interessen	105
Die Pfeilkreuzler-Regierung	127
Lutz'Auswanderungsbüro – einige seiner Mitarbeiter	150
Versuch zur Befreiung von Gestapo-Häftlingen	156
Hilfe von aussen	168
Der Todesmarsch zur Grenze	179
Pfeilkreuzler	180
Terror	181
Der Totengräber Ungarns.....	184
Das Ende	185

VII Carl Lutz und der Faschismus	189
«Der Dank des Vaterlandes»	189
Wilhelm Gustloff – David Frankfurter	195
Dr. Rothmund gegen die Verjudung	198
Die schweizerische Flüchtlingspolitik	200
«Wir alle wussten alles – wir alle aber schwiegen.»	204
Kollektivschuld.....	206
Lutz' Budapest-Bericht	209
Ein Brief von Dr. Heinrich Rothmund	224
Nachwort	230
Quellennachweis	231
Fotos.....	238
VIII Anhang	239
1 «Belle Epoque», Ritualmord – Prozesse und Pogrome	239
2 Gertrud Lutz	245
3 Die Fünfte Kolonne	246
4 «Pester Lloyd»	247
5 Kriegsverbrecher	249
6 Die «Endlösung»: Das Besprechungsprotokoll der Wannsee-Konferenz	255
7 Dr. Heinrich Rothmund.....	264
8 Schweizer Ehrendoktorat für Mussolini	264
9 Der Fall des Professors Körösy.....	265
10 Die Toten	267
11 Die Überlebenden	269
12 Friedrich Born – Ottó Komoly	271
13 Raoul Wallenberg	272
14 «Tijul» – Flucht vor der Vernichtung	273
15/16 Mitarbeiter	274
17 Lutz bei Horthy	276
18 Die Gefallenen der Pionierbewegung	277
19 Organisationsaufbau	278
Namenregister.....	279

Vorwort

Dieser Bericht könnte auch den Titel tragen: «So war es», denn er beinhaltet Tatsachen und Geschehnisse, an denen ich aktiv oder passiv teilhatte. Grundlagen dieses Buches sind mehr als zwei Jahrzehnte der Freundschaft und des Gedankenaustausches mit Carl Lutz.

Bei der ersten Sitzung der Dachorganisation der ungarischen Juden nach der Befreiung in Budapest wurde einstimmig mein Vorschlag angenommen, ein jüdisches Ehrengericht zu konstituieren, das allein über jede Anklage gegen Juden im Zusammenhang mit Holocaust oder Kollaboration urteilen sollte – kein ehemals Verfolgter sollte wegen solcher Anklagen vor ein öffentliches Gericht kommen. Vier Jahrzehnte vergingen, bis ich mich entschloss, die historischen Tatsachen in ihrer ungeschminkten Wahrheit an die Öffentlichkeit zu bringen. Dabei folgte ich nicht nur Lutz' Meinung zu dieser Frage; von grossem Einfluss auf mich war auch die Haltung von Bundesrat Dr. Feldmann, mit dem ich bei zwei Gelegenheiten ausführliche Gespräche führte. Seine Meinung war, dass wir im Hinblick auf die Zukunft verpflichtet wären, auch schmerzende Themen offen zu behandeln. Das legte er auch bei der Sitzung des Ständerates vom 6. März 1958 dar:

Bundesrat Feldmann: Man kann ein Problem, wie es uns heute beschäftigt, auf zwei Arten behandeln. Man kann unangenehme Erinnerungen verdrängen, sie unwirsch beiseite schieben und sich fragen, was es überhaupt für einen Sinn habe, sich heute über eine «alte Angelegenheit», die zum Teil 20 Jahre zurückliegt, noch den Kopf zu zerbrechen. Man kann aber auch ein anderes Verfahren einschlagen; man kann sich bemühen, soweit es überhaupt möglich ist, die Tatsachen festzustellen, der Wahrheit möglichst nahe zu kommen und aus den Erfahrungen der Vergangenheit die Lehren für die Zukunft zu ziehen. Der Bundesrat hat den zweiten Weg gewählt, und er ist der Meinung, es sei keine Pedanterie und kein masochistisches Wühlen im eigenen Schuldgefühl, wenn wir uns heute ein Problem aus der Kriegszeit und Vorkriegszeit wieder vergegenwärtigen.

Thema dieser Ständeratsitzung war die Flüchtlingspolitik der Schweiz; bei dieser Gelegenheit wurde auch Carl Lutz (mit 13 Jahren Verspätung) moralisch rehabilitiert. Man hatte ihm vorher «Kompetenzüberschreitung» vorgeworfen, weil er seine grosse, erfolgreiche Rettungsaktion für verfolgte ungarische Juden ohne Zustimmung der Berner Regierung durchgeführt hatte.

Noch leben Zehntausende derer, die Zeugen zu meinem Bericht sein können. Auch von jenen, an denen ich Kritik übe (mit oder ohne Namensnennung), sind manche noch unter uns. Ich beabsichtige nicht, jemanden zur Verantwortung zu ziehen – aber zu schwerwiegenden, unverzeihlichen Fehlern darf man nicht schweigen. Denn wie Generalkonsul Lutz und Bundesrat Dr. Feldmann wiederholt betonten, muss man für die neuen Generationen die Wahrheit über die Vergangenheit im Interesse einer besseren Zukunft aufdecken.

Carl Lutz

Die Bewältigung der jüngsten Vergangenheit hat auch in der Schweiz noch nicht stattgefunden. Zuviel falsche Rücksichtnahme, Wunschdenken und Opportunismus vernebeln das Bewusstsein der Öffentlichkeit. Immerhin, meinte man, Stolz und Dankbarkeit müssten jenen Persönlichkeiten sicher sein, die, wenn auch entgegen den Weisungen der offiziellen Schweiz, so doch im Einklang mit den Idealen des Vaterlandes, Tausenden von Verfolgten geholfen haben. Wie Carl Lutz zum Beispiel, der sich als Chef der Abteilung für fremde Interessen der schweizerischen Gesandtschaft in Budapest mit ganzer Kraft für die Opfer des nazistischen Terrorregimes eingesetzt hat. Doch wer kennt Carl Lutz?

Während 44 Jahren war Carl Lutz im diplomatischen Dienst für sein Vaterland tätig. Im Laufe dieser Jahre lernte er mehrere Kontinente, die verschiedensten Länder kennen, sah viel, lernte viel, sammelte Erfahrungen. Er war ein rechtschaffener Mensch mit geradlinigem Denken, ein wahrer Humanist, der unerschütterlich an das Gute glaubte.

Ich lernte ihn 1944 in Budapest kennen. Die enge Freundschaft, die sich einige Jahre nach unserer ersten Begegnung zwischen uns entwickelte, sollte bis zu seinem Tod dauern. In zahlreichen Gesprächen lernte ich sein Wesen und Denken immer besser kennen. Nach und nach erzählte er mir die Geschichte seines Lebens und übergab mir auch wichtige Dokumente als Vermächtnis für die nachkommende Generation.

In einem einfachen Elternhaus im Kanton Appenzell durfte Carl Lutz eine glückliche Kindheit erleben. Freude an der Arbeit, der Glaube an das Gute und wahrhaft Menschliche und ein uneingeschränktes Engagement für die Mitmenschen waren die wichtigsten Werte, die ihm seine Eltern vermittelten.

Seine Jugendzeit fiel noch in die sogenannte «Belle Epoque»- aber diese angeblich so «schöne Zeit» war alles andere als friedlich und menschenfreundlich (s. Anhang 1). Um die Jahrhundertwende wurden die grausamsten Kolonialkriege geführt, und in Europa wurden die Massen von einer privilegierten Minderheit beherrscht, deren Vorrechte durch Gesetze und über den Besitz von Kapital

und Produktionsmitteln gesichert waren. Die technische Entwicklung und zunehmende Industrialisierung begünstigten die Minderheit; die menschliche Arbeitskraft war billig, denn noch immer gab es mehr Arbeitskräfte als Arbeitsplätze. Nur ein Land gab es damals, das Lebensmöglichkeit für alle bot: die Vereinigten Staaten von Amerika. Freilich war die allgemeine soziale Lage auch dort nicht gut, und die Arbeitslöhne waren niedrig. Aber es gab Arbeit für jeden, und zumindest dem Buchstaben nach hatte jeder Mensch die gleichen Rechte.

Damals begann die Massenauswanderung in das «Land der unbegrenzten Möglichkeiten». Auch Carl Lutz fuhr mit 18 Jahren nach Amerika, arbeitete in St. Louis, studierte in Warrenton, und dann fand er 1913 eine Anstellung in der schweizerischen Gesandtschaft in Washington. Ausführlich beschäftigte er sich mit der Geschichte Amerikas. Abraham Lincoln, dieser Vorkämpfer für die Menschenrechte, wurde zu einem idealen Leitbild für den jungen Mann, und die Tatsache, dass die vielen aus Europa eingewanderten Minderheiten ungehindert ihre Individualität leben und dennoch vollwertige Mitglieder der Gesellschaft sein konnten, beeindruckte ihn zutiefst. In dieser amerikanischen Gesellschaft schien er seinem Traum von Gerechtigkeit und Gleichheit für alle näher zu sein.

Im Juni 1914 fielen in Sarajevo jene Schüsse, die die Welt verändern sollten. Der damals zwanzigjährige Carl Lutz, der eben dabei war, sich in Amerika einzuleben, erlebte eine tiefgreifende Erschütterung, die unauslöschliche Spuren in seinem Charakter und in seiner Einstellung zum Leben hinterliess. Und nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gab es bald wieder ein Ereignis, das auf Lutz wie ein Schock wirkte: Im Jahr 1921 wurden die italienischen Anarchisten Sacco und Vanzetti wegen angeblichen Raubmordes aus politischen Gründen verhaftet und im Jahre 1927 hingerichtet, obwohl sie ganz offensichtlich unschuldig waren. Lutz' Gerechtigkeitsgefühl wurde durch dieses Urteil zutiefst verletzt; erste Zweifel an der amerikanischen Form der Demokratie tauchten in ihm auf. Aber er spann seine idealistischen Träume weiter, und er suchte in der Gesellschaft, in den Menschen, in seiner Umgebung weiter das Gute, das Humane.

In Amerika lernte er seine spätere Frau Gertrud Fankhauser (s. Anhang 2) kennen, die ebenfalls an der schweizerischen Gesandtschaft arbeitete. 1934 fuhren die beiden für einen kurzen Urlaub in die Heimat, von wo sie jedoch nicht mehr nach Amerika

zurückkehrten; das Aussenministerium in Bern versetzte Carl Lutz in den Vorderen Orient. Nach rund fünf Jahren Dienst in Palästina wurde er nach Bern zurückberufen, wo er bis Januar 1942 im Aussenministerium arbeitete. Auf der Rückreise traf er den damaligen Botschafter Hitlerdeutschlands in der Türkei, von Papén. Wie hätte er damals ahnen sollen, vor welcher schweren Aufgabe ihn der Zweite Weltkrieg für 3/4 Jahre stellen würde (von Januar 1942 bis März 1945). Wie hätte er ahnen können, dass ihn die Ereignisse dazu treiben würden, sich den Intentionen seiner eigenen Regierung entgegenzustellen.

Zehn Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs, als er die geschichtlichen Ereignisse und seine eigenen Taten bereits aus historischer Distanz beurteilen konnte, begann Lutz, seine Erfahrungen jener Jahre zu analysieren. Dies aus der Überzeugung heraus, dass für jeden, der aktiv oder passiv diese traurigste Epoche der Weltgeschichte – das Entstehen und die Blütezeit des Nationalsozialismus, die Greuel des Zweiten Weltkrieges – miterlebt hat, die Verpflichtung besteht, alles festzuhalten. Denn erst die gründliche Untersuchung der nationalsozialistischen Barbarei und der Art und Weise, wie die demokratischen Mächte darauf reagierten, das Kennen der Zusammenhänge, das Erforschen der Ursachen und psychologischen Hintergründe, würde die Völker den Weg zu wahrer Humanität finden lassen. Würde helfen, auf der ganzen Welt Frieden zu schaffen; einen Frieden, der auf den Menschenrechten, der Freiheit des Individuums und auf der Gleichheit aller Menschen beruht.

«Die friedliche Zukunft der Welt hängt davon ab, ob die kommenden Generationen die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge des Zweiten Weltkriegs entwirren können. Ob sie sich einer Politik entgegenstellen werden, die im Zweiten Weltkrieg zum Untergang von 55 bis 60 Millionen Menschen, zur Ausplünderung von Hunderten von Millionen führte. Ob sie die Kraft haben werden, die Wahrheit zu erkennen und aufgrund von historischen Dokumenten die Konsequenzen aus der Vergangenheit zu ziehen. Ob sie aus den Verbrechen, Irrtümern, Lügen und Fälschungen der ‚Grössen‘ der jüngsten Vergangenheit, die an diesem entsetzlichen Weltenbrand Schuld hatten, lernen werden. Ich rede nicht von der Verantwortung einzelner Nutzniesser dieser grausamen Zeit, nicht von jener des fanatisierten Pöbels, noch von der Verantwortung der eigentlichen Verbrecher. Ich denke an die Verantwortung der lega-

len Regierungen und der Kirchenfürsten. Als die brutalste Epoche der Geschichte zu Ende war, befassten sich diese zwar ernstlich mit den Kriegsverbrechen, aus politischen Erwägungen aber bald schon nur noch sehr zögernd. Und die Frage, wie der Nationalsozialismus an die Macht kommen, wie die primitive Rassentheorie sich verbreiten konnte – diese Frage wurde überhaupt nicht berührt. Mit der Verantwortung der Regierungen und der Staatsmänner der demokratischen und sozialistischen Staaten befasste man sich nicht. Die Verantwortung kann aber nur in zweiter Linie den die Völker irreleitenden, fanatisierenden nationalsozialistischen Lehren zugeschrieben werden. Die eigentliche Verantwortung haben jene, die der Entwicklung des Faschismus und Nationalsozialismus zusahen, sie gar unterstützten; jene Regierungen (unter ihnen auch der Vatikan), die den Faschisten und Nationalsozialisten die Hand reichten, sie offiziell anerkannten, Abkommen mit ihnen trafen. Die ganze demokratische Welt und die Kirche. Man kann sie nicht damit entschuldigen, dass sie im scheinbaren Interesse ihrer Länder handelten. Es störte sie nicht, auch Stalins Russland nicht, dass die Deutschen und ihre Vasallen die Sozialisten, Kommunisten, Demokraten und alle fortschrittlich Denkenden – und vor allem die Juden – verfolgten und in Konzentrationslagern vernichteten. London, Paris, Washington ‚wussten nichts davon‘, was in Ungarn bei der Machtübernahme durch Horthy geschah, als Hunderte von Bauern und Juden ermordet und noch weitaus mehr ausgeplündert wurden. London, Paris, Washington ‚wussten nichts davon‘, was nach Mussolinis Machtergreifung in Italien geschah – es waren ja in erster Linie Sozialisten, die der ehemalige Sozialist Mussolini umbringen liess ... Und London, Paris, Washington ‚hatten keine Ahnung‘ von den Verbrechen, welche die deutschen Nazihorden bereits während des Jahrzehnts vor der endgültigen Machtergreifung begingen. Sie ‚wussten auch nicht‘, was in Österreich nach dem Zwangsanschluss geschah. Sie wussten nichts‘ von der Kristallnacht, der mörderischen, von oben organisierten Aktion in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938. Die Bluttaten, die Misshandlungen von Juden, die Plünderungen, das alles war den Grossmächten, der Kirche, der ganzen Welt ‚unbekannt‘ geblieben. Man sah daran vorbei, ohne etwas dagegen zu tun. Warum? Es bleibt ewig die Frage: Warum? Die ganze Welt hat ‚nichts davon gewusstb, genauso wenig wie von den ‚Nümberger Rassegesetzen, die bereits am 15. September 1935 veröffentlicht worden waren. Niemand hat gewusst,

dass die am 20. April 1939 selbständig gewordene Slowakei unter Staatspräsident Tiso, dem römisch-katholischen Priester und frommen Ministerpräsidenten Tuka sowie Pfarrer Hlinka die ‚Entjudung‘ legalisierte. Und niemand ‚wusste davon‘, dass nach der Besetzung Jugoslawiens am 6. April 1941 die ‚Ustascha‘-Partei, die faschistisch-katholische Bewegung Kroatiens, an die Macht kam.

Die Ausrottung der Serben und der Juden stand auf ihrem Parteiprogramm; ihr geistiger Anführer Ante Starcevic verkündete offen, dass ‚Serben eine Aufgabe für den Schlachthof‘ seien. Mitte April 1941 wurde Ante Pavelic Staatschef des unabhängigen Kroatiens, obwohl er sowohl von Paris als auch von Belgrad ‚in Abwesenheit‘ zum Tode verurteilt worden war; das Attentat von Marseille auf den französischen Aussenminister und den jugoslawischen König Alexander war von Pavelic organisiert worden. Aber er war ein getreuer Gefolgsmann sowohl des Vatikans als auch Hitlers. Als Staatschef rottete er mit seinen Mörderbanden den Grossteil der Juden Kroatiens aus und brachte Hunderttausende von Gläubigen der Serbisch-Orthodoxen Kirche auf so bestialische Weise um, dass sogar die SS dagegen protestierte. Niemand protestierte, als das faschistische Rumänien die Judenschaft der Bukowina, Bessarabiens, Transistriens und Odessas folterte, beraubte und ermordete. Niemand wusste davorn, dass im Juli/August 1941 um die 20'000 Juden als ‚Galizier‘ und sonstige ‚Ausländern aus Ungarn abtransportiert und zusammen mit weiteren 20'000 Juden aus der Ukraine in Kamenetz-Podolsk ermordet wurden. Das ‚menschliche Gewissen‘ des Vatikans, Washingtons, Stockholms erwachte selbst dann noch nicht, als die Regierung des katholischen Horthy-Ungarn unter Anleitung der Gestapo nach dem Einmarsch der Deutschen vom 19. März 1944 innerhalb von drei Monaten 435'000 Juden deportieren liess. Erst am 25. Juni 1944, als die deutschen Besatzer und ihre Vasallen das Naziprogramm zur ‚Endlösung der Judenfrage‘ bereits durchgeführt hatten, als die Provinz total ‚judenrein‘ war, wandte sich der Papst an den Reichsverweser Ungarns. Auch Roosevelt protestierte erst energisch am 26. Juni 1944. Vorher ‚hatte man nichts gewusst von den Rassenverfolgungen durch die Deutschen und ihre Satellitenstaaten; von den Konzentrationslagern, vom Verhalten gegenüber ideologischen Gegnern, von den Morden an Sozialisten, Kommunisten und Demokraten, von der grausamen Behandlung der Kriegsgefangenen. Und England tat die authentischsten Berichte als Greuelmärchen ab. Man legte sie mit der Be-

gründung ad acta, dass die von den Deutschen und ihren Vasallen durchgeführten Verfolgungen nicht bewiesen seien.

Die offiziellen Vertreter aller Länder schwiegen, bemäntelten die Tatsachen. Der schwedische König erhob erst am 30. Juni 1944 mit einem Schreiben an Horthy Protest. Und die britische Regierung noch später. Warum so spät?

Die Deportationen wären verhinderbar gewesen, hätten sich die USA, England, Schweden, die Schweiz, das Internationale Rote Kreuz, vor allem aber der Vatikan beizeiten eingeschaltet und ihre Tore den Verfolgten geöffnet. Hätte sich der Papst mit aller Entschiedenheit an die katholischen Würdenträger und an die Gläubigen aller Länder gewendet und hätte Roosevelt nicht erst nach Ausrottung der europäischen Juden mit energischen und wirkungsvollen Repressalien gedroht. Warum diese grosse Verspätung in der Bereitschaft zur Hilfeleistung? Warum erfolgte sie erst, als der Zusammenbruch Deutschlands und seiner Vasallen schon zweifelsfrei feststand? Warum erst dann, als annähernd sechs Millionen Juden und sechs Millionen Nichtjuden unter grössten seelischen und körperlichen Qualen in Vernichtungslagern zugrunde gegangen waren?

Man muss der neuen Generation die Wahrheit in ihrer ganzen Bedeutung zur Kenntnis bringen. Aber: Wird diese Erkenntnis auch tatsächlich zur Folge haben, dass künftig zwischen den Menschen kein Unterschied mehr gemacht wird? Wird je die Zeit kommen, in der Humanität – Menschenliebe – Nächstenliebe – nicht bloss Schlagworte zweifelhaften Wertes sind? Werden wir es erleben, dass Friedensbewegungen nicht bloss Werkzeug für Grossmachtinteressen sind? Wird eine Zeit kommen, da Demokratie zur Wirklichkeit wird? Eine Zeit, da Menschenrechte, Freiheit, die (auf Papier) glänzend formulierten verfassungsmässigen Rechte, Presse- und Redefreiheit, das Recht auf freie Meinungsäusserung, das Recht auf freie Bewegung der Völker, nicht nur salbungsvolle Theorie, sondern Wirklichkeit sein werden? Werden Gelehrte, Künstler, Schriftsteller, Journalisten, Politiker nicht mehr nur Marionetten der Grossmächte sein? Wird es dann einmal keine bezahlten Schreiberlinge mehr geben? Und werden im Interesse der Grossmächte keine Geschichtsfälschungen mehr vorgenommen werden?»

Carl Lutz hat an die Utopie einer wirklich menschlichen Gesellschaft geglaubt und bereits im Zweiten Weltkrieg mit seiner Handlungsweise ein Beispiel dafür gegeben.

I Ein Schweizer Diplomat in Budapest

Nachdem Carl Lutz durch Jahrzehnte diplomatische Erfahrungen in Amerika und in Palästina gesammelt hatte, betraute ihn das schweizerische Aussenministerium mit einer neuen und sehr verantwortungsvollen Aufgabe. Nach der Kriegserklärung Ungarns an die USA und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten am 13. Dezember 1941 ersuchte man Carl Lutz, die Leitung der Abteilung «schweizerische Gesandtschaft-fremde Interessen» in der Hauptstadt von Ungarn, Budapest, zu übernehmen. Lutz fuhr von Bern mit seiner Frau Gertrud nach Budapest und trat am 2. Januar 1942 den neuen Posten an. Sein Aufgabengebiet war fast unüberblickbar, es umfasste die Vertretung der Belange – r Staaten: USA, Grossbritannien mit Kolonien und Dominions – darunter auch Palästina, Belgien, Jugoslawien, Ägypten, Uruguay, Paraguay, Haiti, Venezuela, Honduras, später auch San Salvador und Rumänien. Carl Lutz organisierte die «Abteilung für Fremde Interessen» der schweizerischen Gesandtschaft in Budapest im Gebäude der amerikanischen Gesandtschaft am Szabadság tér (Freiheitsplatz) mit 18 schweizerischen Angestellten. Er hatte in seiner neuen Funktion die Aufgabe, für die zurückgebliebenen Staatsangehörigen der erwähnten – für Ungarn nunmehr feindlichen – Staaten zu sorgen, ihre Interessen zu vertreten und die diversen Gesandtschaftsgebäude unter Schutz zu nehmen.

Schon kurz nach seiner Ankunft in Budapest befasste sich Lutz mit der Betreuung von 600 amerikanischen und 300 englischen Staatsbürgern. Weder England noch Amerika hatten die «Lutz-Schutzmachtabteilung» bevollmächtigt, bei auftauchenden Problemen Entscheidungen zu fällen; man hatte dort daher nicht einmal das Recht, die abgelaufenen englischen oder amerikanischen Pässe zu verlängern. Alle Ansuchen mussten nach Bern gesandt werden; von Bern wurden sie an die betreffenden Länder weitergeleitet; auf dem gleichen umständlichen Wege kamen die Papiere wieder nach

Budapest zurück. Wieviel Aufregung bedeutete das für die Betroffenen! Diese Bürokratie der Engländer und Amerikaner traf besonders die jüdischen Inhaber von «Affidavits» schwer. Die offizielle Bestätigung des Rechtes auf Einwanderung nach Amerika oder England durch die Schutzmachtabteilung bedeutete während der Judengesetze in Ungarn einen entschiedenen Vorteil. Lutz sprach oft darüber, wie schmerzlich er das Festhalten an bürokratischen Formalitäten durch demokratische Mächte im Zeitalter des gefährlichen Nazismus empfand. Wieviele Unschuldige hätten vor dem Tod gerettet werden können, hätte man bei Anwendung der Paragraphen menschliches Gefühl walten lassen. Doch konnte Lutz die Angelegenheiten der englischen und amerikanischen «Affidavit-Inhaber gut lösen, weil ihn die zuständigen ungarischen Stellen in jeder Hinsicht unterstützten. Lutz führte diese Aktion so grosszügig wie möglich durch. Er anerkannte alle Personen als amerikanische Staatsbürger, die wenigstens einen Brief vorweisen konnten, wonach ihre amerikanischen Verwandten oder Freunde sich um eine Einreisebewilligung, beziehungsweise um ein «Affidavit» bemühten. Weiter vereinbarte Lutz mit den ungarischen Behörden, dass die von ihm als amerikanische oder englische Staatsbürger anerkannten Personen in zwei, unter Schweizer Schutz stehenden Gebäuden, wohnen konnten bis zu ihrer Abreise. Einer der Gesandtschaftsangehörigen referierte in einem grösseren Artikel über die Ergebnisse von Lutz' erster Rettungsaktivität in Budapest. Der Bericht erschien in der Berner Tageszeitung «Der Bund» am 16. Juli 1942 als Leitartikel unter dem Titel: «Auch ein Stück Liebeswerk zwischen den Fronten. Die Vertretung fremder Interessen durch die Schweiz in kriegsführenden Staaten». In diesem Artikel schrieb der Autor: «Jedenfalls geschieht die Arbeit, die in ihrer Art ein Stück Liebeswerk zwischen den Fronten darstellt, in dem Geiste, den die Auftraggeber gerade von schweizerischen Vertretern ihrer Interessen erwarten: in dem Willen, Bedrängten zu helfen und die Wunden, die der Krieg überall schlägt, zu lindern und zu heilen. In Ungarn hat diese Tätigkeit vielleicht dadurch eine besondere Note, dass sie eben Angehörige so verschiedener Nationalität und mitunter recht strittiger Staatsbürgerschaft angeht – Menschen, die unter anderen Verhältnissen eher den Ausgang des Krieges in fremdem Land hätten abwarten können, wenn nicht so viele Staaten in den Krieg verwickelt worden wären.»

Die Zeitung war im Jahre 1942 stolz auf Lutz' Tätigkeit in Un-

garn – aber schrieb kein Wort darüber, dass damals die schweizerische Regierung Tausende von Flüchtlingen von der Grenze zurück in den sicheren Tod schickte.

Ungarn und Hitlerdeutschland

Carl Lutz beschäftigte sich besonders eingehend mit der Haltung der gebildeten, intelligenten Aristokraten Ungarns (er meinte dabei nicht die verkommenen, dekadenten, geistig und oft auch materiell bankrotten Adelsschichten) sowie des gebildeten Mittelstandes – beide unterstützten den Feudalismus. Lutz meinte dazu, man dürfe den zersetzenden Einfluss der grossen deutschen Propaganda nicht unterschätzen; schliesslich arbeitete die auf Rassenbasis organisierte «Fünfte Kolonne» auf der ganzen Welt ausgezeichnet (s. Anhang 3). Sie war in Österreich, Ungarn, in der Tschechoslowakei, in Rumänien, England und im fernen Amerika tätig – es gab überhaupt kein Land, wo die deutschen Agenten nicht am Werk gewesen wären. Die Nationalsozialisten organisierten alle in der ganzen Welt lebenden Deutschen in einer Rassengemeinschaft.

Aber der Einfluss der deutschen Propaganda allein hätte die Haltung des feudalen Ungarn unter Horthy noch nicht begründet. An der Spitze aller Regierungen dieser Epoche standen Abkömmlinge alter Adelsfamilien. Diese Leute mussten sich offensichtlich im klaren darüber sein, dass die politischen Ziele Hitlerdeutschlands in jeder Hinsicht den Interessen Ungarns – sowohl der ungarischen Bevölkerung im Allgemeinen als auch der feudalen ungarischen Aristokratie – widersprachen. Es war anzunehmen, dass sie Hitlers «Mein Kampf» gelesen hatten und ebenso die «wissenschaftlichen» Werke seiner geistigen Vorfahren auf gesellschaftlichem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Diese Werke bildeten ja die Basis für Hitlers «Ideologie» von «Grossdeutschland» und der «Neuordnung der Welt». Im November 1926 schrieb Hitler:

«Ein Staat, der im Zeitalter der Rassenvergiftung sich der Pflege seiner besten rassischen Elemente widmet, muss eines Tages zum Herrn der Welt werden.»

Stellten sich die Ungarn vor, dass sie bei diesen Weltherrschaftsplänen eine Ausnahme bilden würden? Wären die Gehirne der einflussreichen Ungarn nicht von der Idee des «Rassenschutzes» verne-

belt gewesen, hätten sie aus dem «theoretischen Schrifttum» Hitlers und seiner «Theoretiker» feststellen können, dass der Nazismus nur Verderben über Ungarn bringen konnte. Hitlerdeutschland machte ja gar kein Geheimnis daraus, dass es in erster Linie die Völker Europas, dann aber auch die der ganzen Welt in den Dienst der «höherstehenden deutschen Rasse» stellen wollte und aus ihnen Knechte und Vasallen der Deutschen zu machen beabsichtigte. Die führenden Schichten Ungarns hätten sehr wohl wissen können, dass die deutsche Expansionspolitik die revisionistischen Träume der Ungarn nicht fördern konnte. Hätten sie das Wesen der nationalsozialistischen Grundprinzipien analysiert, hätten sie feststellen müssen, dass es in der Politik Hitlerdeutschlands keinen einzigen für Ungarn positiven Punkt gab. Diese Grundprinzipien waren: die Wertung des deutschen Volkes als höhere Rasse und als Konsequenz die Forderung, dass die übrigen Völker den Deutschen zu dienen hätten (natürlich auch die Ungarn, und übrigens auch die Schweizer), sowie die Forderung nach «Lebensraum». Bei gründlicher Analyse hätte man die Hintergründe all dieser Schlagworte erkennen können und ebenso die planmässige Unterminierung Ungarns durch die «Fünfte Kolonne». Aber die Führung Ungarns bestand aus Egoisten, die ausnahmslos individuellen Interessen und den Interessen einer privilegierten Klasse dienten, während rundum die Korruption blühte. Diese Führung kümmerte sich nicht um die Ziele Hitlerdeutschlands. Die Besetzung gewisser Gebiete durch die Deutschen unter dem Vorwand der «rassischen Gemeinschaft» stand im Gegensatz zu den Argumenten, welche die ungarischen Revisionisten für die Rückforderung von Territorien verwendeten. Die im Sinne des unglückseligen Friedensvertrages von Trianon abgetrennten Landesteile waren ja zum Grossteil gemischtsprachig, so dass man sich hier nicht gut rein auf «Rassenbasis» berufen konnte, sondern nur auf jahrhundertealte, historisch begründete Rechtsansprüche. Die nüchtern und klar denkenden Schichten der ganzen Welt waren sich darüber einig, dass (falls nicht durch Initiativen innerhalb Deutschlands selbst das Nazisystem gestürzt würde) die deutsche Expansionspolitik und die deutsche Aggression zu einer weltweiten Katastrophe führen mussten.

Aber in Ungarn siegte die Hoffnung auf ein Weiterbestehen des Feudalsystems; und unter dem Einfluss des korrupten Mittelstandes wurde Ungarn zum Vasallen Deutschlands. Die Furcht vor dem Kommunismus, die lähmende Wirkung des ungerechten Vertrages

von Trianon, die rassistisch-antisemitische Propaganda nahm auch den realistischer denkenden Ungarn den klaren Überblick und riss sie mit in die allgemeine Strömung. Sie erwachten auch dann nicht zu besserer Einsicht, als Deutschland und die Sowjetunion den Nichtangriffs- und geheimen Freundschaftspakt miteinander knüpften. Dieser Pakt hatte zur Folge, dass die ungarische Presse nunmehr nach deutschem Vorbild nicht mehr ständig dazu aufrief, mit allen Kräften gegen den «destruktiven jüdisch-plutokratischen Bolschewismus» zu kämpfen. Vielmehr lobte sie nun die Sowjetunion und verkündete auf den Titelseiten, dass auch Russland «die zerstörende, destruktive, vaterlandsverräterische Haltung der Juden erkannt hätte und nunmehr das öffentliche Leben Russlands und seine Verwaltung von den verbrecherischen Juden befreie». Selbstverständlich brachte die gleiche ungarische Presse nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion im Jahre 1941 sofort wieder Leitartikel im früheren Stil über die «Gefahren des jüdisch-plutokratischen Kommunismus».

Lutz sah die Ursache für die unglückliche aussenpolitische Orientierung Ungarns und der übrigen europäischen Vasallen nicht nur in der tiefgreifenden – und durch die «rollende Deutsche Mark» gründlich bestärkte – Korruption. Auch nicht nur in der Klassenpolitik der Feudalherren und des Industrie-Grosskapitals; nicht nur in der Ungerechtigkeit der Friedensverträge von Versailles, Trianon usw., ja nicht einmal nur in der katastrophalen Weltwirtschaftskrise der Dreissigerjahre, welche die Zahl der Arbeitslosen in Europa auf mehrere Zehn-Millionen schnellen liess. Wohl waren dies alles entscheidende Faktoren für die Entwicklung von faschistischen und nazistischen Bewegungen und Parteien in der ganzen Welt und für die Übernahme der Staatsgewalt erst durch Mussolini in Italien, dann durch Hitler in Deutschland. Den Hauptfehler erblickte Lutz darin, dass die Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg eine verblendete, egoistische, nationalistische Politik betrieben. Andererseits wieder standen sie auf dem Standpunkt der humanistisch-liberalen Prinzipien der theoretischen Demokratie und traten infolgedessen nicht mit der nötigen Energie gegen die zersetzenden chauvinistisch-nationalistischen Einflüsse der diversen revanchistischen, rassistischen, antisemitischen Bewegungen und Parteien auf. Die Tatsache, dass sich die Demokratien nicht gegen diese zerstörerischen, hassverbreitenden und einen neuen Krieg vorbereitenden Bewegungen wehrten, führte schließlich zur bisher schwersten Katastrophe

der Geschichte – zum Zweiten Weltkrieg. Ein noch schwererwiegender Fehler der demokratischen Staaten war es, dass sie – im Gegensatz zu ihrem schwächlichen Auftreten gegen die zerstörerischen Kräfte von rechts (als Faschismus und Nationalsozialismus schon am Ruder waren und die Zerstörung jeder demokratischen Ordnung nicht nur durch ihr Programm, sondern bereits durch vollendete Tatsachen bewiesen) – aus lauter Angst vor dem Kommunismus sowohl mit den italienischen Faschisten als auch mit den deutschen Nazis paktierten. «Es ist eine tragische historische Tatsache», sagte Lutz, «dass die demokratischen Regierungen mit ihrer ängstlichen und unentschlossenen Politik die deutsche Diktatur unterstützten, was in weiterer Folge zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führte.» Wie schwach die Demokratien damals waren, beweisen am besten die im Archiv des ungarischen Aussenministeriums erhalten gebliebenen Dokumente, aus denen unter anderem hervorgeht, dass zum Beispiel Persönlichkeiten wie Ciano die ungarische Regierung vor der deutschen Aggression warnten. Und weder Ungarn noch die übrigen Länder konnten etwas unternehmen, weil sich auch die damaligen Grossmächte England und Frankreich als handlungsunfähig erwiesen. Es ist ja die einzige Entschuldigung für das arme und kleine Ungarn, dass es seitens der Demokratien, der «Sieger» des Ersten Weltkrieges, damals keinerlei Ansporn bekam – zu jener Zeit, als es noch möglich gewesen wäre, in Europa eine gemeinsame demokratische Einheit zustandezubringen, mit England und Frankreich an der Spitze. Vielleicht hätte man sogar mit dem faschistischen Italien rechnen können, und vereint wäre es möglich gewesen, die deutsche Diktatur zu brechen. Aber alle «Demokratien» hüllten sich in Schweigen. Auch die Schweiz. Lutz war darüber informiert, dass in seiner Heimat bereits im Jahre 1933 – als Hitler in Deutschland die Macht eroberte – eine Zeitung herauskam: «Der Reichsdeutsche – Das Deutsche Wochenblatt in der Schweiz. Amtliches Organ der Landesgruppe Schweiz der NSDAP». Diese Zeitung betrieb intensiv nationalsozialistische und antisemitische Propaganda. Die Organisierung der Schweizer Nazis wurde durch den Umstand gestärkt, dass der Grossteil der Schweizer Blätter die Machtergreifung durch Hitler positiv beurteilte. Diese sahen in der Nazipartei einen Garanten für den Kampf gegen den Kommunismus. (In der Schweiz war es fast nur die sozialistische Presse, die die grosse Gefahr des Nazismus voraussagte.) Noch mehr wurde die Position der Schweizer Faschisten durch die antisemitische Pro-

paganda der katholischen Zeitung «Das Vaterland» gefestigt. «Das Vaterland» begrüßte jeden antisemitischen Schritt Hitlerdeutschlands mit Freude, und es erschienen darin höhnische antisemitische Artikel – ganz nach Art der Nazis. Dadurch wurden die Schweizer «Frontisten» ermutigt: Sie gründeten unter dem Namen «Nationale Front» Terrorgruppen nach deutschem Muster. Dem Beispiel der SA folgend, führten sie Terroraktionen gegen jüdische und nichtjüdische Gotteshäuser durch und schreckten dabei auch vor Mord nicht zurück. Sie forderten die Bevölkerung mit Flugzetteln zum Boykott der jüdischen Kaufleute auf.

Gleich nach seiner Ankunft in Budapest begann Carl Lutz mit dem Studium der dortigen Verhältnisse. Im Frühjahr 1942 konzentrierte sich das Interesse der ungarischen Öffentlichkeit, besonders des diplomatischen Corps der Hauptstadt, auf die damals bekanntgewordenen blutigen Vorfälle in der Bácska, besonders auf die Massenmorde von Ujvidék (=Növi Sad, deutsch Neusatz). Zum besseren Verständnis dessen, was sich damals begab, ein kurzer Rückblick in die Geschichte:

Schon im 18. Jahrhundert standen die fortschrittlichen Intellektuellen Ungarns den Ideen Montesquieus, Voltaires, Rousseaus und anderer geistiger Grössen Europas recht nahe. Im Jahre 1789 wurde das absolutistische Königtum in Frankreich gestürzt, und auch in Ungarn reifte der Drang nach Freiheit heran. Aber nach dem Sturz Napoleons stellten die vereinten absolutistischen Mächte beim Wiener Kongress von 1815 die alte Ordnung in Europa wieder her. Die Ideen der französischen Revolution liessen sich jedoch nicht mehr unterdrücken. Fünfzehn Jahre nach der Wiedererrichtung des Absolutismus, im Jahre 1830, wurde die Herrschaft der Bourbonen-Könige gestürzt. Es bedurfte noch weiterer achtzehn Jahre, bis die nächste Revolution in Paris das Königtum überhaupt hinwegfegte. Damals zog die Revolution quer durch die Länder Europas. Und wieder vereinten sich die absolutistischen Kräfte, um die Freiheitsbewegungen zum Schweigen zu bringen. Auch die Ungarn hatten im Jahre 1848 die Waffen erhoben und kämpften in beispielloser Begeisterung und mutig gegen ihre österreichischen Unterdrücker. Als das ungarische Volk dem Sieg schon ganz nahe war, kam das zaristische Russland Österreich zu Hilfe. Gegen die russische Übermacht musste der ungarische Freiheitskampf unterliegen: Im August 1849 legten die für ihre Unabhängigkeit kämpfenden ungarischen Truppen die Waffen nieder. Ungarn – wie auch die anderen

Völker Europas – geriet wieder unter die Herrschaft des Absolutismus. Siebzehn Jahre lang musste das ungarische Volk die blutige Militärherrschaft der Österreicher erdulden. Endlich, im Jahre 1867, kam der Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn zustande: Das Ergebnis war die Errichtung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie auf dualistischer Basis. Österreich anerkannte die Verfassung Ungarns. Damit war die Möglichkeit zur Durchführung von Reformen gegeben. Die Rechtsgleichheit wurde entwickelt, bis zu einem gewissen Grad gab es auch Sozialreformen. Im Grossen und Ganzen blieb aber das Feudalsystem weiter bestehen. Die Situation im Lande hatte sich nicht viel verändert. Die Aufhebung der Leibeigenschaft wurde wohl bekräftigt, aber die armen Bauern waren den Grundherren ausgeliefert. Keinerlei ernsthafte Schritte wurden unternommen, um die Probleme der Minderheiten, der Nationalitäten, zu lösen. Im Grunde wurde durch den Ausgleich auch der Absolutismus nicht beseitigt. Der österreichische Kaiser war nun gleichzeitig auch König von Ungarn, mit dem Recht, in grundlegenden Fragen sein Veto einzulegen. Trotz dieser Einschränkungen führte der Ausgleich zur Entspannung zwischen den beiden Ländern. Auf gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet kam es in der Folge zu einer relativ beträchtlichen Entwicklung. Unter ungarischer Verwaltung stand damals ein Gebiet mit insgesamt 282'900 km². Dazu gehörte unter anderem auch die Bácska. Eine der blühendsten Städte der Bácska war Újvidék (heute Novi Sad) mit einer Einwohnerzahl von 33'590 (Volkszählung von 1910. Ende des Ersten Weltkrieges hatte die Stadt etwa 40'000 Einwohner). Die Verteilung der Bevölkerung Ujvidéks nach Nationalitäten wies ein verhältnismässig gesundes Bild auf: 13'343 Ungarn, 11'553 Serben, 5'918 Deutsche, 1'453 Slowaken, der Rest entfiel auf verschiedene Nationalitäten. Es gab ungarische und serbische Schulen, Tageszeitungen, kulturelle Einrichtungen. Újvidék war ein Zentrum des geistigen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens der Serben. Als jedoch die Österreichisch-Ungarische Monarchie 1908 Bosnien und die Herzegowina annektierte, warfen die schweren Probleme, die sich aus der verfehlten Nationalitätenpolitik ergaben, ihre ersten Schatten voraus. Verschärft wurden die nationalen Gegensätze durch die unglückselige Teilnahme Ungarns am Ersten Weltkrieg. Zu dieser Zeit grenzte Ungarn an – Länder: im Norden an Mähren, Schlesien und Galizien; im Osten an die Bukowina und an Rumänien; im Süden an Rumänien, Serbien, Kroatien-Slawonien,

ferner Steiermark und Niederösterreich. Eines der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges – in dem rund zehn Millionen Menschen zugrunde gingen – war die Vereinigung der Kroaten, Slowenen und Serben und die Errichtung eines selbständigen Königreiches durch diese am 29. Oktober 1918. Am 1. November desselben Jahres schlossen sich Bosnien und die Herzegowina dem neuen Königreich an. Auf Grund der Friedensverträge der Jahre 1919 und 1920 kam dazu noch je ein Teil Österreichs, Ungarns, Bulgariens sowie Montenegro. So entstand das heutige Jugoslawien. Zwei Drittel des Gebietes von Ungarn vor dem Ersten Weltkrieg kam durch den Friedensvertrag von Trianon zu den umliegenden Staaten. Auf diese Weise wurde auch die Bácska – mit der Stadt Újvidék – jugoslawisch. Das «Friedens»-Diktat der Siegermächte sah keinerlei Massnahmen vor, mit deren Hilfe die Völker des neu verteilten Europa zu einem friedlichen Zusammenleben gekommen wären. Statt wirtschaftliche und soziale Stabilität zu sichern, wurde der gegenseitige Hass zwischen Völkern geschürt. Die teilweise sinnlosen Gebietsverschiebungen auf Grund des Friedensdiktates machten die betroffenen Staaten Europas zu wahren Feuernestern. Verantwortungslose Extremisten gewannen dort die Oberhand. Die wahren Probleme wurden durch das Hochspielen von Rassentheorien und Antisemitismus in den Hintergrund gedrängt. Einer der ersten Staaten Europas, in denen eine nationalistische, chauvinistische und antisemitische Politik betrieben wurde, war Ungarn. Damit lenkte die herrschende Klasse von ihren eigenen Privilegien ab. Wegen des ungerechten Friedensvertrages war die Frage einer Territorial-Revision ständiges Thema im Schulunterricht und bei allen Ämtern usw. Allen Einwohnern des Landes – beginnend schon bei den Volksschülern – schärfte man ununterbrochen zweierlei ein: erstens den «Irredentismus», das heisst die Rückeroberung der abgetrennten Gebiete als erste und oberste nationale Pflicht, und zweitens den Antisemitismus. Die ohne Rücksicht auf die Realität diktierten Friedensbedingungen der «Siegermächte» waren schon Wegbereiter für den Zweiten Weltkrieg. Sie hatten viel Schuld daran, dass der grösste Teil des deutschen Offiziersstabes, ja des ganzen deutschen Volkes, sich hinter die deutschen Revanchebestrebungen und später hinter die Expansionspolitik Hitlers stellte. Und 21 Jahre nach Abschluss der unglückseligen Friedensverträge in den Schlössern bei Paris konnte Hitler mit Leichtigkeit die Beihilfe Ungarns zur Besetzung Jugoslawiens sowie die Zustimmung zum Durchzug der deutschen Trup-

pen durch Ungarn erreichen – weil sich die Ungarn dabei Vorteile für die Durchsetzung ihrer Revisionspläne erhofften. Hitler schickte an Horthy eine Botschaft, in der er den Wiederanschluss der Bácska und des Banats an Ungarn versprach. Horthy nahm Hitlers Angebot an – obwohl Ungarn am 12. Dezember 1940 einen ewigen Freundschaftspakt mit Jugoslawien abgeschlossen hatte. So kamen ungarische Truppen auch nach Újvidék. (Im Übrigen hielt Hitler auch dieses vorerwähnte Versprechen nicht ein – denn das Banat wurde von deutschen Truppen besetzt, an Serbien angeschlossen und eine Marionettenregierung unter General Nedic errichtet.)

Was geschah in der Bácska? Jugoslawien wurde am 6. April 1941 von Hitlerdeutschland, am 11. April 1941 von Ungarn überfallen. Der Weg der einziehenden ungarischen Truppen war von Blutvergiessen und Plünderungen begleitet. Als Vorwand dienten angebliche kommunistische und nationalistische Verschwörungen gegen die Besatzungstruppen. Zum Alltagsprogramm der «tapferen, landnehmenden» ungarischen Soldaten gehörte, den deutschen Intentionen gemäss, eine Serie von gegen die Juden gerichteten Grausamkeiten, von Erpressungen und Beleidigungen. Acht Monate nach der Besetzung verbreiteten die deutschen Sicherheitsorgane und die mit ihnen kollaborierenden ungarischen Generalstabsoffiziere das Gerücht, dass die Serben unter den Ungarn und Deutschen in der Bácska ein Blutbad anrichten wollten. Diese Informationen wurden von den kollaborierenden Offizieren nach Budapest in der Form weitergeleitet, dass die Serben in der Bácska gegen die Ungarn gerichtete Greuelthaten bereits vornahmen. Daraufhin gab der Generalstab in Budapest – obwohl die ungarischen Zivil- und Polizeibehörden von keinerlei Greuelthaten wussten – Befehl zur Vernichtung der «serbischen Partisanen». Am 4. Januar 1942 begannen ungarisches Militär und Gendamerie mit der Durchführung der «Säuberungsaktion» in der Bácska. Zwei Wochen hindurch floss Blut in den Bácska-Gemeinden Zsablya, Csurog, Sajkásgyörgye, Sajkásszentivány, Boldogasszonyfalva usw. Rund 4'000 serbische Intellektuelle, Kaufleute, Gewerbetreibende, Landwirte, Arbeiter wurden mit samt ihren Familien ausgeraubt und hingerichtet. Ebenso erging es den dort wohnenden über 300 Juden. Nach der «erfolgreichen militärischen Aktion» berichtete Generalleutnant Ferenc Feketehalmy-Czeydner persönlich seinen Vorgesetzten in Budapest über die «gefährliche» Lage in der Bácska. Dadurch bekam er vom Generalstabschef Ferenc Szombathelyi Befehl zur Ausweitung der «Raz-

zien» auf Újvidék. Daraufhin wurden in Újvidék weitere 3'000 Menschen (darunter 700 Juden) ausgeplündert und ermordet. Unter dem Vorwand, an einer «Partisanen-Verschwörung» beteiligt zu sein, wurden Säuglinge, Frauen, Greise getötet. Ein Drittel der in Újvidék Ermordeten waren Juden. In den Dörfern der Bácska wurde ein Teil der Opfer in die Theiss, in Újvidék in das Wasser der Donau geworfen, nachdem man mit Kanonen Löcher in das Eis geschossen hatte. Viele Familien wurden in ihren eigenen Wohnungen, andere auf der Strasse erschossen. Dieses vom militärischen Standpunkt aus sinnlose, menschlich vollkommen unbegreifliche Massenabschlachten ist ein deutlicher Beweis dafür, wie tiefe Wurzeln der Faschismus-Nazismus in Kreisen der ungarischen Militärführung hatte. Aber ebenso verwurzelt war er beim Mittelstand und in Regierungskreisen.

Es besteht kein Zweifel darüber, dass hinter den Kulissen die Deutschen als Anstifter dieser Massenmorde standen. Die Hauptverantwortlichen für die Durchführung selbst waren Offiziere Horthys, wie Generalleutnant Ferenc Feketealmy-Czeydner, Generalmajor József Grassy, Gendarmeriehauptmann Dr. Márton Zöldi. An ihren Händen klebte schon seit den Zeiten des weissen Terrors im Jahre 1919 das Blut unschuldiger Menschen. Diese sadistischen «Patrioten» wurden nun zu Söldnern der Deutschen. Die Hauptschuld an der anlässlich der «Razzien» in der Bácska erfolgten Raubmorde trifft aber eindeutig die damalige Regierung mit Ministerpräsident László Bárdossy an der Spitze. Einer der besonnensten oppositionellen Politiker, Endre Bajcsy-Zsilinszky, erfuhr von den blutigen Geschehnissen in den Dörfern der Bácska. Er informierte sofort den Ministerpräsidenten Bárdossy über die Massenschlächtereien und verlangte von ihm – die persönliche Verantwortung des Ministerpräsidenten unterstreichend – die sofortige Einstellung des grundlosen Mordens. Es erfolgte aber keinerlei diesbezügliche Anordnung – das Plündern ging weiter, weiterhin floss Blut. Erst Ende Januar 1942 verfügte das Kriegsministerium die Einstellung der «Razzia». – Dieser Massenmord war ein fast natürlich zu nennendes Ergebnis der Regierungspolitik unter Bárdossy. Das stellte Lutz eindeutig fest, als er sich für die näheren Umstände dieser Angelegenheit interessierte. Wie regierte überhaupt Ministerpräsident Bárdossy? Am 27. Juni 1941 erklärte er – ohne Zustimmung seitens des ungarischen Parlaments! – der Sowjetunion den Krieg. Im Juli 1941

wurden unter dem Titel der Ausweisung von Juden ausländischer Staatsbürgerschaft ungefähr 20'000 Personen in den Ort Kőrösmező an der ungarischen Grenze und von dort weiter nach Kamenetz-Podolsk gebracht.

Ministerpräsident Bárdossy liess am 8. August 1941 nach deutschem Vorbild im Parlament ein neues Judengesetz beschliessen, wonach die Juden nunmehr auf rassischer Basis verfolgt werden konnten. Lutz stellte mit Entsetzen fest, dass die Welt so gut wie keine Notiz davon genommen hatte, wie fast eine Million Menschen ihrer elementarsten Rechte beraubt und dann verfolgt wurde. Zehntausende von ihnen waren dabei ermordet worden. Später erzählte Lutz, als er sich an diese Zeit zurückerinnerte, dass nur einige höherrangige Beamte des Aussenministeriums Mitleid mit den Verfolgten gezeigt hatten; von diesen Leuten verurteilten sogar einige ausdrücklich die Politik ihrer Regierung. Bárdossy aber erklärte noch im Dezember 1941 willkürlich – wieder ohne Unterstützung durch das Parlament – auch Amerika den Krieg. Endlich, im März 1942, veranlasste der Reichsverweser den Rücktritt Bárdossys und ernannte Miklós Kállay zum Ministerpräsidenten Ungarns. Kállay betrieb im Einvernehmen mit dem Reichsverweser eine Politik nach zwei Seiten – er versuchte durch seine Taktik den Einfluss Nazideutschlands auf das Minimalste zu reduzieren. Schliesslich verlor er dabei aber die Orientierung – vor allem aber waren er und der Reichsverweser viel zu schwach. Lutz hatte darüber – Meinung: «Die Regierung Kállay dachte nicht daran, die soziale Lage in Ungarn durch eine wirkliche Bodenreform zu verändern. Das war zum Beispiel einem Artikel der halbamtlichen Tageszeitung der Regierung, ‚Pester Lloyd‘, vom 24. Mai 1942 deutlich zu entnehmen. Unter dem Titel ‚Die Verwendung des jüdischen Grundbesitzes‘ schrieb Árpád Török: ‚Es wäre sogar ein unverzeihlicher Fehler, die gut geführten jüdischen Besitzungen in lebensunfähige Kleinbetriebe zu zerlegen.‘ Der Verfasser argumentierte in erster Linie mit der Notwendigkeit, in Kriegszeiten keine Stockung bei der Agrarproduktion eintreten zu lassen. – Meiner Meinung nach war es allen Regierungen unter Horthy vornehmlich darum zu tun, das Feudalsystem aufrechtzuerhalten.»

Die Massenmorde und -Plünderungen, die ungarische Offiziere in der Südbácska begingen, weckten natürlich Erinnerungen an die massenhaften Deportierungen vor einem halben Jahr und an die – für einen normalen Menschen unfassbaren – Massenmorde von Ka-

menetz-Podolsk. Diese Tragödie, aber auch die seltsame Reaktion der offiziellen Vertreter des Judentums in Ungarn, wird am besten durch den Augenzeugenbericht eines ehemaligen jüdischen Offiziers illustriert: Ungarn blieb 1939 bei dem von Hitlerdeutschland provozierten Krieg militärisch neutral. Das ungarische Kriegsministerium berief aber die Kraftfahrzeuglenker der Reserve ein. Auf diese Art gelangte der jüdische Honvédoftizier der Reserve, Arnold Krausz, zu einer motorisierten Kompanie der ungarischen Armee. Sein dortiger Kommandant identifizierte sich nicht mit dem herrschenden Zeitgeist und sabotierte die Durchführung einer Weisung, wonach Juden auf Grund der neuen Judengesetze in Arbeitsdienstkompanien zu überstellen gewesen wären. Die Juden in seiner Kompanie dienten also weiterhin in ihrer Uniform und unter Beibehaltung ihres militärischen Ranges. So geschah es, dass Arnold Krausz als Honvédoftizier Augenzeuge der unmenschlichen Judenmorde von Kamenetz-Podolsk wurde, nachdem sich Ungarn gegen jede Vernunft dem von Hitlerdeutschland hinterrücks gegen Russland vom Zaun gebrochenen Krieg angeschlossen hatte. Im Sommer 1941 war Arnold Krausz im ungarischen Grenzort Kőrösmező stationiert. Dort beobachtete er, dass ungarische Juden in versperrten Waggons deportiert wurden. Er stellte Fragen, und nach und nach erfuhr er, dass man aus ganz Ungarn über 20'000 Juden unter dem Vorwand zusammengetrieben hatte, dass sie keine ungarischen Staatsbürgerschaftsurkunden vorzuweisen hatten – oft einfach, weil sie die Dokumente gerade nicht bei der Hand hatten. Dann verlud man diese Unglücklichen in Viehwaggons; einen Teil von ihnen übergab man bereits an der Grenze zur Ukraine den Deutschen, von denen sie durch Genickschuss erledigt wurden. Die übrigen wurden von ungarischen Soldaten in die Stadt Kamenetz-Podolsk in der Nähe der Grenze getrieben.

Arnold Krausz wurde mit dem übrigen Offiziersstab ebenfalls dorthin beordert. Als sie ankamen, bot sich ihnen ein schrecklicher Anblick: Ukrainische Polizisten trieben aufs Roheste zahlreiche jüdische Kinder, Frauen und Greise zur Schwerstarbeit an, ohne ihnen zu essen zu geben. Ihre Lebensbedingungen waren schrecklich; so mussten zum Beispiel in einem Zimmer 30 bis 40 Personen hausen. Ende August fand ihr Leiden ein Ende. Alle diese Juden aus Ungarn und aus der Ukraine wurden zu den Bombenkratern einige Kilometer vor der Stadt getrieben. Dort nahm man ihnen die Päckchen mit ihrer letzten Habe weg und liess sie fast nackt ausziehen.

Dann wurden alle 40'000 mit Maschinengewehren niedergemäht. – Arnold Krausz musste diese Massenschlächtereie von einer Tribüne aus mitansehen, die man für die ungarischen Offiziere gebaut hatte. Es war ihm später selber vollkommen unverständlich, wie er dabei ruhig zusehen konnte; er wusste nicht, wie er die Tribüne verlassen hatte, von der aus die ungarischen Offiziere – die meisten mehr oder weniger gleichgültig-dem Massenmorden zusahen.

Arnold Krausz konnte dank des Wohlwollens seines Kommandanten im Dezember 1942 noch in seiner Honvédoftiziersuniform nach Szolnok zurückreisen und dann abrüsten. Sein erstes Anliegen war es, die Juden in Ungarn aufzurütteln. Ausser seinen eigenen Familienmitgliedern und Freunden erzählte er noch möglichst vielen anderen Leuten von dem Blutbad in Kamenetz-Podolsk. Er versuchte, allen begreiflich zu machen, dass man aus Europa flüchten müsste, und sei es unter den ungünstigsten und schlechtesten Bedingungen – auch ins Ungewisse. Sodann fuhr er nach Budapest und suchte dort den Vorsitzenden des «Landesbüros Ungarischer Israeliten», Hofrat Samu Stern, auf. Er berichtete ihm ausführlich von seinen Erlebnissen in der Ukraine und forderte ihn auf, über das «Landesbüro» Alarm schlagen zu lassen. Alles Privat- und Gemeinvermögen der Judenschaft Ungarns müsste zu Geld gemacht werden, um damit wo immer ausserhalb Europas Einwanderungsgenehmigungen für die ungarischen Juden erwerben zu können. Selbst wenn diese Genehmigungen nur für befristete Zeit gültig wären – man könnte damit vielleicht die Zeit bis zum Sieg über die Nazis überbrücken. Aber Arnold Krausz kam von dieser Unterredung mit Hofrat Stern in ähnlicher Verfassung zurück, wie von Kamenetz-Podolsk: bestürzt und betroffen. Stern setzte ihm feierlich auseinander, dass Ungarn die Heimat seiner Juden sei; man müsse dem Vaterland vertrauen und seiner Exzellenz, Herrn Reichsverweser von Horthy. Im Guten und im Schlechten müsse man zum Vaterland stehen. Dann verwarnte er Krausz wegen seiner defaitistischen Haltung und empfahl ihm eindringlich, eher fordernd als bittend, kein Wort mehr über die Ereignisse in Kamenetz-Podolsk verlauten zu lassen. Sollte er weiterhin darüber reden, würde man seine tragischen Geschichten für unwahr erklären und ihn wegen Verbreitung von Greuelpropaganda einsperren lassen ... Das war im Jahre 1942, als auch das Rassenschutzgesetz schon die Juden getroffen hatte. Hofrat Samu Stern hielt bei seinem Standpunkt des patriotischen «hier musst du leben, hier musst du sterben»

aus. – Arnold Krausz verstand die Welt und sich selbst nicht mehr; er verfiel in Lethargie. Im Frühling 1944 wurde er mitsamt seiner Familie deportiert. Keiner von ihnen kehrte zurück.

Konsul Lutz notierte in seinen Erinnerungen, dass man manchmal aus den Tageszeitungen entnehmen konnte, wie die politische Situation stand. Schon zurzeit seiner Ankunft in Budapest gab die geheimgehaltene Mordaktion in der Bácska den in Ungarn akkreditierten Diplomaten neutraler Länder zu denken. Ein halbes Jahr später, am 19. Juli 1942, gab «La Tribune de Genève» einen Bericht über die blutigen Ereignisse in der Bácska. Auf diesen Artikel antwortete die ungarische Regierung in ihrer halbamtlichen Tageszeitung mit einer langen Polemik, in der sie die unter dem Titel «Das Drama der Bácska» von der «Tribune de Genève» bekanntgemachten Tatsachen leugnete. Der «Pester Lloyd» nahm dabei nur in einem kleinen Satz Bezug auf die Raubmorde und behauptete, es handle sich dabei um «unsinnigste Lügen». Dieser Artikel des «Pester Lloyd» wirft ein Schlaglicht auf die damalige politische Situation in Ungarn; wir zitieren ihn daher zur Gänze als Anhang 4. Lutz und einige andere neutrale Diplomaten versuchten, auf Grund dieser widersprüchlichen Zeitungsartikel die wahre politische Lage und die Haltung Ungarns zu erkunden. Sie beobachteten daher mit Aufmerksamkeit die Nachwirkungen des Dramas der Bácska. Oppositionelle Abgeordnete deckten im Parlament die Grauen dieser Massenschlächtereien auf; sie verlangten exemplarische Bestrafung. Ministerpräsident Kállay ordnete die strafrechtliche Untersuchung an und liess die Hauptschuldigen vor ein Kriegsgericht stellen. Allerdings – zu diesem Zeitpunkt waren die Haupttäter mit Erzherzog Albrechts Hilfe bereits aus Ungarn nach Deutschland geflüchtet ... (Erzherzog Albrecht, einer der grössten Oligarchen Ungarns aus der «kaiserlichen und königlichen» Familie Habsburg, war nicht nur ein Freund der Nazis, sondern auch aktiver Pfeilkreuzler. Dass er nach dem Ersten Weltkrieg dem Reichsverweser Horthy Treue gelobt hatte, hinderte ihn nicht daran, 1944 auch Szálasi Treue zu schwören.) Es war offensichtlich, dass man nur zum Schein vorgab, die Täter zur Verantwortung ziehen zu wollen. Lutz und seine Kollegen aus Diplomatenkreisen schlossen daraus, dass die Massenmorde in der Bácska mit Wissen höchster Kreise Ungarns geschehen waren. Schon im August 1942 wurde diese Annahme durch die Nachricht bekräftigt, dass Horthy das Verfahren gegen den Haupt-

schuldigen, Feketehalmy-Czeydner, einstellen liess. Die Offiziere Horthys, die in der Bácska gemordet hatten, kehrten 1944 in SS-Uniform in ihr «Vaterland» zurück und spielten auch eine wesentliche Rolle beim Sturz Horthys. Nach wenigen Monaten Aufenthaltes in Budapest war Lutz zu der Überzeugung gekommen, dass an allem die Schwäche Horthys und seiner Regierungen schuld war. Mit ihrer Politik des «den Wind aus den Segeln nehmen» und dem falschen Patriotismus der Irredentisten machten sie Ungarn zur leichten Beute Hitlers. Lutz sah die Hauptursache für diese Haltung darin, dass die herrschende Schicht Ungarns im Bannkreis der kaiserlich-königlichen Zeiten nicht mit der Entwicklung auf gesellschaftlichem, sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet Schritt halten konnte. Ihre Angehörigen waren Faschisten, Halbfaschisten, Feudalisten und Halbfeudalisten. Sie gehörten der allergeoistischsten Klasse an und hatten nur ein Ziel vor Augen: ihr veraltetes Herrschaftssystem und ihre Privilegien um jeden Preis zu sichern. Sie nahmen die Aufopferung nicht nur der Juden, sondern des ganzen ungarischen Volkes in Kauf. Dieses Erkenntnis bewog Lutz dazu, seine diplomatischen Verhandlungen mit Vorsicht zu führen. Er wusste, dass man sich auf Verträge nur mit Vorbehalt verlassen konnte, und er war ständig darauf vorbereitet, in jeder Angelegenheit immer wieder und wieder intervenieren zu müssen. Auch aus diesem Grund war er bestrebt, die verwickelte Situation in Ungarn möglichst gründlich zu durchschauen.

Deshalb las Konsul Lutz nicht nur regelmässig den deutschsprachigen «Pester Lloyd»; er liess sich auch aus den ungarischen Zeitungen die wichtigsten Artikel übersetzen. Als gutem Beobachter fielen ihm dabei oft auch weniger augenfällige Details auf, aus denen er dann seine Schlüsse zog. So zum Beispiel zwei Artikel in der Budapester Tageszeitung «Magyar Nemzet» vom 3. Juni 1942. (Die Zeitung «Magyar Nemzet» = «Ungarische Nation» und die Tageszeitung der Sozialisten «Népszava» = «Volksstimme» gehörten zu den wenigen regelmässigen Publikationen, deren Mitarbeiter trotz des ausgeübten Drucks mit Intelligenz, grossem Mut und verhältnismässig offen gegen Nazismus und deutschen Einfluss auftraten.) Zu jener Zeit hatte die Goebbels-Propaganda bereits das Gros des vom ungarischen Feudalsystem deklassierten Volkes vergiftet. Die ungarischen Nachbeter übernahmen blindlings die Ideologie des deutschen Nationalsozialismus. So geschah es, dass sie neben den

Juden auch jene «reinen Arier» hassten und verfolgten, die sich mit den faschistischen Prinzipien nicht identifizieren wollten.

Um diese Problematik ging es im Brief eines Druckers an die Redaktion der «Magyar Nemzet». Dieser wurde in der oben genannten Nummer dieser Zeitung auf Seite 10 als «Leserzuschrift» veröffentlicht. Darin heisst es:

«... ‚Népszava‘, die Tageszeitung der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei, warnte die ungarischen Arbeitertouristen schon öfters-so auch in der vergangenen Woche – vor Sonntagsausflügen in das Gebiet ausserhalb der Stadtgrenze von Budapest. Wahrscheinlich hat sie einen triftigen Grund dafür. Meiner Meinung nach liegt es im öffentlichen Interesse, dass sich die unabhängige Presse mit dieser Frage befasst. Für die Arbeiterschaft Budapests ist es die einzige Erholung, am Sonntag ins Freie zu gehen ... Heutzutage, wo die Kosten einer Eisenbahnfahrt für uns unerschwinglich sind, können wir die weiter entfernt liegenden Naturschönheiten unseres Vaterlandes nicht aufsuchen und möchten daher in den Bergen um Budapest – z.B. Nagyszénás, Nagykevény, Dobogókő, im Pilis- und im Börzsöny-Gebirge – wandern. In wessen Interesse liegt es, Hunderttausende von Budapestern zu Bürgern zweiter Klasse zu degradieren, und vor allem – mit welchem Recht? Tausende von uns warten auf Antwort. – T. M., Drucker.»

Anlass für die von «Népszava» geäusserte Warnung war die wiederholte Insultierung von Ausflüglern durch Mitglieder des deutschen «Volksbundes» sowie der Pfeilkreuzler-Partei, die von den «Kultur- und Wirtschaftsdelegierten» Hitlerdeutschlands aufgewiegelt waren. Sie provozierten Schlägereien, die oft ein blutiges Ende nahmen. 40 bis 50 der Faschisten überfielen dabei 5 bis 10 Arbeiter oder bürgerliche Touristen. Daher also riet «Népszava» von Ausflügen ab. Die Behörden waren «nicht in der Lage», dieses Bandenwesen zu verhindern. Auch die gut und stark organisierte Arbeiterschaft konnte sich nicht wehren, denn die Armeebehörden unterstützten die Nazibanden. Arbeiter, die Widerstand leisteten, wurden von der Polizei registriert und sofort zum Militärdienst einberufen. Dann wurden sie schnellstens zu den Schlachtfeldern der Ukraine transportiert, wo sie mit hoher Wahrscheinlichkeit den Tod fanden. Und der «Oberste Kriegsherr» Ungarns, Reichsverweser Horthy, schwieg zu alledem. Konsul Lutz und seine Kollegen mussten feststellen, dass ungarische Antifaschisten und die organisierte Arbeiterschaft keinerlei Unterstützung von ihrer eigenen Regierung fan-

den. Nicht einmal das einfachste Recht des Staatsbürgers – jenes auf Bewegungsfreiheit – wurde ihnen gesichert. Im Gegenteil. Die Opfer der Terroristen wurden auf die Schlachtbank geschickt. Im Namen des ungarischen Volkes und des Schutzes der ungarischen Rasse verfolgte man die produktivsten Vertreter des Ungartums und schickte sie in den sicheren Tod.

In derselben Nummer der «Magyar Nemzet» gab es auch ein gutes Beispiel für die einfallsreiche Art dieser Zeitung, Kriegssereignisse zu kommentieren. Auf der zweiten Seite erschienen täglich die Nachrichten über die jeweilige militärische Lage. An diesem Tage hiess es als Überschrift: «Der Krieg» – und in der Mitte der Seite war in auffallender Form (weisse Buchstaben auf schwarzem Grund) eine Anzeige für «Bitterwasser». Die Montage der Überschriften in dieser Form – die Zusammenstellung «Krieg» und «Bitterwasser» (noch dazu auf schwarzem Grund) war für den aufmerksamen Beobachter unmissverständlich. Die Lage für die Deutschen und ihre Verbündeten auf den Kriegsschauplätzen war «bitter». Es hiess damals, dass auch der zuständige Zensor sich nicht mehr für die «Siege» der Nazis begeisterte und daher solche offene Verhöhnungen der ständigen «Frontbegradigungen» und «Erfolge» bewusst übersah. Abgesehen von solchen optischen Montagen gab es im Informationsteil der «Magyar Nemzet» oft zwischen den Zeilen versteckte, verbotene – weil für die Deutschen ungünstige – Nachrichten. Aus heutiger Sicht mag es sich bei dieser Art der Berichterstattung um Kleinigkeiten handeln, damals aber waren diese Kleinigkeiten für viele Menschen Lichtblicke. Auch für Lutz waren sie ein Beweis dafür, dass human empfindende Ungarn mit der Nazi-barbarei nicht nur nicht einverstanden waren, sondern ihr Volk auch warnen wollten. Leider waren ihrer nicht viele, und sie verfügten auch über keinerlei Macht. Sämtliche Streitkräfte wurden ja von Nazianhängern kontrolliert. Und der Reichsverweser, der mit energischem Auftreten die Lage hätte ändern können, handelte nicht: teils wegen seines hysterischen Antikommunismus, teils weil er die feudalen Vorrechte nicht gefährden wollte. Er schielte wohl immer nach den westlichen Demokratien, aber er verhinderte jeden Fortschritt. Er wollte nicht zur Kenntnis nehmen, dass die fast mittelalterliche soziale Lage der Bevölkerung diese förmlich in die Fänge der Nazis trieb. Der Reichsverweser und seine Regierungen waren unfähig, die wirtschaftliche und soziale Situation Ungarns realistisch zu beurteilen. Sie glaubten, ihr vermorschtes System er-

halten zu können, indem sie die Juden und einen grossen Teil der ungarischen Armee opferten.

Die Besetzung Ungarns und die Deportierung der Provinzjuden

Der Reichsverweser Ungarns, Nikolaus von Horthy, und seine Ratgeber verfolgten eine unentschlossene, zögernde, schwankende Politik. Als Folge davon nahm Horthy eine Einladung Hitlers an und fuhr am 18. März 1944 mit seiner Begleitung nach Schloss Klessheim. Man hatte also an Stelle des Widerstandes die Taktik des Verhandelns gewählt und damit die Souveränität Ungarns aufgegeben. Horthy nahm – nach heftigem Wortwechsel mit Hitler – die Besetzung Ungarns zur Kenntnis. (Horthy schreibt darüber in seinen «Erinnerungen», dass er damals daran dachte, Hitler zu erschiessen; anscheinend aber fehlte ihm doch der Mut dazu.) Und am 19. März 1944 – einem strahlenden Frühlingssonntag – wurde Horthyungarn von Hitlerdeutschland überrannt. Es gab keinerlei Widerstand. Die Pfeilkreuzler und der mit ihnen sympathisierende Mittelstand feierten vielmehr; die ausgeschiedenen Offiziere, die Beamtschaft, die Karrierejäger, der Mob, die verkommenen Aristokraten – sie alle jubelten Hitlerdeutschland zu. In der Königlichen Burg fand unter dem Vorsitz des Reichsverwesers ein Kronrat statt, bei dem Ministerpräsident Miklós Kállay im Namen seiner Regierung abdankte. Anschliessend suchte Kállay um Asyl bei den Türken an. Für Carl Lutz war das Hinüberführen des ungarischen Ministerpräsidenten zur türkischen Gesandtschaft um Mitternacht ein erschütterndes Erlebnis (Kállay hatte sich an den schweizerischen Gesandten Jaeger um Hilfe gewandt, und dieser hatte Lutz diese Aufgabe übertragen). Lutz dachte später oft daran, was ihm Kállay unterwegs sagte: «Ich habe immer gewusst, dass die Deutschen Banditen sind. Sie waren schon vor hundert Jahren Lügner und Räuber. Heute sind sie die gefährlichsten Raubmörder der Welt. Leider ist Ungarn ein armes, kleines Land, ohne innere Einheit und voll mit gewissenlosen Karrierejägern und Spionen, die von den Deutschen gut bezahlt werden. Wir versuchten, den Sturz des Hitlerregimes abzuwarten. Es gelang uns weder mit unendli-

chem Nachgeben, noch mit zeitweiligem Widerstand, die Unabhängigkeit unseres Landes zu bewahren. Wir sind verloren.»

Hinter all diesen Ereignissen des 19. März 1944, die sich auf der politischen Bühne in Budapest abspielten, stand als Drahtzieher der deutsche Botschafter, SS-Standartenführer Veessenmayer. Mit seinen Schachzügen gelang es ihm am 21. März 1944, die «Quisling-Regierung» Ungarns (mit Ministerpräsident Döme Sztójay an der Spitze) zur Macht zu bringen. Die leitenden Beamten der schweizerischen Gesandtschaft in Budapest waren damals – wie Lutz später erzählte – entsetzt über die Servilität der Ungarn. Die Mitglieder der neuen Regierung befolgten die Anordnungen des deutschen Gesandten Veessenmayer wie ergebene Diener. Auf deutsche Weisung – und um von der tristen Kriegslage abzulenken – beeinflussten sie die öffentliche Meinung dahingehend, dass die grosse Masse tatsächlich glaubte, Ungarns einziges Problem wäre die Judenfrage. Dabei wurden zur gleichen Zeit Hunderttausende von Soldaten der ungarischen Armee auf die Schlachtbank getrieben und das Land ökonomisch total ausgeplündert. Die deutschfeindliche und antifaschistische Presse wurde zum Schweigen gebracht. Die ungarische Zeitung mit dem höchsten Niveau, «Magyar Nemzet», wurde verboten, ihre Mitarbeiter von der Gestapo verhaftet und nach Mauthausen gebracht (darunter der mutige György Parragi, schärfster Kritiker und Feind des Faschismus und des Nationalsozialismus). Auf diese Art erhielt auch die liberal, demokratisch und antifaschistisch eingestellte Bevölkerungsschicht keinerlei der Wirklichkeit entsprechende Information mehr. Von da an schrieb die Presse nur mehr über die Judenfrage und über die heldenhaften Kämpfe der Deutschen und ihrer Verbündeten. Die vorzüglichen, erläuternden Kommentare des pensionierten Generalstabsoffiziers Tombor über die Kriegslage durften nicht mehr erscheinen. Jede oppositionelle Stimme wurde zum Schweigen gebracht.

Die Ereignisse rollten rasch ab: Die Mehrfrontenpolitik der Deutschen versagte, die Lage der deutschen Armee und ihrer Vasallen wurde kritisch. Militärische Fachleute und nüchterne Politiker sahen schon im Jahre 1942, als die russischen Streitkräfte bei Stalin-grad die 6. deutsche Armee einkreisten, dass die Deutschen den Krieg verloren hatten. Aber das deutsche Volk und seine Wehrmacht glaubten auch weiterhin der Demagogie Hitlers und seiner Parteigenossen und befolgten stramm deren Befehle – genauso wie die fanatisierten Faschisten der Vasallenländer. Die erfolgreichen

Offensiven der Alliierten, der Vormarsch der Russen, der Zusammenbruch des italienischen Faschismus machten die Niederlage der Deutschen und ihrer Verbündeten klar. Trotz dieser Tatsachen bekannten sich nach der Besetzung Ungarns im März 1944 nicht nur primitive, fanatisierte Pfeilkreuzler, sondern auch gebildete Leute – wie Béla Imrédy, Dr. Antal Kúnder, zahlreiche ihrer Anhänger und mit ihnen ein bedeutender Teil der ungarischen Intelligenz, die meisten Angehörigen der mittleren Beamtenschaft sowie die Offiziere – weiterhin zu den nationalsozialistischen Lehren und folgten blindlings den Befehlen Hitlers und der aus den Reihen der SS ernannten Diplomaten. So entstand jene Situation, in der die Deutschen die ungarische Unabhängigkeit ohne Weiteres zertreten konnten.

Für die Juden spielte sich die eigentliche Tragödie in den ersten Tagen des deutschen Einmarsches ab – nicht äusserlich. Die erste Niederlage war der Verlust des Selbstbewusstseins. Nur eine dünne Schicht, nur die Jugend der Pionierbewegungen und deren Freundeskreis, beurteilte die Lage realistisch. Diese jungen Leute begannen sofort mit der Organisation von Rettungs- und Widerstandsaktionen. Sie arbeiteten dabei mit den Parteiführern der Sozialisten, Kommunisten und kleinen Landwirte zusammen. Die grosse Mehrheit der Juden hingegen – einschliesslich ihrer offiziellen Führer – war hilflos. Bis dahin hatten sie trotz aller alarmierenden Anzeichen, trotz der engen Freundschaft Ungarns mit Deutschland und trotz des ständig wachsenden Druckes auf die Horthy-Regierung ihre eigene Situation nicht erfassen können. Daran war nicht zuletzt der würdelose ungarische Chauvinismus, den die leitenden jüdischen Funktionäre Jahrzehnte hindurch ihren Glaubensgenossen anerzogen hatten, schuld. «Bei uns ist so etwas nicht möglich», sagten daher die ungarischen Juden, als sie die Greuelnachrichten aus Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei, Polen usw. hörten. Als nach dem Einmarsch der Deutschen die Gefahr unübersehbar wurde, bereiteten viele ihrem Leben freiwillig ein Ende; die meisten flüchteten in stummen Schmerz, in vollkommene Passivität. Fatalismus nahm bei den Juden überhand. In der höchsten Not waren es dann ausschliesslich – wie erwähnt – die Pioniere und ihr Kreis, die trotz drohender Todesgefahr – den Versuch zur Rettung ihrer verfolgten Brüder und Schwestern wagten.

Unterdes begann der zweite Teil der Tragödie der ungarischen Judenschaft: die physische Vernichtung. Nach dem 19. März 1944

beherrschten SS-Standartenführer Dr. Edmund Veessenmayer als Gesandter, SS-General Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner als Budapester Vertreter Himmlers, ferner Eichmann, Krumei, Wisliceny, Hauptsturmführer Nowak und die übrigen Gestapo-Offiziere, sowie Huntsche und seine Clique, mit Hilfe der aus «Volksdeutschen» ungarischer Staatsbürgerschaft und aus Nazisöldnern ungarischer Herkunft bestehenden «Fünften Kolonne» bereits am Tage der Besetzung die Stadt Budapest. Diese «Fünfte Kolonne» funktionierte auf Knopfdruck: in der ungarischen Armee, in der Gendarmerie, bei der Polizei, in allen Staatsämtern. So ist es verständlich, dass schon in der Nacht der Besetzung die Gestapo gemeinsam mit Mitgliedern des «Volksbundes» (Organisation der Schwaben in Ungarn) und mit der «Königlich Ungarischen Staatspolizei» nazi-feindlich eingestellte ungarische Patrioten – Regierungsmitglieder, sozialistische und auch demokratische Parlamentsabgeordnete – und natürlich in erster Linie viele Juden – Politiker, Finanzleute, Anwälte – an Hand von bereits vorbereiteten Namenslisten mit genauen Adressen verschleppen konnten. Zwei Tage nach dem Einmarsch der Deutschen in Budapest, also am 21. März 1944, entstand auf deutschen Befehl und infolge der feigen Haltung der ungarischen Behörden der achtköpfige sogenannte «Judenrat». Dieser wurde von der Gestapo mit falschen Versprechungen beruhigt, um jeden in der Judenschaft etwa aufkeimenden Gedanken an Widerstand zu verhindern. Eichmann machte über die Mitglieder des Judenrates die gesamte Judenschaft glauben, dass kein Grund zur Furcht bestehe. «Wenn die Juden alle Weisungen diszipliniert einhalten und fleissig arbeiten, wird ihnen nichts geschehen», versicherte er. Noch während diese schönen Worte der ersten Tage gesprochen wurden, fiel die einst reiche Kultusgemeinde von Budapest schon der totalen Ausplünderung anheim. Trotzdem klammerte sich die unfähige Leitung der Judenschaft an die deutschen Versprechungen und an einige unwesentliche, aus taktischen Gründen gewährte Zugeständnisse. Aber das Verhängnis nahte schnell. Reichsverweser Horthy betrachtete sich als Gefangenen der Deutschen und versuchte, seine persönliche Verantwortung mit einer Politik der Nichteinmischung in die Judenfrage von sich abzuwenden. Die Regierung Sztójay erfüllte unterdessen ohne Zögern jeden Wunsch der Deutschen – suchte diese sogar noch zu übertreffen. Schon am 28. März 1944, am zehnten Tag der deutschen Besetzung, wurde der pensionierte Gendarmeriemajor und Abgeordnete

der Pfeilkreuzlerpartei László Baky-einer der eifrigsten Denunzianten im Dienste der «Fünften Kolonne» – mit Zustimmung Horthys zum Staatssekretär im Innenministerium ernannt. Kurz darauf wurde der berühmte Obergespan des Komitats Pest, László Endre, ein Söldling der Deutschen, administrativer Staatssekretär des Innenministeriums. Diese beiden Staatssekretäre organisierten mit Hilfe der ganzen Regierung Sztójay, besonders des Innenministers Andor Jaross, nach deutschem Rezept mit zynischer Planmäßigkeit die Ausplünderung, Folterung und Deportierung der ungarischen Juden. So konnte schon am 31. März 1944, zwei Wochen nach der deutschen Besetzung, auf Grund des «Endre-Plans» und des von den Deutschen zur Verfügung gestellten «Rezeptes» die Verordnung Nr. 1240/1944 ME (=des Ministerpräsidentenamtes) über die «Kennzeichnung der Juden zum Zwecke der Unterscheidung» erscheinen. Es folgten in raschem Nacheinander Regierungsverordnungen – bis zur Aufhebung aller Bürgerrechte der ungarischen Juden. Und selbst als diese Juden schon verpflichtet waren, den gelben Stern zu tragen, vertrauten sie noch immer darauf, dass Horthy handeln würde. In Munkács hatte General Géza Fehér noch vor Veröffentlichung des diesbezüglichen Erlasses selbstherrlich angeordnet, dass die Juden einen gelben Stern zu tragen und auch ihre Geschäfte mit einem gelben Stern zu versehen hätten. Das geschah am 23. März 1944. Die protestierenden Judenführer wurden fünf Tage nach dem Einmarsch der Deutschen verhaftet. Und noch immer erkannten die meisten Juden und ihre Führung in Budapest die kommende Tragödie nicht – noch immer hofften sie! Auf Weisung der Gestapo wurden die Vorstände der jüdischen Kultusgemeinden aus der Provinz zusammengerufen und ihnen einge-redet, dass für die Juden keine Lebensgefahr bestünde. Die Parole: «Arbeite, und verzage nicht!» wurde ausgegeben. Bald darauf war das Schicksal des ungarischen Judentums besiegelt. Die ungarische Quisling-Regierung hatte sich noch nicht einmal konstituiert, als die Deutschen bereits mit der Erpressung der ungarischen Juden und deren Führung begannen. Am vierten Tag nach der Besetzung, bei der ersten Sitzung des Ministerrates, erklärte der deutschfreundliche Ministerpräsident Sztójay unter Berufung auf SS-General Kaltenbrunner: «Ungarn muss in erster Linie, dem Beispiel seiner Nachbarländer folgend, die Judenfrage lösen.» Die «Fünfte Kolonne» führte die «Entjudung» Ungarns in einem solchen Tempo durch, wie es dafür sonst in der ganzen Geschichte des Nazismus

kein Beispiel gibt. Die Regierung Sztójay brachte dann mit ihren täglichen neuen Erlässen die ungarischen Juden nicht nur um ihre gesamte Habe, sondern beraubte sie auch der elementarsten Menschenrechte; gleichzeitig wurde bereits die Deportierung der Juden vorbereitet. Kaum einen Monat nach der Besetzung Ungarns wurde schon die Judenschaft der Karpatho-Ukraine (Munkács und Umgebung) auf brutalste Weise, bei gleichzeitigem Rauben und Morden, ins Getto gesperrt und einige Tage später deportiert. Bald darauf erteilte alle Juden Ungarns (mit Ausnahme jener in Budapest) das gleiche Schicksal. Die Deportierungen erfolgten in der Zeit der Regierung Sztójay unter Leitung des Gendarmerie-Oberstleutnants László Ferenczy.

Laut dessen offiziellem Bericht wurden insgesamt 434'351 Personen aus der Provinz mit 147 Zügen deportiert. (Äusser diesen im Bericht Ferenczys Genannten wurden in der zweiten Maihälfte weitere 21'700 Personen aus Südungarn, sowie 5'000 aus den Internierungslagern von Kistarcsa und Sárvár von ungarischen und deutschen Armeeingehörigen deportiert.) Die Deportierung aller Juden aus der ungarischen Provinz wurde unter nur drei Monaten abgewickelt. Ohne die bereitwillige, zum Teil sogar begeisterte Mitwirkung der ungarischen Polizei, Gendarmerie und aller behördlichen Stellen in Städten und Dörfern sowie eines Teiles des ungarischen Militärs wäre das nie möglich gewesen!

Es wäre nicht zu diesen Deportierungen gekommen, hätten Horthy und seine Ratgeber rechtzeitig erkannt, dass man zuerst die ungarische «Fünfte Kolonne» unschädlich machen müsste. Dagegen hätten auch die Deutschen nichts tun können, wenn sich Horthy auf die Souveränität Ungarns berufen hätte.

Interventionen

Bereits Mitte Mai 1944 gelangten zur schweizerischen Gesandtschaft in Budapest vertrauliche Informationen über die heimliche Deportation von Juden. Die Tagespresse berichtete, dass man aus gewissen, hinter der Front liegenden Gebieten die Bevölkerung umsiedle, in erster Linie politisch unzuverlässige Elemente – vor allem aber sämtliche Juden. Mit dieser Formulierung verharmloste man die Deportationen zu einer blossen Umsiedlung. Trotzdem empfahl

der schweizerische Gesandte Jaeger, der mangels einer Bevollmächtigung seitens Bern von der ungarischen Regierung nicht einmal Aufklärung verlangen konnte, dem Konsul Lutz, sich diesbezüglich mit Friedrich Born, dem Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes für Ungarn, ins Einvernehmen zu setzen. Lutz stand zu Born in einem herzlichen Verhältnis, und die beiden kamen zu einer spontan arrangierten Beratung über die Vorgangsweise der Ungarn und der Deutschen zusammen. Born hatte damals bereits haarsträubende Berichte über das Zusammenpferchen der Juden aus der Karpatho-Ukraine in Gettos. Er verfügte sogar über genaue Details der Blutbäder im Getto von Munkács und gab nun alle seine Informationen an Lutz weiter. Man einigte sich darauf, dass Born persönlich bei den für Judenfragen zuständigen beiden Staatssekretären, László Endre und László Baky, protestieren sollte. Born suchte diese beiden deutschen Söldner getrennt auf. Aber beide lehnten Verhandlungen mit der Begründung ab, dass ausländische Diplomaten ausschliesslich über das Aussenministerium verhandeln könnten. Danach traten Born und Lutz privat an mehrere hohe Staatsfunktionäre heran. Einige waren zwar wohlwollend gesinnt, fürchteten sich aber so sehr, dass sie sich nicht einmal unter vier Augen zu äussern wagten – geschweige denn auch nur im mindesten zu intervenieren. Fast einstimmig verteidigten sie sich damit, dass weder die ungarische Regierung noch die Ungarn überhaupt für die Unmenschlichkeiten verantwortlich seien – auch nicht für das Schicksal der Juden. Die Geschehnisse wären die Folge deutscher Gewalttätigkeit, deutschen Druckes und das Werk deutscher Organisation. Auf das Gegenargument, dass die unter Horthy amtierende ungarische Regierung die judenfeindlichen Verordnungen erlassen hatte und die ungarischen Staatssekretäre diese Verordnungen durch ungarische Gendarmen und Soldaten vollziehen liessen, konnten sie nicht antworten. Borns energisches Auftreten im ungarischen Aussenministerium verlief erfolglos. Er beriet sich wieder mit Lutz. Sie kamen zu dem Schluss, dass man direkt bei der deutschen Gesandtschaft gegen die Brutalitäten gegenüber Juden und gegen die Deportationen Protest einlegen müsste. Sie kamen überein, dass sich Born im Namen des Internationalen Roten Kreuzes an die deutsche Gesandtschaft wenden sollte. Born suchte also bei der deutschen Gesandtschaft um eine dringende Audienz an, worauf ihn Botschaftsrat Dr. Grell als zuständiger deutscher Diplomat empfing. Noch nach Jahren wurde Lutz von Empörung übermannt, wenn er von

den Verhandlungen Borns mit dem Botschaftsrat berichtete und dabei von dessen zynischer Antwort und seinen unverschämten Lügen sprach. In diesem Zusammenhang sagte Lutz, dass man seiner Ansicht nach in den deutschen Schulen – mehr noch, in allen Schulen der Welt-im Rahmen des Geschichtsunterrichtes auch von all den kleinen Einzelheiten sprechen sollte, die die Methoden des Naziimperialismus ins rechte Licht rückten: damit die Völker der Welt ihre Konsequenzen daraus ziehen könnten. Er übergab mir den Bericht Borns an das Internationale Rote Kreuz aus dem Jahre 1945, damit die schier unglaublichen Lügen des Botschaftsrates der deutschen Gesandtschaft in Budapest an die Öffentlichkeit kämen. Born hielt in seinem Bericht, auf Seite 26, – s fest:

«Auf der deutschen Gesandtschaft war es Botschaftsrat Dr. Grell, der sich mit diesen Angelegenheiten befasste. Bei meinen Protesten gegen die Deportationen und die dabei verübten Grausamkeiten gebärdete sich Dr. Grell sehr entrüstet. Vorest erklärte er, dass es überhaupt keine Deportationen gebe, sondern dass es sich um ungarische Arbeitskräfte handle, die auf Grund einer Vereinbarung zum Arbeitseinsatz nach Deutschland gebracht würden zur Verstärkung der gemeinsamen Kriegsanstrengungen. Sofern ungarische Organe Grausamkeiten verübt hätten, so habe Deutschland selbst dagegen protestiert, denn es liege ja im Interesse Deutschlands, diese Arbeitskräfte in guter Kondition zu übernehmen. Jedenfalls würden alle Ankommenden an der Grenze ordnungsgemäss gepflegt, um gestärkt an den Arbeitsplatz gebracht zu werden. Ich wies darauf hin, dass es bewiesen und bestätigt sei, dass der jüdische Arbeitsdienstler eine wesentlich höhere Arbeitsleistung vollbringe, wenn er in der Freizeit mit seiner Familie Zusammensein könne! Ich schlug vor, die deutsche Regierung möchte dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz doch gestatten, die Lager dieser ungarischen Arbeitsdienstler zu besichtigen, damit die Welt über deren Schicksal beruhigt sei. Dr. Grell erklärte aber, dass dies aus dem Grunde unmöglich sei, weil diese jüdischen Arbeiter hauptsächlich in kriegswichtigen Betrieben, deren Ort geheimgehalten werden müsse, tätig seien. Zudem seien die Arbeitsstellen über ganz Deutschland und Polen zerstreut, so dass es auch aus technischen Gründen viel zu kompliziert wäre, diese Lager zu besuchen.»

Bezeichnend für Nazi wie Pfeilkreuzler war, dass sie in gleicher Weise logen. Sie operierten auch in Ungarn mit den von Eichmann

verwendeten Lügen, die sie präzise und fehlerfrei anwendeten – sie hatten ihre Lektion gut gelernt. Für die Irreführung der Provinzjuden diente der gleiche Text, mit dem Eichmann die Mitglieder des Judenrates von Budapest überzeugt hatte. Seine Exzellenz Veessenmayer führte Horthy mit demselben Märchen hinter das Licht, mit dem Botschaftsrat Grell den Rotkreuz-Delegierten Friedrich Born beruhigte. Die Wirkung dieser deutschen Lügen war allerdings nicht überall die gleiche. Die Mitglieder des Judenrates in ihrer Hilflosigkeit, Verlassenheit und im entsetzlichen Bewusstsein der bevorstehenden Vernichtung aller Juden glaubten den deutschen Lügenmärchen – sie wollten ja so gern daran glauben. Auch der Reichsverweser Horthy fiel auf die Erklärungen der Deutschen herein, weil es für ihn logisch war, dass in der schwierigen Kriegslage jede Arbeitskraft benötigt wurde. Nur Lutz, Born und die Aktivisten der Rettungsaktionen liessen sich nicht täuschen und glaubten den Deutschen kein Wort; wussten sie doch genau Bescheid über die unvorstellbaren Grausamkeiten und über das Abschlachten vieler Millionen Menschen durch die Deutschen sowohl während ihrer Eroberungsfeldzüge als auch während ihrer «planmässigen» Rückzüge. Zu dieser Zeit war es schon offensichtlich, dass der Zusammenbruch Deutschlands und seiner Vasallen unvermeidlich bevorstand. Trotzdem klammerten sich die meisten Ungarn verzweifelt an die Behauptungen der Deutschen, dass sie mit ihren Wunderwaffen V 1 und V 2 nicht nur Europa und die Sowjetunion, sondern die ganze Welt auf die Knie zwingen würden. Dieser Glaube bewog die ungarischen Pfeilkreuzler allerdings nicht, ihren deutschen Brüdern an der Front zu Hilfe zu eilen, sondern, in der Heimat die Juden zu morden. – Und alle Welt schwieg ...

Durchbruch des Nazismus und verspätete Reaktionen

Die Welt schwieg – von Anfang an.

Konsul Carl Lutz beschäftigte sich im Lauf seines Lebens immer wieder mit der Frage, warum die Welt nach dem Ersten Weltkrieg schon Terroraktionen und Morde geduldet hatte, die im Namen des mehr und mehr überhandnehmenden Nationalismus und Rassen Denkens begangen wurden. Er erinnerte sich dabei oft der Gescheh-

nisse, die zur Entwicklung des Faschismus und zur Ausbreitung des Nationalsozialismus geführt hatten. Als im Jahre 1933 die Nazis in Deutschland an die Macht kamen, versuchte Lutz, seinen Kollegen in Diplomatentreisen verständlich zu machen, dass die demokratische Welt ins eigene Verderben stürzte, indem sie die Naziherrschaft in Deutschland duldete. Die meisten Diplomaten sahen im Nationalsozialismus das beste Werkzeug zur Abwehr des Kommunismus. Lutz argumentierte vergeblich, dass man den Kommunismus nicht bekämpfen, sondern ihm vorbeugen sollte: durch Reformen, wirksame soziale Massnahmen, Sicherung der Menschenrechte, Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten usw. Aber die meisten seiner Kollegen sahen im Nationalsozialismus höchstens eine Gefahr für die Juden. Sie wussten nicht, oder wollten vielleicht nicht wissen, dass die Verfolgung der Juden durch Hitler und seine Leute vor allem dazu diente, von seinen Kriegsvorbereitungen zum Zweck der Welteroberung abzulenken. Und als Lutz in diplomatischem Auftrag mit seiner Frau nach Palästina kam, machte er die gleichen Erfahrungen bei seinen englischen Kollegen im Dienste der englischen Mandatsregierung. Einige der Diplomaten bedauerten wohl das Schicksal der Juden. Aber sie wollten nicht zur Kenntnis nehmen, dass Hitlerdeutschland eine Weltherrschaft des «Herrenvolkes» anstrebte. Dabei waren die Juden nur als erstes Opfer ausersehen; dann sollten die Slawen und der Reihe nach alle anderen Völker darunter auch die eigenen Verbündeten – nachfolgen.

Die diplomatischen Kreise in Palästina verfolgten wohl mit Besorgnis die Ereignisse in Europa; es fand sich aber kein einziger Diplomat höheren Ranges, der offen Stellung bezogen hätte. Die demokratischen Regierungen verhielten sich auch weiterhin nur ihren eigenen, augenblicklichen Interessen entsprechend.

Carl Lutz erwähnte oft, welche Empörung in ihm die «legale» Entwicklung in Deutschland während des ersten Jahres seines Aufenthaltes in Palästina auslöste. Die Hitler-Regierung führte die allgemeine Arbeitsdienstpflicht auf Grund einer Idee Erich Ludendorffs ein (dieser forderte in seinem Pamphlet «Der totale Krieg» die Einbeziehung der Zivilbevölkerung in die Kriegführung). Die allgemeine Wehrpflicht wurde Gesetz, und die Hakenkreuzfahne wurde zur alleinigen deutschen Reichsflagge erklärt. Diese Verordnungen zeigten deutlich, dass sich die Deutschen auf den Krieg vorbereiteten. Sie trafen alle Anstalten, um die Weltherrschaft der «deutschen Herrenrasse» gemäss der Ideologie von Hitlers geistigen

Vorfahren und im Sinne der in seinem Buch «Mein Kampf» festgehaltenen Prinzipien zu erobern. Die Empörung im Ausland war gross- aber die Regierungen schwiegen. Noch grösser war die Bestürzung, als am 15. September 1935 das «Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre» und das «Reichsbürgergesetz» (kurz genannt die «Nürnberger Gesetze») als schriftliche Legalisierung des Antisemitismus veröffentlicht wurden. Am 18. Oktober 1935 folgte das «Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes» (= Ehegesundheitsgesetz). Diese Gesetze erschienen nebst allen Durchführungsvorschriften und den einschlägigen Verordnungen und Erlassen mit Erläuterungen des Staatssekretärs Dr. Wilhelm Stuckart vom Reichsministerium des Inneren sowie des Oberregierungsrates Dr. Hans Globke.

Lutz sah zu jener Zeit im Hinblick auf die Juden den grössten Fehler darin, dass nicht nur die Mandatsregierung von Palästina, sondern die gesamte demokratische Welt die im Vordringen des Nazismus lauende grosse Gefahr nicht erkannte. Man glaubte einfach nicht daran, dass die Führer Nazideutschlands tatsächlich das verwirklichen würden, was sie verkündeten. Die allzu «menschlich» gefärbten Analysen der angeblichen Friedenspläne Hitlers bestärkten die Nazis nur in ihren Eroberungsplänen. Die Geschichte bestätigte, dass Lutz mit seiner Meinung recht hatte. Als Hitler Deutschlands Reichskanzler wurde, glaubte die Welt (und sogar einige führende Juden) seinen Friedensbeteuerungen. Hätte man damals seine Reden analysiert und der effektiven Tätigkeit der NSDAP gegenübergestellt, hätte man seine Verlogenheit erkennen können. Hitler sprach damals immer nur vom Frieden – gleichzeitig zerstörte er alle demokratischen Einrichtungen in Deutschland. Später sagte er, er wolle nur ein Grossdeutsches Reich, und im Übrigen wünschte er mit allen Völkern in Frieden zu leben. Trotz der brutalen Terroraktionen der Nazis gegen Liberale, Demokraten, Sozialisten, Kommunisten, trotz der verbrecherischen Judenverfolgungen wollte die Welt nicht die Wahrheit erkennen. Die von Hitler verkündete «Neuordnung Europas» wurde nicht ernstgenommen. Die Menschheit glaubte nicht, was Hitler offen sagte:

«Nie werde ich anderen Völkern die gleichen Rechte wie den Deutschen zuerkennen. Unsere Aufgabe ist es, die anderen Völker zu unterwerfen.»

Das war die Grundlage des Hitlerschen Nationalsozialismus. Hitlers Mitläufer erklärten ebenfalls offen:

«Wir werden die nördlichen und westlichen Länder zu von uns abhängigen Vasallen machen. Im Osten werden wir die dort ansässigen Völker vertrei-

ben oder zu unseren Sklaven machen.»

Dies war die Grundidee für die «Neuordnung Europas».

Zwanzig Jahre nach der ersten weltweiten Katastrophe nahte ein zweiter Weltkrieg, der schon 1938 noch weitaus schrecklicher als der erste zu werden drohte. In jener Zeit nahm Hitlerdeutschland bereits – auf seine militärische Stärke gestützt – seine Erpressungen vor. Die Expansionsbestrebungen waren klar erkennbar; die planmässige Unterdrückung der Völker nahm ihren Anfang.

Von all den chaotischen Ereignissen des Jahres 1938 war es nach der Okkupation Österreichs – die Weltkonferenz von Evian (6.-15. Juli 1938), welche die leitenden Kreise Palästinas am meisten beschäftigte. Der USA-Präsident Roosevelt hatte den «Weltkongress für Flüchtlingsfragen» nach Evian in Frankreich, vierzig Kilometer von der Schweizer Grenze bei Genf, einberufen. Die Aussenminister von 42 Staaten waren bei dieser Konferenz anwesend. Das Problem wurde in seiner ganzen Tragik dargelegt; es wurden auch Vorschläge zu seiner Lösung gemacht. Alle 42 Aussenminister äusserten sich zum Thema, alle sprachen ihr Mitgefühl mit den Verfolgten aus – und alle beriefen sich auf bestehende Gesetze. Einwanderungsgenehmigungen könnten sie leider nicht ausstellen, sagten sie. So blieben die Pforten der Länder für die politisch und rassistisch Verfolgten verschlossen. Ausnahmen bildeten Madagaskar und Schanghai – dort überstanden einige tausend Flüchtlinge die Zeit des faschistischen Grauens. Nach dem Misserfolg der Konferenz von Evian stellte der weltberühmte Wiener Arzt ungarischer Abstammung, Prof. Neumann fest: «Mit dieser Konferenz haben die demokratischen Staaten das Grab für die Flüchtlinge und für das europäische Judentum geschaufelt ...» Der «Völkische Beobachter» berichtete ausführlich über die Konferenz von Evian und stellte fest, dass niemand die Juden haben wollte, die Juden wären vogelfrei ... Es war charakteristisch für die Leitung der ungarischen Judenschaft, dass sie keinen Vertreter nach Evian entsandten; Dr. Eppler, der Generalsekretär des Landesverbandes der Israeliten in Ungarn verfolgte die Konferenz lediglich als Beobachter. Die ungarischen Juden wollten auf diese Weise ihr patriotisches Ungartum demonstrieren: Kein Israelit Ungarns sollte an einer internationalen Aktion teilnehmen. Damit glaubten sie, sich von der Verleumdung, «internationale Judeo-Bolschewiken» zu sein, befreien zu können!

Kaum vier Monate nach der Konferenz von Evian kam es zum staatlich organisierten Judenpogrom in Deutschland. Im «Altreich» (= Deutschland) und in der «Ostmark» (= Österreich) wurden durch die Leute der SA 100 Synagogen durch Brand zerstört, 76 Synagogen demoliert, 7'500 jüdische Geschäfte ausgeplündert und zerstört. Gleichzeitig wurden 20'000 Juden festgenommen, von diesen wurde die Hälfte in das erst ein Jahr zuvor gegründete Konzentrationslager Buchenwald, die anderen in Dachau usw. eingeliefert. Angeblich wurden «nur» 35 Juden getötet. Das alles geschah am 9. November 1938. Am 12. November 1938 hielten Göring, Goebbels und Heydrich eine Sitzung ab; nachher gab Göring einen Erlass heraus, demzufolge die Juden «als Strafe für ihre ruchlosen Verbrechen» eine Kontribution in Höhe von 1250 Millionen Reichsmark zahlen müssten. So kam es zum wirtschaftlichen Ruin des deutschen und österreichischen Judentums. Dann folgte die Forderung nach Zwangsauswanderungen – nach Lublin, zur Vernichtung ...

Als sich Lutz mit diesen Problemen beschäftigte, ahnte er noch nicht, vor welchen Aufgaben er selbst stand; ebenso wie er nicht ahnte, dass er in dem von den Deutschen provozierten Krieg gerade die Interessen der Deutschen in Palästina gegenüber der britischen Mandatsregierung würde vertreten müssen. Genausowenig konnte er damals wissen, dass er später – zum Schutze der von den Deutschen verfolgten Juden und unter anderem auch Englands – gegen Nazideutschland kämpfen und gleichzeitig auch die Interessen Englands in Lingam vertreten würde. Es war klar, dachte Lutz, dass die Deutschen bis zur Konferenz von Evian im Zusammenhang mit den Juden vorsichtiger waren, weil sie mit energischeren Reaktionen der demokratischen Regierungen gerechnet hatten. Nach dem Versagen der Evianer Konferenz stellten sie fest, dass sie in der Judenfrage eigentlich freie Hand hatten.

Der unmittelbare Anlass des Pogroms vom 9. November 1938 war, dass zwei Tage zuvor in der deutschen Botschaft in Paris der junge Jude Herschel Grynszpan den Botschaftsangestellten von Rath niedergeschossen hatte. Dies gab den Vorwand für eine immense Ausweitung der verbrecherischen Tätigkeit des Naziregimes.

Für jeden normalen Menschen war es unbegreiflich, wie es zur «Kristallnacht» kommen konnte. Auch in Lutz tauchte die Frage auf, wer eigentlich für die Kristallnacht verantwortlich war. Die Politik, die das Aufkommen des Nazismus ermöglicht hatte? Die deutsche Grossindustrie, die die Nazis zur Macht kommen liess?

Die demokratischen Länder, die bis zu dem Augenblick, als sie die Gefahr am eigenen Leib verspüren mussten, mit den Nazis zusammenarbeiteten, ja mit ihnen paktierten? Oder die gläubigen Volksmassen, die man Nächstenliebe lehrte und die sich doch dem Nationalsozialismus – der die Unterscheidung der Menschen nach rassischen und politischen Gesichtspunkten verkündete – anschlossen?

Die negative Haltung der westlichen Mächte blieb auch während des Zweiten Weltkrieges bestehen. Als schon jedermann wusste, wie man die Juden ermordete, sie wahllos – vom Kind bis zum Greis – durch Genickschüsse umbrachte, als schon allgemein bekannt war, was den Aufstand von Warschau hervorgerufen hatte, als in den deutschen Konzentrationslagern schon Millionen von Juden, Nazi-gegnern und russischen Kriegsgefangenen vernichtet worden waren – da schritten die Politiker der Welt und die Regierungen der Alliierten nicht ein, weil sie die von den Deutschen oder über Veranlassung der Deutschen durchgeführten Unmenschlichkeiten «nicht glaubten, nicht glauben konnten». Das besiegelte das Schicksal von Millionen Menschen, auch der Juden Ungarns. Denn als die Deutschen am 19. März 1944 Ungarn besetzten und sofort darauf die Judenverfolgungen begannen, «glaubten» die Alliierten noch immer nicht an die Grausamkeiten der Deutschen und ihrer Anhänger. Zu energischeren Protesten kam es erst nach der Deportierung der Juden aus der Provinz Ungarns.

Am 25. Juni 1944 wandte sich der Papst – über den päpstlichen Nuntius Angelo Rotta – mit einer persönlichen Botschaft an Horthy. Am 26. Juni 1944 verlangte Roosevelt über Vermittlung der Schweizer Regierung die Einstellung der Deportierungen, sonst würden Sanktionen erfolgen. Die Antwort Sztójays und seiner Regierung war unbefriedigend; die Amerikaner belegten daher in den Mittagsstunden des 2. Juli 1944, die Engländer in der darauffolgenden Nacht, Budapest mit einem Bombenteppich. Am 1. Juli 1944 übergab der schwedische Gesandte Danielsson den Protest des schwedischen Königs an Horthy. Drei Tage später antwortete Horthy und versprach in einem Brief die Einstellung der Deportationen.

Schon im Jahre 1933 waren in Deutschland die Konzentrationslager aufgebaut worden. Die Menschenrechte wurden vollkommen negiert. Jeder, der mit den wirren und unmenschlichen Irrlehren

des Nationalsozialismus nicht einverstanden war, wurde verfolgt. Die Nazis behandelten ihre Gegner unbarmherzig, zahllose Menschen wurden zu Krüppeln geschlagen, und in ganz Deutschland zählten Morde zum Alltag. Erpressung. Plünderung, öffentliche Demütigung, Verschleppung und Tötung von Sozialisten, Kommunisten und von Juden bildeten das tägliche Programm. Nach und nach «legalisierte» man die Verfolgung der Angehörigen «minderer Rassen», wie Juden und Zigeuner, durch neue «Gesetze», auf Basis der Rassentheorie. Und die westlichen Regierungen schwiegen – vermutlich deshalb, weil sie vom Hitlerismus die Vernichtung des gefürchteten Kommunismus und Atheismus erhofften. Sie sahen die historischen Zusammenhänge nicht – und wollten sie auch gar nicht sehen. Vor ihren Augen warf der deutsche Nationalsozialismus im hochentwickelten 20. Jahrhundert mit Hilfe nicht nur seiner SS-Mörder, sondern auch begabter Wehrmachtsoffiziere und Armeeangehöriger, Europa zurück in barbarisches Mittelalter. Vergeblich protestierten die hervorragendsten Intellektuellen, angeführt von Thomas Mann, Albert Einstein und anderen – kein einziger Staat unternahm ernsthafte Schritte gegen Nazideutschland und seine nationalistische, rassistische Expansionspolitik; alle sahen den Vorgängen in Deutschland teilnahmslos zu. Sie glaubten Hitlers Lügen und falschen Friedensversprechungen – dabei bereitete sich Nazideutschland mit seiner demonstrativen Nichteinhaltung internationaler Verträge ganz offensichtlich auf die Eroberung Europas und der ganzen Welt vor. Trotzdem reichten alle dem grausamsten Diktator aller Zeiten die Hand. Teils unterstützten sie sogar eine Politik des Aufrechterhaltens diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen, zumindest aber assistierten sie den Grausamkeiten und Expansionsbestrebungen des nationalsozialistischen Deutschland durch ihr tatenloses Zusehen. Nach Ansicht mancher Historiker war die negative Haltung nicht nur in der Furcht vor der Ausbreitung des Kommunismus begründet, sondern auch in der Tatsache, dass der auf Rassentheorie basierende Faschismus in allen Ländern wuchs und einige der massgeblichsten Personen in verschiedenen Regierungen Faschisten und Antisemiten waren – sogar die Aussenpolitik Amerikas und Englands wurde von ihnen beeinflusst. Zur Tragödie der Völker Europas trug noch bei, dass auch der Papst eine ähnliche Politik betrieb – der Vatikan kollaborierte mit Nazideutschland und duldete stillschweigend die Vernichtung unzähliger gläubiger Christen und vieler Priester, die Widerstand

leisteten. Auf Grund der historischen Tatsachen kann es als erwiesen angenommen werden, dass sich die westliche Welt, und später die Allianz, unter Berufung auf zweifelhafte strategische Gründe in stillschweigender Übereinkunft nicht in das Völkermorden der Deutschen und ihrer Spiessgesellen einmischte. Sie begann erst aufzuwachen, als Deutschland mit falschen Beschuldigungen – ohne vorherige Warnung – Polen überfiel und damit den Zweiten Weltkrieg provozierte.

Carl Lutz warf wiederholt die Frage auf, warum eigentlich die Verbündeten, die zu den Konzentrationslagern führenden Eisenbahnlinien, die Lagerleitungen und Krematorien nicht durch Bomben zerstört hatten. Warum waren sie nicht wirkungsvoll gegen die Völkervernichtung der Nazis aufgetreten?

Lutz sprach sich dafür aus, dass die UNO einen Beschluss über die Pflicht zur Vorlage von Dokumenten fassen sollte. Jede Urkunde, die in irgendeinem Zusammenhang mit dem Holocaust steht, in welchem Land immer sie aufliegt, müsste zugänglich gemacht werden, um die Hintergründe und Zusammenhänge der Geschehnisse in der Nazizeit für jeden Menschen, besonders für die neuen Generationen verständlich zu machen. Nur in Kenntnis der Wahrheit kann man einem neuen Weltenbrand vorbeugen, ein neues Holocaust verhindern. Deshalb, betonte Lutz, müsste einmal Licht in die Umstände gebracht werden, unter denen die ganze Welt mit Hitlerdeutschland paktiert hatte. Solange die Siegermächte die Aufarbeitung sämtlicher Dokumente aus dieser Zeit nicht ermöglichen, muss man die Feststellungen der bisher über dieses Thema erschienenen Bücher und Studien als einzig richtig annehmen. Aus diesen geht hervor, dass die passive Haltung der Alliierten auf antisemitischen Wurzeln beruht. Die Antisemiten in der Administration Roosevelts verheimlichten die Wahrheit vor ihrem Präsidenten. Das ist die Erklärung dafür, dass Amerika erst zu einem Zeitpunkt energischen Protest einlegte, als die Nazis mit ihren Vasallen schon die letzte Phase ihres Vernichtungsprogrammes erreicht hatten, als bereits mehr als fünf Millionen europäischer Juden umgebracht worden waren. Eine noch grössere moralische Verantwortung trifft den Vatikan – er paktierte mit Hitler und seinen Trabanten und bestärkte mit seiner Passivität die Nazis in ihrer Politik der Judenverfolgungen und der Bekämpfung aller fortschrittlichen Kräfte. Der Heilige Stuhl ging sogar darüber hinweg, dass der Nationalsozialismus kirchenfeindlich war (bester Beweis dafür waren die Massen-

austritte aus der Kirche in Österreich, mit dem viele bis dahin katholische Gläubige beweisen wollten, dass sie getreue Anhänger der Nazis geworden waren). Die Politik des Vatikans war von irrigen Gesichtspunkten bestimmt. Mit der Vergöttlichung Hitlers baute der Nationalsozialismus einen neuen Fanatismus auf, stärker als der Fanatismus der Katholiken, und verleugnete gleichzeitig die Kompetenz der Kirche. Aber angesichts der brutalen Judenverfolgungen blieb er solange passiv, bis 90% der europäischen Juden ausgerottet waren – da nämlich näherte sich die Nazidiktatur bereits ihrem Ende. Sollte diese negative Haltung des Vatikans noch auf die alte, zum Hass aufstachelnde Lehre zurückzuführen sein, wonach die Juden Jesus getötet hätten? Im Gegensatz zu dieser Verhaltensweise des Vatikans (der sich nicht einmal gegen die Deportierung der Juden von Rom ernstlich einsetzte!) ist es umso höher einzuschätzen, dass sowohl in Deutschland als auch in anderen europäischen Staaten mehrere angesehene Kirchenfürsten, Kardinäle und mehrere hundert Priester offen gegen den Nationalsozialismus auftraten, den Kampf gegen die deutschen Banditen aufnahmen. Die meisten von ihnen mussten dafür mit ihrem Leben bezahlen.

Die negative Haltung des stalinistischen Russland ist auf den speziellen Antisemitismus und Fremdenhass des damaligen Systems zurückzuführen. Auf der einen Seite wurden Atrozitäten gegen Juden mit schwerem Kerker, eventuell sogar mit dem Tode bestraft – auf der anderen Seite verbannte Stalins Russland Tausende von jüdischen Intellektuellen in «Arbeitslager». Die bekanntesten jüdischen Schriftsteller, Wissenschaftler, Künstler usw. wurden hingerichtet; 363 von ihnen hat man namentlich erfasst. Bezeichnend für den Antisemitismus Stalins ist es, dass jene deutschen Kommunisten jüdischer Abstammung, die nach Hitlers Machtergreifung in die Sowjetunion geflüchtet waren, nach Abschluss des deutsch-russischen Paktes an die Deutschen ausgeliefert wurden. Diese Vorgangsweise löste sogar in Hitlerdeutschland Überraschung aus. Bis auf ganz wenige gingen diese Ausgelieferten in Konzentrationslagern zugrunde. In den Memoiren Ilja Ehrenburgs und in den Schriften Kusnezows, den Gedichten Jewtuschenkos sowie den Aufzeichnungen anderer wurde die Wahrheit über diese Terrorzeit aufgezeigt – zur Warnung der neuen Generation vor einer Wiederholung dessen, was nie mehr geschehen darf. Aber schon zu Zeiten Chruschtschows wurden die kritischen Schriftsteller wieder zum Schweigen gebracht. So ist es kein Wunder, dass bis heute keine

Untersuchungen und Veröffentlichungen über das Schicksal jener mehreren hunderttausend Juden existieren, die während des Zweiten Weltkrieges nach Sibirien geschickt wurden. Aus den Zeugnisaussagen der wenigen, die zurückkehrten, geht hervor, dass die meisten von ihnen tragisch zugrunde gingen.

Auch die Haltung Englands und Amerikas während des Zweiten Weltkrieges im Zusammenhang mit den verfolgten europäischen Juden sucht man möglichst zu vertuschen. Offiziell wurde noch nie die Frage der Verantwortung der englischen und amerikanischen Regierung aufgeworfen. (Zum Glück gibt es einige Historiker und Schriftsteller, die sich intensiv mit diesem Problem befassen.)

Carl Lutz beschäftigte sich sehr viel mit diesem ganzen Themenkomplex. So sehr es ihn schmerzte, dass die Schweizer Regierung während des Krieges in der Frage der jüdischen Flüchtlinge ganz auf der Linie Hitlerdeutschlands stand – so sehr freute es ihn, dass sich nach dem Kriege demokratische Kräfte regten, die volle Klarheit in die Frage der seinerzeitigen Flüchtlingspolitik bringen wollten. Lutz war sogar stolz darauf, dass die Schweiz als einziges Land offiziell anordnete, dass präzise Untersuchungen in dieser Hinsicht durchgeführt und die Ergebnisse veröffentlicht werden müssten.

(Siehe «Die schweizerische Flüchtlingspolitik» in Kapitel VII.)

II

Gegen die eigene Regierung und die USA-Bürokratie

Die warme Menschlichkeit, die grenzenlose Hilfsbereitschaft von Carl Lutz möchte ich mit einer charakteristischen Geschichte illustrieren, in deren Mittelpunkt ein Anführer der Widerstandsbewegung stand. «Rafi» war in den Budapester jüdischen Kreisen von 1944 sehr bekannt. Er ging damals mit Originaldokumenten auf den Namen «János Sampiás» in der Tasche durch die Strassen Budapests. Vielleicht würde er sich sowieso niemals ausweisen müssen – mit seinem vorteilhaften Aussehen, seinen blonden Haaren, wirkte er wie ein «echter Arier». Niemand hätte einen Juden in ihm vermutet, niemand hätte gedacht, dass János Sampiás in Wirklichkeit Rafi Friedl hiess ... So konnte Rafi täglich die Zentren jüdischer und nichtjüdischer Widerstandsbewegungen besuchen. Seine Taschen waren voll mit echten und gefälschten Papieren für verfolgte Personen.

Rafi Friedl war in der Slowakei Mitglied der linksorientierten zionistischen Jugendorganisation Hashomer Hatzair; im Januar 1944 flüchtete er mit einigen anderen slowakischen Pionieren nach Ungarn. Noch bevor er die Slowakei verliess, erwarb er von einem arischen Bekannten – eben von János Sampiás – dessen Personaldokumente und kam damit über die Grenze. Der wirkliche Sampiás war laut Personalausweis in Amerika geboren. Dieser Umstand brachte Rafi auf den Gedanken, sich einen Schweizer Schutzpass für amerikanische Staatsbürger zu beschaffen. Sobald er zu diesem Entschluss gekommen war, suchte er Carl Lutz, den Chef der «Abteilung für Fremde Interessen der Schweizer Gesandtschaft» am Szabadság-Platz auf. Rafi zeigte ihm seinen Personalausweis auf den Namen Sampiás und ersuchte auf Grund dessen um Bestätigung seiner amerikanischen Staatsbürgerschaft. Lutz bot ihm bereitwillig seine Unterstützung im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten an, musste ihm aber mitteilen, dass die Erledigung ihren bürokratischen Weg zu nehmen hätte. Er liess ihn einen mehrere Seiten um-

fassenden Fragebogen ausfüllen, den er über Bern an die amerikanischen Behörden weiterleiten musste. Rafi überdachte nachträglich sein Gespräch mit Lutz und die Tatsache, dass er den Fragebogen in fast allen Punkten falsch ausgefüllt hatte; schliesslich hatte er ja keine Ahnung, wer der Vater, die Mutter, der Grossvater jenes Sampiás gewesen waren, dessen Dokumente er besass ... So ging er nochmals zu Lutz und erzählte ihm kurz entschlossen die Wahrheit. Er sagte ihm, dass er in Wirklichkeit weder Sampiás noch Amerikaner sei, sondern ein verfolgter slowakischer Jude – und er bat Lutz um Hilfe. Die Art, wie Lutz reagierte, blieb für Rafi ein unvergessliches Erlebnis. Im Frühjahr 1944, während der unbarmherzigsten Schreckensherrschaft, fand sich ein Mensch, ein Schweizer Diplomat, der sich über alle Vorschriften (sowohl der Schweiz als auch Amerikas) hinwegsetzte, der seinen Dienstest verletzte, um einem Mitmenschen zu helfen. Zunächst beruhigte er Rafi mit dem Hinweis, dass er sich wegen des Fragebogens keine Sorgen machen sollte. Der administrative Weg eines solchen Fragebogens sei so lang, dass bis zum Einlangen der Antwort – wie Lutz sagte – «wir vielleicht schon alle zugrunde gegangen sind. Falls wir aber dieses Chaos überleben, bitte ich Sie, mir dann das Papier zurückzugeben, das ich Ihnen jetzt ausstelle – und von dieser Angelegenheit zu schweigen, solange ich im Amt bin».

Im Jahre 1945 übersiedelte Rafi nach Prag und leitete dort das Palästina-Amt. 1948 wurde er zum ersten Sekretär der israelischen Gesandtschaft in Prag. Ab 1950 lebte er im Kibbuz. Dann wurde er zum Botschafter Israels in Mali ernannt, später in Kambodscha und ab 1969 in Bukarest. Seit 1973 lebt er wieder in seinem Kibbuz.

Wenn sich Lutz in späteren Jahren an den Fall Rafi Friedl erinnerte, stellte er sich in Gedanken die Frage: «Wie hätten wohl die Herren Eduard von Steiger und Dr. Rothmund reagiert, wenn sie seinerzeit von dieser meiner ‚amtlichen‘ Tätigkeit erfahren hätten, als ich nicht einem politisch Verfolgten, sondern ‚nur‘ einem rassistisch Verfolgten aus der Slowakei half? Besser gar nicht daran denken! Bestenfalls wäre es mir so ergangen wie dem Kommandanten der schweizerischen Grenzwache Grüninger, der sich den Anweisungen seiner Vorgesetzten in Bern widersetzte. Grüninger hatte sich davon überzeugen müssen, dass auf alle jene rassistisch Verfolgten, die laut Beschluss der Berner Regierung nicht als politisch Verfolgte anzusehen und die daher gemäss den fremdenpolizeilichen Vorschriften per Schub über die Grenze nach Deutschland zurück-

zubefördern waren, der sichere Tod wartete. Grüninger war nicht gewillt, als Vollstrecker dieser Vorschriften an einem Massenmord mitteilzunehmen. Auf dem seinem Kommando unterstellten Grenzgebiet wurde kein einziger Verfolgter zurückgeschickt! Damit rettete er etwa 2'000 rassisch Verfolgten das Leben. Leider fanden sich Denunzianten, die ihn bei seinen vorgesetzten Behörden in Bern anzeigten. Grüninger wurde fristlos aus seiner Stellung entlassen, und gleichzeitig wurde ihm jeder Anspruch auf Pension entzogen. Erst nach Jahrzehnten wurde er von Bern rehabilitiert – moralisch. Aber die Pension wurde ihm nicht vergütet ... Der Fall kam in die Presse und damit an die Öffentlichkeit. Das Vorgehen der Berner Behörden löste grosse Empörung aus; aber Grüninger bekam seine Pension trotzdem nicht zurück. Ein Teil des Schweizervolkes reagierte darauf aber damit, dass es binnen einiger Tage 100'000 Franken als Entschädigung sammelte und an Grüninger schickte. Auch daraus ist zu entnehmen, dass das Schweizervolk geneigt gewesen wäre, bei der Rettung von Flüchtlingen mitzuwirken. Aber die Herren von Steiger und Dr. Rothmund wandten – im Einvernehmen mit der damaligen Regierung – den jüdischen Flüchtlingen gegenüber Nazimethoden an.»

III

Gründung der Auswanderungsabteilung und Lutz' Kollektivpässe

Wie kam es überhaupt zu der Gesandtschaft in der Vadász-Gasse? Auf diese Frage antwortete mir Lutz: «Leider erst sehr spät. Der Sekretär des Palästina-Amtes wandte sich erst nach der Besetzung Lingams im März 1944 an mich, obwohl ich schon seit 1942 in Budapest als Vertreter Englands und seiner Dominions fungierte. Palästina war britisches Mandatsgebiet, und es war daher offensichtlich, dass alle Palästinaangelegenheiten in meinen Verantwortungsbe-
reich fielen. Krausz hatte erst mit Jean Bavier vom Internationalen Roten Kreuz verhandelt; dieser empfahl ihm, zu mir zu kommen, denn Hilfe konnte er nur von der diplomatischen Vertretung Englands erwarten. Als die Situation und die Aufgabe geklärt waren und die Aktion offiziell beginnen konnte, lief die Deportierung der Juden aus der Provinz bereits auf vollen Touren; nur mehr die zum Arbeitsdienst Eingezogenen waren noch erreichbar. Das ungarische Aussenministerium gab seine Zustimmung, dass Inhaber von Palästinazertifikaten als unter dem Schutz der Schweizer Gesandtschaft stehend galten und vom Arbeitsdienst freigestellt wurden. Unter den Budapester Juden verbreitete sich die Nachricht von der Palästina-Auswanderungsaktion rasch, und Tausende belagerten das Büro am Freiheitsplatz. So wurde es erforderlich, sich nach weiteren Büros umzusehen. Man schlug mir im Juli 1944 das Gebäude Vadász-Gasse 29 zur Verwendung für die ‚Auswanderungsabteilung‘ vor; das Gebäude wurde vom ungarischen Aussenministerium als exterritoriales Gesandtschaftsgebäude anerkannt. Da ich keine individuellen Pässe vergeben konnte (weil ich dazu von Bern keine Genehmigung hatte), stellte ich ohne meine Regierung zu fragen den Zertifikatinhabern Bescheinigungen der schweizerischen Gesandtschaft aus. Da diese auf einem Schweizer Kollektivpass aufschienen, konnte man annehmen, die darauf genannten Personen

wären Schweizer. Bei der Abfassung des Formulartextes beriet ich mich mit dem Advokaten Dr. Károly Wilhelm. Gleichzeitig konnte ich mit dem ungarischen Aussenministerium vereinbaren, dass alle Mitarbeiter der Abteilung „Fremde Interessens“ bei der schweizerischen Gesandtschaft von den für Juden geltenden Vorschriften, wie dem Tragen des gelben Sterns usw. befreit waren. Sie konnten sich frei bewegen, sogar im Hotel wohnen usw. Auf mein Ansuchen stellte die ungarische Regierung 170 solcher Ausweise aus.»

So begann die Aktion, die sich zu ihrem Beginn auf 7'800 Familien bezog. Was die Ergebnisse von Lutz' Verhandlungen mit den ungarischen Behörden anbelangt, so waren einige Beamte des Aussenministeriums und einige Polizeioffiziere durchaus zur Hilfe bereit; sie glaubten an die Durchführbarkeit der Auswanderung und vertrauten auch darauf, dass Lutz die Zustimmung der Deutschen erwirken würde. Sie waren durch Lutz einigermaßen über die Kriegslage informiert und wussten bereits, dass der deutsche Zusammenbruch unvermeidlich war. Ausserdem waren sie aber auch von einem naiven Optimismus, ebenso wie der Sekretär des Palästinaamtes, Krausz, der einige von ihnen mobilisiert hatte. Er glaubte tatsächlich, die noch lebenden Juden mit Hilfe irgendwelcher ungarischer Behörden retten zu können. Er merkte nicht, dass die zweifellos gutgesinnten und die Expansionspolitik Hitlerdeutschlands verabscheuenden ungarischen Ministerialräte und höheren Polizeibeamten durch die Teilnahme Lutz' wohl den Mut fanden, Verhandlungen zu führen, aber nicht einmal wagten, irgendwelche Verhandlungsprotokolle zu unterschreiben – geschweige denn, etwas zu unternehmen! Trotzdem behauptete Krausz bei mehreren offiziellen Anlässen, dass man mit seiner Taktik der Zusammenarbeit mit ungarischen Stellen die Juden in Ungarn hätte retten können; mit jener Taktik, die er erst einleitete, als etwa 70% der russisch Verfolgten bereits aus Ungarn deportiert worden waren ... Er verhandelte zudem mit Leuten, die über keinerlei wirklichen Einfluss verfügten. Wirklich tragisch wirkte sich Krausz' fatale Kurzsichtigkeit aus, als Carl Lutz bereits eine offizielle schweizerische Organisation für die Palästina-Zertifikatinhaber geschaffen hatte, er sich aber immer noch streng an die Bürokratie hielt. Hätte er sich in den vergangenen Jahren an den Rettungsaktionen der zionistischen Pionierbewegungen beteiligt, an den Schutzaktionen für aus Nachbarländern geflüchtete Juden, statt an Manipulationen mit Palästinazertifikaten, rumänischen und San Salvador-Reisepässen, dann

hätte er bereits Routine darin besessen, was unter der deutschen Besetzung Ungarns getan werden konnte und wie es zu tun war. Wäre er wenigstens zu der Zeit nicht mehr nur seinen eigenen naiven Vorstellungen gefolgt, als die Deutschen mit der Ausrottung der Juden in den Nachbarstaaten begannen, wäre ein Teil der Juden in der Provinz noch zu retten gewesen. Ein engerer Kontakt Krausz' zu den Jugendbewegungen hätte ihn erkennen lassen, wie man die durch Lutz gebotenen ausserordentlichen Möglichkeiten auf illegale Weise nützen und zu wirksamen Rettungsaktionen für verfolgte Juden einsetzen könnte. (Dass diese Möglichkeit bestand, hatten die Pioniere ja schon seit Oktober 1944 – gegen den Willen von Krausz – unter dem Deckmantel der Gesandtschaften in der Vadász- und in der Wekerle-Gasse bewiesen.) Die Pionierbewegungen begannen sofort am Tage der Besetzung durch die Deutschen, trotz beständiger Lebensgefahr, wieder mit ihrer «Hatzala»-(= Rettungs-)tätigkeit. Als Rafi Friedl vom Palästina-Komitee Krausz suchte, fand er ihn nicht – er war in die «Schutzmachtabteilung» der schweizerischen Gesandtschaft am Szabadság-Platz gezogen.

Später erklärte er den Pionieren, das von ihm geleitete Palästinaamt nur deswegen verlassen zu haben, «weil er sich in das Studium der Möglichkeiten zu Rettungsaktionen vertiefen musste». Lutz sagte mir: «In der damaligen bedrohlichen Situation war die ungeschickte Haltung des Palästinaamtes eine Katastrophe. Seine Langsamkeit, Aktionsunfähigkeit und bürokratische Vorgangsweise lassen sich nur durch Furcht erklären. Ich musste mit Betroffenheit feststellen, dass der Sekretär des Palästinaamtes aus Eitelkeit und persönlichem Gekränktheit mehr Energie auf Intrigen gegen Otto Komoly und Rezső Kasztner verwendete als auf die vordringlichen und wichtigen Aufgaben. Damit erschwerte er auch mir noch meine ohnehin schon schwierige Lage. Die Ungarn waren getreue Befehlsvollstrecker der Deutschen, von meiner Regierung hatte ich keine Hilfe zu erwarten, seitens der Deutschen musste man auf das Schlimmste gefasst sein – und zu alledem war das Palästinaamt schwach.» Der erste Kollektivpass wurde am 29. Juli 1944 ausgestellt. Er erhielt die Nummer I. Auf Grund dieses Sammelpasses wurde den darin namentlich genannten Personen (unter den laufenden Nummern 1-967) am 31. Juli 1944 die Genehmigung zur Ausreise vom ungarischen Staatsgebiet bis zum 25. August 1944 erteilt. Mit Kollektivpass Nr. II erhielten 1233 Personen die Ausreiseerlaubnis. Diese Genehmigungen wurden vom ungarischen Aussenministerium mehr-

mals verlängert. Die deutsche Gesandtschaft in Budapest erteilte den Durchreisesehtvermerk aber erst am 13. November 1944 – mit Gültigkeitsdauer bis zum 31. Januar 1945. Dies war das Ergebnis von Lutz' zahlreichen, in gespannter Atmosphäre geführten Verhandlungen. Grundlage der Kollektivpässe waren jene 7'800 Zertifikate, die auch die Basis für die Zulassung der «geschützten Schweizer Häuser» bildeten. (Die deutsche Gesandtschaft schrieb von 8'000 Zertifikaten und machte es zur Streitfrage, ob ein Zertifikat für eine Person oder für eine Familie Gültigkeit hätte – siehe das diesbezügliche Geheimtelegramm Veesenmayers, Seite 66.)

Das Zusammenstellen der Kollektivpässe erforderte enorme administrative Arbeit; zahlreiche Mitarbeiter waren damit beschäftigt. Vom September 1944 an liess Lutz die Namenslisten für die Kollektivpässe nur mehr aus psychologischen Gründen, und um Zeit zu gewinnen, weiter anfertigen. Durch den deutschen Gesandtschaftsrat Feine war er über die wirklichen Absichten der Deutschen aufgeklärt worden. Abgesehen davon – Lutz hegte berechtigte Zweifel daran, ob die Schweiz diese Flüchtlinge nicht noch von ihrer Grenze zurückgeschickt hätte ...

LENZEICHEN

KOLLEKTIVPASS NO. 1.

Die Schweizerische
Gesandtschaft, Abteilung
fremde Interessen, ersucht
alle Zivil- und Militär-
behörden, die nachgenann-
ten Träger dieses Kollekt-
tivpasses frei und ungehin-
dert passieren zu lassen.

Gleichzeitig empfiehlt
sie diese dem Entgegenkom-
men aller derjenigen Behör-
den und Beamten, an die sie
sich wenden sollten und er-
sucht sie, ihnen Hilfe und
Schutz angedeihen zu lassen.

La Légation de Suisse,
Division des Intérêts
étrangers, invite les
Autorités civiles et mi-
litaires à laisser passer
et librement circuler les
porteurs du présent passe-
port collectif.

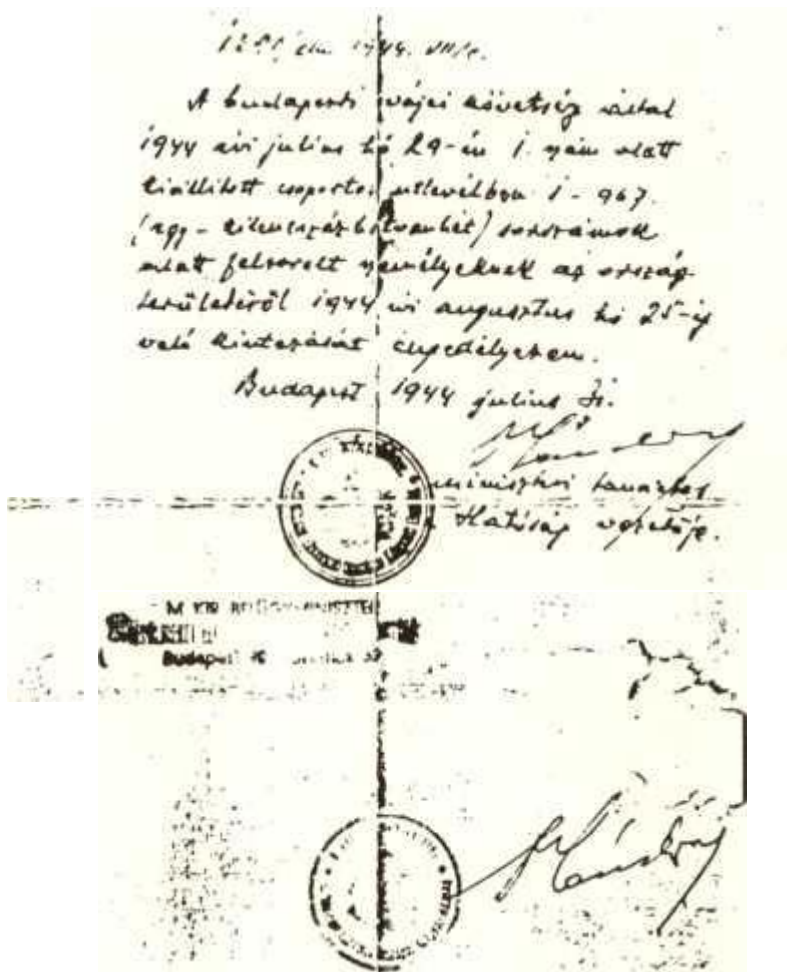
Elle les recommande en
même temps aux bons offi-
ces des Autorités et fonc-
tionnaires auxquels ils
pourraient s'adresser et
les prie de leur accorder
aide et protection.

Budapest, den 29. Juli 1944.

SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
Der Leiter der Abteilung
für fremde Interessen:

Stempel
der Schweizerischen
Botschaft

PS. Dieser Pass ist im Zielland an die
zuständige offizielle schweizerische
Vertretung auszuhändigen und von
dieser an die Schweizer. Gesandt-
schaft in Budapest zurückzusenden.



Übersetzung: (Langstempel) K. Ung. Innenministerium. Zentrale Behörde für die Überwachung von Ausländern.
 1290/em 1944. VII/c.

Den auf dem von der Schweizer Gesandtschaft in Budapest am 29. Juli des Jahres 1944 unter der Nummer 1 ausgestellten Gruppenpass unter den laufenden Nummern 1-967 (einsneunhundertsiebenundsechzig) angeführten Personen bewillige ich die Ausreise aus dem Staatsgebiet bis zum 25. August des Jahres 1944.

Budapest, 31. Juli 1944
 (Bundesstempel der KEOHK)
 (Langstempel der KEOHK mit Adresse:
 Budapest 96, Postfach 39)
 (Rundstempel)

(Unterschrift)
 Ministerialrat
 Leiter der Behörde
 (Unterschrift)

VISA.

*Viza de tranzit este valabilă pentru persoanele
inscrise în pasportul colectiv eliberat volum 1, enu-
merate dela Nr. 1 până la Nr. 967.*

Legățiunea Regală a României

BUDAPESTA

VIZA DE TRANZIT No. 844

Ban pentru a trece prin România

O SINGURĂ DATA FĂRĂ

DREPT DE OPRIRE.

Punctul de intrare Grației

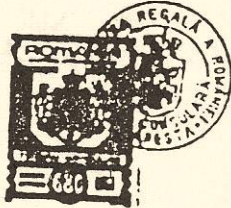
Punctul de ieșire Constanța

Budapesta 1 August 1944.

N. Nr. 01958 11/18 1944.

Taxa 0.33

Art. 5 c. 2. 1944.



Aut. Min. Exter. Nr. 3552/1944.

Die Rumänen erteilten auf Lutz' Ersuchen den im «Kollektivpass» aufschei-
nenden Personen ohne Schwierigkeiten die Durchreise-Genehmigung.

IV

Deutsche Geheimdokumente

Carl Lutz betonte oft, dass – Faktoren zur Tragödie der ungarischen Juden und Antifaschisten in unerhörtem Masse beitrugen:

«Die zynische Haltung der Deutschen, die ich auch bei meinen Verhandlungen mit Botschafter Veesenmayer und SS-Obersturmbannführer Eichmann feststellte. Im Bestreben, ihre Verhandlungspartner irrezuführen, zeigten Veesenmayer und Eichmann bei jeder Gelegenheit ihr ‚bestes‘ Gesicht. Sie drückten persönliches Verständnis für meine Bemühungen im Interesse der Verfolgten aus; bei allen offiziellen Besprechungen verhielten sie sich so gewinnend, dass ich ihnen Glauben schenkte. Ich hoffte in der Tat, mit ihrer Hilfe die Rettung der im Sommer 1944 noch am Leben befindlichen Juden bewerkstelligen zu können.

Erst im September 1944 lernte ich das wahre Gesicht Veesenmeyers und Eichmanns kennen. Ich war mit dem deutschen Botschaftsrat Feine in Budapest gut bekannt. Gemeinsam mit meiner Frau kam ich öfters auch privat mit Feines zusammen. Feine, der unter der Kanzlerschaft Streeseemanns in Deutschland Staatssekretär war, tat alles, um mir bei meiner Tätigkeit jede erdenkliche Unterstützung zukommen zu lassen. Er informierte mich – natürlich streng vertraulich – über die wahren Absichten Veesenmeyers und Eichmanns. Zunächst, bis ich durch Beweise eines Besseren belehrt wurde, sträubte ich mich dagegen, die volle Wahrheit zu glauben ...

Tragisch wirkte sich die Abneigung meiner eigenen, der schweizerischen Regierung, gegen jede ‚Einmischung‘ aus. Ich kann bis heute nicht verstehen, dass sich Bern noch im Sommer 1944 vor der Schutzaktion in Ungarn verschloss. Die kompetenten Persönlichkeiten in Bern fürchteten sich selbst dann noch vor den Deutschen, als deren Niederlage bereits offensichtlich war. Es ist mir unverständlich, dass Maximilian Jaeger als schweizerischer Gesandter in Budapest nicht einmal das Recht zugestanden bekam, die gemeinsam mit den anderen neutralen Gesandtschaften verfassten und bei den ungarischen und deutschen Behörden eingereichten In-

terventionen zu unterschreiben. Besonders krass war die Haltung der mit den Deutschen kollaborierenden Regierung Sztójay. Nach meinem Ermessen typisch dafür war eine Äusserung Sztójays, als dieser mit meinem Vorgesetzten – dem Gesandten Jaeger – über die Auswanderung nach Palästina verhandelte. Nach Schluss der Audienz notierte ich – n Ausspruch Sztójays: ‚Jeder Jude kann auswandern, wenn er will, nur muss er dann auf seine Staatsbürgerschaft verzichten. Alle Juden können auch einen grossen Teil ihres persönlichen Besitzes mitnehmen, und ich habe auch nichts dagegen, wenn sie sich für die Reise mit Süßigkeiten aus der Konditorei Gerbeaud versehen, wo sie ohnehin immer beim Kaffee sitzen.‘ Jaeger quittierte diesen Satz mit einem Lächeln, das so viel bedeutete, wie: ‚Sie lügen, Herr Ministerpräsident« »

Vertrauliche Informationen von Botschaftsrat Feine

«Zu jener Zeit, im September 1944, bat mich Botschaftsrat Feine um ein vertrauliches Gespräch. Gegen das ehrenwörtliche Versprechen, von unserer Unterredung niemandem – weder meinem Vorgesetzten Jaeger, noch meiner eigenen Frau, noch den Behörden in Bern – Erwähnung zu tun, übergab er mir Abschriften – r Schriftstücke: Telegramm Veesenmayers vom 3.4.1944 an den Reichsaussenminister; Telegramm Veesenmayers vom 25.7.1944; Abschrift der ‚Geheimen Reichssache‘ vom 20. 1. 1942.»

Das erste Telegramm, das Botschaftsrat Feine Lutz zur Kenntnis brachte:

Telegramm

No.65 vom 3.April 1944 aus Budapest.

Citissime!

Für Herrn Reichsaussenminister über Botschafter Ritter.

Die Reaktion der Budapester Bevölkerung auf die beiden Luftangriffe führte in breiten Kreisen zu einer Verstärkung der anti-jüdischen Einstellung. Es wurden gestern auch Flugzettel verbreitet, in denen für jeden getöteten Ungarn das Leben von 100 Juden gefordert wird. Wenn dies auch praktisch nicht durchführbar ist, da wir dann mindestens 30'000 - 40'000 Juden erschiessen müssten, so liegt in dem Grundsatz der Vergeltung eine wirksame Propagandamöglichkeit, je nach dem auch eine abschreckende Wirkung. Ich hätte keine Bedenken, bei nächstem Angriff für jeden getöteten Ungarn zehn passende Juden erschiessen zu lassen. Ich habe auch auf Grund einer Rücksprache gestern Abend mit den Ministern Ratz und Kunder den Eindruck, dass die Regierung eine solche Massnahme von sich aus durchzuführen bereit sein dürfte. Andererseits muss eine einmal eingeleitete, derartige Aktion dann auch konsequent durchgeführt werden. In Berücksichtigung der von Herrn Reichsaussenminister dem Führer nahegebrachten Vorschläge bezüglich eines Angebots aller Juden als Geschenk an Roosevelt und Churchill bitte ich um Unterrichtung, ob diese Idee weiter verfolgt wird, oder ob ich mit derartigen Vergeltungsmassnahmen nach dem nächsten Angriff beginnen kann.

Veesenmayer.

Verteiler:

St.S. 3

U.St.S.Pol.1

Dg.Pol.1

Pol.IV b2

Inl.II 1.

Lutz schilderte seine damalige Reaktion auf die Lektüre dieses Télégrammes - rmassen: «Ich las das Telegramm Veesenmayers vom 3. April 1944 mit Bestürzung; ich wollte meinen Augen nicht trauen. Auf Grund meiner persönlichen Besprechungen mit Veesenmayer hatte ich bisher angenommen, dass menschliches Empfinden in ihm vorhanden war - jetzt sah ich, dass er nicht nur überzeugter Nazi, sondern ein Sadist war. Ausserdem erkannte ich, wieviele Kollaborateure die Deutschen in der ungarischen Regierung gefunden hatten. Lange Zeit war ich der Meinung gewesen,

dass nur die Staatssekretäre Baky und Endre deutsche Söldner und bereit waren, jede Forderung der Deutschen zu erfüllen. Aus diesem Telegramm ergab sich klar, dass auch die Minister Ratz, Kunder und viele andere nicht menschlicher waren als die Deutschen; dass hohe ungarische Beamte blind der nationalsozialistischen Ideologie folgten und danach handelten. Die Informationen von Feine riefen in mir nicht nur Betroffenheit, sondern auch Verbitterung hervor. Es war mir völlig unbegreiflich, dass die Alliierten den im Telegramm Veesenmayers erwähnten Vorschlag Himmlers (die Juden als ‚Geschenk an Roosevelt oder Churchill‘) nicht einmal in Erwägung gezogen hatten – obwohl man damit vielleicht die eine Million der noch (vor den Deportierungen aus der Provinz) lebenden Juden hätte retten können. Im Widerspruch zu den Informationen des Palästinaamt-Sekretärs beruhten also die Berichte über Verhandlungen zwischen Kasztner, Brand und Eichmann auf Wahrheit, wonach Juden gegen Lastkraftwagen ausgetauscht werden sollten.»

Lutz zweifelte nach dem Kriege sehr daran, dass die Passivität der Alliierten durch strategische Argumente begründet werden konnte. Er neigte eher zu der Überzeugung, dass wieder unmenschliche, unverantwortliche Gleichgültigkeit siegte – wie seinerzeit bei der Konferenz von Evian im Jahre 1938, als man die europäischen Flüchtlinge den deutschen Nationalsozialisten überliess.

Seit der Besetzung Ungarns durch die Deutschen im Jahre 1944 war der heimliche Motor des politischen Lebens, Dr. Edmund Veesenmayer, oberster Organisator der «Fünften Kolonne» Hitlerdeutschlands (s. Anhang 5). Für Konsul Lutz – und seiner Meinung nach auch für die übrigen Diplomaten neutraler Staaten – war es kein Geheimnis, dass die ungarischen Regierungen seit der Besetzung die Weisungen des deutschen Gesandten Veesenmayer befolgten. Trotzdem war Carl Lutz betroffen, als er dem Geheimtelegramm Veesenmayers vom 3. April 1944 entnahm, dass die Minister Ratz und Kunder den Vorschlag Veesenmayers akzeptierten, wonach die ungarische Regierung als Vergeltung für die amerikanischen Bombardements je zehn Juden erschiessen sollte. Die beiden genannten Minister waren Mitglieder der rechtsextremen, mit den Pfeilkreuzlern kollaborierenden, ja wetteifernden Partei Imrédy und Jaross’.

Das zweite Telegramm, das Lutz von Feine erhielt:

T e l e g r a m m
(G-Schreiber)

Budapest, den 25. Juli 1944 21.25 Uhr
Ankunft : 26. Juli 1944 13.00 Uhr.

Nr. 2075 vom 24.7.

Geheim

Im Anschluss an Nr. 318+) vom 14. Juli 1944 nach Fuschl,
und Nr. 2085++) vom 23. Juli 1944 nach Berlin.

1.) Schweizerische Gesandtschaft hat heute über ungarisches Aussenministerium mitgeteilt, dass sie auf Grund einer noch-maligen Zusage der ungarischen Regierung, dass in der ihr mitgeteilten grundsätzlich zustimmenden Haltung Ungarns und Deutschlands zu der geplanten Aktion des Abtransportes ungarischer Juden ein Wandel nicht eingetreten sei, nunmehr begonnen habe, diese Aktion vorzubereiten. Es besteht Einverständnis darüber, dass diese Vorbereitungen ausschliesslich technischer Natur sind und der Zeitpunkt der Verwirklichung der deutscherseits gestellten Bedingung der Judenevakuierung Budapests abhängig ist. Schweizerische Gesandtschaft hat mitgeteilt, dass ihr Einwanderungszertifikate nach Palästina für 8'700 Familien mit insgesamt etwa 40'000 Personen vorlägen. Dazu kämen noch die in der Aufzeichnung des ungarischen Ministerpräsidenten vom 27. Juni 1944 erwähnten 1'000 jüdischen Kinder unter 10 Jahren. Ungarisches Aussenministerium ist darauf hingewiesen worden, dass diese Ziffern von der nach Ziffer 2d genannten Zahl der erwähnten Aufzeichnung von "ungefähr 7'000 Personen" sehr wesentlich differieren. Aussenministerium hat vorläufig dahingehend Stellung genommen, dass es sich anscheinend früher um einen Schreibfehler gehandelt habe und Familien statt Personen gemeint worden seien. Eine förmliche Stellungnahme ist erbeten und zugesagt worden. Zum Palästina-Thema hat schweizerische Gesandtschaft mitgeteilt, dass ihre Regierung grundsätzlich nicht in der Lage sei, die in Betracht kommenden Juden in der Schweiz aufzunehmen, und dass ihr bisher auch keine Nachrichten darüber vorlägen, dass die USA diese Juden aufnehmen wollten. Der schweizerische Plan sei von Anfang an gewesen, die genannte Anzahl von Juden, für die Zertifikate zum Teil bereits seit längerer Zeit vorliegen, nach Palästina zu schaffen. Amtlich wurde Palästina zwar nicht als Zielland genannt, sondern lediglich die Ausreisegenehmigung nach Rumänien (Durchlasschein) erbeten. Es bestehe aber Einverständnis darüber und sei allgemein bekannt, dass diese Juden von dort mit Schiffen über Konstanza nach Palästina weiter transportiert werden sollten, wozu

./.

die rumänische Regierung bereits ihre Zustimmung gegeben habe. Schweizerische Gesandtschaft wies darauf hin, dass in Bezug auf deutsche Politik gegenüber Arabern es grundsätzlich gleichgültig sei, ob ungarische Juden oder Juden aus anderen Ländern die jährlich zugelassene Einwanderungsquote von 60'000 auffüllten, die auf keinen Fall unausgenutzt bliebe. Der Schweizer Interessenvertreter, der Palästina aus eigener Anschauung kennt und früher dort deutsche Interessen wahrgenommen hat, meint im übrigen, dass Grossteil der Juden nicht geneigt sei, nach Palästina zu gehen und wahrscheinlich von Rumänien aus versuchen werde, Türkei oder andere Länder zu erreichen.

2.) Leiter hiesigen Judensondereinsatzkommandos SD, SS-Obersturmbannführer Eichmann, hat dahingehend Stellung genommen, dass, soweit ihm bekannt, Reichsführer-SS keinesfalls mit Auswanderung ungarischer Juden nach Palästina einverstanden sei. Bei in Betracht kommenden Juden handle es sich ausnahmslos um biologisch wertvolles Material, sehr viele alte Zionisten, deren Einwanderung Palästina äusserst unerwünscht wäre. Er beabsichtige, im Hinblick auf die Führerentscheidung, über die er unterrichtet wurde, Reichsführer-SS zu berichten und gegebenenfalls um erneuten Führerentscheid zu bitten. Im übrigen ist mit Eichmann vereinbart worden, dass, soweit weiteren Judenevakuierungen aus Budapest zugestimmt wird, versucht werden soll, diese möglichst schlagartig und so beschleunigt durchzuführen, dass die für die Auswanderung in Betracht kommenden Juden bereits vor Erledigung der Formalitäten abtransportiert sind. Den in Betracht kommenden Missionen ist bereits früher mitgeteilt worden, dass die beabsichtigte Aktion sich selbstverständlich nur auf solche Juden beziehen könne, die sich noch im Lande befänden. Um diesen Zweck zu erreichen, wird auch versucht werden, ungarisches Innenministerium zum abschlägigen Bescheid eines Schweizer Antrags zu veranlassen, dass die für die Auswanderung vorgemerkten Juden in besonderen Lagern zusammengefasst werden mögen. Eichmann erwägt über diesen Plan bei Zulassung Auswanderung in Westländer, Transporte etwa auf französischem Gebiet durch geeignete Massnahmen an Fortsetzung, Reise zu verhindern.

3.) Zu Gesamtkomplex verweise auf mit Schriftbericht Nr.2782 vom 25.Juli übermittelte zusammenfassende Aufzeichnung hiesigen Judensachbearbeiters namentlich Ziffer V - VII.

Veesenmayer.

Als Lutz das Geheimtelegramm Veesenmayers vom 25. Juli 1944 las, hatte er das Gefühl, von einem plötzlichen Luftstrom zu Boden geschleudert worden zu sein. Es war ihm auf einmal klar, mit was für einer Art von «Diplomaten» er da verhandelte. Aus dem Text des Telegramms wurde deutlich, dass nicht nur das «Sonderkommando Eichmann» ein Mordkommando war, sondern dass auch der höchste Vertreter des deutschen Ausenministeriums ein gewöhnlicher, zynischer Mörder war. Es stellte sich heraus, dass alle höflichen Verhandlungen, alle mündlichen und schriftlichen Versprechen der Deutschen nur zur Tarnung ihrer wirklichen Ziele diente. Sie versuchten mit den raffiniertesten Methoden, ihre Pläne zur Massenvernichtung zu verwirklichen. Lutz konnte später auch nie vergessen, dass die Deutschen die Ausreisebewilligung für die über Palästinazertifikate verfügenden Personen nur mit der geheimen Bedingung erteilen wollten, dass die ungarische Regierung dafür die «Evakuierung» der nicht im Palästina-Verzeichnis aufscheinenden Juden unterstütze. Noch erschreckender war für Lutz aber Eichmanns Zynismus bezüglich seiner Vereinbarung mit Veesenmayer:

«Im Übrigen ist mit Eichmann vereinbart worden, dass, soweit weiteren Judenevakuierungen aus Budapest zugestimmt wird, versucht werden soll, diese möglichst schlagartig und so beschleunigt durchzuführen, dass die für die Auswanderung in Betracht kommenden Juden bereits vor Erledigung der Formalitäten abtransportiert sind. Den in Betracht kommenden Missionen ist bereits früher mitgeteilt worden, dass die beabsichtigte Aktion sich selbstverständlich nur auf solche Juden beziehen könne, die sich noch im Lande befänden.»

Aus dem weiteren Text des Télégrammes stellte Lutz fest, dass Eichmann Veesenmayer auch für den Fall beruhigte, dass die nach Palästina auswandemde Gruppe ihren Weg antreten sollte – er würde einen Weg finden, «durch geeignete Massnahmen die Fortsetzung der Reise zu verhindern». Lutz war am Verzweifeln; aber das Schlimmste war die Haltung seiner Regierung. Als man feststellte, dass es zu seinen legalen Aufgaben (als Vertreter der englischen Interessen) gehörte, die Rechte der über Palästina-Zertifikate verfügenden Personen zu sichern, wandte er sich gemeinsam mit dem Gesandten Jaeger an Bern. Die Antwort der Regierung war niederschmetternd:

«Zum Palästina-Thema hat die schweizerische Gesandtschaft mitgeteilt, dass ihre Regierung grundsätzlich nicht in der Lage sei, die in

Betracht kommenden Juden in der Schweiz aufzunehmen, und dass ihr bisher auch keine Nachrichten darüber vorlägen, dass die USA diese Juden aufnehmen wollen.»

Bei Übergabe dieser Antwort versuchte Lutz, die Deutschen damit zu beruhigen, dass die Genehmigung der Ausreise nicht auf Kosten der deutsch-arabischen Freundschaft gehen würde, weil der Grossteil der Auswanderer nicht in Palästina bleiben wolle. Lutz kam zur Überzeugung, dass «die negative Haltung der schweizerischen Regierung Veessenmayer und Eichmann in hohem Masse dazu ermutigte, ihre Pläne zur Massenvernichtung mit allen Mitteln durchzuführen».

In dieser hoffnungslosen Situation, als er zum Schweigen und zur Tatenlosigkeit verurteilt war, führte er einige vertrauliche Gespräche mit Feine. Sie stellten fest, dass das Schicksal der noch lebenden Juden von den Deutschen abhängig war. Lutz beschloss auf Feines Rat, offiziell seinen Kampf sowohl mit den ungarischen als auch mit den deutschen Behörden um die Durchführung der Auswanderung weiterzuführen, aber niemanden wirklich wegzulassen, ohne entsprechende Sicherheit zu erhalten. Während ihrer gemeinsamen Beratungen kamen Lutz und Feine auf den Gedanken, die Aufmerksamkeit der amerikanischen Regierung (über die schweizerische Regierung) auf die neuen deutschen Deportierungspläne zu lenken. Diesen Gedanken verwarfen sie aber einstimmig wieder, nachdem sie die Folgen erwogen hatten. Sie kamen mit Bestürzung zu der Überzeugung, dass ihr Notsignal sicher zu den Deutschen zurückgelangen würde. Die schweizerische Regierung würde es in ihrer Angst vor den Deutschen nicht wagen, die Nachricht weiterzugeben – vielmehr war zu befürchten, dass Lutz' Meldung in die Hände von deutschen Denunzianten kommen würde. Ausserdem hatten Lutz und Feine auch nicht viel Zutrauen zur Reaktion der Amerikaner, denn zweifellos musste die amerikanische Regierung seit Jahren Kenntnis von der deutschen Barbarei haben, und im Grunde taten die Amerikaner nichts dagegen. Sie sahen aus der Ferne den Greuelthaten der Nazis zu. Die USA erteilten auch 1943 nur 30 Einwanderungsgenehmigungen. Damit bestärkten sie Hitlerdeutschland bei seinem Vorgehen, sowohl politische als auch rassistisch Verfolgte als Freiwild zu behandeln, das man physisch vernichten kann, ohne Folgen befürchten zu müssen.

Aus diesem Grunde beschlossen Lutz und Feine, zu warten. Lutz hielt es für besser, die Verfolgten mit allen Mitteln zu unterstützen,

als das Risiko einer Entdeckung durch die Deutschen zu übernehmen. Wären die Deutschen dahintergekommen, dass ihn Feine über ihre niederträchtigen Geheimpläne informiert hatte, so wäre Feine hingerichtet worden, er selbst aber – bestenfalls! – von den ungarischen Behörden zur «persona non grata» erklärt, vielleicht aber als «zufälliges Opfer eines Autounfalls» aus dem Wege geräumt worden.

Die Endlösung

Ganz klar hatten die Deutschen ihr wahres Gesicht mit dem Programm zur Endlösung der Judenfrage gezeigt. Am 20. Januar 1942 berief Heydrich eine Konferenz in Berlin ein – in den Räumen der «Internationalen Kriminalpolizeikommission» am Grossen Wannensee Nr. 56/58. Dort gab Heydrich den Anwesenden unter strengster Geheimhaltung zu wissen, dass Hitler in der Judenfrage die «Endlösung» anordnete. Lutz erhielt von Botschaftsrat Feine eine Abschrift des Besprechungsprotokolls vom Wannsee (s. Anhang 6).

Wer waren die Verfasser dieser Pläne? Äusser SS-Obergruppenführer Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des SD, sind als Besprechungsteilnehmer zwölf hohe Funktionäre des deutschen Reiches genannt, gebildete Leute, von denen sieben einen Dokortitel trugen.

Lutz wollte den Inhalt des entsetzlichen Planes – den er doch mit eigenen Augen las – nicht glauben; aber Feine teilte ihm streng geheim mit, dass er leider bereits zuverlässige Berichte über die fast schon zur Gänze vollzogene Durchführung dieser Menschenvernichtung habe.

Feine zitierte, wie Goebbels im Jahre 1942 die Bedeutung des Ausdrucks «Endlösung» erklärt hatte: *«Der Führer hat noch einmal die Entscheidung ausgesprochen, um jeden Preis mit dem Judentum in Europa Schluss zu machen. Es gibt keinen Platz für irgendwelche sentimentalen Überlegungen.»*

Ferner die Anordnung Himmlers: *«Wenn ich von der Evakuierung der Juden spreche, verstehe ich darunter ihre Vernichtung.»* Dazu hatte Himmler noch präzisiert, dass es Aufgabe der Organisation des SS-Obersturmbannführers Eichmann (der Sektion IV B 4 des Reichs-Sicherheitsamtes) sei, diese Direktiven anzuwenden.

Die Richtigkeit der Beschlüsse, die Lutz und Feine im gegenseitig-

gen Einvernehmen im Zusammenhang mit den deutschen Plänen zur «Endlösung» getroffen hatten, fand ihre Bestätigung durch eine Meldung aus Goebbels' «Zentralinformationsdienst» vom 23. August 1944. Feine zeigte Lutz ein Exemplar davon. Ein Zitat daraus:

«Das Judenproblem in Ungarn. Es war selbstverständlich, dass nach dem 19. März die deutschen Stellen in Ungarn alles daran setzten, um das jüdische Element so rasch und so vollkommen wie nur irgend möglich auszuschalten. In Anbetracht der Nähe der russischen Front begann man mit der Säuberung der Nordostgebiete (Nordsiebenbürgen und Karpatenland), wo zahlenmässig das stärkste jüdische Element war. Dann wurden in der übrigen ungarischen Provinz die Juden gesammelt und nach Deutschland bzw. in den deutschen Machtbereich abtransportiert. 100'000 Juden blieben in den Händen der Ungarn, um in Arbeitsbataillonen eingesetzt zu werden. Zu dem vorgesehenen Termin, dem 9. Juli, war die ungarische Provinz judenrein. Hier ist in kürzester Zeit mit erstaunlicher Konsequenz und Schärfe gearbeitet worden. Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen dieser Aktion war die Tatsache, dass die Judenmassnahmen in der Mehrheit des ungarischen Volkes volle Zustimmung gefunden haben. Bis zum 9. Juli waren 435'000 Juden aus der ungarischen Provinz den deutschen Stellen übergeben worden. Als letzte Phase der Judenmassnahmen sollen die Juden aus Budapest abtransportiert werden. Es handelt sich dabei um rund 260'000 ... Die Lösung der Judenfrage in Ungarn ist heute eine Frage der europäischen Sicherheit; verantwortliche Männer der ungarischen Regierung haben dies erkannt und bisher die notwendigen Folgerungen gezogen. Es ist anzunehmen, dass auch in der Frage der Budapester Juden die erforderlichen Schritte unternommen werden.»

Dem Artikel ist eindeutig zu entnehmen, dass die Ausrottung der ungarischen Juden genau im Sinne der geplanten «Endlösung» vorgenommen werden sollte.

Der Plan der Deutschen zur «Endlösung» beschäftigte Lutz sein ganzes Leben hindurch. Im Verlaufe unserer Gespräche kehrte er wieder und wieder zu Einzelheiten des «teuflischen Plans» – wie er das «Wannsee-Protokoll» nannte – zurück:

«Hätte ich nicht mit eigenen Augen Feines Dokumente gelesen, mit eigenen Ohren Feines erschütternde Kommentare dazu gehört und mich persönlich von den deutschen Schandtaten überzeugt, hätte ich alle Informationen über die Handlungen der Deutschen

für böswillige Verleumdungen gehalten. Auch aus der Distanz der seither verstrichenen Zeit finde ich keine Erklärung für die damals herrschende Grausamkeit und für die in der Geschichte einzig dastehende Ausrottung von Millionen Menschen. Es ist mir unbegreiflich, dass gebildete Leute – mit Universitätsdiplomen – sich verbündeten, um planmässig Völkermillionen zu vernichten. Für normale Menschen ist das vollkommen unverständlich. Ich hätte nie gedacht, dass jemand das Umbringen seiner Mitmenschen zu seinem Lebensziel machen kann, aber ich musste mich davon überzeugen, dass dem so war. Wie soll man es begreifen, dass eine gewisse Clique ein ganzes Volk, ja mehr noch, einige Völker dazu bringen konnte, Millionen von Menschen zu berauben, zu quälen und umzubringen, mit der Behauptung, die xhochwertigen Rassemüssten die ‚minderwertigen‘ ausjäten wie Unkraut? Ebenso verfuhr man mit jenen, die sich ihren blutrünstigen Ideen nicht anschliessen wollten. Wie soll man bloss verstehen, dass sich ein bedeutender Teil der gebildeten, intelligenten Europäer jener Terrorbewegung, den Nationalsozialisten, anschloss? Darunter waren vor allem Industrielle und Angehörige der ältesten Aristokratie.»

Das Ziel des «Endlösungs»-Planes war die Ausrottung aller 11'292'300 Juden aus den im Protokoll erwähnten Ländern. Dieser Wahnsinn wurde zu rund 50% verwirklicht. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945 wurden rund sechs Millionen Juden misshandelt, beraubt und dann liquidiert. Und was tat die Kulturmenschheit? Sie schwieg! Jeder Staat verwendet einen beträchtlichen Teil seines Etats für die Aufrechterhaltung eines «Sicherheits-Spionagedienstes». Aber von diesen Plänen zur Ausrottung von Menschen «wusste man nichts»! Die Protokolle des «Wannsee-Plans» verschwanden in den Schreibtischladen.

Lutz über Eichmann, Veessenmayer und Grell

SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann kam am 19. März 1944 mit den deutschen Nazi-Besatzungstruppen nach Budapest. Er etablierte sich mit einem grösseren Stab von Mitarbeitern im Hotel Majestic auf dem Schwabenberg. In seiner Begleitung befanden sich unter anderem Krumej, Wyslizeni, Nowak. Carl Lutz verhandelte zweimal mit Eichmann. Die erste Begegnung wurde vom deutschen

Botschaftsrat Feine arrangiert. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich Eichmann zuvorkommend. Lutz intervenierte für das von den Deutschen verhaftete Ehepaar Sieger, die Eigentümer des Ausweichquartiers der Schweizer Gesandtschaft in Bicske. Eichmann kam seinem Wunsche nach, indem er Lutz einen Adjutanten zur Verfügung stellte, der die Wünsche Stegers entgegennahm. Eichmann und Lutz diskutierten während einer Viertelstunde, nachher vermerkte Lutz in seinen Notizen: «Eichmann machte den Eindruck eines forschenden, unerschrockenen Offiziers, eines Draufgängers, der seiner Aufgabe gewiss war. Unter anderem sagte er mir: ‚Wir deutschen Soldaten fürchten uns nicht; wo kämen wir sonst hin, wenn wir uns vor dem Tode fürchteten. Meine Kameraden kämpfen in Russland, ich kämpfe auf diesem Posten. Sie kämpfen gegen die rote Flut, die ohne die deutsche Wehrmacht Europa überfluten würde. Roosevelt hätte besser getan, mit uns zu kämpfen als gegen uns. Die Zukunft wird lehren, wer recht hatte.‘ »

Lutz stellte mit Bitterkeit fest, dass die Deutschen, die die Menschenrechte negierten, die Millionen Unschuldigen in den Tod trieben, ihre barbarischen Taten mit Floskeln wie «gegen die rote Flut kämpfen» verdeckten – und zwar nachdem sie 1939 mit dem stalinistischen Russland den Nichtangriffspakt abgeschlossen hatten. In Wirklichkeit war das damals ein Freundschaftspakt; die deutsche Presse und die ihrer Vasallen stellten mit Befriedigung fest, dass auch die Russen die «jüdische Gefahr» erkannt hätten und mit der Judensäuberung begonnen hätten – mit der Verdrängung der Juden aus leitenden Positionen. Das wahre Ziel der Deutschen war in blinder Befolgung der Befehle ihres «Führers» – die Eroberung der Welt. Im Sinne der Rassentheorie ihres zur neuen Bibel gewordenen heiligen Buches «Mein Kampf» wollten sie alle Völker der Erde zu Sklaven der «höheren arischen Rasse» machen. «Mein Kampf» erschien übrigens zwischen 1920 und 1945 in 7·200·000 Exemplaren. Nach dem Zusammenbruch des Naziregimes wollten die Einwohner Deutschlands und seiner Vasallenstaaten von Hitlers Theorien nichts gewusst haben.

Lutz erzählte, wie erstaunt er war, mit welcher überheblicher Selbstsicherheit Eichmann noch im Frühjahr 1944 verhandelte. Die Lage auf den Kriegsschauplätzen war für die Deutschen schon äußerst bedrohlich; aber Eichmann führte die Verhandlungen wie der starke Vertreter einer siegreichen Weltmacht. Gleich nach dem Einmarsch der Deutschen in Budapest begann das «Sonderkommando

Eichmann» seine planmässige Tätigkeit. Der Andrang von verfolgten, um Hilfe flehenden Juden vor dem Amtssitz Lutz' in der schweizerischen Gesandtschaft «Abteilung für Fremde Interessen» am Freiheitsplatz (Szabadságter) war unerhört gross.

Lutz' nächste Begegnung mit Eichmann wurde durch den deutschen Gesandten Veesenmayer ausgelöst. Lutz hatte sich an Veesenmayer wegen der Durchreisevisa für 7'800 jüdische Familien (ca. 50'000 Personen) aus Ungarn gewandt, die im Besitze von Einwanderungszertifikaten für Palästina waren. Veesenmayer verwies Lutz in höflicher Form an Eichmann, der in jüdischen Angelegenheiten zuständig war. Veesenmayer vermittelte auch einen Termin für die Verhandlungen zwischen Lutz und Eichmann. Nachfolgend ein Auszug aus Lutz' Erinnerungen, die eine Charakterisierung Veesenmayers aus damaliger Sicht und die Vorgeschichte der Verhandlungen mit Eichmann enthalten:

«Veesenmayer kam im Frühjahr 1944 nach Budapest, kurz nach dem Einmarsch der deutschen Armee, als das Gesandtschaftspersonal ausgetauscht wurde, weil es im Auswärtigen Amt als zu verfreundschafte mit Aristokraten und Juden galt. Es war Veesenmayers erster Gesandtenposten. Vorher war er Experte für internationale Verträge gewesen. Seine Einstellung zur Judenfrage in Ungarn war anfangs, nach seinen Äusserungen zu schliessen, eher gemässigt.

Veesenmayer empfing mich freundlich und teilte mir zu meiner Überraschung mit, dass er vom Auswärtigen Amt in Berlin bereits ein Schreiben erhalten habe, worin er ersucht werde, mir im Rahmen des Möglichen entgegenzukommen, obwohl ich jetzt feindliche Interessen verträte; dies in Anbetracht meiner Verdienste um die Vertretung der deutschen Interessen in Palästina bei Kriegsausbruch. Ich schilderte Veesenmayer die Situation der jüdischen Bevölkerung Budapests, bzw. Ungarns, und deren Auswirkung auf meine Abteilung für Fremde Interessen auf der Schweizer Gesandtschaft. Er antwortete, dass er meine Lage verstehe und mir nach Möglichkeit meine Aufgabe erleichtern wolle. Deutscherseits sei man aber der Auffassung, dass die Juden Ungarns konzentriert werden müssten, damit sie bei einem eventuell umschlagenden Kriegsglück nicht der kämpfenden Truppe in den Rücken fallen könnten.

Erst als ich von Botschaftsrat Feine die bereits erwähnten Informationen erhielt, durchschaute ich hinter der glatten, höflichen Maske Veesenmayers den Vertreter des ‚Herrenvolkes‘. Seine Äusserungen über die Judenkonzentration dienten zur Irreführung. Der

deutschen Gesandtschaft war übrigens ein Judenreferent beigegeben, der Verbindungsmann zu Eichmann war. Er war ein Scharfmacher, und man erzählte, dass er als Luftschutzwart in Berlin gefürchtet war, denn ‚ist das Fenster hell, so schiesst der Grell, hiess es im Volksmund. Als ich einmal Grell fragte, ob es stimme, dass von dem SS-Regime auch Kinder getötet würden, antwortete er kaltblütig: ‚Warum denn nicht, sind doch auch Wanzen.’

Diese Antwort Greils erinnert an die schon vor längerer Zeit in Goebbels’ Propagandabroschüre ‚Der Nazi-Sozi’ veröffentlichte ungeheuerliche Feststellung: ‚Die Freiheit der deutschen Nation kann nur gegen Juden vollendet werden. Gewiss ist der Jude auch ein Mensch ... aber der Floh ist auch ein Tier ... nur kein angenehmes ... vor uns und unserem Gewissen haben wir die Pflicht ... ihn unschädlich zu machen.»

Hier hatte ich den Beweis, wie der von Goebbels gesäte Hass die deutsche Gesellschaft und die deutschen Intellektuellen vergiftete, die sich den Nazis angeschlossen hatten. Dieser selbe Grell soll sich nach dem Krieg auf das Theologiestudium verlegt haben – und heute kündet Grell vielleicht die Lehre von der ‚Nächstenliebe und der Menschenliebe»?»

Lutz war bei seinem zweiten Gespräch mit Eichmann über dessen ausserordentliche Höflichkeit verwundert. Eichmann zeigte volles Verständnis für die vorliegenden Probleme. Er teilte mit, dass er für eine Entscheidung nicht zuständig sei, aber das Ansuchen sofort an Himmler weiterleiten werde. Er beruhigte Lutz, dass eine positive Antwort zu erwarten sei, dass seine Vorgesetzten über die humanitäre Tätigkeit Lutz’ im Zusammenhang mit den Deutschen in Palästina bereits informiert wären. Lutz war noch mehr überrascht, als ihn die deutsche Gesandtschaft kurz nach dieser Unterredung tatsächlich verständigte, dass Himmler sein Gesuch an Hitler weitergeleitet hätte und eine prinzipiell positive Antwort vorliege.

Lutz war bei diesen Verhandlungen vollkommen sicher aufgetreten. Erst als er von Eichmann zurückkam, wurde ihm bewusst, dass er in die Höhle des Löwen gegangen war. Er hatte die Ausreisebewilligung für 50’000 Juden von jenem «Bluthund» verlangt, der sonst nicht gewillt war, auch nur einen einzigen Juden, der ihm in die Hände fiel, am Leben zu lassen. Lutz besass den grossen Mut, für das Leben der Verfolgten sein Veto zu erheben. Es war eine lebensgefährliche Aufgabe. Er konnte nicht anders, als sich dem blu-

tigen Terror widersetzen, wo unschuldige Menschen, ehrenhafte Staatsbürger in Massen, ohne jede gesetzliche Grundlage verschleppt, vergast, ermordet wurden.

Die Geschehnisse vor dem Sturm

Die Bürokratie in der Vadász-Gasse

Lutz' Hilfsbereitschaft zeigte sich bei der Errichtung der «Auswanderungsabteilung der schweizerischen Gesandtschaft» in der Vadász-Gasse 29. Diese war in Wirklichkeit nur der Deckname für das Palästinaamt. Dessen Aufgabe wäre es gewesen, den Verfolgten in jeder Weise zu helfen und ihr Überleben in der Schreckenszeit mit allen Mitteln zu ermöglichen. Bis zum Oktober 1944 erfüllte die Vadász-Gasse diese Aufgabe nicht; sie arbeitete vielmehr in den ersten Monaten ihres Bestehens mit weitestgehender Bürokratie in ihrer Verwaltung. Die Pionierbewegungen waren in der Leitung überhaupt nicht vertreten. Ein Teil der Leitungsmitglieder hatte nie mit der Pionierbewegung zu tun gehabt. Das Ganze machte den Eindruck der Interessenvertretung einer oder mehrerer Familien. Leider erkannten auch die Anständigsten unter ihnen die Situation nicht – gerade diese sehr tiefempfindenden Menschen waren infolge der Tragödie des Provinzjudentums dem seelischen Zusammenbruch nahe. Dazu kam noch die grosse und begründete Furcht, dass auch die Juden der Hauptstadt diesem Schicksal nicht entgehen würden. Aber die Tatenlosigkeit der ersten Monate hatte nicht nur psychologische Ursachen. Es gab in der Leitung keine dynamische Kraft. Die sogenannten «Technokraten» der ersten Zeit, einige fähige Administratoren und die idealistisch eingestellten Zionisten erstickten in der Bürokratie. Dies ist schon dadurch erwiesen, dass für die von Carl Lutz geplante Auswanderung von 7'800 Familien nach Monaten erst eine aus 2'200 Namen bestehende Liste zustandekam. Aber selbst wenn es zu einer grossen Auswanderung gekommen wäre, hätte diese daran scheitern müssen, dass sie administrativ nicht entsprechend vorbereitet war.

Auf Grund eines Abkommens Lutz' mit dem ungarischen Aus-
senministerium bestand die Möglichkeit, Arbeitsdienstkompanien

für Arbeiten am Gesandtschaftsgebäude Vadász-Gasse anzufordern. Vom August bis zum Oktober 1944 war die Leitung der Vadász-Gasse ununterbrochen mit der Ausarbeitung einer Namensliste für «1 Arbeitsdienstkompagnie» zur Abkommandierung nach Budapest beschäftigt! Und auch diese Liste wurde nie fertig. Einige der Leitungsmitglieder liessen Familienangehörige und Freunde vom Arbeitsdienst kommen; aber die grosse Gelegenheit für eine Massenaaktion liess man ungenutzt vorübergehen. Lutz hatte ihnen für ihre Tätigkeit vollkommen freie Hand gelassen, er war enttäuscht, als er später erfahren musste, wie schlecht sie ihre Möglichkeiten genutzt hatten. Ihr langsames Vorgehen war ihm unverständlich. Es kann auch wirklich nur denen angelastet werden, die vom Juli bis Oktober 1944 die Leitung der Vadász-Gasse bildeten. Man muss annehmen, dass man die Möglichkeit zur Abkommandierung von Arbeitsdienstgruppen deshalb nicht in Anspruch nahm, weil den massgebenden Leuten die Wahrung des «Gesandtschaftscharakters» der Vadász-Gasse als beste Sicherheit für ihre eigene Rettung und die ihrer Familien erschien. Aus dem gleichen Grunde stellten sie sich gegen jede Art von «illegaler Arbeit», so verhinderten sie die Herstellung gefälschter Papiere im Gesandtschaftsgebäude – sie verhinderten sogar das Betreten des Gebäudes durch jene Pioniere, die sich mit der «Dokumentenfabrikation» befassten. In diesem Zusammenhang stellte Lutz ausdrücklich fest: «Ich habe niemals und zu niemandem gesagt, dass der «Gesandtschaftscharakter» zu wahren sei; vielmehr betonte ich immer wieder, dass alles nur Menschenmögliche zum Schutze der Verfolgten getan werden sollte! Das haben Sie selbst und Mihály Salamon später, Ende Oktober 1944, erfahren, als man missbräuchlich die Zahl der in der Vadász-Gasse wohnenden Personen auf 150 beschränken wollte und ich den verantwortlichen Beamten Hoffer aus der Vadász-Gasse auswies. Rückblickend auf diese Geschehnisse und auf Grund unserer vielen Gespräche in den letzten Jahren kam ich zu der Erkenntnis, dass der grösste Fehler der Pionierbewegungen darin bestanden hat, dass sie keinen unmittelbaren Kontakt zu mir suchten. Auch Sie selbst kamen ja erst im letzten Notfall zu mir! Wenn man seinerzeit zum Sekretär des Palästinaamtes kein Vertrauen hatte, hätte man nicht ihm allein die Verbindung zu mir überlassen dürfen. Diese Zurückhaltung hatte tragische Folgen, denn meiner Meinung nach hätten einige zehntausend Menschen mehr überleben können, wären wir in ständigem persönlichem Kontakt gestanden.»

«Ihre Reaktion ist berechtigt», antwortete ich, «und ich muss zugeben, dieser Punkt beschäftigt bis heute mein Gewissen. Ich habe Ihre Frage erwartet – und ich weiss keine befriedigende Antwort darauf. Ich kann wohl anführen, dass ich erst Ende September aus dem Gestapo-Kerker kam, aber unser Kampf ums Überleben dauerte dann noch dreieinhalb Monate, in denen ich mich an Sie hätte wenden können. Auch meine ausgezeichneten Kameraden, die sich so selbstlos für die Verfolgten einsetzten, hatten nicht erkannt, dass sie in erster Linie zu Ihnen hätten gehen müssen. Es ist auch keine Entschuldigung, dass die Rettungsaktionen, die nach dem Putsch vom 15. Oktober 1944 von den Gesandtschaftsgebäuden in der Vadász- und Wekerle-Gasse aus zu lenken waren, Tag- und Nacht-Arbeit erforderten – höchstens eine Erklärung. Wegen der brennenden Dringlichkeit der unter ständiger Lebensgefahr durchgeführten Rettungsaktionen ‚sahen wir den Wald vor lauter Bäumen nicht‘.»

Rettungsaktionen der Pionierbewegungen

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann Konsul Lutz die Vorgeschichte seiner «Mitarbeiter», der jüdischen Pioniere von Budapest, zu studieren. Woher kamen sie, welche Aktionen hatten sie schon durchgeführt, bevor sie ihre Rettungstätigkeit von den schweizerischen Gesandtschaftsgebäuden aus durchführen konnten? Er hörte mit grossem Interesse, wie nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zahlreiche jüdische Intellektuelle, die aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekommen waren, zu Anführern der jüdischen Renaissance in Ungarn wurden. Sie stärkten die von Dr. Dömény gegründeten jüdischen Pfadfindergruppen «Kadima» (= Vorwärts) und warben allgemein für Erneuerung des Judentums in jüdischem Geist. Das antisemitische Regime Horthys verbot die Tätigkeit der «Kadima»; deren Mitglieder bildeten später das Rückgrat der diversen religiösen, bürgerlichen und sozialistischen Pionierbewegungen. Das geschah parallel zur Entstehung antisemitisch-rassistischer Organisationen. Die Pioniere kämpften damals an mehreren Fronten – sie mussten sich zum Grossteil auch gegen die Eltern durchsetzen. Die Mehrheit der Juden bezeichnete sich als «Ungarn israelitischer Religion»; sie glaubten an die «Gleichheit».

Sie verleugneten ihre Schicksalsgemeinschaft mit dem jüdischen Volk-damit wollten sie ihre ungarische Vaterlandsliebe dokumentieren. Es war eine grosse und schwierige Aufgabe, das Verständnis für die reale Lage des Judentums zu vermitteln. Doch es gelang, in das Lager der assimilierten Juden einzudringen und einen wertvollen Teil der Jugend in den Pionierbewegungen zu organisieren. Diese Schicht bildete den Kern der ersten Landwirtschaftlichen Pionier-Ausbildungssiedlungen, die von der Dachorganisation der Chalutz-Bewegungen «Brit Irgunim Chalutzim» (Bund aller Pionierbewegungen) ins Leben gerufen worden waren. Es gelang den Pionierbewegungen nur unter Zuhilfenahme verschiedener Decknamen, legal arbeiten zu können. In der Provinz merkte man deutlicher, dass die «Gleichberechtigung» in der Praxis keine Eintrittskarte in das Leben der Ungarn war. Die Juden wollten in das Wirtsvolk integriert werden – in Wirklichkeit wurden sie aber von den Ungarn nicht akzeptiert. Das war der Grund, warum in der Provinz die Leitungen der Kultusgemeinden geneigt waren, die Pionierorganisationen zu legalisieren, indem sie ihnen ermöglichten, ihre Aktivität als «Jugend-Kulturgruppen» der Kultusgemeinden auszuüben.

Man vergass, dass sich im Jahre 1914 die ungarische Judenschaft mit wahrer Begeisterung am Krieg beteiligt hatte, jüdische Jugendliche hatten sich damals in grosser Zahl als Freiwillige gemeldet. Und nach dem Ersten Weltkrieg war eines der wichtigsten Mittel der antijüdischen Propaganda die Lüge, dass sich die Juden aus dem Krieg herausgehalten und dem Kriegsdienst entzogen hätten. Beim einfachen ungarischen Volk fand gerade diese Behauptung grossen Widerhall. Mochten die amtlichen Statistiken noch so klar beweisen, dass weitaus mehr Juden im Krieg verblutet waren, als es ihrem prozentuellen Bevölkerungsanteil entsprochen hätte – das Volk glaubte dem antisemitischen Slogan: «Während die Söhne des ungarischen Volkes im Kriege litten und starben, schmarotzten die Juden als Kriegsgewinnler und heimsten Vermögen ein.» In Wahrheit starben allein aus dem nach dem Ersten Weltkrieg verbliebenen Rumpf-Ungarn nach offiziellen Angaben mehr als 10'000 Juden auf den Schlachtfeldern.

Als Reaktion auf die weitgehende Beschneidung der Staatsbürgerrechte waren die jüdischen Pionierbewegungen bestrebt, ihre Mitglieder sowohl dem Militär- als auch dem «Levente»-Dienst zu entziehen. («Levente» war eine Organisation für die vormilitärische

Ausbildung der Jugendlichen.) Mit ihrer Gründung umging das Horthy-Regime jene Bestimmung des Friedensvertrages von Trianon, wonach Ungarn nur einen kleinen Stand an Militär halten durfte. Die ungarischen Jugendlichen wurden in die «Levente» gezwungen. (Diese Organisation, deren Kommandanten sich vorwiegend aus stellenlosen Lehrern oder Intellektuellen rekrutierten, war eine Brutstätte faschistischer und nationalistischer Ideen.) Schon zu Anfang der Dreissigerjahre bestätigte sich, wie sehr die Haltung der Pionierbewegungen begründet war – die «Levente» und das Militär wurden mehr denn je zu Zentren des Antisemitismus in Ungarn. Aber bei den führenden Persönlichkeiten der Juden hatten die «patriotischen» Gesichtspunkte immer noch Vorrang, denn ihr Streben nach Assimilierung war derart ausgeprägt, dass sie jede Beleidigung ertrugen. Ihr Standpunkt war: «Das Vaterland vor allem!» – Auch wenn dieses ungerecht ist, verleumdet, das ungarische Volk zum Hass gegen die Juden aufstachelt ... Natürlich schmerzte es auch diese nach Assimilierung strebenden Leute, dass man trotz der unverhältnismässig hohen Blutopfer der Juden im Krieg nun gegen sie hetzte; trotzdem verkündeten sie, dass man dem Vaterland treu bleiben müsse, selbst wenn dieses zu Unrecht Schläge austeilte. Sie empörten sich über den blossen Gedanken, dass man mit der Realität zu rechnen habe; dass das ungarische Volk die Juden nicht aufnehmen, sondern verstossen wollte; dass die Juden – als eigene Bevölkerungsgruppe – die Gestaltung ihres eigenen Schicksals selbst in die Hand nehmen müssten. Diese assimilierten Judenführer kamen erst nach Jahrzehnten – als schon zwei Drittel der Juden deportiert waren – zur Erkenntnis, dass ihre Auffassung falsch war. Innerhalb der Judenschaft führten die Pionierbewegungen bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges ständig heftige theoretische Auseinandersetzungen zur Durchsetzung ihrer Meinungen – mit wenig Erfolg. Die offiziellen Vertreter der Judenschaft Ungarns bekannten sich trotz der immer schärferen judenfeindlichen Gesetze unerschütterlich als ungarische Patrioten im Sinne von: «Hier musst du leben, hier musst du sterben.» Das Los ihrer infolge der Judengesetze brotlos gewordenen Glaubensgenossen suchten sie durch Wohltätigkeit zu lindern – während nach und nach der Grossteil der Juden arbeitslos wurde. Der Antisemitismus wuchs beständig.

Die grosse Tragödie trat ein, als im Jahre 1942 die mit den Nazis kollaborierende Armeeführung Ungarns (zweifelloos mit erzwungener Zustimmung der Regierung) die als Sozialisten oder Kommuni-

sten in Evidenz geführten Personen in sogenannten «Strafregimentern» des Arbeitsdienstes sammelte. Die Einberufung zu so einem Strafregiment war so gut wie gleichbedeutend mit einem Todesurteil. Bei den Juden genügte schon eine anonyme Anzeige für das Ausschreiben der Einberufung zum Strafregiment, es musste nur jemand Name und Adresse eines Juden in einen Umschlag geben und diesen in den Briefkasten einer beliebigen Kaserne werfen – binnen zwei bis drei Tagen hatte der Betreffende seine Express-Vorladung in Händen. Innerhalb weniger weiterer Tage wurden die Einberufenen in die Ukraine geschafft – dort kamen mehrere tausend Nichtjuden und 42'000 Juden ums Leben. Dies geschah zurzeit der Regierung Kállay, als der Ministerpräsident wirklich nicht mit dem Nazismus einverstanden war und die Judenverfolgung nicht wollte, als man aber aus politischer Hilflosigkeit die Methode des «Den-Wind-aus-den-Segeln-Nehmen» versuchte. Dann wurden nicht nur die jungen Juden, sondern alle jüdischen Männer bis zu einem Alter von 60 bis 65 Jahren zum Arbeitsdienst kommandiert. Daher gab es am 19. März 1944, als Ungarn von Hitlerdeutschland besetzt wurde, kaum einen gesunden Mann in den jüdischen Familien, nur Kinder, Frauen und hilflose Greise. (Diese Tatsache allein machte den Gedanken an bewaffneten Widerstand zur Illusion – nicht zu reden davon, dass auf Hilfe durch die übrige ungarische Bevölkerung nicht zu rechnen war, weil die aktiven Antifaschisten bereits zum Militär- oder Zwangsarbeitsdienst einberufen waren.) Die Lage war so gut wie aussichtslos; es war kein Wunder, dass die Juden Ungarns nach dem deutschen Einmarsch in resignierte Untätigkeit verfielen – mit Ausnahme der Mitglieder der Pionierbewegungen. Schon am 19. März 1944 begannen diese mit ihrer Rettungstätigkeit. Gleich nach dem Einmarsch der Deutschen wurde die «Arisierung» der Leitungsmitglieder der Jugendbewegung beschlossen. In der ersten Zeit besorgte man für diesen Zweck Originaldokumente. Die damit beschäftigten Pioniere schrieben die Daten aus den öffentlichen Wählerlisten heraus; auf Grund dieser Daten gab das zuständige Standesamt die beglaubigten Geburtsscheine aus, und diese genügten, um ohne Schwierigkeiten zum kirchlichen Taufschein zu kommen. Mit diesen beiden Dokumenten wieder war es möglich, Heirats- und Geburtsurkunden der Eltern zu erhalten – das aber war die Basis für die Ausstellung einer Staatsbürgerschaftsurkunde für den «guten Arier» sowie vor allem des wichtigen Personalausweises und eventueller Levente- usw. -Ausweise.

All dies klingt leicht und einfach. Aber wieviel Mühe und Aufregung das illegale Besorgen solcher Originaldokumente erforderte, das kann nur derjenige beurteilen, der es in dieser gefährvollen Zeit auf sich nahm, als Jude – wenn auch mit einem gültigen arischen Ausweis versehen – zu den ungarischen Behörden zu gehen. Es war unmöglich, Originaldokumente serienweise zu besorgen. Aus diesem Grunde beschloss die Leitung der Pionierbewegung die für die lebensrettenden «Arisierungen» benötigten Dokumente zu fälschen. Denn die Existenz der Judenschaft wurde von Tag zu Tag ungewisser, sodass man die «Dokumentenaktion» auf alle Verfolgten – auch Nichtjuden – ausdehnte. Dazu war die Zusammenarbeit der Pionierbewegungen aller Schattierungen nötig: Die Selbstschutz-Organisation, das «Hagana-Komitee», wurde gegründet. (Kommandant: Ing. Mosche Rosenberg; Mitglieder: Mosche Pil, Meno Klein, Leon Blatt, Dov Avramcsik. Enge Mitarbeit mit Hansi Brand, Onkel Federit, Zwi Hermann.) Das geheim gegründete Hagana-Komitee organisierte seine Tätigkeit unter dem Decknamen «Abteilung des Judenrates für die Provinz», mit der offiziellen Aufgabe, den Kontakt mit der Judenschaft in der Provinz aufrechtzuerhalten.

Die Zusammenkünfte erfolgten in der Zentrale der Budapester Kultusgemeinde, beziehungsweise des Judenrates, in der Sip-Gasse 12. In den ersten Monaten der deutschen Besetzung war dies so gut wie der einzige Ort, wo Juden einander ohne grössere Gefahr treffen konnten. Von hier aus also leitete das Hagana-Komitee seine Rettungsaktionen in enger Zusammenarbeit mit der Informationsabteilung des Judenrates (an deren Spitze Jenő Kolb und Jehuda Weisz standen). Die Aktionen erforderten äusserste Opferbereitschaft, gründliche, präzise Arbeit unter ständiger Lebensgefahr und sehr oft Improvisationsgabe und vor allem immer rasches Reagieren. Jedes der Komiteemitglieder handelte bei Bedarf selbständig, man war aber bestrebt, möglichst täglich gemeinsam die Pläne zu besprechen.

Eine der wichtigsten Aufgaben war es, die Kontakte mit den antisemitischen Kräften aufrechtzuerhalten; weiter die Koordination der Pionierbewegungen der Kultusgemeinde, der jüdischen Organisationen und des Rettungskomitees «Hatzala» (= Zionistische Rettungsaktion), verbunden mit den Namen Ing. Ottó Komoly, Dr. Rezső Kaszner, Andor Biss, Sándor Offenbach, Joel Brand, Hansi Brand. Ferner musste man sich um ständige Verbindung mit den im Ausland erreichbaren jüdischen Organisationen kümmern.

Ausserdem galt es, laufend Informationen über wichtige politische Ereignisse im In- und Ausland einzuholen und im Zusammenhang mit den Aktionen des Selbstschutz-Komitees diese Informationen zu verwerten. Man musste die Kontakte und die Zusammenarbeit mit ungarischen Widerstandsbewegungen – mit Kommunisten, Sozialdemokraten, der Partei der Kleinen Landwirte organisieren. Eine der gefährlichsten Aufgaben in dieser vielfältigen Aktivität war die Kontaktaufnahme und -pflege mit den aus deutschen Internierungslagern geflüchteten britischen, französischen, holländischen, dänischen und anderen Offizieren und Priestern sowie die Versorgung dieser Leute mit falschen Papieren und Lebensmitteln.

Solange die «Abteilung des Judenrates für die Provinz» noch existierte, erfolgten diese Arbeiten von der Zentrale der Budapester Kultusgemeinde aus. Später, nach Gründung der Sektion A des Internationalen Roten Kreuzes und der Ernennung von Ottó Komoly zu dessen Leiter durch den Delegierten Friedrich Born verlegten die Pionierbewegungen ihre Tätigkeit in die Büros des Internationalen Roten Kreuzes (Baross-Gasse 2, Mérleg-Gasse 4 und Mérleg-Gasse 6). Born und Komoly setzten die Anerkennung dieser Häuser als extritoriales Gebiet durch (s. Anhang 12). Ab 16. Oktober 1944 wurde die Vadász-Gasse 29, dann auch die Wekerle-Gasse 17, zum Ausgangspunkt für alle Rettungsaktionen der Pioniere. Diese Gebäude waren offiziell als «Auswanderungsabteilung der schweizerischen Gesandtschaft» anerkannt. Es wurden auch Kontakte zur Widerstandsfront geknüpft:

- a) mit dem Anführer der Arbeiterschaft von Csepel, Pál Demény und seinen Genossen, wie Bandi Gischitz usw. Während des Krieges entfaltete diese Gruppe eine äusserst aktive Untergrundtätigkeit gegen die Nazis; sie arbeitete eng mit der Widerstandsbewegung der Pioniere zusammen. (Demény wurde nach der Befreiung auf Grund falscher Anklagen zum Tode verurteilt und verbrachte – nach Umwandlung des ausgesprochenen Todesurteils in eine Kerkerstrafe – neuneinhalb Jahre im Gefängnis. Er hatte es seiner allgemeinen Beliebtheit in Arbeiterkreisen zu verdanken, dass er die Zeit des Stalinismus überlebte. Am Tage der Urteilsverkündung organisierten 30'000 Arbeiter aus Csepel, an ihrer Spitze der führende Kommunist Lajos Drahos, einen Protestmarsch und verlangten die Freilassung Deménys. Darauf erfolgte die Umwandlung des Todesurteils.).

b) mit László Rajk, dem Generalsekretär der illegalen Kommunistischen Partei, der eine grosse Rolle bei Horthys Plan zum Aussteigen und bei der Planung des bewaffneten Widerstandes gegen die Deutschen spielte. Zu einer Verwirklichung dieser Pläne kam es allerdings nicht, weil Horthy es sich anders überlegte und den Bruch mit den Deutschen erklärte, ohne dass es irgendwelche militärische Vorbereitung gegeben hätte, sodass diese Aktion scheitern musste. (László Rajk wurde nach dem Krieg Innenminister; in der Zeit der stalinistischen Schauprozesse wurde er aber auf Grund falscher Anklagen hingerichtet. Vielleicht, weil er nicht aus Moskau, sondern vom spanischen Bürgerkrieg in seine Heimat zurückgekehrt war?) Äusser mit Rajk hatten die Pioniere auch mit anderen führenden Kommunisten Kontakte, so mit György Aczél, Márton Horváth, Károly Kiss, György Nonn usw.



Von links: Ottó Komoly, Hansi Brand, Rezső Kasztner, Perez Révész, Zwi Goldfarb.

- c) seitens der Sozialdemokratischen Partei mit Dr. Miklós Kertész, Árpád Szakasits, József Bonis, József Büchler und anderen.
- d) mit Ferenc Nagy, Zoltán Tildy und mehreren Leitern der Untergrundbewegung der «Kleinen-Landwirte-Partei».
- e) Ausserdem bestand enge Verbindung zu deutschfeindlichen Offizieren, zu Priestern – wie Albert Bereczky-, zu Staatsbeamten wie Pál Szabó, dem Direktor der MTI (der ungarischen Telegraphenagentur) von Miskolc und vielen anderen ausserhalb der Parteien stehenden Persönlichkeiten.

Eines der bedeutendsten Ergebnisse der Rettungstätigkeit der Pioniere war die Ausweitung der «Arisierung» auf weite Kreise der Verfolgten und in diesem Zusammenhang die Organisation der selbständigen «Dokumenten- und Ausweis-Fabrikation», das Herstellen der lebensrettenden falschen Papiere. Es gab in allen Pionierorganisationen Gruppen von Leuten, die mit solcher «Papierfabrikation» beschäftigt waren; unter diesen arbeitete die sozialistisch-zionistische Pionierbewegung «Hashomer Hatzair» am erfolgreichsten. Begonnen wurde diese Tätigkeit unter der Leitung von Nesher Adler und Dan Zimmermann, von dessen Wohnung in der Izabella-Gasse 11 aus die arischen Papiere ihren Weg nahmen. Als die Aufgaben wuchsen, verlegte man die Arbeit in das Lehrlingsheim in der Bácskai-Strasse. Nesher Adler wurde bei der versuchten Flucht über Rumänien nach Palästina erwischt, man hörte nie wieder etwas von ihm. Auf Grund dieser bösen Nachricht übersiedelte der Betrieb in das Maleratelier in der Mansarde des Hauses Bethlen-Platz 12. Das Rettungskomitee sandte Dan Zimmermann nach Rumänien zum Empfang jener Personen, denen man durch die «Tijul» zur Flucht über die Grenze verhelfen hatte; er stand ihnen auch bei Erledigung der nötigen Schritte zur Weiterfahrt nach Palästina bei. Die Leitung der «Papiere»-Anfertigung übernahm Dávid Grosz (= Gur) in Zusammenarbeit mit Schraga Weil als Techniker und mit Hilfe von Cipi und Efra Teichmann: Grosz und Weil fertigten die notwendigen Amtsstempel und Formulare an, das Ausfüllen der Rubriken organisierte das Ehepaar Teichmann. Dies geschah unter grösster Gefahr in den Privatwohnungen dieser Pioniere und in den Räumen des Internationalen Roten Kreuzes. Die Übergabe erfolgte in Kinos, im Park usw. Die Formularfabrikation konnte auch im Maleratelier am Bethlen-Platz nicht allzulange

bleiben: Nachbarn erstatteten Anzeige, und nur ein glücklicher Zufall bewahrte die dort arbeitenden Pioniere davor, in die Hände der Polizei zu fallen. Es gelang ihnen, auch die technische Ausrüstung zu retten, und sie setzten ihre Arbeit in der Wohnung von Dávid Grosz in der Veres-Pálné-Gasse 7 fort. Weil aber diese Räume dafür nicht gut geeignet waren, übersiedelte man wieder (jede Übersiedlung war mit besonderer Gefahr verbunden) in die Wohnung von Hansi Brand in der Semsey-Andor-Gasse. Am selben Tag noch, am 22. Mai 1944, wurden die Mitglieder des Rettungskomitees «Vaadat Hatzala» verhaftet, unter ihnen auch Hansi Brand. Die Gestapo nahm in ihrer Wohnung eine Hausdurchsuchung vor – wie durch ein Wunder fand sie dabei den Koffer mit der technischen Ausrüstung für die Formularanfertigung nicht! Aber natürlich lähmte das Fehlen dieser Ausrüstung die Fortführung der Rettungsarbeit. Einige Tage später ging Dávid Grosz in Begleitung von Moshe Pil – den geladenen Revolver in der Tasche – in die Wohnung der Brands. Hansis alte Mutter zog seelenruhig den unter ihrem Bett versteckten Koffer hervor. Dávid Grosz lud den Koffer auf seine Schulter und richtete unter dem Schutz von Pil den «Betrieb» neuerlich in seiner Wohnung in der Veres-Pálné-Gasse ein.

Dann bot «Onkel Federit» seine Wohnung in Buda, Darázs-Gasse 1, für «Betriebs»-Zwecke an. Über Onkel Federit kam es auch zur Hilfeleistung für die Rettungstätigkeit durch zwei wertvolle Menschen: einen reformierten Pfarrer, der in grossen Mengen Geburts-, Trau- und Taufscheine mit Originalstempeln zur Verfügung stellte; und die christliche Witwe eines Juden, die in der Bezirksvorstehung des III Bezirkes von Budapest angestellt war. Auch sie brachte jede Woche Geburts- und Heiratsurkunden, die sie aus der Bezirksvorstehung «besorgte».

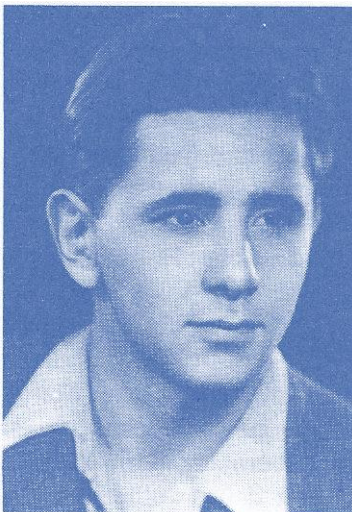
Nachdem Onkel Federit mit Hilfe der «Kasztnergruppe» von der Sammelstelle in Budapest aus über Bergen-Belsen und die Schweiz nach Palästina gefahren war, musste man auch die Wohnung in der Darázs-Gasse aufgeben. In der Kerepesi-Strasse 52 wurde eine Wohnung als «Maleratelier» gemietet. Dieses Haus wurde durch eine Bombe zerstört – die «Dokumentenfabrik» war wieder obdachlos. Diesmal fand man ein neues Quartier in der Retek-Gasse 19, wo jetzt Dávid Grosz mit Cipi und Efra Teichmann die Papiere anfertigte. Später übersiedelten sie in die Rózsa-Gasse 93, wo die Werkstatt nach aussen hin als «Sojabohnen Verarbeitungsbetrieb» deklariert war. Ein italienischer Antifaschist namens Rossi gab dazu

die Möglichkeit. Äusser den Vorgenannten arbeiteten dort Miso Wechsler, Endre Feigenbaum und später Miki Langer; Verbindungsleute waren Efra Teichmann und Feri Eisenberg. Die «Dokumentenfabrik» versorgte die verschiedensten Leute mit Papieren, darunter zum Beispiel: Pál Demény und seine Genossen aus der abgespaltenen kommunistischen Gruppe; die Mitglieder der Widerstandsgruppe «Walderwalls» (diese setzte sich aus holländischen und britischen Offizieren zusammen, die aus deutscher Kriegsgefangenschaft geflohen waren); viele Mitglieder der «linientreuen» Kommunistischen Partei, unter anderem Károly Kiss, Márton Horvath usw.; viele bekannte Schriftsteller wie Tibor Déry, Iván Boldizsár usw.; Gewerkschaftsfunktionäre wie József Kobol, Lajos Drachos, György Markos, Bandi Gischitz; Offiziere wie Vilmos Tartsay und Iván Kádár, der unter den Studenten Widerstand organisierte; den Funktionär der Kommunistischen Jugend, György Nonn – und viele, viele andere.

Als die Werkstatt wieder einmal übersiedeln musste, fand sie durch Vermittlung eines Beamten des Aussenministeriums, Pál Fábry, eine Möglichkeit dazu im Magazinsraum der Buchhandlung von Virág Móricz (der Tochter des grossen ungarischen Schriftstellers Zsigmond Móricz) in der Baross-Gasse. Dieses Lokal erschien aber doch nicht sicher genug, weil dort auch antifaschistische Offiziere zusammenkamen, so dass die Dokumentenfabrik nach wenigen Tagen wieder auszog – zum Glück, denn eine Stunde später war die Gestapo dort.

Die nächste Station war die Nádor-Gasse 24: Da dort ein Polizist die «mangelhafte Verdunkelung» beanstandete, übersiedelte man noch am gleichen Abend in das Lokal der Studentenvereinigung «Csaba» im Wirtschaftsbüro der Universität in der Baross-Gasse. Die Mitarbeiter der Werkstatt traten hier als Angehörige des «Studenten-Hilfskomitees» auf. Am 1. Dezember 1944 wurde Feri Eisenberg verhaftet – wieder war ein neuer Platz für die gefährliche Arbeit zu suchen. Drei Wochen hindurch musste man sich mit Notlösungen behelfen, dann folgte die Adresse Erzsébet-Ring 13. Noch am Tag der Übersiedlung ereilte das Verhängnis die Werkstätte mitsamt ihren Leitern: Dávid Grosz, Miki Langer, Endre Feigenbaum (Feigi). An diesem Tag, 21.12.44, veranstalteten die Pfeilkreuzler eine Razzia in dem Haus – bei dieser Gelegenheit flog die Werkstatt auf.

Die drei Verhafteten wurden mitsamt ihrer sechs Koffer füllen-



Dávid Grosz = Ing. Gur



József Megyeri = Jozsef-Meir

den Ausrüstung und den «Papieren» in das Pfeilkreuzlerzentrum am Erzsébet-Ring gebracht und auf unmenschliche Weise gefoltert. Miki Langer wurde zu Tode geprügelt. Das «Verhör» dauerte bis zum nächsten Nachmittag. Dann kamen Kriminalbeamte von der Polizeihauptmannschaft, stellten verschiedene Fragen und lieferten die Pioniere in das Militärgefängnis am Margit-Ring ein. Dort setzte Oberleutnant Balassa das Verhör fort. Am nächsten Tag, dem 23. Dezember 1944, hätte Feigenbaum zum Verhör vorgeführt werden sollen, da er aber nicht einmal auf seinen Beinen stehen konnte, ging an seiner Stelle Dávid Grosz. Dieses Verhör fand unter Anwendung verhältnismässig milder «Elektrisierung» statt; man interessierte sich in erster Linie für die Tätigkeit und den Aufenthaltsort der zionistischen Führer. So wie tags zuvor die Pfeilkreuzler, versorgten sich diesmal auch die militärischen Untersuchungsbeamten mit «Schutzpässen» aus dem vorgefundenen «Dokumenten»-Material. Da Dávid Grosz am 21. Dezember abends nicht in die Wohnung zurückkam, ahnte Mosche Pil Böses und unternahm gemeinsam mit Mimis und Rafi Nachforschungen. Sie erfuhren zunächst, dass die drei in das Pfeilkreuzlerhaus gebracht worden waren, dann stellte sich heraus, dass die Gesuchten im Gefängnis am Margit-Ring waren.

Da es sich dabei um ein Militärgefängnis handelte, kamen wir nach kurzer Besprechung mit Moshe Pil, Rafi Friedl und Mimis

Herbst zu dem Schluss, dass eine Befreiung so rasch wie möglich und nur durch jemanden in Offiziersuniform vorgenommen werden müsste. Es war uns klar, dass dazu ein grösserer Geldbetrag erforderlich sein würde; wir hatten aber auch zwei gute Voraussetzungen – wir verfügten über einen Stempel der Gestapo, und wir hatten 150 Napoléons d'Or, die uns Graf Forgách für die Befreiung seines ebenfalls ins Gefängnis Margit-Ring verbrachten Bruders übergab. Der Graf selbst – bekannt für seine antideutsche Haltung – hatte sich in den Keller des schweizerischen Gesandtschaftsgebäudes geflüchtet. Es galt nun, einen verlässlichen Offizier zu finden, der die Aufgabe übernehmen würde. Der Rechtsanwalt Dr. Breszlauer empfahl uns einen Bekannten, den hochdekorierten Offizier Marin, der mit einem gutaussehenden Kameraden zu Besprechungen ins Gesandtschaftsgebäude kam. Die beiden übernahmen im Prinzip die Durchführung der Aktion; das Honorar dafür wollten sie erst nach Gelingen kassieren. Sie nannten keine Summe, die sollte ich mit Dr. Breszlauer besprechen. Wir einigten uns auf 300 Napoléons d'Or. Die Hälfte davon hatten wir schon vom Grafen Forgách, weitere 150 mussten wir beschaffen. Obwohl es damals lebensgefährlich war, die Strasse zu betreten, übernahm Moshe Pil die Aufgabe des Wechselns und konnte uns auch den Betrag bringen.

Die beiden Offiziere bekamen von mir einen ordnungsgemäss ausgestellten, mit Original-Gestapostempel versehenen Befehl, wonach die im beigelegten Namensverzeichnis angeführten Personen wegen Überstellung zur Hinrichtung auszuliefern seien. Nachträglich fiel mir noch ein, dass die Gefangenen sich vielleicht nicht melden würden, aus Angst, tatsächlich zur Hinrichtung geführt zu werden. Ich ergänzte daher die Liste noch mit ihren in der Illegalität verwendeten Decknamen. Als Marin am 25. Dezember 1944 ins Gefängnis kam und die Auslieferung der Gefangenen verlangte, machte man ihm seitens der Gefängnisleitung keine Schwierigkeiten. Tatsächlich aber meldete sich bei Vorlesung der Namen zunächst niemand – erst als Dávid Grosz (Gur) seinen «arisierten» Namen, den äusser Pil niemand kennen konnte, hörte, trat er vor, und die anderen folgten ihm. Äusser ihm wurden damals Zwi und Neshka Goldfarb (die bei Entdeckung ihrer zwei Bunker verhaftet worden waren), Endre Feigenbaum und weitere 12 Pioniere sowie der Bruder des Grafen Forgách befreit. Als die Gruppe mit Marin in die Wekerle-Gasse kam, brachte sie die Information mit, dass sich noch viele junge Sozialisten und Kommunisten im Gefängnis

befänden; darauf beschloss man, die Aktion zu wiederholen. Auch dieser Coup gelang; Marin und sein Begleiter konnten weitere 120 – sonst todgeweihte – Gefangene aus dem Kerker am Margit-Ring befreien. All dies spielte sich in drei Tagen ab. Dann stellte sich heraus, dass Marin selber Jude war und sein Gefährte ein desertierter Offizier ...

Nach vielen Jahren bekam Konsul Lutz eine Zusammenstellung der unter ausserordentlichen Schwierigkeiten, ohne entsprechende materielle und technische Ausrüstung fabrizierten «Papiere» in die Hände. Er war zutiefst beeindruckt von dem, was diese jungen Idealisten geleistet hatten: In der Zeit ihrer Tätigkeit an zahlreichen verschiedenen Adressen in Budapest, immer wieder «übersiedelnd», wurden bis zum 21. Dezember 1944 rund 150'000 diverse Dokumente hergestellt. Nicht in dieser Ziffer enthalten sind die 120'000 Schweizer Schutzpässe, die offiziell in den Gesandtschaftsgebäuden Vadász- und Wekerle-Gasse ausgestellt und ausgegeben wurden.

Carl Lutz war von der grossen Anzahl gefälschter Dokumente überrascht und sagte: «Ich wusste ja, dass die Pioniere für verschiedene Lebensrettungsaktionen falsche Papiere herstellten, aber der Umfang dieser Produktion mit der dazugehörigen Verteilung übersteigt bei weitem meine Vorstellungen, zumal ja in der Gesamtzahl von 150'000 Dokumenten aus der ‚Werkstatt‘ die Schweizer Schutzpässe noch gar nicht mitenthalten sind. Schade, dass diese Schweizer Schutzpass-Aktion erst so spät eingesetzt hat – als die Juden aus der Provinz schon deportiert waren.»

Die Zahl der gefälschten Ausweispapiere ist nur scheinbar so unwahrscheinlich hoch. Man muss bedenken, dass eine verfolgte Person mehrere Dokumente benötigte: Zum Beispiel war ein Geburtsschein zu wenig, man brauchte dazu mindestens noch einen Meldezettel. Ausserdem kam es vor, dass man Papiere bei einem Verhafteten konfiszierte; gelang es ihm dann, zu entkommen, musste er neuerlich mit Papieren ausgestattet werden. Darüber hinaus war es psychologisch günstig, die Leute mit mehreren Dokumenten zu versehen – sie fühlten sich sicherer und dadurch mutiger, wenn sie mehrere Papiere vorweisen konnten.

Im November 1944 kam zum Beispiel der Bankier Bauer, einer der Verantwortlichen für die Versorgung des Gettos mit Lebensmitteln, ins Gesandtschaftsgebäude Wekerle-Gasse, um dort Möglichkeiten zur Lebensmittelbeschaffung zu besprechen. Nachdem die diesbezüglichen Probleme geklärt waren, bat er mich um Ausstel-

lung einer Bestätigung seitens der Gesandtschaft, dass er in deren Auftrag dienstlich unterwegs sei. Er erhielt die gewünschte Bestätigung auf amtlichem Gesandtschafts-Briefpapier. Auf die unwillkürlich auftauchende Frage, ob er sich denn bisher in der Stadt ganz ohne Papiere bewegt hätte, holte er aus seiner inneren Rocktasche einen Ausweis der schwedischen Gesandtschaft, aus der anderen Tasche einen solchen des Judenrates, und aus der Hosentasche kam schliesslich noch ein Papier vom päpstlichen Nuntius zum Vorschein. Wozu um alles in der Welt brauchte er denn dann noch ein Dokument? «Ich bin ständig von einer Stelle zur anderen unterwegs, um Lebensmittel aufzutreiben. Das Bewusstsein, mit mehreren Papieren ausgestattet zu sein, macht mir Mut, und ich bin von vornherein darauf vorbereitet, mit welchem Papier ich gegebenenfalls operieren kann. Das Schweizer Papier habe ich für den Fall verlangt, dass ich von der Polizei angehalten werde, denn für diese ist die Schweiz ein respektierter Begriff. Wenn mich Deutsche zur Ausweisleistung anhalten, verwende ich das Papier des Judenrates, da dieser unter dem ‚Schutz‘ der Gestapo steht – solange natürlich, bis man uns alle umbringt. Bei den Pfeilkreuzlern verwende ich je nach ihrem Aussehen, ob es fanatisierte, primitive Leute sind oder ob sie entlassenen Sträflingen gleichen – die Bescheinigung des päpstlichen Nuntius oder ein anderes Dokument. Ich weiss genau, welches Papier ich in welcher Tasche habe und woher ich es bei Bedarf hervorziehe. Bisher hat sich dieses System bestens bewährt», schloss er mit Selbstironie, «bisher musste ich mich nämlich noch niemals ausweisen ...» (Ein anderes Beispiel ist der Fall Körösys, s. Anhang 9.)

Ein weiteres Betätigungsfeld des Rettungskomitees «Hagana», schon in der ersten Zeit nach der deutschen Besetzung, war, mit den Juden in der Provinz Kontakt aufzunehmen und sie zu informieren; ferner die Versorgung dieser Provinzjuden mit «arischen Papieren» sowie die Ermunterung zur Flucht aus den Gettos und aus den Arbeitsdienstkompanien, und die Hilfe dabei. Zu diesem Zweck unternahmen Angehörige aller Pionierbewegungen, als Arier getarnt, lebensgefährliche Rettungsversuche. Leider endete dieses mutige Unternehmen nur mit einem Teilerfolg. Die Pioniere führten ihre lebensgefährlichen Reisen in die Provinzstädte und später in die Gettos fast vergeblich durch: Die verschreckte Judenschaft wagte einfach nicht zu fliehen. Ausserdem glaubten sie bis zum letzten Augenblick nicht daran, dass es wirklich zu den Deportie-

rungen kommen würde. Nur einige wenige hatten den Mut zur Flucht – diese konnten gerettet werden (s. Anhang II).

Eine äusserst schwierige Aufgabe war die Befreiung von verhafteten Pionieren und sonstigen jüdischen oder antifaschistischen Häftlingen aus Schubhaft, Internierungslagern, Gestapohaft und aus ungarischen Gefängnissen. Die Pionier-Rettungsbewegung war solidarisch mit den verschiedenen verfolgten nichtjüdischen Gruppen und nahm jedes Risiko und jedes Opfer auf sich, um andere zu retten. (Bei dieser Tätigkeit leisteten Oszi Elfer, Baruch Felsenburg, Dávid Grünwald (= Coca), Mimis Herbst, Köves (= Eliezer Even) und andere erfolgreiche Arbeit.)

Eine der riskantesten Aktivitäten im Rahmen der Rettungstätigkeit der Pioniere war die Fluchthilfe «Tijul» nach Rumänien. Dort konnten sich die Juden relativ sicher fühlen. Als Ungarn mit der Deportierung der Provinzjuden begann, hatte Rumänien die Judenverfolgungen bereits eingestellt. Die Juden aus der ungarischen Provinz waren zum Grossteil bereits in Gettos gepfercht, als die rumänische Regierung neue Regelungen verordnete, auf Grund deren eigentlich alle in Rumänien lebenden Juden als «Ausnahmen» in irgendeiner Form galten und daher relative Sicherheit genossen. (Diese Nachricht wurde in Ungarn nur von dem ehemals liberalen Blatt «Pesti Hirlap» ausführlich der Öffentlichkeit mitgeteilt – die übrigen Zeitungen schwiegen darüber.) Die «Tijul» wurde zentral von der Leitung der Hagana-Rettungsaktion organisiert, dort wurden die Gruppen zusammengestellt. Einige Personen fuhren häufig nach Klausenburg, Grosswardein und in verschiedene Grenzzorte, um den Weg der «Tijul» vorzubereiten (s. Anhang 15). Mit «Tijuls» Hilfe konnten jene, die den Willen – und auch den Mut! – zur Flucht hatten, über die Grenze gebracht werden. Es gibt keine Liste dieser Leute, aber jedenfalls gelang es auf diese Art, einige tausend Juden nach Rumänien zu bringen, von wo die meisten weiterzogen und in Palästina landeten. Die Aktion forderte allerdings auch Opfer. Viele wertvolle Mitglieder der Pionierbewegungen wurden bereits in den Städten noch vor der ungarisch-rumänischen Grenze oder direkt an der Grenze verhaftet und verschwanden spurlos. Für diese Vorfälle waren in erster Linie gewissenlose Agents provocateurs verantwortlich. Über das Schicksal einiger der Verschwundenen sickerten Nachrichten durch: Man hatte sie in das sogenannte «Reservegetto» von Grosswardein verschleppt; dort wurden sie von ungarischen Kriminalbeamten gefoltert, die Frauen oft vergewaltigt,

schliesslich wurden alle deportiert. Einige kamen auch in deutsche Konzentrationslager und fanden dort den Tod.

Zu den Aufgaben der Hagana gehörte auch die Beschaffung von Waffen. Vorerst wurden die Leitungsmitglieder mit Handfeuerwaffen, Revolvern und Munition versehen. Hauptaufgabe war es, eine Partisanengruppe zu organisieren; dieser gefährliche Auftrag wurde József Megyeri übertragen, der eine militärische Ausbildung hinter sich hatte. Megyeri schloss sich gemeinsam mit ausgesuchten Pionieren einer Gruppe junger Kommunisten an. Die Verbindung kam über György Nonn, einem Jugendführer der im Untergrund tätigen Kommunistischen Partei Ungarns, zustande. Er war schon seit längerer Zeit mit Rafi Friedl in Kontakt gewesen. Es war dies die erste Partisanengruppe, die Sabotageakte durchführte. Dort arbeiteten Juden und Nichtjuden zusammen; ihre Mitglieder unternahmen ihre Aktionen in Pfeilkreuzler-, Militär- und «Levente»-Uniformen. Grössere Bedeutung erhielt die Tätigkeit der Gruppe in der Zeit von Szálasis Schreckensherrschaft, als die Partisanen rund um das Getto Dienst versahen. Sie bekämpften randalierende Pfeilkreuzlerbanditen und wurden auch öfters in Feuergefechte verwickelt. Auf Nonns Anraten nahm Megyeri später Kontakt zu einer der militärischen Formationen der Kommunisten, der Gruppe Hajdok auf. Diese hatte ihren Standort in Kőbánya und unternahm von dort aus ihre Sabotage- und Abwehroperationen. Die Versorgung der Gruppe mit Waffen, Sprengstoff, Handgranaten, Munition und Lebensmitteln erfolgte von der Wekerle-Gasse aus.

Im Zentralbüro des Internationalen Roten Kreuzes organisierte er die Gruppe der vom Flugplatz Mátyásföld geflüchteten Piloten: Diese wurden von den schweizerischen Gesandtschaftsgebäuden Vadász-, bzw. Wekerle-Gasse aus mit falschen Papieren versorgt und arbeiteten bis zur Befreiung mit den Widerstandsbewegungen der Pioniere zusammen. Megyeri brachte die Pilotengruppe mit Offizieren der ungarischen Armee in Verbindung, die sich der militärischen Widerstandsgruppe Tartsay angeschlossen hatten.

Auch die unter Leitung von Pál Demény stehende Widerstandsgruppe organisierte eine Partisaneneinheit, die mehrere Sabotageaktionen durchführte – unter aktiver Beteiligung von Pionieren. Die Kommandantur der Selbstschutz-Organisation Hagana gab den Auftrag, in Budapest und Umgebung unterirdische Bunker zu errichten. Die darin unterzubringenden Personen sollten die Aussicht haben, die faschistischen Morde zu überleben. Bei dieser Arbeit wa-

ren Mitglieder rechter und linker Pioniergruppen gemeinsam tätig. Die Bunker am Hungária-Ring 64 und 86 wurden auf Grund des Verrates durch einen Spitzel von bewaffneten Pfeilkreuzlern überfallen, die darin befindlichen Pioniere verschleppt und in das Gefängnis am Margit-Ring gesperrt. Bald nach der Befreiung wurde der Spitzel von Moshe Pil wiedererkannt und den Behörden übergeben. Im Bunker am Laki-Adolf-Köz fand ein Feuergefecht statt, das sechs Todesopfer forderte.

Späte Erkenntnis

Carl Lutz wurde immer wieder von der Frage bewegt, warum sich die jüdischen Organisationen – in erster Linie das «Palästina-Amt» nicht an ihn wendeten, als er im Januar 1942 nach Budapest kam. Der Geist der «Assimilierung um jeden Preis», des «ungarischen Patriotismus» der Juden, der die Ursache für diese Unterlassung war, blieb ihm unverständlich. Erst nach etwa eineinhalb Jahrzehnten, als er das Buch «Ich war Christ in Europa» von Mihály Salamon (erschienen 1951) kennenlernte, wurde ihm klar, welche entscheidende Rolle die blind «vaterländische» Einstellung der ungarischen Juden bei ihrem Verhalten und bei ihrem mangelnden Willen zum Widerstand spielte. Salamon schildert in seinem Buch, wie selbst er – der eine führende Rolle im öffentlichen Leben der ungarischen Juden spielte – die harte Wirklichkeit erst erfasste, als er die Unterdrückung durch die Pfeilkreuzler auf eigener Haut fühlen musste, etwa bei einem Verhör im Herbst 1943 durch die Polizei:

«Nach langem Warten wurde auch ich endlich dem Hauptmann vorgeführt. Der allgemein gefürchtete Hauptmann Hennel war schlechter Laune. Auf seinem schlanken Körper spannte die extra angefertigte Polizeioffiziersuniform, als er mir sein mädchenhaft schönes, jetzt aber wutverzerrtes Gesicht unter dem blonden Schopf zuwandte. Dann ging alles blitzschnell. Der Herr Hauptmann hatte es plötzlich eilig.

„Stellen Sie sich da hin; wie heißen Sie? Sie sind des Verstosses gegen das Judengesetz angeklagt – verstehen Sie die Anklage? – Bekennen Sie sich schuldig?“

„Bitte ...“, sagte ich.

„Nichts bitte, keine Wortverschwendung! Glauben Sie, dass Sie in der Talmudschule sind? Antworten Sie: ja oder nein!“

„Aber ich bitte untertänigst – wovon ist die Rede?“

„Das fragen Sie noch? Antworten Sie auf die Frage, ob Ihr jüdischer Agent in den letzten 12 Monaten mehr verdiente als der christliche Angestellte?“

„Bitte, es könnte sein, aber das Verhältnis ist meines Wissens ...“, versuchte ich mich zu verteidigen.

„Halten Sie hier keine Predigten“, fuhr mich die blonde Bestie an. „Wegen Verletzung des Judengesetzes verurteile ich Sie zu einer Geldstrafe von 1'000 – Pengö.“

„1'000.- Pengö!“ durchfuhr es mich, und ich fühlte, wie mich ein plötzlicher Schwindel ergriff. Ich überschlug kurz, dass das „soziale Gleichgewicht“ oder das „Zurückdrängen der Juden“ ein Drittel meines kleinen geschäftlichen Aktivums verschlang – mit Hilfe der „rassenschützerischen“ Intervention des Herrn Hauptmann Hennel. Damals glaubte ich noch, es sei dies die grösste Ungerechtigkeit, die einen gesetzestreuen Menschen treffen könnte.

„Ich hoffe, Sie nehmen das Urteil an“, riss mich der Herr Hauptmann aus meinen volksfeindlichen und destruktiven Überlegungen.

Ich sah in sein zynisches Gaunergesicht und sagte: „Nein, ich nehme es nicht an ...“

„Sie nehmen es nicht an? Sie wollen also Berufung einlegen?“

Der Herr Hauptmann kaute seine Zigarette zwischen seinen gesunden, weissen Zähnen mit einem Gesichtsausdruck, als wollte er lieber mich zerkauen.

„Nun gut! Und was wird der Vertreter der Regierungskommission dazu sagen?“

Der junge Bursche, der beim anderen Tisch bisher in das Lesen der illustrierten Pfeilkreuzlerzeitung vertieft war, horchte auf diese Kühnheit ebenfalls auf, legte die Zeitung zur Seite und begann – an mich gewendet – höhnisch den eingelezten Text herunterzuspulen: „Selbstverständlich werde auch ich berufen; ich werde Strafschärfung verlangen, weil der Beklagte entgegen den Bestimmungen der Verordnung der Regierungskommission bis zum heutigen Tage nicht gewillt war, Christen anzustellen, und somit das Gesetz schwer verletzte.“

„Aber bitte“, sagte ich, in einer Mischung von Verwunderung und Empörung.

„Jetzt rede ich, hören Sie nicht? Was ist das für eine jüdische Un-“

verschämtheit?» sagte der rassenschützende junge Grünschnabel. Gleichzeitig schob mir Hauptmann Hennel bereits das Protokoll zur Unterschrift zu, und ich entfernte mich, aufgewühlt und verbittert, unter den zahlreichen neugierigen und interessierten Blicken der im Vorzimmer Versammelten in Richtung zum Ausgang. Im Stiegenhaus traf ich auf einen Briefträger mit weissem Schnurrbart und jovialem Gesichtsausdruck.

Niederträchtige Bande», sagte ich, noch voll Empörung halblaut, niederträchtig seid ihr alle, ohne Ausnahme».

Der Briefträger zog sich verschreckt zur Wand zurück. Ich ging die Härsfa-Gasse entlang, dann durch die Wesselényi-Gasse zum Ring. Der Regen prasselte nieder, aber ich fühlte es nicht – in meinem Innern tobte ein furchterlicher Krieg. Es war dies die erste wirkliche Ohrfeige, die ich erhielt, unmittelbar auf meiner eigenen Haut fühlte, und sie schnitt tief ins Fleisch. Wie weit waren die armen polnischen und slowakischen Flüchtlinge, die zu Tausenden im friedlichen» Ungarn herumgeworfen wurden, schon von diesen Dingen! Und dennoch, wenn ich daran zurückdenke, stelle ich erschüttert fest, dass auch ich – der ich doch schliesslich im Sinne Herzls geschult worden war, der ein alter Soldat des neuen jüdischen Gedankens war –, dass auch ich nicht von den zu Tausenden ankommenden slowakischen Flüchtlingen, auch nicht von den polnischen Flüchtlingen zum Bewusstsein der drohenden Gefahr erweckt wurde, sondern durch den schwäbischen Hauptmann Hennel. Er war es, durch den ich auf den nahenden Sturm aufmerksam wurde und darauf, dass auch die Juden Ungarns davon erfasst werden würden, so wie es Herzl vorausgesagt hatte – je später, desto furchterlicher.

Damals aber – ich weiss es heute noch genau – blieb ich an der Ecke des Ringes stehen, sah etwas ruhiger in den Herbstregen und versuchte, mich selbst zu beschwichtigen: Es gibt keinen Grund, so sehr zu verzweifeln, es handelt sich bloss um eine individuelle Ausschreitung eines Einzelnen; denke doch daran, dass für dich diese Tage – es war gerade die ‚Jahrzeit« nach meiner Mutter – immer von Pech erfüllt sind. Aber tief drinnen in meinem Herzen und in meinem Gehirn sah und fühlte ich klar – noch nie hatte ich es so klar gesehen –, dass eine fortgesetzte, fortwährende cJahrzeit« für das ganze ungarische Judentum gekommen war.»»

Aus dieser selbstkritischen Schilderung Salamons ergab sich für Carl Lutz der Schluss, dass die bedingungslose Anhänglichkeit der

offiziellen Leitung der ungarischen Judenschaft an das «Vaterland» eine recht einseitige Angelegenheit war: Sie wollten im Ungartum aufgehen – dieses hatte aber nicht die Absicht, die Juden aufzunehmen. Dass sie erst dann zögernd nach ausländischer Hilfe zu tasten begannen, als nur mehr ein Bruchteil der jüdischen Bevölkerung Ungarns überhaupt am Leben war, führte zur Tragödie Hunderttausender von Juden. Und selbst da war es noch ein recht vorsichtiges und zurückhaltendes Tasten, denn immer noch erhofften sie sich mehr Hilfe vom Reichsverweser Horthy als von den ausländischen Diplomaten.

Bemühungen um die Wiederherstellung der ungarischen Souveränität

Von grösster Bedeutung für die Zukunft Ungarns und für das Schicksal der Budapester Juden waren die Geheimgespräche in der Burg von Buda gegen die Deutschen und die Geheimgespräche der Pfeilkreuzler mit den Deutschen.

Horthy empfing die im Untergrund lebenden Führer der Partei der Kleinen Landwirte (Kisgazdapárt), Zoltán Tildy, und der Sozialdemokraten, Árpád Szakasits. Nach den Beratungen erklärte sich Horthy bereit, mit den Alliierten wegen Abschluss eines Waffenstillstandes zu verhandeln. In Wirklichkeit zögerte Horthy. Er erkannte nicht, dass keiner der Verbündeten einen Sonderfrieden schliessen würde.

In der Uri-Gasse, im Palais der deutschen Gesandtschaft, trafen einander der deutsche Gesandte Veessenmayer, der Kommandant der SS-Truppen in Budapest General Winkelmann und die Führer der ungarischen Pfeilkreuzler, um über die Machtübernahme zu beraten.

Am 7. August 1944 mussten über Befehl Horthys die nazifreundlichen Minister Imrédy, Jaross und Kúnder abdanken. Der neue Innenminister Miklós Bonczos suchte einen Ausweg, um dem deutschen Druck zu entgehen.

In der Zwischenzeit zog sich an den Fronten bereits die Schlinge um den Hals der Deutschen zusammen. Die Normandie und die Bretagne wurden befreit. Am 20. August 1944 trat Rumänien aus dem Krieg aus, die rumänische Armee wandte sich gegen die Deut-

schen. Am 25. August 1944 wurde Paris befreit. Am 5., bzw. 7. September 1944 wurden Baky und Endre, die Hauptkollaborateure der Nazis, in den Ruhestand geschickt. Indessen waren alle Vorbereitungen Horthys in der Burg den Deutschen durch ungarische Spione bekanntgeworden – auch, dass der Reichsverweser den Austritt Ungarns aus dem Krieg vorbereitete. Am 7. September 1944 fuhr Veessenmayer nach Keszthely zu Szálasi. Am 13. September 1944 begab sich Szálasi auf Grund dieser Begegnung nach Budapest; gleichzeitig kam auch der ehemalige Abgeordnete der Pfeilkreuzlerpartei und mehrfache Mörder Emil Kovarcz in deutscher SS-Uniform von Deutschland – wohin er geflohen war – nach Budapest zurück. Szálasi richtete sein Hauptquartier in einer Villa im Húvösvölgy in Budapest ein. Dort organisierte Kovarcz den bewaffneten Parteidienst der ungarischen Pfeilkreuzler. Horthy fehlte der Mut, die Verhaftung Kovarcz' und der übrigen Vaterlandsverräter anzuordnen. Er traf auch keine Vorbereitungen zu einem bewaffneten Widerstand gegen die Deutschen – so muss man im Grunde ihm die Schuld für das Gelingen des Putsches der Pfeilkreuzler anlasten. Am 16. September 1944 stellte die Szálasi-Gruppe eine neue Regierungsliste aus Pfeilkreuzlern auf.

Veesenmayer wollte aber einen Putsch nicht sofort unterstützen; die Deutschen eröffneten bloss einen Propagandafeldzug gegen Horthy und seine Waffenstillstandsbestrebungen. Budapest wurde mit Hetzflugblättern überschwemmt. Mittlerweile agierten Horthy-Emissäre in Bern, Ankara und Stockholm. Sie rieten in ihren Meldungen zu Verhandlungen Ungarns mit der Sowjetunion. Die Waffenstillstandsbemühungen Ungarns wurden durch eine unverständliche Indiskretion des englischen Radios erschwert, das Nachrichten über die Geheimverhandlungen brachte. Ende September 1944 schickte Horthy Emissäre über drei verschiedene Stellen der Front zu den Russen. Die drei Abgesandten waren: Graf Géza Teleki (nach dem Krieg Kultusminister); General Gábor Faragho, Oberinspektor der ungarischen Gendarmerie (nach dem Krieg Ernährungsminister); Domokos Szent-Iványi, Sektionschef im Ministerpräsidium. Am 4. Oktober erreichten die drei Emissäre Moskau. Der sowjetische Aussenminister Molotow übergab der ungarischen Delegation am 9. Oktober die gemeinsamen Waffenstillstandsbedingungen der drei Grossmächte USA, England und Sowjetunion. Faragho gab noch am selben Tag ein Telegramm mit den Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten an den Reichsverweser Horthy

durch und ersuchte gleichzeitig um schriftliche Ermächtigung, den Waffenstillstand zu unterschreiben. Horthy telegraphierte zurück, dass Major József Nemes diese Ermächtigung überbringen würde. Im Widerspruch zu seinem Telegramm zögerte Horthy aber. Er übergab die von Faragho erbetene Ermächtigung wohl an Major Nemes, erteilte diesem aber den Auftrag zur Reise erst zwei Tage später. Nemes begab sich am 11. Oktober 1944 in Begleitung von Oberstleutnant Miklós Béla Dalnoki (der zu den Russen überlief) nach Moskau; am Abend des 11. Oktober wurde auf Grund von Horthys Telegramm der Waffenstillstand unterschrieben. Horthys Zögern hatte indessen das Schicksal Ungarns besiegelt. Am gleichen Tag hatten die sowjetischen Truppen bereits Szeged erobert, und auch im Gebiet um Debrecen war das Geschick des Naziheeres entschieden.

Horthy hielt wohl mit den Führern der Oppositionsparteien und der Arbeiterschaft Geheimbesprechungen, gab aber keinerlei Weisungen zur Mobilisierung oder zur Bewaffnung der Arbeiterschaft und des Arbeitsdienstes. Am 15. Oktober 1944 verfügte er, dass anderntags sein Aufruf an das ungarische Volk und ein Tagesbefehl an die Soldaten im Radio durchgegeben werde, wonach sich die ungarischen Streitkräfte gegen die Deutschen wenden sollten. Da keinerlei praktische und konkrete Vorbereitungen getroffen worden waren, gab es für diesen mutigen Aufruf keine echte Basis, und für die Deutschen war es ein Kinderspiel, aus diesem Anlass den machthungrigen Szálasi zum «Führer der Nation» zu machen.

Mit seinem schlecht – oder gar nicht – vorbereiteten «Abspringen» gab Horthy vielmehr dem unmenschlichen, mörderischen Terror der Banden Szálasis und der SS freie Bahn.

Baranyais und Horthys Interventionen

Anfang September 1944 waren noch mehrere hundert ungarische Juden und zahlreiche antifaschistische Nichtjuden in Händen der Gestapo im Gefängnis Margitkört in Budapest. Unter ihnen befanden sich auch 63 Juden als politische Häftlinge, die nach Auschwitz deportiert werden sollten. Unter den nichtjüdischen Häftlingen waren unter anderem Dr. Lipót Baranyai, Präsident der Ungarischen Nationalbank; Ernährungsminister Dr. Laky; Staatssekretär

Dr. Antal, der bis zum Einmarsch der Deutschen in Ungarn den Verfolgten jede erdenkliche Hilfe geleistet hatte; Makai, ein Mitbegründer des «Vereins Bodenständiger Ungarn» (= Törzsökös Magyarok Egyesülete) und viele andere demokratisch gesinnte Patrioten und Nazigegner. Es fand sich ein anständiger und mutiger junger SS-Mann, der mich (ich war zu jener Zeit ebenfalls im Gestapo-Gefängnis inhaftiert) über die Anwesenheit Dr. Baranyais informierte und darüber hinaus auch bei der Herstellung weiterer Kontakte mithalf. Dadurch wurde es mir möglich, gemeinsam mit dem in einer anderen Zelle eingesperrten Oberregierungsrat Dr. Friedmann mehrmals Dr. Baranyai in dessen Zelle, die er mit Dr. Laky teilte, aufzusuchen. Der Zweck dieser Besuche war der Austausch von Nachrichten und die Besprechung von Möglichkeiten zur Befreiung. Dr. Baranyai durfte dreimal wöchentlich Besuch von Nonnen empfangen, die ihm – gut versteckt – Briefe von seiner Familie brachten. Nach dem zweiten Geheimgespräch mit Friedmann und mir kam Baranyai auf die Idee, vom Reichsverweser Hilfe zu erbitten. Er schrieb aber nicht direkt an Horthy, sondern schickte jedesmal durch die Nonnen längere Briefe an dessen Frau. Baranyai erklärte: «Von Horthy erwarte ich mir nicht allzuviel – weitaus eher von seiner Frau», die er für klug und intelligent hielt. In jedem seiner Briefe wiederholte Baranyai: «Hier, wo ich in Gestapo-Haft bin, sind auch 63 ungarische Juden als politische Häftlinge eingesperrt. Wenn seine Durchlaucht, der Herr Reichsverweser, unserer unglücklichen Heimat, diesem so gut wie verlorenen Land Ungarn noch einen Gutpunkt verschaffen will, so möge er diese 63 jüdischen Mitbürger aus den Händen der Gestapo retten. Wir bekamen authentische Informationen von einem gutgesinnten SS-Mann, dass Kommandant Lemke unsere Mitbürger im Dunkel der Nacht wegführen und deportieren lassen will. Diese Nachricht wurde vom Schriftsteller Fodor, vom Eigentümer des Lokals ‚Arizona‘, Rozsnyai, sowie vom Direktor der Fabrik Hofherr-Schrantz Erdős – die alle als Häftlinge im Büro des Kommandanten arbeiteten – bestätigt. Ich bitte Sie vielmals, Ihren Einfluss auf seine Durchlaucht, den Herrn Reichsverweser, geltend zu machen, damit er sich in dieser Angelegenheit einschalte.»

Dieser wörtlich mehrmals wiederholte Aufruf Baranyais führte zu einem Ergebnis. Am 5. September 1944 schickte Horthy zwei Polizeiautos mit je 40 gut bewaffneten verlässlichen Leuten zum Ge-

fängnis. Die beiden Polizeiautos nahmen Aufstellung gegenüber dem Eingang des Gebäudes, versteckt in einer schmalen Strasse. Der Kommandant Lemke wurde nervös. Die Polizisten Horthys kontrollierten den Kerker Tag und Nacht mit schussbereiten Waffen. Am dritten Abend ging Kommandant Lemke zum kommandierenden Polizeioffizier und fragte ihn von oben herab, wozu er mit seinen Leuten Tag und Nacht dort stünde? Horthys Vertrauensmann antwortete sehr bestimmt: «Ich habe persönlich von unserem Herrn Reichsverweser den Befehl bekommen, unter allen Umständen – wenn es sein muss auch mit Waffengewalt – das von Ihnen geplante Verschleppen von 63 unserer Mitbürger zu verhindern. Und wir werden den Befehl unseres Herrn Reichsverwesers hundertprozentig erfüllen.»

Lemke zog sich nach dieser Unterredung in das Gebäude zurück. Ohrenzeugen des Gespräches zwischen dem Polizeikommandanten und Lemke waren die Häftlinge Erdős und Fodor. Sie berichteten später auch, dass Lemke in seinem Büro tobte. Er rief nacheinander die ihm vorgesetzten Stellen an, konnte aber keinen Befehl zur Durchführung der geplanten Deportierung erreichen. (Auf Grund der entschlossenen Haltung Horthys fürchtete man blutige Zusammenstöße.) Am 12. September 1944 wurden jedenfalls die 63 Männer in das Internierungslager Kistarcsa transferiert. Die Bewachung erfolgte durch Polizei, und die Behandlung war menschenwürdig. Ebenfalls auf Befehl Horthys erfolgte am 27. September 1944, also nach weiteren zwei Wochen, die Auflösung des Internierungslagers.

Zweifellos haben damals, neben der tristen Kriegslage und den Warnungen der neutralen Gesandtschaften, die Briefe Baranyais Horthy beeinflusst und zum Handeln veranlasst. Diese trugen höchstwahrscheinlich auch dazu bei, dass Ministerpräsident Laktos im Einvernehmen mit Horthy dem deutschen Gesandten Veesenmayer eine in entschiedenem Ton gehaltene Note übergab. Darin verlangte die ungarische Regierung die sofortige Übergabe aller ungarischen Staatsbürger, die von SS und Gestapo festgehalten wurden, an die ungarischen Behörden. Weiter forderte die ungarische Regierung die Deutschen auf, den ungarischen Generalstab über alle Operationen in Ungarn im vorhinein zu unterrichten, und sie verlangte ferner, dass ungarische Gebiete ohne Zustimmung des ungarischen Generalstabs nicht geräumt werden dürften. So kamen Tausende von Gefangenen von SS- und Gestapohaft frei. Aber auf wie lange? Und wie lange blieb selbst Horthy noch frei?

Miklós von Horthy erwähnt in seinen «Erinnerungen» (herausgegeben 1953 in Buenos Aires) sein positives Eingreifen in dieser Angelegenheit. Seine Angaben sind aber unvollständig. Er spricht von hundert Gefangenen. Seiner Meinung nach kam die Nachricht über die Gefangenen von der Frau eines der Inhaftierten – es ist daher anzunehmen, dass Horthys Frau ihm verschwieg, dass der Nationalbankchef Lipót Baranyai aus der Gefangenschaft geheime Botschaften geschickt hatte.

Ende September 1944, nach der Befreiung aus dem Internierungslager, führte mich mein erster Weg in die schweizerische Gesandtschaft in der Vadász-Gasse. Dort traf ich mit den Leitern der Pionierbewegungen zusammen. Bei unseren Beratungen kam ich bald zu der Erkenntnis, dass das «grosse Rettungswerk» in der Vadász-Gasse in Bürokratie unterging.

In dieser damaligen Epoche der Ruhe vor dem Sturm waren viele der Meinung, dass die grosse Gefahr für die Verfolgten bereits über ihre Köpfe hinweggezogen wäre. Sie glaubten, dass keine Lebensgefahr mehr bestünde. Sie vertrauten blind der Autorität Horthys. Sowohl die Führungsspitze des Judenrates als auch der Sekretär des Palästinaamtes sowie die von diesem in die Leitung der «Vadász-Gasse» berufenen «Technokraten» unterlagen diesem Irrglauben. Sie bauten auf die «ungarische Linie» und dabei unter anderem auf Gendarmerie-Oberstleutnant László Ferenczy. Ferenczy arbeitete nach der Besetzung Ungarns durch die Deutschen als Verbindungs-offizier zwischen der ungarischen Gendarmerie und Eichmann, dem Leiter des «Sonderkommandos», das sich mit der Judenvernichtung befasste. Er war Eichmann blind ergeben. Mit der Präzision der Gendarmeriebeamten, kritiklos und ohne jede menschliche Erwägung, befolgte er die schriftlichen und mündlichen Weisungen der Staatssekretäre des Inneren, László Endre und László Baky, zur Vernichtung der Juden Ungarns auf Rassenbasis. Und doch hofften der Sekretär des Palästinaamtes und einige Mitglieder des Judenrates auf die Hilfe dieses Ferenczy, der einer der Hauptverantwortlichen für die Folterung, Ausplünderung und Deportierung der rassistisch Verfolgten war. Und das zu einer Zeit, als ganz Ungarn – mit Ausnahme von Budapest – unter seiner Leitung bereits «judenrein» gemacht worden war. Ferenczy verhandelte mehrmals mit dem Sekretär des Palästinaamtes Miklós Krausz und dem Präsidenten des Judenrates Samu Stern und sagte dabei zu, sich für die Verhinde-

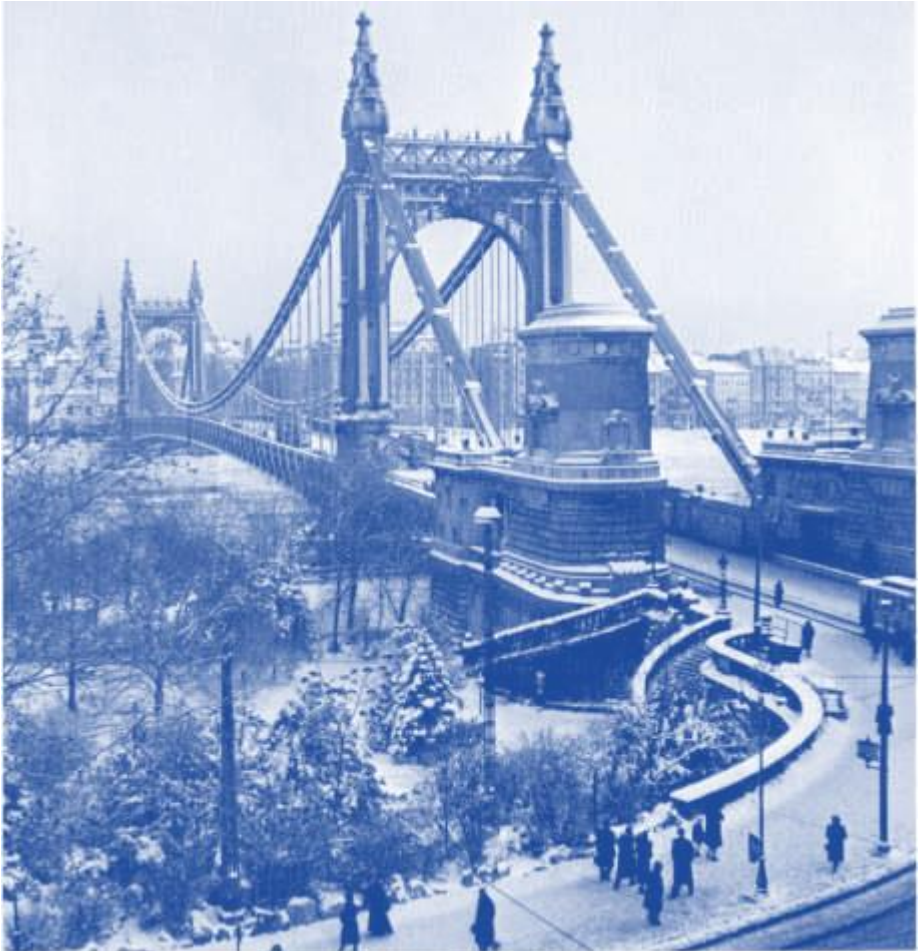


Donaukürs in Budapest. Im «weissen Terror» 1919/20 hatten hier Horthy-Offiziere ein Blutbad unter Linken und Juden angerichtet. 25 Jahre später warfen Pfeilkreuzler die Leichen ihrer jüdischen Opfer in die Donau.

1



Budapest vor der Zerstörung.



Die weltberühmte Kettenbrücke (oben noch im alten Glanz), mit der Graf Széchenyi im vorigen Jahrhundert die Städte Pest und Buda verbinden liess.



Nach der Sprengung durch die Deutschen.



Ersatzsteg bis zum Neuaufbau in alter Form.

A



Die königliche Burg in Budapest. Oben: Bei der Ankunft Carl Lutz' 1942.



Der Marmorsaal nach der Zerstörung



Carl Lutz in den Ruinen der britischen Gesandtschaft in Budapest (1945).



Die Schweizer Gesandtschaft, «Abteilung für fremde Interessen» in Budapest.

Oben: Lutz mit seinem Stab am Freiheitsplatz 12 im Jahr 1942.

Nach der Befreiung 1945:

Rechts: Carl und Gertrud Lutz mit einigen Angestellten.

Rechts oben: Carl Lutz mit Polizei- und Armeeoftizieren.

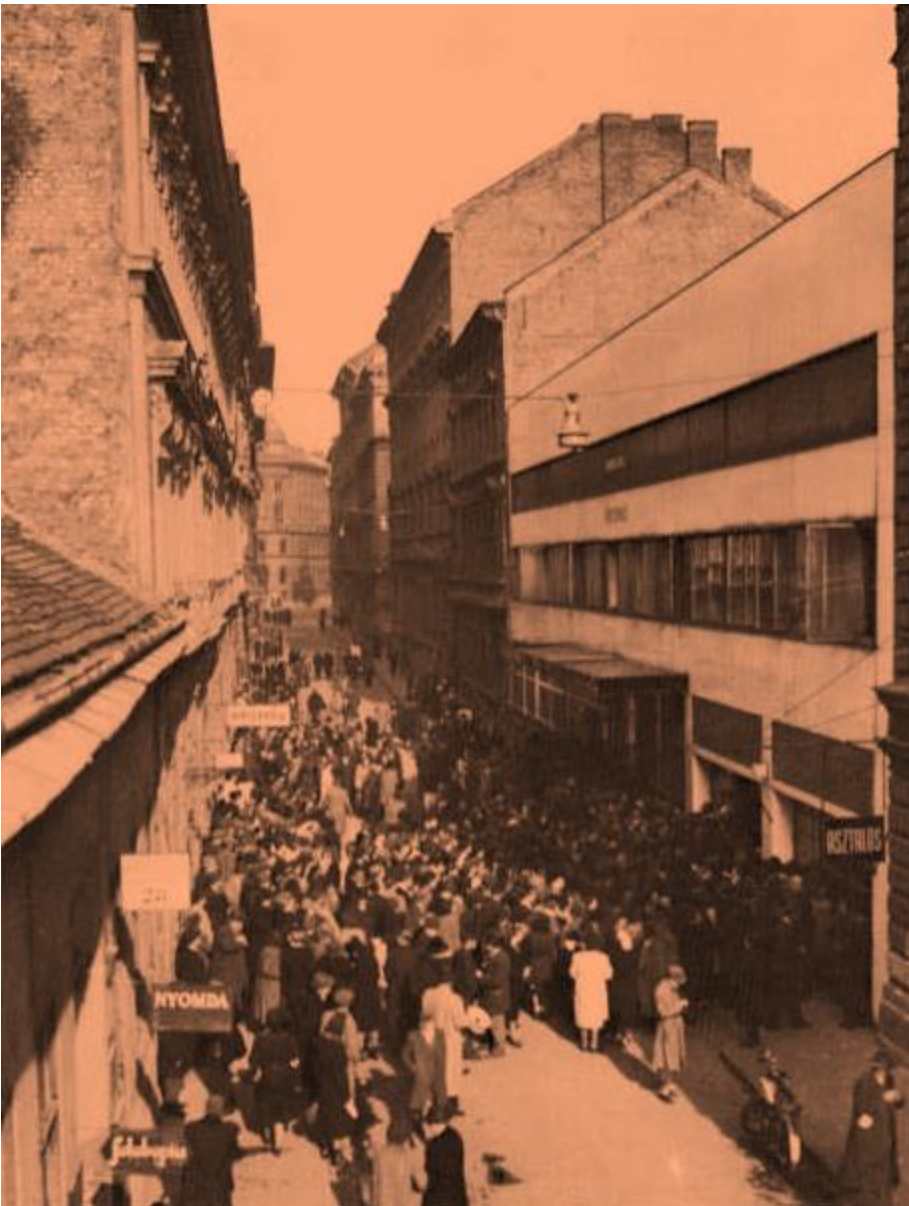




**Organisationsaufbau
der schweizerischen Gesandtschaft
Auswanderungsabteilung
Budapest, Vadász-Gasse 29 / W ekerle-Gasse 17
Ab 16. Oktober 1944**

Prasidium: A.Grossman, M.Salamon, A.Weisz, J.Frankel, Dr.Albert Geyer	
Palastinakomitee: Je 2 Delegierte der zionistischen Bewegungen. Alle drei Monate Vorsitz durch Delegierten einer andern Gruppe. Vorsitz bis 15.Oktober 1944: M.Salamon. Ab 16.Oktober 1944: A.Grossman	
Sekretariat: Hauptsekretärin: R.Reinitz; 22 weitere Sekretärinnen und 60 Stenotypistinnen. Telefonzentrale: D.Deutsch, E.Orbán, E.Weinberger.	
Kontakte: mit neutralen Gesandtschaften, Rotkreuz-Organisationen, Untergrundbewegungen und -partéien, Judenrat, Kinderheime usw.	Wirtschaftsabteilung : Hauptkasse: M.Vermes Einkauf: A.Gedeon, Dr.Artur Geyer, V.Klein Buchhaltung: M.Vérszi, E.Grosberg Zentrallager: M.Vérszi, E.Grosberg, J.Németh und 14 Mitarbeiter Zentralküchen und -backereien in den Gesandtschaftsgebäuden: Vadászgasse: 8; Wekerlegasse: 4
Informationsabteilung: L.Kluger, V.Weisz, I.Harkatan, P.Szabo. BBC- Abhören: Dr.R.Mezei	
Kurierdienst: Mitglieder der Pionierbewegungen (ab 14 Jahren!) und viele Erwachsene, wie P.Kelény	
Transportabteilung: 1 PKW mit Diplomatenkennzeichen, 1 Kleintransporter, mehrere Handwagen (alle beschafft durch Ing.Z.Farkas) Chauffeure: Weisz, Dr.Reich...	Wohnungsamt für geschützte Häuser: B.Bauer, Ing.I.Heller, Dr.M.Hirsch, J.Trencsényi- Waldapfel, Robicsek usw.
Adressenermittlung: Aufspüren von im Untergrund oder in Häusern mit Stern lebenden Juden: Schwestern Bene, N.Braun, Schwestern Ilofszky, M.Schnabel, Schwestern Welkovichs... und die Leiter der Pionierbewegungen	Versorgung der geschützten Häuser: mit frischen Lebensmitteln und fertigen Mahlzeiten; Errichtung von Zentralküchen in geschützten Häusern: L.Fried, P.Paunz...
Abteilung für Arbeitsdienstler: Dr.S. Nathan, Viktor Weisz, Vilmos Weisz	Gesundheitswesen: Aerztliche Betreuung durch Dr.S.Bohm, Dr.Eppler, Dr.Kornfeld, Dr.L.Nagy, Dr.V.Stern, Dr.Oe. Weinberger, Dr.Rosenfeld Spital mit 40 Betten in der Hollángasse 28: Dr.V.Stern Medikamentenlager: Dr.L.Nagy
Schutzpassabteilung: Referenten Dr.E.Beregi, Dr.M.Blei, D.Friedmann, V.Geiger, Dr.E.Gellért, Dr.Artur Geyer, Dr.F.Herskovics, Dr.M.Hirsch, Dr.Katona, L.Kluger, Dr.P.König, Dr.Scheiber, S.Schwarz, Dr.K.Szén-dro, Dr.Teichman, Vilmos Weisz, Dr.J.Zoltán...	Sozialangelegenheiten : Dr.I.Fényes, N.Freund, I.Geiger, I.Lukács, Dr.F. Neumann, L.Salczer sowie die Mutter von A.Gedeon und andere Frauen
	Kulturelle Angelegenheiten: Regelmässige Vorträge zu aktuellen Fragen; Theater Vorstellungen der Pionierjugend; Chanukkafestern usw.
Selbstschutz, Ordner, Torwache: Reserveoffizier L.Weisz mit 200 Arbeitsdienstlern. Ab Dezember 1944 Honvédoffizier Graf Mikes mit jungen Soldaten und Offizier Fábry Waffenlager: M.Klein, J.Wertheimer	Komitee für Erziehungsplanung: Dr.Gellért, Dr.Herskovics, Dr.P. König, Dr.Sole im Rahmen einer Kommission mit 25 Mitgliedern
Technische Abteilung: Ing.L.Feldmann, I.Schnabel	Planung der zukünftigen Genossenschaften : J.Bonis, V.Klein und mehrere Wirtschaftsexperten
Bunker in der Vadászgasse 31: Kommandant: Dr.S.Nathan	

(Aus Platzgründen können nicht alle freiwilligen Funktionäre erwähnt werden.)



Die schweizerische Gesandtschaft, Auswanderungsabteilung, Budapest, Vadász-Gasse 29, war vom Juli 1944 bis zur Befreiung von hilfeschenden Menschenmassen umlagert. Zum Nebenhaus Nr. 31 (äusserlich eine unbewohnte Ruine) führte ein versteckter Durchgang. Später übernahm man noch das Gebäude Wckerle-Gasse 17. In diesen 3 Häusern überlebten 4'500 Menschen den Holocaust. (Bilder oben, nächste Seite, übernächste Seite.)







1314- BERKOVITS Mihály
 1315- BERKOVITS Mihály Frau
 1316- BERKOVITS Gizella

1896
 1887
 1913



1317- WEISER Géza Frau
 1318- WEISER Tamas
 1319- WEISER Peter
 1320- WEISER Adolf Frau

1909
 1931
 1934
 1886



1321- NANASI Jenő Frau
 1322- NANASI dr. György Frau
 1323- DONATH József dr. Frau

1887
 1917
 1880



1324- WALLISCH Oszkár
 1325- WALLISCH Antonia
 1326- WALLISCH Marianna

1885
 1895
 1933



1327 - FELIX Laszlo Frau

1912



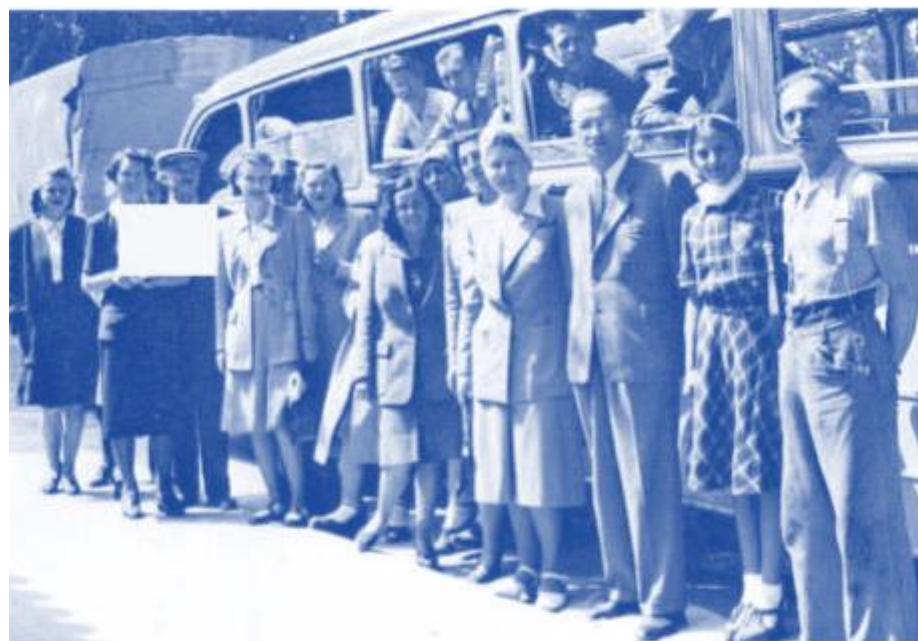


Oben: Nach der Befreiung (23. Februar 1945): Carl Lutz in der Ruine der britischen Gesandtschaft.

Rechts oben: Carl und Gertrud Lutz mit Gesandtschaftspersonal wieder in der Heimat.

Rechts unten: Der ehemalige Reichsverweser Horthy mit seiner Familie im Schloss Hirschberg bei Weilheim. Vom 17. Oktober 1944 war er dort Gefangener der Deutschen, später der Amerikaner, bis zu seinem Freispruch am 17. Dezember 1945. Er lebte noch bis 1948 dort, dann verliess er Deutschland. Seine letzten Jahre verbrachte er in Portugal.

Vorderseite: Eine Seite aus dem von Carl Lutz geschaffenen «Schweizer Kollektiv-Pass Nr. 2».





Generalkonsul Carl Lutz, 1975.
Die letzte Aufnahme.



Gertrud Lutz – unterwegs für UNICEF.



Carl Lutz im Gespräch mit Nachum Goldmann, dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses.

VI

Sturm nach der Scheinruhe

Neuorganisation der Abteilung für fremde Interessen

Am 15. Oktober 1944, einem schönen, sonnigen Vormittag ging ich gemeinsam mit János Sampiás-Rafi zu einem Treffen mit einigen Leitern der Pionierbewegungen am Donauufer. Wir wollten die Möglichkeit eines eventuellen bewaffneten Aufstandes besprechen. Viele waren der Meinung, dass es keinen anderen Ausweg gäbe – sollte sich die Situation noch verschlechtern, müssten wir die Waffen gegen unsere nazistischen Verfolger erheben. Nach einer langen Diskussion konnten wir unsere Freunde davon überzeugen, dass es eine realistischere Politik wäre, möglichst Zeit zu gewinnen, denn so wären die Überlebenschancen für den verbleibenden Rest der Verfolgten doch grösser. Am frühen Nachmittag fiel uns auf, dass die vorübergehenden Spaziergänger freudig erregt zu sein schienen, und wir konnten uns nicht enthalten, jemanden nach dem Grund für diese Freude zu fragen.

«Wissen Sie es denn noch nicht? Der Reichsverweser Horthy hat in einer Radioansprache angekündigt, dass Ungarn um Frieden ansucht, mit den Deutschen bricht und dass die Juden ihre Menschenrechte zurückerhalten.»

Wir trennten uns in der Hoffnung, dass Horthy gewiss alle Streitkräfte des Landes mobilisiert hatte, als er diesen mutigen Entschluss fasste. Beim Heimweg hatte sich das Wetter verschlechtert, es war trüb und wurde rasch finster. Ich stellte betroffen fest, dass SS-Leute und verdächtig aussehende Burschen alle Leute von einigermaßen jüdischem Aussehen zusammenfingen. Im Vertrauen auf meinen schweizerischen Gesandtschaftsausweis, der auch vom ungarischen Aussenministerium anerkannt war, wandte ich mich im Namen der schweizerischen Gesandtschaft an einen SS-Mann um Information. Er schickte mich zu seinem Kommandanten im unweit gelegenen Hotel Royal (Teréz-Ring), dem ich wieder unter Vorweisung meiner Legitimation – die gleiche Frage stellte. Er antwortete, dass nur

seine höheren Vorgesetzten Auskunft geben könnten. Währenddessen stellte sich heraus, dass Horthy seinen Aufruf erlassen hatte, ohne vorher irgendwelche Vorbereitungen getroffen zu haben, so dass die Pfeilkreuzler mit Unterstützung der Deutschen einen Putsch durchführen konnten.

Ich sah, dass man auf der Strasse die ca. 60 festgenommenen Personen in Reih und Glied stellen liess, und entfernte mich, die Lage erkennend. Allerdings ging ich nicht mehr in mein Hotelzimmer zurück, sondern geradewegs in das Gesandtschaftsgebäude in der Vadász-Gasse. Von dort aus rief ich sofort die erreichbaren Mitarbeiter an und forderte sie auf, gleich am Morgen zusammen mit ihren Familien in die Gesandtschaft zu kommen, denn allem Anschein nach wären sie nur dort in Sicherheit.

Szálasi, der mit Hilfe der Deutschen an die Macht gekommen war, schuf in Budapest ein wahres Chaos. Der Pfeilkreuzlerterror tobte. Die Nazis und die Pfeilkreuzler betrachteten ihre Gegner und die rassisch Verfolgten als Freiwild und hetzten sie entsprechend zu Tode; dabei stand das ganze System bereits vor dem Zusammenbruch. Die einst so gepflegte und schöne Hauptstadt Ungarns bot ein Bild totaler Zerstörung. Szálasis Banditen jagten die Verfolgten in der eisigen Winterkälte von einem Ort zum anderen. Sie raubten und mordeten. Ihr Weg war in der ganzen Stadt von Klagen, Entsetzensschreien und Todesröcheln begleitet.

Lutz hatte eine Sisypusarbeit zu leisten, um im Wege der Diplomatie die weitere Respektierung der Gesandtschaftsgebäude als exterritoriales Gebiet zu erreichen. Trotz der herrschenden chaotischen Zustände hatte er damit Erfolg.

Am 16. Oktober 1944 begann die vollkommene Umorganisation der Gesandtschaftsarbeit in der Vadász-Gasse 29. Die sich durch die ausserordentliche Situation ergebenden Aufgaben sollten dadurch effizienter gelöst werden. Binnen kürzester Zeit erfolgten grundlegende Änderungen bei der Führung, die zur Gänze vom Palästina-Komitee übernommen wurde. Gemäss den Statuten des Komitees wurde dessen Präsident abwechselnd von den einzelnen zionistischen Bewegungen delegiert. Alle drei Monate war daher der Vertreter einer anderen Organisation Präsident. In der zweiten Hälfte des Oktobers 1944 kam ich an die Spitze des Palästina-Komitees. Das seit der Gründung im Juli 1944 bis dahin praktizierte bürokratische System der «Wahrung des Gesandtschaftscharakters» – das jede echte Rettungsaktivität hemmte oder sogar verhinderte –

wurde abgeschafft. Eine neue Führungsgamitur übernahm die Arbeit, und innerhalb weniger Tage passten sich auch die alten Bürokraten in der Vadász-Gasse der neuen Situation an. Sie nahmen zur Kenntnis, dass dem Palästinakomitee eine entscheidende Rolle zukam. Trotzdem versuchten sie noch einen Schritt zu unternehmen, der nur mit Bestürzung aufgenommen werden konnte: Die Zahl der Bewohner des Gesandtschaftsgebäudes in der Vadász-Gasse sollte auf höchstens 150 begrenzt werden! Und das zu einer Zeit, als bereits mehr als 2'000 Menschen in diesem Gesandtschaftsgebäude Zuflucht gefunden hatten. (Bis zur Befreiung erhöhte sich diese Zahl auf 4'000, und im Gesandtschaftsgebäude Wekerle-Gasse wohnten bereits 550 Menschen.) Allerdings scheiterte die von den Bürokraten beabsichtigte Einschränkung der Einwohnerzahl an Lutz' grossartiger Hilfsbereitschaft. Es stellte sich damals heraus, dass ein Untergebener Lutz' namens Hoffer die Räumung des Gebäudes binnen 24 Stunden im Interesse der «Wahrung seines Gesandtschaftscharakters» angeordnet hatte. Nur 150 Angestellte dürften darinnen verbleiben. Hoffer fügte noch mit Nachdruck hinzu, dass er-falls seine Weisung nicht durchgeführt werden sollte – am nächsten Tag 150 Personen abzählen und die übrigen auf die Strasse stellen würde. Daraufhin besprach ich mich sofort mit dem Mitglied des Palästinakomitees Mihály Salamon und rief anschliessend den Sekretär des Palästina-Amtes Miklós Krausz an. Ich teilte ihm mit, dass wir am nächsten Morgen um 8 Uhr in das Gesandtschaftsgebäude am Szabadság-Platz gehen müssten, um mit Konsul Lutz über die Hoffer-Angelegenheit zu sprechen. Um 8 Uhr früh sagte uns Frau Krausz, dass ihr Mann Migräne hatte, und im Übrigen sei es ohnehin nicht möglich, mit Lutz zu sprechen ...

Dieses Verhalten empörte mich derart, dass ich die Türe zuschmetterte und gemeinsam mit Salamon ohne jede vorherige Anmeldung zu Lutz in sein Büro ging. Dieser empfing uns herzlich und sagte, als er unsere Erregung bemerkte: «Beruhigen Sie sich doch – ich hoffe, das Haus brennt nicht?»

Wir berichteten ihm von den Anordnungen Hoffers. Er rief in unserer Anwesenheit Hoffer an und zog ihn wegen seiner unberechtigten Einmischung zur Verantwortung. Ausserdem verbot er ihm, das Gesandtschaftsgebäude in der Vadász-Gasse künftig zu betreten. (Hoffer war ein Schweizer Gesandtschaftsangestellter, dessen Arbeitsstelle in der Gesandtschaft am Szabadság-Platz war. Lutz war sein Vorgesetzter.) Zu uns sagte er: «Schuld an derlei Dingen ist

nicht nur der schweizerische Beamte Hoffer; man muss die Initiatoren auch in Ihren eigenen Reihen suchen. Es gibt anscheinend Leute, die unter Zuhilfenahme Hoffers die Räumung des Gebäudes in der Vadász-Gasse unter dem Vorwand ‚der Wahrung des Gesandtschaftscharakters‘ aus falschen Vorstellungen heraus, noch mehr aber aus egoistischen Motiven betreiben.»

Auch nach Jahrzehnten kann man keine Erklärung dafür finden, dass es Menschen gab, die die Massenrettungsaktionen der Pionierbewegungen sabotierten, indem sie Tausende ihrer Schicksalsgenossen aus den Sicherheit bietenden schweizerischen Gesandtschaftsgebäuden ausschliessen wollten. Und das, obwohl Konsul Lutz eine legale Möglichkeit bot, eine grosse, menschliche, lebensrettende Aktion zu verwirklichen!

Nach diesem Gespräch mit Konsul Lutz wussten wir es mit Sicherheit: Es gab einen Mann, diesen Schweizer Humanisten, der aus seiner antifaschistischen Überzeugung heraus stets an der Seite der Verfolgten stehen würde. Ein Mann, auf den in jeder Situation zu zählen war. In dieser wilden, unmenschlichen Zeit hatten wir einen Menschen gefunden, der seine Karriere, ja sein Leben, aufs Spiel setzte, um Verfolgten zu helfen. Wir waren jetzt überzeugt davon, dass er uns jede mögliche Unterstützung gewähren würde, damit wir unsere unter der Ägide der schweizerischen Gesandtschaft stattfindenden legalen und illegalen Rettungsaktionen durchführen konnten. Mit seinen entschiedenen Anordnungen hatte er auf kurzem Wege die Absicht einer egoistischen und kleingläubigen Führungsclique vereitelt, die Gesandtschaft in der Vadász-Gasse räumen zu lassen. Konsul Lutz bewies damit, dass er die ihm übertragene Aufgabe ernst nahm: die Interessen von 12 Staaten und den Schutz der Staatsangehörigen dieser Länder wahrzunehmen. Zu den von ihm vertretenen Staaten gehörte ja unter anderem auch das britische Imperium; damit unterstanden auch die Inhaber von Palästina-Zertifikaten (die im Sinne der damals bestehenden internationalen Abkommen als englische Staatsbürger zu betrachten waren) seinem Schutz. Lutz folgte dabei nicht der politischen Linie der damaligen Schweizer Regierung, die unter Missachtung der Grundprinzipien der Schweiz Verfolgten das Asylrecht versagte. Er gewährte den Schutzbedürftigen Schutz.

Erst nach der Befreiung stellte sich heraus, welch grosser Fehler es gewesen war, über den Plan zur Räumung des Gesandtschaftsge-

bäudes einfach zur Tagesordnung überzugehen. Der Budapester Korrespondent der «Basler Nationalzeitung» Szatmári überlebte die Terrorzeit im Palais der schweizerischen Gesandtschaft am Szabad-ság-Platz. Er gab seiner Zeitung einen detaillierten Bericht über die Ereignisse. Dabei erwähnte er auch, dass dem Sekretär des Palästina-Amtes, Miklós Krausz, nach seiner eigenen Mitteilung nicht 7'800, sondern 19'000 Palästina-Zertifikate zur Verfügung standen.

Es war damit erwiesen, dass es eine folgenschwere Unterlassungs-sünde gewesen war, die Angelegenheiten des Palästina-Amtes nicht zu überwachen. Jahre nach dem Ende des Krieges sprach ich darüber mit Lutz. Auch er hatte den Bericht Szatmáris erhalten. Später machte ihn jemand darauf aufmerksam, dass der Journalist und Schriftsteller Jenő Lévai in einem seiner Bücher über die Terrorzeit unter Berufung auf Miklós Krausz schrieb, dass wesentlich mehr als 7'800 Palästina-Zertifikate verfügbar waren. Lutz bezeichnete es als schweren Fehler, dass man ihm die wirkliche Zahl der Zertifikate verschwiegen hatte. Er hätte auch ganz anders auftreten können, wenn das Palästina-Amt eine Bescheinigung beschafft hätte, dass sich die vorhandenen Zertifikate auf Familien und nicht auf Einzelpersonen bezogen. Lutz war es gelungen, 7'800 Zertifikate auch ohne eine solche Bescheinigung bei der ungarischen Regierung als Familienzertifikate anerkennen zu lassen. Es war aber bezeichnend für die Ungarn, dass sie diese Anerkennung als Irrtum deklarierten, als die deutsche Gesandtschaft eine diesbezügliche Anfrage an sie richtete. Damit desavouierten sie sich selber – aus lauter Furcht vor den Deutschen. Nach Lutz' Ansicht mussten die Leute, die vor ihm die Anzahl der Zertifikate verheimlichten, einen sehr beschränkten Horizont haben. Es wäre ihm genauso möglich gewesen, 19'000 Zertifikate anerkennen zu lassen wie 7'800. Ausserdem hätte es weniger Schwierigkeiten bei den Pfeilkreuzler-Razzien gegeben, wenn mehr Menschen über eine Ausreisegenehmigung verfügt hätten. Jene, die es nicht wagten, die tatsächliche Zahl der Zertifikate anzugeben, bedachten nicht, dass die Geltendmachung der Rechte der Zertifikatinhaber auch in Kriegszeiten auf internationalen juristischen Vereinbarungen basierte. Wenn mehr Zertifikatinhaber anerkannt gewesen wären, wäre es nicht zur Revision der Schutzpässe gekommen. Und mehrere tausend Verfolgte weniger hätten zugrunde gehen müssen ... Die Verantwortung dafür trifft jene Egoisten, die in erster Linie sich selbst retten wollten und für ihre Schicksals-genossen gerade nur ein minimales Risiko übernahmen. Sie gingen

von der Voraussetzung aus, dass ihre Überlebenschancen besser wären, wenn nur offiziell als Gesandtschaftsangestellte anerkannte Personen im Gebäude verblieben. Daher verfielen sie auf den Grundsatz der «Wahrung des Gesandtschaftscharakters».

Hitlerdeutschland liess aus politischen und taktischen Gründen auf Grund eines «friedlichen Abkommens» Gebietsteile wieder Ungarn «zusprechen», die nach dem Ersten Weltkrieg durch den Friedensvertrag von Trianon der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien zugesprochen worden waren. Auf dem Gebiet dieses so vergrösserten ungarischen Staates lebten 725'007 Juden. Im Jahre 1941 trat das dritte Judengesetz (nach deutschem Muster) in Kraft. Von da an erfolgte die Beurteilung, ob jemand Jude war, bereits auf rassischer Basis. Dadurch erhöhte sich die Zahl der ihrer Menschenrechte beraubten Juden auf rund 825'000. Dazu kamen noch etwa 25'000 aus Österreich, Polen, Deutschland, der Tschechoslowakei geflüchtete Juden (s. Anhang 11). Mit ihnen zusammen betrug die Zahl der rassistisch Verfolgten rund 850'000. Die Tragödie dieser Menschen begann schon vor der deutschen Besetzung Ungarns. Denn bereits die Judengesetze verordneten die Arbeitsdienstpflicht der rassistisch Verfolgten. Die höchsten militärischen Stellen Ungarns, die mit den Deutschen eng kollaborierten, wollten damit die physische Vernichtung der jüdischen Arbeitsdienstangehörigen erreichen. Es war daher kein Wunder, dass von den rund 75'000 zum Arbeitsdienst eingezogenen Personen 42'000 als Folge von Hunger, Strapazen, unmenschlichen Quälereien zugrunde gingen oder auch auf Grund falscher Anklagen erschossen wurden. Dieses Verhalten der ungarischen Militärführung wird ewig ein Schandfleck für Ungarn bleiben. Weitere rund 20'000 Juden wurden im Sommer 1941 aus Ungarn deportiert (s. Seiten 26, 27). Im Januar 1942 wurden in der Bácska etwa 1'000 Juden zusammen mit mehreren tausend Serben im Zuge eines Blutbades umgebracht.

Die Marionettenregierung Sztójay liess binnen drei Monaten 434'351 Juden aus der Provinz unter qualvollen Umständen nach Auschwitz transportieren. Im Mai 1944 deportierte deutsches und ungarisches Militär auf ähnliche Art 21'700 Personen aus den «zurückerobernten» Gebieten im Süden. Im März, Juli und August 1944 liessen die Deutschen auf Anordnung Eichmanns und gegen den Willen Horthys aus den Internierungslagern in der Budapester Umgebung (Kistarcsa und andere) 5'000 Menschen deportieren.

Während der Deportierungen starben ca. 1'950 Personen-sie

wurden teils erschlagen, teils starben sie infolge der Aufregungen oder verübten Selbstmord. Ungefähr 13'000 Menschen starben zwischen der Volkszählung im Jahr 1941 und der Erfassung statistischer Daten vom 19. März 1944 eines natürlichen Todes.

Einzelnen Leuten gelang sogar, mit Pässen arischer Bekannter im damals zu «Grossdeutschland» gehörigen Wien die mörderische Nazizeit als «Arier» zu überstehen. Es gab auch eine spektakuläre Flucht aus Budapest. Die Gestapo selbst half mit, dass die Familien der Grossindustriellen Baron Weisz, Chorin, Baron Kornfeld und Mauthner, insgesamt 47 Personen, in die Schweiz und nach einem Aufenthalt von ein oder zwei Wochen in Zürich weiter nach Lissabon gelangen konnten. Auf diese Art gelangte die grösste Waffen- und Maschinenfabrik Ungarns, die Weisz-Manfred-Werke von Csepel, in den Besitz der Hermann-Göring-Werke. In diesem Fall liessen die Herren von Steiger und Dr. Heinrich Rothmund niemanden zurück nach Deutschland überführen ... Sie sahen von der sonst angewandten unbarmherzigen Strenge ab, stellten ohne Weiteres die erforderlichen Aufenthalts-, beziehungsweise Durchreisepapiere aus. (Kleinere Flüchtlingsgruppen wurden auch zu Opfern kollaborierender Ungarn, auch Gestapoangehöriger. Agents provocateurs nahmen von wohlhabenden Leuten grössere Summen als Vorschuss und spiegelten ihnen vor, sie könnten ihnen zur Flucht in neutrale Länder verhelfen, und sie könnten ihr Vermögen in Form von Schmuck oder Valuten mitnehmen. Unterwegs wurden ihre Autos von Gestapoangehörigen aufgehalten, man nahm ihnen ihre Wertgegenstände; die betrogenen Opfer selbst wurden deportiert. Nur ganz wenige unter ihnen überlebten die Deportation und berichteten später über diese organisierten Gangsterstücke der Deutschen und ihrer ungarischen Kollaboranten.)

Einer der Leiter der orthodoxen Juden Ungarns und Mitglied des Judenrates, Fülöp Freudiger von Óbuda, konnte mit 70 Familienangehörigen und Freunden mit rumänischen Reisepässen im Eisenbahn-Schlafwagen dem Schicksal der Budapester Judenschaft entkommen. Die rumänische Regierung stellte 300 Bianco-Pässe für die Verfolgten in Ungarn zur Verfügung. Diese Aktion ist mit den Namen von Dr. Fildermann (dem Direktor der Bukarester Joint-Organisation), Dr. Ernő Marton (dem Redakteur der jüdischen Tageszeitung Rumäniens in ungarischer Sprache «Uj Kelet»; ihm war es übrigens gelungen, in einem Weinfass versteckt aus dem an Ungarn angeschlossenen Klausenburg nach Bukarest zu flüchten) und

Arthur Singer (dem Direktor des Bukarester Büros der Weisz-Manfred-Werke) verbunden. Die Pässe wurden auf diplomatischem Weg an das Palästina-Amt in Budapest geschickt. Sie sollten gemäss den Statuten des Palästina-Amtes für Rettungszwecke verwendet werden. Die Familie Freudiger verliess Budapest am 9. August 1944. Die Pionierbewegungen erfuhren von den rumänischen Reisepässen erst zu einem Zeitpunkt, als Rumänien sich schon gegen die Deutschen gewandt hatte. Als Rafi deswegen den Sekretär des Palästina-Amtes, Krausz, zur Verantwortung zog, gab er nachstehende unfassbare Antwort: «Ich wollte nicht das Leben von Pionieren aufs Spiel setzen, daher liess ich probeweise die Führung der orthodoxen Judenschaft mit solchen Pässen abreisen.» Es konnte nicht mehr festgestellt werden, wohin die übrigen Reisepässe gelangt waren. Konsul Lutz betonte später immer wieder, dass die Verfolgten teils mitschuldig daran waren, dass man nicht mehr Menschen retten konnte. In seiner Auffassung bestärkte ihn unter anderem eine Manipulation mit rumänischen Reisepässen.

1 684 Menschen konnten aufgrund der Verhandlungen zwischen einigen Leitungsmitgliedern des «Rettungskomitees» (Vaadat Hatzala)-Reszö Kasztner, Joel Brand usw. – und Eichmann am 30. Juni 1944 aus Budapest ausreisen. Diese kamen zunächst in ein Sonderlager in Bergen-Belsen, wo sie – im Unterschied zu den Insassen anderer Lager – weder zur Arbeit getrieben noch misshandelt wurden. Allerdings litten sie schwer unter Hunger. Ein Fünftel von ihnen verbrachte dort annähernd drei Monate, vier Fünftel fast sechs Monate. Dann kamen sie in ein Internierungslager in der Schweiz, wo sie endlich auch die Befreiung erleben konnten.

Nachrichten vom Schicksal der Juden in der Provinz waren nach Budapest gelangt: das barbarische Zusammenpferchen der Leute in Gettos; die unmenschliche Behandlungsweise; das brutale Vorgehen der Gendarmerie, die unter dem Vorwand, «verstecktes Vermögen» ans Tageslicht zu fördern, auch vor Morden nicht zurückschreckte; Deportierungen unter unvorstellbaren Umständen – 90 bis 100 Menschen in einem Viehwaggon, darunter Säuglinge, Schwerkranke, schwangere Frauen knapp vor der Entbindung, Kinder, Greise – zusammengedrängt ohne jede hygienische Einrichtung ... Ein bedeutender Teil des ungarischen Volkes sah diesem Mordtreiben zu. Und auch die Aussenwelt sah tatenlos zu: Washington ebenso wie Moskau und alle freien Staaten der Welt. Gerade auf

Grund seiner mit den Deutschen geführten Verhandlungen kam Lutz zur Überzeugung, dass es nicht zu diesem grauenhaften Völkermord gekommen wäre, hätten die Alliierten nicht ihre Tore vor den Verfolgten verschlossen. Auch den meisten der Verfolgten war es klar, dass selbst die Mächte, die gegen die faschistischen Staaten Krieg führten, der Tragödie der Juden, der rassistisch und politisch Verfolgten, gleichgültig gegenüberstanden. Diese Verfolgten fanden bei jedem Konsulat statt Visa höchstens Mitgefühl (abgesehen von einigen tausend Einwanderungsgenehmigungen, die vereinzelt auf Grund guter Beziehungen oder für viel Geld erteilt wurden. Die Zahl dieser ist im Verhältnis zu den sechs Millionen getöteter europäischer Juden unbedeutend). Das permanente Gefühl, in Todesgefahr zu schweben, wurde noch gesteigert, als im Juni 1944 die Verordnung zur Konzentration aller in Budapest lebenden Juden in Häusern, die mit einem gelben Stern gekennzeichnet waren, herauskam. Alle wussten, dass dies nur eine vorbereitende Massnahme für die Deportierung bedeutete. 200'000 Menschen, die bis dahin in etwa 10'000 Häusern gewohnt hatten, wurden in 1'900 Wohnungen gepfercht – das erweckte ein Gefühl der Ohnmacht in den Betroffenen.

Damals gaben nur ganz wenige die Hoffnung nicht auf: die Mitglieder der Pionierbewegungen, der antifaschistischen illegalen politischen Parteien, die Aktivisten der zugehörigen Jugendbewegungen. Einige Mitglieder des Judenrates mitsamt dem Sekretär des Palästina-Amtes vertrauten auf Hilfe seitens der «ungarischen Linie». Die Vertreter dieser «ungarischen Linie» waren aber wohl hilfsbereit, doch in Wahrheit ohnmächtig – abgesehen davon wagten sie gar nicht, gegen die Deutschen aufzutreten. Selbst der Sohn Horthys, der gemeinsam mit Staatssekretär Miklós Mester die Zusammenarbeit mit Antifaschisten suchte, äusserte sich anlässlich seiner Gespräche mit den Vertretern der Zionisten, beziehungsweise des Judenrates (Otto Komoly und Samu Stern), sehr pessimistisch über die Möglichkeit zur Verhinderung der Deportierungen. Die für die Deutschen und ihre Vasallenstaaten aussichtslos gewordene Kriegslage und die energischen ausländischen Interventionen bewegten den Reichsverweser Horthy zu energischerem Auftreten. Am 25. Juni 1944 forderte der Papst mit einer persönlichen Botschaft zur Einstellung der Deportationen auf. Einen Tag später übergab die schweizerische Gesandtschaft eine Note Roosevelts, in der er unter

Retorsionsandrohung, «gestützt nicht nur auf die Humanität, sondern auch auf Militärmacht» die Einstellung der Deportierungen und aller gegen die Juden gerichteten Massnahmen forderte. Noch am selben Tag gab Horthy bei der Sitzung des Kronrates Weisung, die Deportierungen einzustellen und die beiden – wie Horthy sagte: sadistischen – Staatssekretäre zu entlassen. Die mit den Deutschen kollaborierende Regierung zögerte aber die Durchführung von Horthys Anordnungen unter dem Vorwand hinaus, dass man von den Deutschen Weisungen verlangen müsste. So konnten Baky, Endre und die ungarische Gendarmerie nach Eichmanns Wünschen die Deportierungen auch weiter noch fortsetzen.

Am 29. Juni 1944 wollte die Pfeilkreuzlergruppe um Endre und Baky im Einvernehmen mit Eichmann durch einen Putsch die Macht übernehmen. Horthy sollte gefangengesetzt werden. Dieser Putschversuch misslang. Es ist bezeichnend für die damalige Staatsführung Ungarns, dass man weder wagte, Eichmann zur persona non grata zu erklären, noch Baky und seine Leute zu verhaften – obwohl bekannt war, dass diese den Putsch gemeinsam vorbereitet hatten. Dabei ist es ganz sicher, dass das Schicksal nicht nur der Verfolgten, sondern auch der ganzen Bevölkerung Budapests eine andere Wendung genommen hätte, wenn man damals energisch eingeschritten wäre. Das ungarische Aussenministerium setzte sein Feilschen mit der deutschen Gesandtschaft fort; man wollte erreichen, dass die Deutschen das Einstellen der Deportierungen zur Kenntnis nahmen. Der deutsche Gesandte Veesenmayer lehnte die Forderungen Horthys glatt ab. Diese Verzögerungstaktik sollte bewirken, dass der in allen Details ausgearbeitete Plan Eichmanns, Bakys, Endres und der obersten Gendamerieführung zur Deportierung der in den «Judenhäusern» zusammengepferchten Menschen ausgeführt werden konnte. Diesmal machte der Reichsverweser aber einen Strich durch ihre Rechnung. Am 7. Juli 1944 berief er den Ministerpräsidenten Sztójay zu sich und gab ihm den unumstösslichen Befehl zur Einstellung der Deportationen, ferner zur Durchführung der Beschlüsse des Kronrates vom 26. Juni und zur Wiederherstellung der Verfügungsgewalt des ungarischen Staates über alle ungarischen Staatsbürger – einschliesslich der Militärangehörigen und der Juden. Noch in der Nacht des 7. Juli liess er den unzuverlässigen Oberbefehlshaber von Budapest sowie jene Gendarmerieoffiziere, die die Deportierungen der Juden aus Budapest leiten sollten, von motorisierten, mit Maschinenpistolen bewaffneten

Soldaten in die Burg bringen. Auf solche Weise wurde verhindert, dass diese Offiziere irgendwelche Schritte unternehmen konnten. Gleichzeitig liessen der Generalstabsoffizier Géza Lakatos und der Gardemajor Károly Lázár die Panzer- und Tankeinheiten vor Gran (Esztergom) nach Budapest aufmarschieren. Ausserdem liess man für jeden Fall das Horthy ergebene 9. Infanterieregiment von Szeged nach Budapest kommen und in Bereitschaft stehen. Am 9. Juli um 9 Uhr früh liess man die Sirenen wie zum Fliegeralarm ertönen und liess die unzuverlässigen Gendarmerieoffiziere aus ihrer Kaserne ausheben. Die horthytreuen Offiziere brachten jene 3'000 Mann Gendarmerie, die auf Grund der Pläne Eichmanns und Endres nach Budapest kommandiert worden waren, wieder an ihre Dienststellen in der Provinz zurück. Während des drei Stunden lang dauernden Fliegeralarms gelang es, die Deportierung der Budapester abzuwenden. Ein anderes Ergebnis dieses energischen Auftretens war, dass die Deutschen am 12. Juli 1944 auch offiziell die Wünsche Horthys zur Kenntnis nahmen. So gelangte der bis dahin noch überlebende Teil der rassistisch Verfolgten wieder unter ungarische Oberhoheit. Leider konnte dieser Schritt Horthys zur Wiederherstellung der Souveränität Ungarns die Hoffnungen der rund 300'000 Seelen, die in überfüllten «Stem»-Häusern bangten, im Arbeitsdienst litten oder im Untergrund vegetierten, nur um drei Monate verlängern. Die Deutschen und ihre ungarischen Lakaien sorgten für Aufregungen. Gegen den Willen Horthys setzte die deutsche Gesandtschaft ihr zwielichtiges Spiel fort. Die Sztójay-Regierung diente im Grunde auch weiterhin den Deutschen. Als Folge der wiederholten und energischen Interventionen Lutz', später auch Wallenbergs und des päpstlichen Nuntius Angelo Rotta schlug die ungarische Regierung vor, den Schützlingen der neutralen Staaten die Auswanderung zu gestatten. Die Deutschen wollten diesen Vorschlag nur unter der Bedingung akzeptieren, dass sie über alle Personen, die keinen Schutz durch eine neutrale Macht genossen, frei verfügen könnten. Horthy konnte seinen Willen nicht durchsetzen, denn die Regierung Sztójay (mit Ausnahme des Kriegsministers Csatai) war mit den Intentionen der Deutschen auch in der Judenfrage einig und folgte ihnen blind.

Der hochgebildete ehemalige Ministerpräsident Imrédy – der zu einem vorbehaltlosen Vasallen der Deutschen geworden war – musste aus der Regierung austreten. Erst am 7. August 1944 entfernte Horthy den Innenminister Andor Jaross und den Handelsmi-

nister Antal Kúnder, die den Deutschen in jeder Beziehung hörig waren, aus der Regierung. Horthy teilte Hitler zwar schon am 15. Juli 1944 in einem Brief mit, dass er Sztójay ablösen wollte, dazu kam es aber nicht. Zu einem neuerlichen energischen Schritt entschloss sich Horthy am 22. August 1944, nachdem der Apostolische Nuntius, Angelo Rotta, gemeinsam mit den Geschäftsträgern Schwedens, Spaniens, Portugals und der Schweiz eine Protestnote an die Regierung gerichtet hatten. Sie verlangten darin eine endgültige Einstellung der Deportationen, die nie hätten beginnen dürfen. Wie Lutz später mitteilte, unterschrieb der Geschäftsträger der Schweiz, Antoine J. Kilchmann, diesen Protest ohne vorherige Rückfrage in Bern. Unter Berufung auf diese Protestnote der neutralen Gesandtschaften erteilte Horthy dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Reményi-Schneller (Sztójay war damals bereits krank) die ausdrückliche Weisung, den Deutschen in einer Note mitzuteilen, dass er keine weiteren Deportierungen mehr genehmige. Diese offizielle Note wurde den Deutschen am 25. August 1944 von Reményi-Schneller übergeben. Endlich, am 30. August 1944, liess Horthy die Regierung Sztójay abdanken. Aber auf Grund der Verhandlungen mit den Deutschen blieben die Minister Jurcsek und Reményi-Schneller – bekannt als Zuträger der Deutschen – in der Regierung. So war es für den Ministerpräsidenten Lakatos schwierig, entsprechende Schritte zur Verwirklichung des von Horthy und seinen geheimen Ratgebern ausgearbeiteten Programms zu tun. Ziel war es, die Souveränität Ungarns wiederherzustellen, die Deportierungen und die Judenverfolgungen zu verhindern und den Austritt Ungarns aus dem Krieg auch militärisch vorzubereiten.

Mittlerweile setzten die Deutschen und ihre ungarischen Lakaien ihre Intrigen fort. Es gelang Veesenmayer, den Reichsverweser Horthy auch weiterhin hinters Licht zu führen – gleichzeitig traf er gemeinsam und mit Hilfe verräterischer Pfeilkreuzler und deutschfreundlicher Politiker alle Vorbereitungen zur Ausschaltung Horthys. Das ungarische Volk ging dem tragischsten Abschnitt seiner Geschichte entgegen. Das Schicksal der noch übriggebliebenen Juden und rassisch Verfolgten entschied sich, als die Putschregierung Szálasi, die mit Hilfe der deutschen Gesandtschaft und der Wehrmacht ans Ruder gekommen war, drei Monate hindurch ihr blutiges Terrorregime ausübte; nach dem 15. Oktober 1944. Die Deutschen versuchten, mit ihrem Programm zur Vernichtung der Juden von der Situation auf den Kriegsschauplätzen abzulenken. Die wir-

ren Köpfe der Pfeilkreuzler-Führer waren durch die Märchen von Hitlers Wunderwaffen geblendet. Die Propaganda liess verbreiten, dass Hitler schon die Ersatzheere auf den Marsch geschickt hätte – ausgestattet mit den neuen Waffen. Diese würden die Alliierten zurückschlagen und von Neuem ganz Europa besetzen. Dann würden sie mit den Wunderwaffen auch Amerika besiegen und an den Juden Rache üben, denn diese hätten eine internationale Verschwörung gegen die Deutschen und ihre Verbündeten geschmiedet. Man machte die Juden natürlich auch für die – angeblich «vorübergehende» – Verschlechterung der Lage auf den Kriegsschauplätzen verantwortlich. Die Pfeilkreuzler glaubten fanatisch an Hitlers Wunderwaffen und an den Endsieg.

Die Offiziere der Wehrmacht hielten neben Hitler aus, als mit teuflischer Propaganda sogar zehn- bis fünfzehnjährige deutsche Kinder auf die Schlachtbank geschickt wurden – zu einer Zeit, als der Kriegsausgang längst entschieden war. Sie befolgten Hitlers Weisungen noch kurz vor seinem Selbstmord. In diesen Monaten schien es ihre grösste Sorge zu sein, den Rest der rassisch Verfolgten in Ungarn auszurotten. Eichmann allein wäre dazu nie in der Lage gewesen, wären nicht der deutsche Gesandte Veesenmayer mit seinen raffinierten Manipulationen und die Generäle, wie Winkelmann, mit ihren Wehrmachtstruppen hinter ihm gestanden. Die Pfeilkreuzlerregierung bewaffnete auf Grund deutscher Pläne und mit deutscher Hilfe sogar die Verbrecher aus den Gefängnissen und schickte sie gegen die Juden aus. Die Tore der Häuser mit dem gelben Stern wurden verschlossen – dadurch wurden ihre Einwohner zur leichten Beute der Pfeilkreuzler. Die schutzlosen Verfolgten wurden schon in den ersten Tagen des Szálasi-Regimes überfallen, geplündert, dezimiert.

Es war kein Wunder, dass die einander widersprechenden Verordnungen der Deutschen, die Raubmorde der Pfeilkreuzler, das Verschleppen unschuldiger Menschen, vor allem das Gefühl vollkommener Unsicherheit, bei den Verfolgten Panik auslöste. In den ersten Tagen gab es eine einzige Stelle in Budapest, von wo aus planmässige Rettungsaktionen stattfanden: in dem unter der Ágide Lutz' stehenden schweizerischen Gesandtschaftsgebäude Vadász-Gasse 29, wo die «Abteilung für fremde Interessen» war. Trotz Chaos und Lebensgefahr zogen die tapferen jungen Pioniere aus und retteten Tausende von Verfolgten aus Judenhäusern, um sie in die Gesandtschaftsgebäude in Sicherheit zu bringen. Später wurden

die Geretteten auch in die von der Schweiz geschützten Wohnhäuser gebracht. Auch die übrigen neutralen Gesandtschaften und die Abteilung A des Internationalen Roten Kreuzes waren in ähnlicher Weise tätig. Trotz dieser intensiven Schutztätigkeit sämtlicher neutraler Gesandtschaften, aller Pionierbewegungen, aller antifaschistischen politischen Parteien und Organisationen, trotz der Ausnahmegenehmigungen Horthys und des Innenministeriums, trotz der heldenhaften Aktionen einzelner Personen, trotz der ausgedehnten Tätigkeit des Internationalen, des Ungarischen und des Schwedischen Roten Kreuzes und vieler anderer waren bei der Befreiung, von den 297'000 Personen zu Beginn der Terrorzeit Szálasis, nur mehr 124'000 am Leben.

In den drei Monaten nach dem Sturz Horthys wurden unter anderem mehrere tausend Juden nach grausamen Quälereien in den Lokalen der Pfeilkreuzlerpartei umgebracht oder auf offener Strasse niedergeschossen. Andere schleppte man ans Donauufer, beraubte sie, liess sie ihre Kleider ausziehen und schoss sie dann so nieder, dass sie in das Wasser des Stromes stürzten. Die anderen wurden dann (wieder nach Eichmanns Direktiven) gemeinsam mit den in Budapest konzentrierten Arbeitsdienstkompanien zu Fuss in Richtung deutsche Grenze getrieben. Schon unterwegs wurde ihre Zahl dezimiert. Wer den entsetzlichen Zustand, in dem sich diese zu Fuss Deportierten befanden, nicht mit eigenen Augen gesehen hat, wer nicht erlebte, wie brutal ihre Aufseher vorgingen – der kann sich keinen Begriff davon machen, wieviele Menschen sich fanden, die bereit waren, ihre Mitmenschen in unserer «zivilisierten» Welt bösartig und grausam zu quälen. Sie schlugen schutzlose Frauen und Männer, ohne Rücksicht auf deren Alter, kaltblütig mit Gewehrkolben nieder, nahmen ihnen ihre letzte Habe weg, und wer noch lebte, wurde erschossen. Der ehemalige Priester Pater Kün erschoss seine Opfer mit dem Ruf: «Im Namen Jesu Christi – Feuer!»

Die endgültige Bilanz dieses Vernichtungsfeldzuges: Von rund 850'000 Verfolgten konnten in Budapest 124'000 gerettet werden (s. Anhang II). Ein tragisch geringer Prozentsatz einerseits – aber eine ungeheure Leistung andererseits. Denn trotz vieler tapferer Widerstandsaktionen in anderen Ländern konnten nirgends so viele verfolgte Menschen gerettet werden wie in Budapest.

Der bewaffnete Aufstand des Warschauer Gettos wird ewig als Symbol des Widerstandes gegen die Faschisten weiterleben. Mit ihrem heldenhaften, selbstlosen, verzweifelten Kampf gegen eine un-

geheure Übermacht, gegen die mit Panzern und modernsten Waffen ausgerüsteten Deutschen, konnten die Gettokämpfer vier Wochen lang Widerstand leisten – sie wurden zu den Rettern der Ehre des Judentums. Der Warschauer Gettoaufstand steht moralisch hoch über allen ähnlichen Aktionen – aber die tapferen Kämpfer gingen zusammen mit den Zehntausenden von Gettobewohnern auf den Barrikaden zu Grunde. Nur einige überlebten den ungleichen Kampf und konnten später von den erschütternden Ereignissen berichten.

Demgegenüber kann man den Widerstand und die Rettungsaktionen von Budapest als die bedeutendsten und für das Überleben, ja für die Weiterentwicklung des jüdischen Volkes wichtigsten bezeichnen.

Die Pionierbewegungen bauten in Palästina, beziehungsweise Israel mit den geretteten Jugendlichen 16 Kibbuzim auf. Insgesamt wanderten etwa 100'000 arbeitsfähige ungarische Juden nach Israel aus und schalteten sich dort in produktiver Weise beim Aufbau des Landes ein. Im Interesse der historischen Wahrheit ist zu untersuchen, wem eigentlich das Überleben dieser ungarischen Juden zu verdanken ist. Einen Anhaltspunkt dafür bieten schon die Zahlen der befreiten Personen. Zum Zeitpunkt der Befreiung befanden sich in den extraterritorialen Gesandtschaftsgebäuden Vadász-Gasse und Wekerle-Gasse dank der durch Konsul Lutz verwirklichten schweizerischen Rettungsaktion 4'500 Personen. 17'000 Menschen überstanden den Terror in den seitens der Schweiz geschützten Häusern. Weitere 25'000 Personen hatte man aus geschützten Häusern ins Getto begleitet, und sie überlebten dort. Dank der von Raoul Wallenberg geleiteten schwedischen Schutzaktion erlebten 2'500 Menschen die Befreiung in schwedischen Gesandtschaftsgebäuden und in von Schweden geschützten Häusern. Weitere 2'500 Menschen wurden von da ins Getto gebracht und dort befreit. Die 2'500 Bewohner der unter dem Schutz des Vatikans stehenden Häuser wurden ebenfalls ins Getto begleitet und überlebten dort (die Szälasi-Leute anerkannten die seitens des päpstlichen Nuntius ausgegebenen Staatsbürgerschafts-Schutzbriefe nicht). Auch die 800 Einwohner der von Portugal geschützten Häuser wurden ins Getto gebracht und überstanden dort die Terrorzeit. Das Schwedische Rote Kreuz arbeitete unter der Leitung von Universitätsprofessor Valdemar Langlet; die zugehörige Abteilung zum Schutz der Kinder wurde von Asta Nilsson geleitet. Das Schwedische Rote Kreuz

nahm unter mutigem Einsatz gegen 3'000 Personen in seinen Schutz; von denen erhielten etwa 2'500 im Getto die Freiheit zurück. Das Internationale Rote Kreuz mit dem Delegierten Friedrich Born an der Spitze spielte bei der Hilfe für die Verfolgten eine wichtige Rolle. Ungefähr 2'000 verfolgte Personen sahen in den von ihm geschützten Häusern der Freiheit entgegen. Unter Leitung des evangelischen Pfarrers G. Szteblo wurde die Sektion «Guter Hirte» gegründet, in dessen dreissig Kinderheimen 2'000 Kinder Rettung fanden; zum grössten Teil Kinder von rassisch Verfolgten, beziehungsweise Volljuden. Die Sektion A des Internationalen Roten Kreuzes unter Führung von Otto Komoly bot in ihren 45 Kinderheimen rund 6'800 Kindern Schutz. Von diesen gelangten allerdings ungefähr die Hälfte wegen des gewalttätigen Vorgehens der Pfeilkreuzler ins Getto – offenbar verfolgten diese dabei das Ziel, bei der Zerstörung des Gettos auch die Kinder zu vernichten. Die spanischen Diplomaten hatten bei der Machtergreifung durch Szálasi Ungarn verlassen. Der Italiener Giorgio Perlasca, der Zugang zur spanischen Gesandtschaft hatte, änderte seinen Namen auf Jorge und übernahm – ohne Wissen der spanischen Regierung – das Gesandtschaftsgebäude Spaniens in der Eötvös-Gasse. Er liess sich als Geschäftsträger Spaniens akkreditieren, und es gelang ihm auch, die Gültigkeit der spanischen Schutzbriefe anerkennen zu lassen. Mit diesem mutigen Einsatz erreichte er, dass etwa 2'000 Verfolgte in unter spanischem Schutz stehenden Häusern die Befreiung erlebten! Es gab auch «Ausnahmepapiere», ausgestellt von Horthy oder vom Innenministerium, die – zumindest solange Horthy wenigstens scheinbar noch Macht hatte – dem Inhaber vollkommene Sicherheit boten (abgesehen von einigen Übergriffen der Deutschen).

Diese Aufzählung nur der grössten Rettungsaktionen zeigt annähernd, wieviel aufreibende, gefährliche, nervenanspannende Arbeit zahlreicher Idealisten notwendig war, damit wenigstens ein kleiner Teil der vom Tode Bedrohten diese Schreckenszeit überleben konnte.

Der enge Zusammenhang zwischen den einzelnen Rettungsaktionen ist aus der Art zu erkennen, in welcher der Rest der Verfolgten in Budapest 1945 befreit wurde. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges befasst sich die Weltpresse regelmässig mit der Geschichte der unheilvollen Zeit. Dabei nimmt die Massenvernichtung von Menschen, die Hitlerdeutschland noch in den letzten «fünf Minuten» in Ungarn veranlasste, einen eigenen Platz ein. Zeitungsartikel und

ganze Buchserien in verschiedenen Sprachen handeln davon, wie fast 50% der in Budapest verbliebenen rassistisch Verfolgten der mit äusserster Präzision vorbereiteten Vernichtung entgingen. Im allgemeinen wird von der Rettung einiger zehntausend oder gar hunderttausend Verfolgter berichtet – jeweils durch einen anderen Diplomaten, beziehungsweise durch einen Juden oder Christen oder einen antifaschistischen Widerstandskämpfer. Auf Grund dieser zahlreichen Berichte könnte jemand, der nicht selbst als Leidtragender oder als Augenzeuge die Terrorzeit miterlebte, glauben, dass menschenfreundliche Helden und kühne Widerstandskämpfer wenigstens eine Million Menschen vor dem Untergang retteten. In Wirklichkeit waren mehr als zwei Drittel der rund 850'000 rassistisch Verfolgten Ungarns bereits tot oder verschleppt, als ernsthaftere Proteste gegen diese barbarische Vernichtungswelle erhoben wurden.

Um annähernd richtig beurteilen zu können, mit welchen Namen das Überleben des kleinen Restes der Verfolgten in Zusammenhang zu bringen ist, muss man die Geschehnisse in ihrer chronologischen Folge betrachten: Im Jahre 1938 begann die systematische Kürzung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden in Ungarn auf parlamentarischem Wege. Nach deutschem Muster folgten das zweite und das dritte Judengesetz. Gegen diese Gesetze protestierten die offiziellen Vertreter der Israeliten Ungarns sowohl gemeinsam als auch getrennt, jede Kultusgemeinde (Neologe, Orthodoxe und Status Quo) für sich. Man versuchte auch durch Presse, Broschüren und durch Verbreitung wissenschaftlicher Abhandlungen die öffentliche Meinung Ungarns aufzurütteln und zu einem Protest gegen diese Gesetze, die die elementarsten Menschenrechte zunichte machten, zu veranlassen. Aber die Aufrufe fanden nur in kleinstem Kreise ein Echo. Namhafte Schriftsteller der ungarischen Bauernschaft wiesen in einem Appell an die Jugend darauf hin, dass die Judengesetze nur von den wirklichen Problemen des ungarischen Volkes ablenken sollten. Die Demokratische Partei und die Sozialdemokratische Partei kämpften mit überzeugenden Argumenten in ihren Tageszeitungen und im Parlament gegen die Beschneidung der Rechte der Juden. Die offizielle Judenschaft berief sich auf die seitens der ungarischen Israeliten stets bewiesene Staatstreue, die sich dokumentarisch nachweisen lässt. Die Juden fühlten sich auch immer – auch in Zeiten der Unterdrückung – der ungarischen Nation verbunden. Aber die Partei der Kleinen Landwirte und die Abgeordnete-

ten der christlichen Kirchen stimmten gemeinsam mit der Regierungspartei und mit den Pfeilkreuzlern. (Einige Abgeordnete der Kleinen Landwirte protestierten vergeblich gegen diesen Beschluss; die Kirchen wiederum waren nur gewillt, getauften Juden gewisse Ausnahmerechte zu sichern.) Die demokratischen und sozialistischen Parteien blieben in der Minderheit. Auf diese Art wurden 850'000 Menschen «legal» zu Parias degradiert. Verschärft wurde die Situation der Verfolgten durch die immer intensiver geführte antisemitische Propaganda, die einen noch nie gekannten Höhepunkt erreichte. Ein grosser Teil des ungarischen Volkes wurde durch Hetzreden der Abgeordneten im Parlament beeinflusst. Viele kamen zu der Überzeugung, dass an allem Übel die Juden Schuld wären.

Als die Deutschen im Frühjahr 1944 Ungarn besetzten, wurden sie daher nicht nur von den Politikern der Rechten, sondern auch von einem bedeutenden Teil der Bevölkerung mit Freuden empfangen. Als die Kollaboranten der Deutschen an die Macht kamen, brachten sie eine judenfeindliche Verordnung nach der anderen heraus. Es gelang ihnen damit von der Ausplünderung Ungarns, der Missachtung der Souveränität dieses Staates und von der sinnlosen Opferung ungarischer Soldaten abzulenken. Kein Wunder, dass die Juden in hilflose Untätigkeit verfielen. Zu aktivem Widerstand organisierten sich nur die zionistischen Pioniere, zu denen sich dann auch die Mitglieder der sozialistischen und der illegalen kommunistischen Partei gesellten.

Nach der deutschen Besetzung gingen die Pionierbewegungen sofort in die Illegalität und begannen ihre allgemeine Hilfs- und Rettungstätigkeit. Am erfolgreichsten gestaltete sich die Organisation der illegalen Arbeit überhaupt und die Fluchthilfe ins Ausland. Diese lebensgefährliche Hilfstätigkeit fand noch vor jeder anderen Rettungsaktivität statt. Zurzeit, als die Juden aus der Provinz deportiert wurden, vervielfältigten die Pionierbewegungen in Budapest ihre Anstrengungen zur Herstellung «arischer» Ausweise. Es wurden aber nicht nur rassistisch Verfolgte mit Papieren versehen: nichtjüdische Antifaschisten bekamen Dokumente, es wurden Befreiungen vom Militärdienst und Urlaubspässe für Soldaten ausgestellt, ferner provisorische Ausweise, wie sie die Behörden für ungarische Flüchtlinge aus Siebenbürgen ausgaben. Mit dieser Arbeit konnte ungefähr 20'000 rassistisch Verfolgten geholfen werden – sie konnten mit den erhaltenen Papieren in Budapest untertauchen.

(Mehrere tausend Nichtjuden konnten sich mit den gefälschten Dokumenten einer Zwangsevakuierung, der Verschickung an die Front usw. entziehen.) In vielen Fällen war es der Schweizer Schutzpass, mit dem sich solch ein Untergetauchter legitimieren konnte – und den hatte er ebenfalls von den Pionieren bezogen.

Aber was ist der Beweis dafür, dass die schliesslich geretteten Juden ihr Überleben in erster Linie Konsul Carl Lutz und den unter seinem Schutz arbeitenden Pionierbewegungen verdanken? Konsul Lutz war der erste Diplomat, der für die Inhaber eines Palästina-Zertifikats eine Rettungstätigkeit in grösserem Massstab ausübte. Zunächst liess er die in seiner Abteilung arbeitenden jüdischen Beamten von den Bestimmungen der Judengesetze befreien. Schon damit gab er den übrigen neutralen Gesandtschaften ein Beispiel. Der von ihm eingeführte Kollektiv-Pass war Basis und Muster für den später von ihm und von allen anderen neutralen Gesandtschaften verwendeten Schutzpass. Lutz war der erste, der ausländische Staatsbürger von den Judengesetzen befreien liess (die Inhaber der Palästina-Zertifikate wurden auf seine Initiative als englische Staatsbürger betrachtet, da Palästina zu dieser Zeit britisches Mandat war) und auch Auswanderungsgenehmigungen für sie erreichte. Als der Schwede Raoul Wallenberg nach Budapest kam, konnte er von Lutz bereits einen – auch diplomatisch anerkannten – fertigen Plan zum Aufbau einer schwedischen Rettungsaktion nach schweizerischem Muster übernehmen. (Um der geschichtlichen Wahrheit gerecht zu werden, muss aber bemerkt werden, dass es zu keiner der Rettungsaktionen gekommen wäre – weder durch Lutz, noch durch Wallenberg, noch durch andere –, hätte der Reichsverweser Horthy Ende Juni 1944 nicht die Deportierung der schon in Budapest zusammengetriebenen Juden verhindert.)

Als die Deutschen auch Horthy schon verschleppt hatten und der Terror der Deutschen und der Pfeilkreuzler über Budapest lastete, war Carl Lutz der erste, der bei den Pfeilkreuzlern die Respektierung der schweizerischen Schutzpässe und der Exterritorialität der Gesandtschaftsgebäude durchsetzte. Er arbeitete damals eng mit Wallenberg zusammen, der für seine Schützlinge die gleichen Rechte wie Lutz für die seinen erreichen konnte. Friedrich Born folgte ihrem Beispiel und sicherte die Anerkennung des Rechtes des Internationalen Roten Kreuzes auf seine Aktivitäten und auf Ausnahmebestimmungen. In einem gewissen Ausmass wurden dann auch Ausnahmen für den Vatikan, für Portugiesen und für Spanier zuge-

standen. Auch der päpstliche Nuntius, Angelo Rotta, intervenierte wiederholt im Interesse der Juden. Man gab ihm darauf wohl mündliche und schriftliche Zusagen – aber trotz der Versprechungen Szálasis und seiner Regierung wurden die Grausamkeiten in verstärktem Masse fortgesetzt. Das bewog Angelo Rotta dazu, die Vertreter der neutralen Gesandtschaften einzuberufen und in einem ausserordentlich scharfen Memorandum gegen die Massnahmen zur Judenvernichtung zu protestieren. Seitens der Schweiz unterschrieb der Geschäftsträger Harald Feller am 17. November 1944 – vermutlich ohne Auftrag von Bern. Um dem energischen Protest der neutralen Gesandtschaften noch mehr Nachdruck zu verleihen, übergab ihn der päpstliche Nuntius persönlich. Auch diese Intervention Angelo Rottas mit Unterstützung der neutralen Staaten spielte bei der Rettung von rassistisch Verfolgten eine positive Rolle. Aber alle diese mutigen Schritte hätten nur für einen kleinen Personenkreis die Befreiung gebracht, hätten die Pionierbewegungen unter der Ägide Lutz' nicht die Möglichkeit gefunden, ihre auf alle Bereiche und alle Personen ausgedehnte Rettungstätigkeit auszuüben. Trotz der nervenaufreibenden Arbeit der Pioniere hätten doch nur einige tausend Menschen in den Gesandtschaftsgebäuden und in der Illegalität überlebt, hätte es nicht noch andere Hilfe gegeben. Der ehemalige Pfeilkreuzler Pál Szalai – der im Jahre 1942 Szálasis Partei den Rücken kehrte, aber nach der Machtergreifung durch Szálasi wieder aktiv wurde – drohte dem Kommandanten der Panzer-SS, General Schmidhuber, im Namen Raoul Wallenbergs, dass er ihn nach dem Kriege als Massenmörder zur Verantwortung ziehen lassen würde, sollte er die Liquidierung des Gettos nicht verhindern. (Szalai berichtete mir nach der Befreiung, als er sich in Untersuchungshaft befand, dass er mit der Absicht wieder den Pfeilkreuzlern beitrug, den Verfolgten zu helfen, wo er nur konnte. Diese Aussage wurde von der Polizei protokolliert; die Mitglieder des Judenrates bestätigten die Richtigkeit.) Hätte die Drohung Szalais, die er Wallenberg in den Mund legte, nicht auf Schmidhuber gewirkt, hätte dieser nicht – gestützt auf seine militärische Stärke – den furchtbaren Plan vereitelt. So aber wurden die 69'000 Bewohner des Gettos gerettet, die man seinerzeit zum grössten Teil aus durch die Schweiz und andere Neutrale geschützten Häusern getrieben hatte. Es ergibt sich also, dass auch ein Pfeilkreuzler – der allerdings beizzeiten ernüchtert wurde – einen wesentlichen Anteil daran hatte, dass diese Verfolgten überleben konnten. Aber die Tatsache, dass

vorher Zehntausende in geschützte Häuser und teilweise von dort ins Getto gelangt waren, ist in erster Linie Lutz zu verdanken. In seiner Person hatte sich ein Mann gefunden, der eine sogar von den Pfeilkreuzlern anerkannte Schutzpassaktion in die Wege geleitet hatte und ausserdem den Pionierorganisationen vollkommen freie Hand für jede legale oder illegale Tätigkeit gab. Hätte Lutz diese Tätigkeit nicht toleriert, wäre kaum jemand geblieben, für den die neutralen Gesandtschaften hätten intervenieren können, und auch Szalai hätte keine Gettobewohner schützen können.

Zweifellos spielten bei der Rettung der verbliebenen Verfolgten auch die mutigen und wiederholten Interventionen der schweizerischen Gesandtschaftsbeamten Dr. Peter Zürcher und Vonrufs im Januar 1945 eine grosse Rolle (damals war Konsul Lutz in Buda von den Gesandtschaftsgebäuden in Pest abgeschnitten und konnte seinen Stellvertretern nur telefonische Weisungen erteilen). Diese schweizerischen Beamten legten ein unerschrockenes Verhalten an den Tag: Sie intervenierten mehrmals sehr energisch unmittelbar bei dem als skrupellos bekannten Pfeilkreuzler Innenminister Vájná, wenn es die Interessen der Verfolgten erforderten. Man könnte noch zahlreiche weitere Personen aufzählen, die sich für das Überleben verfolgter Personen erfolgreich einsetzten. Unter anderem spielte der Journalist, Schriftsteller und Verleger Sándor Ujváry mit seinem mutigen Auftreten eine grosse Rolle bei der Rettung von Schützlingen des Internationalen Roten Kreuzes.

All dies ermöglichte Lutz; mit seiner geschickten und erfolgreichen diplomatischen Tätigkeit zur Erzielung von wichtigen Vereinbarungen. Aber auch dadurch, dass er die Tätigkeit der Pionierbewegungen ermöglichte. Diese erstreckte sich auf Arbeiten für die unmittelbare Rettung von Arbeitsdienstangehörigen, von Verfolgten, die man mit falschen Papieren versorgte usw. – aber auch Arbeiten für Lebensmittelversorgung, Instandhaltung, sanitäre Belange für all die in den Gesandtschaftsgebäuden, in geschützten Häusern und zum Teil auch für die im Getto zusammengepferchten Menschen. Dazu gab es diplomatische, kulturelle und soziale Aktivitäten. Die Pioniere und ihre Leiter sahen sich immer wieder vor schwerwiegende Entscheidungen und vor oft riskante, lebensgefährliche Aufgaben gestellt. Die aussergewöhnliche Situation brachte in fast jeder Minute neue Ereignisse und damit Probleme mit sich, die sofort entschieden werden mussten. Sowohl das Präsidium als auch das Palästinakomitee akzeptierten daher das Prinzip des «demokra-

tischen Zentralismus». Dadurch hatte ich als Vorsitzender die Möglichkeit, sowohl bei den sich ständig ergebenden dringenden Aktionen als auch bei der weit verzweigten Geschäftsführung rasch und selbständig zu entscheiden. Ergebnis dieser gut aufgebauten zentralen Führung war, dass in diesen schicksalhaften drei Monaten alle Mitglieder sämtlicher Jugendorganisationen mit eiserner Disziplin und unter Aufbietung aller ihrer Kräfte arbeiteten (und das sowohl in den Gesandtschaftsgebäuden als auch bei ihren Aufgaben ausserhalb der Gebäude). Sie taten alles, um dem verbliebenen Rest der ungarischen Judenschaft und den politisch Verfolgten das Überleben zu ermöglichen. Diese jungen Burschen und Mädchen, denen sich auch Ältere angeschlossen hatten, waren wirkliche Helden. Alle Organisationen, von der äussersten Rechten bis zur äussersten Linken, arbeiteten harmonisch zusammen. Mit Opferbereitschaft und Disziplin wurden lebensgefährliche Rettungsaktionen durchgeführt. Rundum herrschte mörderisches Chaos: Pfeilkreuzler- und SS-Banden wüteten, plünderten, raubten, mordeten – dabei machten sie oft auch vor den durch neutrale Gesandtschaften geschützten Häusern, Spitalern, Kinderheimen nicht halt. Angestellte, Kinder, Greise in den Heimen wurden ermordet. Budapest war belagert, alle Einwohner waren in Lebensgefahr; durch Bomben, Handgranaten, Maschinengewehrfeuer, Bombensplitter bedroht. Und inmitten dieses grossen Chaos arbeiteten in den schweizerischen Gesandtschaftsgebäuden, die Lutz unterstanden, zahlreiche Pädagogen an der Ausarbeitung eines Erziehungsleitfadens für die überlebenden Jugendlichen! Und während rundum Bomben einschlugen und Geschosse krepitierten, planten – im Glauben an das Überleben – Ingenieure, Volkswirtschafts- und Finanzfachleute Arbeitsprogramme für künftige Aufbau- und Produktionsgenossenschaften aus. Andere Fachleute erstellten Konzepte für die Versorgung der Überlebenden mit Nahrungsmitteln und Medikamenten. In den letzten vernichtenden Wochen vor dem Ende plante schon eine kleine Gruppe unter der Ägide von Carl Lutz eine friedliche Zukunft: das Wegräumen von Schutt und Ruinen, das Heilen von Wunden, das Wiedereingangssetzen des Lebens. Und am Tage nach der Befreiung, am 18. Januar 1945, begann das neue Leben für das Häuflein derer, die die Verfolgung überlebt hatten, genau nach diesen Plänen. Einige der Intellektuellen, die in den Gesandtschaftsgebäuden Zuflucht gefunden hatten, arbeiteten als getreue Chronisten. Während sie selbst nicht wussten, ob sie überleben würden, zeichneten sie gewissenhaft

die Zeugenaussagen Hunderter von Verfolgten auf. Diese Protokolle dienen allen Historikern als authentische Quellen für die Ereignisse während des Terrors, welche Greueltaten verübt wurden, zu welchem Sadismus Menschen fähig sind – aber auch, dass es echte Menschen inmitten all der (In)menschlichkeit gab. An erster Stelle unter diesen stand Konsul Carl Lutz. Er gab ein Beispiel – Beispiel für die Vertreter der neutralen Staaten, für internationale Organisationen und für alle, die in der unheilvollen Zeit des Nationalsozialismus den Verfolgten halfen.

Die Pfeilkreuzler-Regierung

Schon zwei Tage nach dem mit deutscher Unterstützung durchgeführten Pfeilkreuzlerputsch vom 15. Oktober 1944 kam Adolf Eichmann mit einem Sonderflugzeug in Budapest an. Zweck seiner Reise war die Vernichtung der noch überlebenden Juden. Nach der denkwürdigen Ansprache Horthys wiederholte das Budapester Radio immer wieder Szálasis Tagesbefehl und den Aufruf der Pfeilkreuzlerpartei. In diesem Aufruf war von der Judenfrage keine Rede – aber schon am selben Tag floss überall im Lande das Blut der Verfolgten. Szálasi selbst erklärte, dass seine Regierung in der Judenfrage human verfahren würde. Sein Innenminister, Gábor Vágná, hingegen gab bekannt, dass die Regierung die Judenfrage auf Rassenbasis lösen werde. Man werde keinerlei Ausnahmen, wie Schutzpässe und dergleichen, anerkennen und nicht dulden, dass wer auch immer sich in die diesbezüglichen Massnahmen einmische. «Kein Judenstämmling soll glauben, dass er mit ausländischer Hilfe die Gesetze der ungarischen Staatsmacht umgehen kann.» Szálasis Justizminister erläuterte, dass «kein Unterschied zwischen Juden und Juden gemacht werden könne, dass Eheschliessungen mit Juden ungültig seien» usw. In diesem Sinne wurde schon am 18. Oktober 1944 durch das Radio bekanntgegeben, dass die Judenerlasse für alle Individuen jüdischer Rasse Geltung hätten und dass sämtliche Ausnahmeregelungen ungültig seien. Das bedeutete, dass auch die unter dem Schutz neutraler Staaten stehenden Personen unter dem Vorwand der Einberufung zum Arbeitsdienst deportiert werden konnten. Daraufhin protestierte Carl Lutz im Einvernehmen mit den Diplomaten der übrigen neutralen Staaten energisch bei Aussenminister Baron Gábor Kemény und machte ihn darauf

aufmerksam, dass die Neutralen jeden Kontakt mit Ungarn abbrechen und die Regierung Szálasi nicht anerkennen würden, sollten diese Bestimmungen nicht abgeändert werden. Bei positiver Erledigung hingegen – sagte Lutz zu – würde er die Anerkennung der Regierung durch die Schweiz betreiben. Nach ihm traten die Vertreter der anderen neutralen Staaten in gleicher Weise auf. Lutz' erste Intervention hatte zunächst Erfolg: Die Regierung zog die Verfügung zurück, wonach durch neutrale Staaten geschützte rassisch Verfolgte in die Judenhäuser zurückzukehren hatten; auch die Arbeitsdienstpflicht wurde für diese Personen aufgehoben. Trotzdem erfolgten bald wieder Verstösse gegen diese Vereinbarung. Die einander widersprechenden Erlasse stellten Lutz vor äusserst schwierige Aufgaben. Für seine Arbeit fand er bei Harald Feller, der nach der Rückkehr des Gesandten, Maximilian Jaeger, in die Schweiz die Gesandtschaft als Geschäftsführer leitete, viel Verständnis. Lutz verstärkte die enge Zusammenarbeit mit dem Leiter der schwedischen Rettungsaktion, Raoul Wallenberg. Sie suchten nun gemeinsam zweimal den Aussenminister Szálasi auf und intervenierten fast täglich bei der Regierung.

Die Einwohnerschaft der ungarischen Hauptstadt wurde von den 4'000 Pfeilkreuzlern – an ihrer Spitze die Minister in deutschem Sold – vollkommen beherrscht. Die Tätigkeit der Regierung erschöpfte sich in der Verfolgung aller, die ihr und den Deutschen Widerstand leisteten, und der Juden. Man versuchte damit die Bevölkerung von der Tatsache abzulenken, dass die Deutschen mit ihren Verbündeten den Krieg bereits verloren hatten, aber dabei noch die ungarische Souveränität zertraten und das Land ausplünderten, und dass sie die Jugend Ungarns mit dem Märchen vom «gemeinsamen Erfolg», vom «Ersatzheer Hitlers» und den «neuen Wunderwaffen» auf die Schlachtbank trieben. Die gemeinsamen Interventionen Carl Lutz' mit seinen Diplomatenkollegen – hier ist vor allem Friedrich Born, der Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes zu nennen, Raoul Wallenberg, der päpstliche Nuntius Angelo Rötta und andere – waren trotz aller Schwierigkeiten erfolgreich.

Nach täglich neuen mündlichen und schriftlichen Demarchen kam eine Vereinbarung zustande, wonach die über Schutzpässe verfügenden Personen in den geschützten Häusern der Schweiz, Schwedens usw. untergebracht werden konnten.

Die nachstehende Aufzeichnung zeigt, woher die Beschlüsse der sogenannten ungarischen Pfeilkreuzler-Regierung kamen.

Aufzeichnung der Deutschen Gesandtschaft in Budapest.

I.

Zur Lösung der Judenfrage in Ungarn wurden nach dem 19. März d. J. Vereinbarungen zwischen der Ungarischen und der Reichsregierung getroffen, auf Grund deren bis zum Juli l. J. auf Anweisung des ungarischen Innenministeriums durch die ungarische Gendarmerie und Polizei und unter beratender Mitwirkung deutscher Sicherheitspolizeiorgane sämtliche Juden aus dem ungarischen Provinzraum unter Belassung in geschlossenen Familien nach Deutschland zum Arbeitseinsatz transportiert wurden. Offensichtlich unter dem Einfluss durch die Feindmächte veranlasster ausländischer Presseangriffe, wie auch unter dem von Interventionen verschiedener ausländischer und Feindmächte teilte der ehemalige Reichsverweser im August d. J. der Reichsregierung eine Entschliessung mit, einen weiteren Transport von ungarischen Juden in das Reichsgebiet nicht mehr zuzulassen, und gab gleichzeitig die Zusicherung ab, bezüglich des noch in Ungarn – im Wesentlichen nur noch im Gebiete der Hauptstadt Budapest – vorhandenen Judentums eine innerungarische Lösung in der Form durchzuführen, dass diese Juden ebenfalls evakuiert und in Lagern zum Arbeitseinsatz innerhalb Ungarns konzentriert werden sollten. Diese Zusicherung ist in der Folgezeit nicht verwirklicht worden, da trotz aller Bemühungen geeignete Lager, namentlich solche, die einer Kontrolle der zur Vermeidung einer Wiederholung ausländischer Presseangriffe eingeschalteten internationalen Organisationen standhielten, angeblich nicht gefunden werden konnten. Die Folge dieser Entwicklung war zwar, dass die ausländischen Presseangriffe gegen Ungarn tatsächlich verstummten, dass aber andererseits das ungarische Judentum, namentlich in der Hauptstadt Budapest, nach anfänglicher Einschüchterung wieder in starkem Masse seine subversive und gegen die gemeinsamen Interessen der verbündeten Länder gerichtete Tätigkeit bis zu einem Masse entfaltete, dass bereits unter der Regierung Lakatos, besonders aber nach der Proklamation des ehemaligen Reichsverwesers vom 15. Oktober d. J. ungarische Juden sich an die von der Regierung Sztójay erlassenen Judengesetze nicht mehr gebunden fühlten, die ihnen zugewiesenen

Häuser verliessen und die vorgeschriebenen Kennzeichen ablegten. Hand in Hand hiermit ging die bekannte Entwicklung bezüglich der Einschaltung verschiedener ausländischer Stellen mit dem Ziel einer Schutzübernahme für einzelne ungarische Juden. Dass von weiteren Massnahmen zur endgültigen Lösung der Judenfrage Abstand genommen wurde und das ungarische Judentum namentlich in Budapest verblieb, wo es sich immer freier bewegen konnte, bildete nach dem übereinstimmenden Urteil verantwortungsbewusster ungarischer und deutscher Kreise eine ständig wachsende Gefahr für die kämpfende, verbündete Front wie das Hinterland.

Erst nach dem 16. Oktober d. J. sind unter beratender Mitwirkung deutscher Stellen erneut Verhandlungen mit dem Ziel begonnen worden, die Judenfrage in Ungarn einer endgültigen Lösung zuzuführen.

II.

Bei der Durchführung der eingangs geschilderten Massnahmen nach dem 19. März d. J. wurde die Frage der Behandlung von in Ungarn vorhandenen Juden ausländischer Staatsangehörigkeit seitens aller beteiligten Stellen besondere Aufmerksamkeit geschenkt, um in dieser Beziehung berechnete Beschwerden ausländischer Staaten von vornherein auszuschalten. Juden, die im regulären Besitz einer ausländischen Staatsangehörigkeit und normaler ausländischer Pässe waren, wurden grundsätzlich in den zur Vorbereitung des Abtransportes gebildeten Provinzlager aussondert und vom Arbeitseinsatz im Reichsgebiet ausgenommen. Soweit sie die Staatsangehörigkeit verbündeter, befreundeter oder neutraler Staaten besaßen, wurde ihnen unter Fristsetzung die Repatriierung durch ihre zuständigen ausländischen Vertretungen ermöglicht, soweit sie Staatsangehörige von Feindstaaten oder solcher Staaten waren, die mit Ungarn nach Kriegsausbruch die diplomatischen Beziehungen abgebrochen hatten, wurden sie in besonderen Ausländerlagern unter Zubilligung gesonderter, auch sonstigen Internierten dieser Staaten gewährter Behandlung interniert.

III.

Der Besitz einer ausländischen Staatsangehörigkeit wurde gegenüber in Ungarn lebenden Juden in Fällen der vorgeschilderten Art jedoch grundsätzlich nur dann anerkannt, wenn der Nachweis er-

bracht werden konnte, dass der betreffende Jude diese Staatsangehörigkeit bereits vor dem 19. März 1944 rechtmässig besass. Der Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit durch ungarische Juden nach diesem Termin, der offensichtlich entgegen dem Internationalen Recht und lediglich zum Missbrauch erfolgte, sollte unberücksichtigt bleiben. Da eine Reihe ausländischer Vertretungen in Ungarn ungeachtet dieses Standpunktes fortfuhr – zum Teil in erheblichem Masse und ohne jede stichhaltige Begründung – ungarische Juden «provisorisch» einzubürgern oder sie zwecks Auswanderung in Schutz zu nehmen, erfolgten bald Interventionen dieser Stellen bei den zuständigen ungarischen und deutschen Behörden mit dem Ziel, die Anerkennung dieser Einbürgerungen und die Erlaubnis zur Repatriierung oder Auswanderung zu erlangen. In Verhandlungen zwischen der Regierung Sztöjay und der Deutschen Gesandtschaft wurde in Verfolg dieser Interventionen und in Anerkennung der schwierigen Lage Ungarns gegenüber den ausländischen Bestrebungen eine grundsätzliche Vereinbarung über folgendes getroffen: Die Repatriierung oder Auswanderung einer bestimmten begrenzten Anzahl ausländischer oder ungarischer Juden, sowie einige weitere sogenannte «humanitäre» Aktionen zu Gunsten des ungarischen Judentums sollten unter der Voraussetzung und erst zu dem Zeitpunkt – zugelassen bzw. ermöglicht werden, dass entsprechend der ungarischerseits bereits gegebenen Zusicherung die in Budapest noch vorhandenen Juden aus Sicherheitsgründen endgültig evakuiert werden. Bei den hierbei vereinbarten Massnahmen handelt es sich im Einzelnen um:

1. die Ermöglichung der Ausreise nach Schweden durch Erteilung ungarischer Ausreise- und deutscher Durchreiseseichtvermerke an etwa 400 ungarische Juden, die nach dem 19. März – nach Angabe der Schwedischen Gesandtschaft in Budapest auf Grund persönlicher oder wirtschaftlicher Beziehungen zu Schweden – die schwedische Staatsangehörigkeit in Form der Erteilung sogenannter provisorischer oder Schutzpässe erhalten hatten;
2. die Ermöglichung der Auswanderung für etwa 7'000 ungarische Juden, die durch Vermittlung der Schweizer Gesandtschaft in Budapest Einwanderungszertifikate nach Palästina erhalten hatten;
3. die Ermöglichung der Ausreise nach Portugal für 9 ungarische Juden, die durch die Portugiesische Gesandtschaft in Budapest

portugiesische provisorische Pässe bzw. die Einreisegenehmigung nach Portugal erhalten hatten;

4. die Ermöglichung der Ausreise nach Spanien an eine dreiköpfige Familie ungarischer Juden, für die die Spanische Regierung aus besonderem Interesse an ihrer Person die Einreise nach Spanien genehmigt hatte.
5. Ebenfalls vorgesehen, jedoch aus dem Stadium vorbereitender Besprechungen bisher noch nicht weiter entwickelt, waren der beabsichtigte Transport von 1'000 minderjährigen jüdischen Kindern nach Palästina oder den Feindstaaten sowie die Ermöglichung der Sendung von Liebesgabenpaketen durch ausländische Organisationen an im Arbeitseinsatz im Reichsgebiet befindliche ungarische Juden.
6. Diese Massnahmen sind insgesamt bis heute noch nicht zur Ausführung gelangt, da die erwähnten Voraussetzungen für ihre Verwirklichung – die Evakuierung der Budapester Juden – bisher ebenfalls noch nicht verwirklicht ist.

IV.

Nachdem auf Grund der neuerdings eingeleiteten Verhandlungen jedoch nunmehr ohne weitere Verzögerung eine endgültige Vereinigung der Judenfrage auch innerhalb der Stadt Budapest erwartet werden kann, erklärt die Reichsregierung ausdrücklich, dass sie auch in Anbetracht der bereits eingeleiteten Massnahmen internationaler Organisationen und zur Vermeidung erneuter ausländischer Presseangriffe gegen Ungarn nach wie vor die vorstehend wiedergegebenen Abmachungen anerkennt und bereit ist, die geschehenen Zusicherungen im gegebenen Zeitpunkt zu erfüllen. Die Deutsche Gesandtschaft ist demzufolge ermächtigt;

1. ungarischen Juden, die Inhaber schwedischer Schutzpässe sind, bis zu der ursprünglich vereinbarten Anzahl von 400 Personen die Ausreise nach Schweden durch Erteilung deutscher Durchreisesehenkarten zu ermöglichen. Weiteren Inhabern schwedischer Schutzpässe – die Schwedische Gesandtschaft hat entgegen ihrer ursprünglichen Zusicherung an über 4'000 Personen derartige Pässe ausgestellt – kann die Ausreise vorderhand nicht bewilligt werden. Die Reichsregierung ist jedoch bereit, soweit die Schwedi-

sche Regierung diesetwegen die notwendigen Schritte ergreift, hierüber in erneute Verhandlungen einzutreten:

2. den ungarischen Juden, die im Besitz von der Schweizer Gesandtschaft vermittelter Einwanderungszertifikate nach Palästina sind, ebenfalls bis zu der ursprünglich vereinbarten Zahl von 7'000 Personen zur Ermöglichung der Auswanderung deutsche Durchreisesichtvermerke zu erteilen. Als vorläufiges Zielland kann hierbei nach Lage der augenblicklichen Verhältnisse nur die Schweiz in Betracht kommen. Einer weiteren Auswanderung ungarischer Juden nach Palästina vermag die Reichsregierung aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zuzustimmen;
3. der Gruppe ungarischer Juden mit portugiesischen Schutzpässen ebenfalls bis zu der vereinbarten Zahl von 9 Personen durch Erteilung deutscher Durchreisesichtvermerke die Reise nach Portugal zu ermöglichen. Soweit, wie bekannt, die Portugiesische Gesandtschaft in Budapest an weitere ungarische Juden Schutzpässe ausgestellt hat und deren Ausreise ebenfalls anstrebt, ist die Deutsche Gesandtschaft auf Antrag auch bereit, unter Voraussetzung einer billigen Begrenzung über die Erteilung weiterer Durchreisesichtvermerke zu verhandeln;
4. die Ausreise der dreiköpfigen Judenfamilie nach Spanien durch Erteilung deutscher Durchreisesichtvermerke, wie beantragt, zu ermöglichen;
5. über die weiteren Aktionen der Auswanderung 1'000 jüdischer Kinder nach Palästina und der Übersendung von Liebesgabenpaketen weiterhin zu verhandeln.

V.

Nach Abschluss der vorgeschilderten Massnahmen werden in Ungarn darnach nur noch solche Juden ausländischer Staatsangehörigkeit vorhanden sein, die entweder Feindstaatsangehörige sind oder trotz des Besitzes von Schutzpässen nicht als reguläre Staatsangehörige anerkannt werden können. Die Reichsregierung tritt bezüglich ihrer Behandlung dem bereits mehrfach geäusserten Standpunkt der Ungarischen Regierung bei, dass diese noch vorhandenen Juden ohne Rücksicht auf Besitz oder Nichtbesitz einer ausländischen Staatsangehörigkeit grundsätzlich den ungarischen Gesetzen

unterliegen und daher gleich allen anderen ungarischen Juden im Zuge der von der Ungarischen Regierung neuerdings beabsichtigten Massnahmen nach Konzentration zum Arbeitseinsatz innerhalb Ungarns herangezogen werden.

Budapest, den 19. Oktober 1944.

Legationsrat Hauptsturmführer Grell

Nach dem Krieg bekam ich von Carl Lutz auch dieses Dokument. Er bemerkte dazu: «Es bedarf keines Kommentars zu den gewonnenen ‚Feststellungen‘ der Deutschen – sie sollten offensichtlich nur die Begründung für die physische Vernichtung der jüdischen Restbevölkerung von Budapest liefern.»

Die Szálasi-Leute stellten – wohl auf Grund der energischen Proteste seitens der Neutralen sowie der entschiedenen Vergeltungsmassnahmen der amerikanischen Regierung – die nächtlichen Plünderungen und das Verschleppen der Juden aus den Häusern mit dem gelben Stern ein. Das bedeutete durchaus nicht einen Verzicht auf die «Endlösung», man wollte vielmehr damit und mit dem Erlass vom 22. Oktober 1944 das Ausland täuschen. Mit diesem Erlass wurde angeordnet, dass alle jüdischen Männer im Alter von 16-60 und die jüdischen Frauen im Alter von 16-40 Jahren zum «Arbeitsdienst» einzurücken hätten, wobei «ausländische Staatsbürger mit gültigem Pass» vom Einrücken enthoben waren. Auf dieser Basis nahm am 23. Oktober 1944 die Schutzpass-Aktion in grossem Stil ihren Anfang, nachdem sich Lutz mit dem ungarischen Aussenminister Baron Kemény in dieser Frage hatte einigen können und anschliessend sofort auch Wallenberg und die übrigen neutralen Gesandtschaften über das Ergebnis seiner Verhandlungen informiert hatte.

Am 2. November 1944 verfügte der ungarische Innenminister im Einvernehmen mit dem Aussenministerium: «Die von ausländischen Gesandtschaften ausgestellten Ausweise und die Exterritorialität der Gesandtschaftsgebäude sind zu respektieren.» Diese Weisung erging auch an die Funktionäre der Pfeilkreuzlerpartei. Zur gleichen Zeit ordnete das Verteidigungsministerium an, dass «alle, die im Besitz von ausländischen Schutzpässen oder Befreiungspapieren sind, nach Budapest zu bringen und dort der unter der Nr. 701 gegründeten und in der Benczur-Gasse untergebrachten sogenannten ‚Fremden-Sammel‘-Arbeitskompanie zu übergeben sind».

Wie bereits geschildert, nützte die ursprüngliche Leitung der Vadász-Gasse die Möglichkeit zur Anforderung von Arbeitsdienstkompanien nach Budapest nicht aus. Nach der Neuorganisation im Oktober begann sogleich eine umfangreiche Tätigkeit zur massenhaften Rettung Verfolgter. Ein eigener Apparat befasste sich mit der Zusammenstellung von Namenslisten der in Häusern mit gelbem Stern eingesperrten oder zum Arbeitsdienst einberufenen Personen. Man sandte an Einzelpersonen und Familien Aufforderungen, sich bei der Gesandtschaft zu melden und startete zugleich die Aktion zur Rückführung der Arbeitsdienstkompanien nach Budapest. Am 13.-15. November mussten die Schutzpassinhaber in 72 geschützte Häuser am Szent István-Park und Umgebung einziehen. Beim Zustellen dieser Einweisungsscheine an die Adressaten (zu einer Zeit, als die Pfeilkreuzlerregierung selbst nicht Herr über ihre eigenen Leute war) setzten sich die Gesandtschaftskuriere heroisch allen Gefahren aus.

Nach Lutz' erfolgreichen diplomatischen Verhandlungen nahm die weitaus grösste und bestorganisierte Schutzpassaktion von den schweizerischen Gesandtschaftsgebäuden in der Vadász- und später auch in der Wekerle-Gasse ihren Ausgang. Sehr bald erfolgte die planmässige Ausdehnung der ursprünglich ziemlich bürokratisch begonnenen Aktion auf grosse Menschenmassen. In den ersten Tagen entschied das Präsidium auf Grund der Beurteilung durch die Referenten über die Berechtigung zum Erwerb eines Schutzpasses. Es folgte dann die Registrierung der Daten und Namenslisten; diese Register wurden in das Gebäude am Szabadság-Platz geschickt. Binnen drei Tagen stellte sich heraus, dass der Sekretär des Palästina-Amtes eine Schutzpassaktion in grossem Stil sabotierte, indem er Namenslisten von Personen zurückhielt, für die der Besitz eines Schutzpasses lebenswichtig gewesen wäre. Zur selben Zeit mussten wir feststellen, dass er einzelnen Personen Blanko-Schutzpassformulare zur Verfügung stellte. Auch auf unsere energischen Interventionen bekamen wir keine zufriedenstellende Aufklärung dieser Vorgangsweise; dabei war uns bekannt, dass die leitenden schweizerischen Gesandtschaftsbeamten Dr. Steiner und Dr. Zürcher bei der Abstempelung der Schutzpassformulare tatkräftige Hilfe leisteten. Schnelles Eingreifen war nötig. Die Ereignisse überstürzten sich damals schon, die Anwärter auf einen Schutzpass stellten sich in langen Schlangen auf den Strassen an – man musste so rasch wie möglich die Bürokratie abbauen. Dazu benötigten wir in erster Linie

genügend Schutzpassformulare. Ich hielt eine Blitzkonferenz ab mit den Referenten und teilte ihnen mit, dass ich sofort Schutzpassformulare bestellen würde. Einige hielten es für ein zu grosses Risiko. Ich antwortete: «Wenn wir hunderttausend Verfolgte retten wollen, müssen wir auch dieses Risiko auf uns nehmen.»

Ich gab auf dem uns bereits verfügbaren Gesandtschafts-Briefpapier eine Bestellung für 20'000 Schutzpassformulare auf. M. Angelusz und A. Gedeon, die Beziehungen zur Druckerei «Budapest» hatten, konnten erreichen, dass einige Druckereiarbeiter die ersten 5'000 Schutzpassformulare in Nacharbeit bis zum nächsten Morgen fertigstellten. Mit der Zeit kamen wir so zu insgesamt 120'000 offiziell bestellten Schutzpasspapieren. Als wir die Schutzpässe selber drucken liessen, begann die eigentliche Rettungsaktion in ganz grossem Stil, ohne vorherige Einzel-Beurteilung der Bewerber. Wir gingen noch weiter: Ich begab mich mit dem zuständigen Referenten auf die Strasse zu den schlangestehenden Bewerbern; wir schrieben die Daten der Leute gleich dort auf, liessen diese sofort mit Schreibmaschine in die Schutzpässe eintippen und konnten die fertigen Schutzpässe gleich ausgeben. Aber die bedrohliche Situation erforderte eine noch schnellere Lösung. Die Adressenvermittlungs-Abteilung (geleitet von den Schwestern Bene, Illofsky, Welkovics, Nomi Braun, Magda Schnabel usw.) in der Vadász-Gasse war von früh bis spät damit beschäftigt, Adressen von Bewohnern der Häuser mit dem gelben Stern und von im Untergrund Lebenden zu ermitteln und zusammenzustellen; ausserdem langten täglich per Post zahlreiche Ansuchen um Ausstellung von Schutzpässen ein. 60-120 freiwillige Maschinenschreiberinnen arbeiteten mit vollem Einsatz ständig daran, auf Grund der vorliegenden Daten und Adressen Schutzpässe auszustellen. Die fertigen Dokumente wurden von Kurieren unter Lebensgefahr den Adressaten zugestellt. Und schliesslich gingen wir dazu über, die auf den Schutzpässen vermerkten Namen von einem Podium in der Garage des Gesandtschaftsgebäudes aus vor den versammelten Menschen zu verlesen und ohne jede Formalität demjenigen zu übergeben, der sich unter dem betreffenden Namen meldete. Ausserdem gab es noch Einzelaktionen: Ausser den offiziell bestellten 120'000 Formularen «fabrizierten» viele Pioniergruppen und auch Einzelpersonen zusätzlich Schutzpässe, ja sogar Stempel.

Als die Nachricht verbreitet wurde, dass die Pfeilkreuzler fallweise auch eine Unterschrift auf dem Schutzpasse forderten, um ihn

anzuerkennen, begannen wir, Lutz' Unterschrift auf den Schutzpässen «rasch zu besorgen». Manche Pioniere konnten seine Unterschrift so vollkommen nachmachen, dass er später selbst nicht glauben wollte, dass es sich nicht um seine Original-Unterschrift handelte.

SVÁJCI KÖVETSÉG
IDEGEN ÉRDEKEK KÉPVISELETE

KIVÁNDORLÁSI OSZTÁLY
V., VADASZ-UTCA 2.,



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
ABTEILUNG FÜR FREMDE INTERESSEN

ABTEILUNG AUSWANDERUNG
V., VADASZ-UTCA 29.

Die Schweizerische Gesandt-
schaft, Abteilung fremde Inte-
ressen, bescheinigt hiermit,
dass

A Svájci Követség, Idegen
Érdekek Képvisellete, ezennel
igazolja, hogy

Im schweizerischen Kollektiv-
pass zur Auswanderung einge-
tragen ist, daher let der (die)
Betreffende als Besitzer eines
gültigen Reisepasses zu be-
trachten.

a svájci csoportos (col lectlv)
útleveélben szerepel és ezért
nevezett érvényes útleveél bir-
tokában levő személynek tekin-
tendő .

Budapest, 23. Oktober 1944.

Budapest, 1944. október 26.

«Schutzpass»-Formular, wie es Carl Lutz einführte. Die Grundlage dafür bildete Lutz' «Kollektivpass» vom Juli 1944.

Am 20. Oktober 1944 erhielt die schweizerische Gesandtschaft in Budapest über den diplomatischen Kurierdienst aus Bern die Note der amerikanischen Regierung, die Lutz umgehend dem Aussenminister der Regierung Szálasis, Baron Kemény, übergab. Es gelang ihm, zu erreichen, dass die «Personen ausländischer Staatsbürgerschaft, die über einen gültigen Reisepass verfügen», von der Einberufung zum Arbeitsdienst, die einer Deportierung gleichkam, befreit wurden. Zwei Tage später, am 22. Oktober 1944, kam Lutz mit dem Aussenminister Baron Kemény überein, dass der «Schutzpass» (den Lutz auf Grund einer eigenen Idee und ohne Genehmigung der Berner Regierung eingeführt hatte) wie ein gültiger Reisepass anzusehen sei und dass daher Schutzpassinhaber von der Anwendung der Gesetze und Verordnungen für Juden auszunehmen waren; ferner dass das Recht auf Bewegungsfreiheit der Schutzpassinhaber und die Exterritorialität der Gesandtschaftsgebäude zu respektieren waren. Im Grunde hatte die

restliche jüdische Bevölkerung Ungarns ihr Überleben diesem Übereinkommen zu verdanken, das Lutz mit diplomatischem Geschick erreichen konnte. Lutz teilte das Ergebnis seiner erfolgreichen Verhandlungen sofort auch Wallenberg sowie den anderen neutralen Gesandtschaften mit. Auf diese Art kam auch die Anerkennung der Schutzpässe dieser anderen neutralen Gesandtschaften zustande.

SVÁJCI KÖVETSÉG
IDEGEN ÉRDEKEK KÉPVISELETE

KIVÁNDORLÁSI OSZTÁLY
V., VADASZ-UTCA 29.



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT

ABTEILUNG FÜR FREMDE INTERESSEN
ABTEILUNG AUSWANDERUNG
V., VADASZ-UTCA 29.

Die Schweizerische Gesandtschaft. Abteilung fremde Interessen, bescheinigt hiermit, dass

REICHELES-FERENC

im schweizerischen Kollektivpass zur Auswanderung eingetragen ist. daher ist der (die) Betreffende als Besitzer eines gültigen Reisepasses zu betrachten.

Budapest. 23. Oktober 1944.

A Svájci Követség, Idegen Érdékek Képviselte. ezennel Igazolja, hogy

REICHELES-FERENC

a svájci csoportos (collectly) útleveiben szerepel és ezért nevezett érvényes útleveél birtokában levő személynek tekintendő .

Budapest. 1944. október 23.

Schutzpass-Numerierung zur Irreführung der Pfeilkreuzler-Regierung.

Zur Irreführung der Pfeilkreuzler wurde jeder Schutzpass mit einer laufenden Nummer versehen; die Nummernfolge wurde aber derart variiert, dass kein Schutzpass eine höhere Nummer als 7'800 aufwies (es war ja die Ausfertigung von maximal 7'800 Schutzpässen erlaubt).

Um einerseits die Schutzpässe schneller ausstellen zu können und andererseits eine Überprüfung zu erschweren, wurde nur der Name des Schutzpassinhabers ohne weitere Datenangabe eingesetzt. Dadurch war es möglich, viele tausend Schutzpässe auf Grund der Namenslisten einer eigenen Abteilung der Gesandtschaft in der Vadász-Gasse auszufertigen. Diese Schutzpässe wurden dann zum Grossteil durch die Pioniere-als schweizerische Gesandtschaftskuriere – den Adressaten zugestellt.

SVÁJCI KÖVETSÉG
IDEGEN ÉRDEKEK KÉPVISELETE

KIVÁNDORLÁSI OSZTÁLY
V., VADÁSZ-UTCA n

2097/L
1944



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
ABTEILUNG POR FREMDE INTERESSEN

ABTEILUNG AUSWANDERUNG
V., VADÁSZ-UTCA W.

Die Schweizerische Gesandt-
schaft, Abteilung fremde Inte-
ressen, bescheinigt hiermit,
dass

FrL. H A L Á S Z VERA

im schweizerischen Kollektiv-
pass zur Auswanderung einge-
tragen Ist, daher Ist der C'leJ
Betreffende als Besitzer eines
gültigen Reisepases zu be-
trachten .

A Svájci Követség, Idegen
Érdekek Képviselete, ezennel
Igazolja, hogy

HALASZ VERA

a svájci csoportos Ccollectly)
útlevélben szerepel és ezért
nevezett érvényes útlevél bír-
tokában levő személynek tekin-
tendő .



Vorliegender Schutzbrief hat – Geschichte: In der vor der Ge-
sandschaft Vadász-Gasse angestellten Menge wartete an jenem Tag, als der
Name Vera Halász verlesen wurde, auch ein Mädchen, das mit der Aufge-
rufenen befreundet war. Sie meldete sich sofort, übernahm den Schutzbrief
und brachte ihn zu ihrer Freundin. Einige Tage später wurde Vera Halász
zusammen mit den meisten der anderen Bewohner ihres Wohnhauses (ei-
nes mit gelbem Stern gekennzeichneten «Judenhauses») von Polizisten und
Pfeilkreuzlern in die Ziegelfabrik von Altöfen verschleppt. Drei Tage da-
nach aber entliess man sie wieder nach Hause zu ihren Eltern – auf Grund
des schweizerischen Schutzbriefes.

3 V A J C I K O V E T S E G
DEGEN ERDEKKE KÉPVISELETE

KIVÁNDORLÁSI OSZTÁLY
V., VADÁSZ-UTCA 29.

AD/25 - Dr. A.K./R.R.



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
ABTEILUNG FÜR IRREDUKTION INTERESSEN

ARBEITUNG AUSWAHLBEREICHUNG
V., VADÁSZ-UTCA 29.

An den

Kommandanten der Arbeitsdienstkompanie No.

Herr Kommandant!

Auf Grund unserer über das Kgl. Ungarische Aussenministerium
mit der Ungarischen Regierung abgeschlossenen Vereinbarung weise ich
Sie an, zur Durchführung von Arbeiten in unserer Gesandtschaft Ihre
Kompanie umgehend mit entsprechender Begleitung und dem Befehl, sich
sofort nach Eintreffen in unserer Gesandtschaft zu melden, nach
Budapest, V., Vadász-Utca 29. abkommandieren zu wollen.

Hochachtungsvoll

SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT, Vadász-utca 29

Budapest, den _____

(Dr. Alexander Kühne)

Ein bedeutender Erfolg, den Lutz durch seine diplomatische Tätigkeit erreichen konnte, war es, dass er Einzelpersonen und auch komplette jüdische Arbeitsdienstkompanien zur Arbeit in die Gesandtschaft einberufen konnte. Diese legale Möglichkeit zur Menschenrettung wurde von der Gesandtschaftsleitung in der Vadász-Gasse bis zum Pfeilkreuzlerputsch nur sporadisch ausgenutzt. Man hatte Angst, dass eine grösserangelegte Aktion den «Gesandtschaftscharakter» gefährden konnte. Die prinzipiellen Entscheidungen lagen ja nicht bei jenen, die sich mit den Verfolgten identifizierten, sondern – infolge des unglückseligen Verhaltens des engstirnigen Palästina-Amt-Sekretärs – bei Leuten, die den Idealen der Pionierbewegungen fernstanden und in erster Linie nur an sich selbst, an die eigenen Interessen und die eigene Sicherheit dachten. Die durch Lutz geschaffene grossartige Rettungsmöglichkeit wurde in der Tat erst genutzt, als die Vertreter der Pionierbewegungen nach der Wende vom 15. Oktober 1944 die Führung übernahmen. So wurde sofort mit der Einberufung von kompletten Kompanien und auch von Einzelpersonen unter Verwendung obigen Schreibens begonnen.

179 Britische Interessen

Schweizer. Gesandtschaft
Abt. für Britische Interessen
Eingang: NOV 13 1944
Doss. No.: 1.5.6

13000/Pol.1944

Budapest, 1944. november 7.-én.

Tárgy: A kivándorló zsidók koncentrálása.

Auf Grund einer mündlichen Mitteilung des Herrn Gendarmerie-Oberstleutnant Ferenczy beehrt sich das Aussenministerium den interessierten Missionen folgendes mitzuteilen:

Sämtliche Personen, die im Rahmen der verschiedenen Aktionen auszuwandern haben, müssen in die zu diesem Zwecke geräumten Häuser in Pozsonyi ut usw. bis zum 9. November Mittag, einziehen.

Diese Häuser stehen den Betroffenen vom 8. November morgens zur Verfügung.

Der Leiter der kompetenten Abteilung des Judenrates wird sich mit den betreffenden Missionen unmittelbar in Verbindung setzen und die in Frage kommenden Häuser bezeichnen.

Vom 15. November mittag um 12 Uhr ab werden Razzien abgehalten, und diejenigen mit Schutzpass, provisorischer

./.

An die

SCHWEIZERISCHE GESANDSCHAFT

B u d a p e s t .

Pass, usw. Juden, die ausserhalb der in Frage stehenden Häuser
befunden werden, werden in Arbeitslager interniert.



Bemerkenswert an dieser Mitteilung, die das ungarische Aussenministerium an die neutralen Gesandtschaften ausschickte, war die Tatsache, dass der Text in deutscher Sprache, das «Betreff» (= Die Konzentrierung der auswandernden Juden) ungarisch geschrieben waren. Eine Unterschrift fehlte. Besonders charakteristisch war, dass sich das ungarische Aussenministerium auf den Söldner der Deutschen, Gendarmerie-Oberstleutnant Ferenczy berief. Carl Lutz protestierte gemeinsam mit den Diplomaten der anderen neutralen Staaten ganz energisch und erreichte damit, dass die Frist für den Einzug in die geschützten Häuser verlängert wurde und dass man jene Personen, die über einen Schutzpass verfügten, aus der Ziegelfabrik in Óbuda freiliess. Am 10. November 1944 berief Baron Kemény, der ungarische Aussenminister, eine Konferenz mit den Vertretern der neutralen Staaten ein. Bei dieser Gelegenheit meinte er jovial, die schweizerische Gesandtschaft möge direkt mit den Deutschen wegen Anerkennung der 7'800 Zertifikate verhandeln, weil die Deutschen nur von 7'000 Kenntnis nehmen wollten. Mittlerweile veranlasste die ungarische Regierung über die Budapester Polizei-Oberkommandantur, dass die im Stadtteil Szent István dafür vorgesehenen Häuser geräumt wurden und dass die über einen Schutzpass der neutralen Mächte verfügenden Personen in die mit einem gelben Stern gekennzeichneten und von der ungarischen Regierung als «Internationales Getto» bezeichneten geschützten Häuser der neutralen Gesandtschaften einzogen. In diesem Zusammenhang wurde das Wohnungsamt der neutralen Gesandtschaften gegründet. Die Gesandtschaft in der Vadász-Gasse begann daraufhin nach Vermessung der Wohnungen in den geschützten Häusern Einweisungen in die geschützten Wohnungen auszustellen. Diese Arbeit wurde Tag und Nacht fortgeführt, und der Kurierdienst der Pioniere in der Gesandtschaft übernahm die Zustellung dieser Pa-

piere an die Verfolgten in die Häuser mit dem Stern-eine lebensgefährliche Aufgabe für die Kuriere. Nur wer die damalige Situation aus eigener Anschauung kannte, kann beurteilen, welcher Heroismus für diese Tätigkeit nötig war. Die maschinenpistolenbewaffneten Pfeilkreuzlerbanditen überfluteten die Strassen Budapests, insultierten die russisch Verfolgten grob, raubten, plünderten und schreckten auch vor Mord nicht zurück. Auch diesen Schlägerbanden gegenüber stellten aber die Pioniere tapfer ihren Mann und händigten mehrere tausend Wohnungszuweisungsscheine den Adressaten aus – selbstlose Helden dieser chaotischen Zeit.

S V A J C I K Ö V E T S É G IDEGEN ÉRDEKES KÉPVISELETE KIVÁNDORLÁSI OSZTÁLY V. VADÁSZ-UTCA 29.		SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT ABTEILUNG FÜR FREMDE INTERESSEN ABTEILUNG AUSWANDERUNG V. VADÁSZ-UTCA 29.
V., Wekerle Sándor-utca 17		
<u>A T T E S T</u>		
Wir bestätigen, dass wir den Beamten unserer Gesandtschaft, Herrn		
Márton HIRSCH,		
mit der Leitung des Wohnungsamtes für die Häuser im Stadt- teil Szent István, die unter dem Schutz der Schweizerischen Gesandtschaft stehen, betraut haben.		
Im Sinne unserer Vereinbarungen mit dem Kgl. Ungarischen Ausserministerium und in Abstimmung mit dem Kgl. Ungarischen Innenministerium sind unsere Beamten von jeglichen einschrän- kenden Bestimmungen befreit. Auf Grund dieser Abmachung zwi- schen den beiden Regierungen sind alle Zivil-, Polizei- und Militärbehörden verpflichtet, unseren Beauftragten bei Erfül- lung seiner Pflichten in jeder Hinsicht zu unterstützen.		
Budapest, den 15. November 1944		
SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT <i>A. Alexander Kühne</i> (Dr. Alexander KÜHNE)		

Konsul Lutz schloss dieses Abkommen mit der Marionettenregierung-
auf Grund dessen Atteste für Beamte des Wohnungsamtes wie das obige aus-

gestellt wurden und die auch von der Pfeilkreuzlerorganisation des Bezirks anerkannt wurden – in Zusammenarbeit mit Wallenberg und mit der päpstlichen Nuntiatur. So konnten die Beauftragten der Gesandtschaft ungestört ihre Aufgaben versehen.

Die Gesandtschaft gab 15 solcher Bestätigungen aus. Unter anderem versahen Béla Bauer, Dr. S. Böhm, Dr. E. Gellért, Ing. I. Heller, Dr. F. Herskovics, Dr. P. König, J. Trencsényi-Waldapfel und andere Dienst als schweizerische Gesandtschaftsbeamte.

S V Á J C I K Ö V E T S É G IDEGEN ÉRDEKEK KÉPVISELETE KIVÁNDORLÁSI OSZTÁLY V. VADÁSZ-UTCA 22.		SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT ABTEILUNG FÜR FREMDE INTERESSEN ABTEILUNG AUSWANDERUNG V. VADÁSZ-UTCA 22.
V., Wekerle Sándor-utca 17 <u>A T T E S T</u>		
Wir bestätigen, dass wir die Herren _____ und _____ zu Hauskommandanten des Hauses _____ Nr. _____, das unter dem Schutz der Schweizerischen Gesandtschaft steht, ernannt haben.		
Im Sinne unserer Vereinbarungen mit dem Kgl. Ungarischen Aussenministerium und in Abstimmung mit dem Kgl. Ungarischen Innenministerium sind unsere Beamten von jeglichen einschränkenden Bestimmungen befreit und dürfen daher auch in ihrer Bewegungsfreiheit nicht behindert werden.		
Wir sind auch mit der Pfeilkreuzler-Bezirksparteiführung übereingekommen, dass sich die von uns ernannten Hauskommandanten der geschützten Häuser frei auf den Strassen bewegen dürfen, um ihre Meldungen in der Gesandtschaft Wekerle-utca erstatten zu können.		
Wir machen alle Zivil-, Polizei- und Militärbehörden darauf aufmerksam, dass sie zur Unterstützung der Kommandanten der geschützten Häuser bei ihrer Dienstausbübung verpflichtet sind.		
Nr. _____ SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT <i>Dr. Alexander Kühne</i> (Dr. Alexander Kühne)		

Die schweizerische Gesandtschaft in der Wekerle-Gasse gab ab 20. November 1944 72 solcher auf je zwei Personen lautende Bestätigungen aus. Die Sonderrechte der ernannten Hauskommandanten und auch ihrer Angehörigen wurden von der Pfeilkreuzlerorganisation des Bezirks anerkannt. Die Kommandanten der geschützten Häuser erstatteten täglich Bericht über die Lage in den geschützten Häusern, über die sich ergebenden Probleme

Vor welcher schwierigen Situation die Marionettenregierung mit ihren Verfügungen Carl Lutz stellte, ist auch aus der – n «Denkschrift» Szálasis zu beurteilen.

*Schweizerische Gesandtschaft
Budapest*

Denkschrift

über die am 17. November 1944 gefassten Entschlüsse des Chefs der Nation betreffend die endgültige Regelung der ungarländischen Judenfrage.

Die ungarländischen Juden werden in – sechs Kategorien eingereiht:

1. Juden mit ausländischem Schutzpass. Diese Juden sind spätestens bis zum 20. November 1944 um 16 Uhr in den, von dem Königl. Ungarischen Innenminister bestimmten sogenannten Palatinus-Häusern zu konzentrieren. In der ungarischen Tagespresse werden täglich entsprechende Bekanntmachungen veröffentlicht. Die genannten Juden werden bis zu ihrer Abreise in den vom Innenminister bestimmten Häusern bleiben. Sie dürfen jeden Tag von 8 bis 9 Uhr morgens in der Umgebung spazieren gehen. Die Abreise dieser Juden ist einerseits von der Gestaltung der diplomatischen Beziehungen zwischen der ungarischen Regierung und der Regierung des interessierten Staates, andererseits von der verkehrstechnischen Vereinbarung der betreffenden Regierung mit der deutschen Regierung abhängig. Die zwischen der ungarischen Regierung und den interessierten Regierungen vereinbarten Kontingente der mit Schutzpass versehenen Juden können nicht erhöht

oder auch Tragödien, die sich durch freche Übergriffe von Pfeilkreuzlerbanden trotz der bestehenden diplomatischen Abkommen ergaben. – Carl Lutz und auch seine Frau besuchten oft geschützte Häuser; sie forderten damit die verantwortungsvolle Arbeit der Gesandtschaftsbeamten.

2. Die an die deutsche Regierung geliehenen Juden, die die deutsche Regierung als Arbeitsfähige im Interesse der gemeinsamen Kriegsführung zu beschäftigen gewillt ist. Diese Juden leisten zu Gunsten der ungarischen Nation Arbeitsdienst. Sie werden individuell (mit Namensangabe) der deutschen Regierung übergeben; für sie wird der König! Ungarische Innenminister einen ständigen ungarischen Ausschuss nach Deutschland delegieren; ein Mitglied dieses Ausschusses wird der gemeinsame Beauftragte des Internationalen Roten Kreuzes und der interessierten Mission sein. Die Aufgabe dieses Ausschusses wird sein, die nach dem 16. Oktober 1944 in Deutschland Arbeitsdienst leistenden ungarländischen Juden in Evidenz zu halten und zu diesem Behufe die Verbindung mit der deutschen und der ungarischen Regierung aufrechtzuerhalten.

Die Juden sind für die ungarische Nation dienstpflchtig. Der ungarische Staat lässt im Interesse der Nation im Einvernehmen mit der deutschen Regierung auch im Auslande Arbeit leisten. Die Gelegenheit derjenigen Juden, die ihren ungarischen Arbeitsdienst im Ausland leisten, wird vom ungarischen Staat nach dem Kriege im Zuge der allgemeinen Regelung der europäischen Judenfrage und im Einklang mit den europäischen Gesichtspunkten geregelt werden. Bis dahin wird ihre Behandlung von ihrem Benehmen abhängig gemacht.

3. Die in Ungarn vorläufig zurückbleibenden Juden sind im Getto zu konzentrieren auf Vorschlag und nach der Planung des Innenministers. Diese Juden sind in – Kategorien einzureihen:

a) Leihjuden (siehe Punkt 2), deren Abtransport zum Arbeitsdienst aus irgendwelchem Grunde noch nicht erfolgen kann;

b) Kinder, Greise und alle diejenigen, die aus irgendwelchem Grunde transport- bzw. marschunfähig sind (schwängere Frauen, Kranke, usw.).

c) Diejenigen jüdischen Kinder, die in den, unter dem Schutze des Internationalen Roten Kreuzes stehenden Kinderheimen unter gebracht sind, sowie ihr Aufsichtspersonal.

d) Juden christlicher Religion, für die extra Gebäude im Getto zu bestimmen sind, welche Gebäude mit einem Kreuz versehen werden können; die christlichen Juden tragen statt dem Stern einen Fleck

Für die öffentliche Sicherheit und die Gesundheitspflege im Getto sorgt der Innenminister. Der Judenrat ist im Getto tätig, dort baut er seine Organisation aus im Einvernehmen mit dem Innenminister. Es wird ermöglicht, dass sowohl das Internationale wie auch das Schwedische Rote Kreuz für die Gettojuden im Getto Volksküchen aufstellen und in Betrieb halten kann.

Für die entsprechende und geziemende Unterbringung der unter dem Schutze der Nunziatur, des Internationalen und des Schwedischen Roten Kreuzes stehenden Judenheime und Judenasyile innerhalb des Gettos wird der Innenminister Sorge tragen. Innerhalb des Gettos können die Juden frei leben und sich frei bewegen. Sie dürfen das Getto nicht verlassen, weder Radio noch Telephon benutzen, ihr Postverkehr wird durch ein, vom Innenminister im Einvernehmen mit dem Verkehrsminister zu errichtendes Postamt abgewickelt. Die Juden dürfen nur an Juden schreiben unter genauer Angabe des Absenders, mit gelben, extra bezeichneten Postkarten.

Diejenigen Juden – gleich welcher Kategorie sie angehören – dürfen nicht im Getto bleiben, die laut dem Strafregister politische Verbrechen – sei es nur Übertretung – begangen haben, wegen solchen interniert waren oder unter polizeilicher Aufsicht standen vor dem 16. Oktober 1944. Unter politischem Verbrechen ist jede gegen die Nation gerichtete Handlung zu verstehen.

Das Getto hat vier Tore nach den vier Himmelsrichtungen.

Juden können das Getto nur in einem Falle verlassen, nämlich die zum Arbeitsdienst verpflichteten Leihjuden, im Falle ihres Abtransportes.

4. Die mit I m m u n i t ä t s z e u g n i s versehenen Juden, und zwar:

a) Diejenigen Juden, deren vom gewesenen Reichsverweser gegebenen Immunitätszeugnis nach Überprüfung vom Innenminister anerkannt und die in dem vom Innenminister herausgegebenen amtlichen Namensverzeichnis angeführt sind.

b) Die von den früheren Innenministern erteilten Immunitätszeugnisse, deren Anerkennung in einem vom Innenminister herauszugebenden amtlichen Namensverzeichnis zu veröffentlichen ist.

c) Die mit dem Titel «vitéz» und mit der goldenen Tapferkeitsmedaille versehenen, sowie kriegsinvaliden Juden, auf Grund der Anerkennung seitens des Innenministers.

Diese Juden sind äusser den rassenpolitischen und vermögens-

rechtlichen Bestimmungen von den übrigen Judengesetzen, Verordnungen und Bestimmungen befreit. Sie dürfen am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben nicht teilnehmen.

5. Kirchliche Personen, Priester, Nonnen, geniessen eine vollkommene Immunität, aber sie sind auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Aussenminister, dem Kultusminister und den zuständigen kirchlichen Stellen in einem Ordenshaus abzusondern und in absehbarer Zeit nach dem Ausland zu versetzen bzw. zu übernehmen.

6. Juden ausländischer Staatsangehörigkeit und solche, ungarländische Juden, die ihren Reisepass bis zum 17. November 1944 um 14 Uhr beim Fremdenkontrollamt (KEOKH) in Evidenz genommen wurden, sind verpflichtet, das Gebiet des Landes bis zum 1. Dezember 1944 zu verlassen.

Wie aus dieser «Denkschrift» ersichtlich, war es den Deutschen gelungen, die Regierung Szálást vorrangig für die Vernichtung der restlichen Juden zu motivieren. Gleichzeitig wurden «alle Ungarn mit halbwegs geraden Gliedern» – auch die Jugend – zur Fortsetzung des totalen Krieges der Deutschen gezwungen.

Schutzbrief für die schweizerischen Staatsbürger

Ein solcher Schutzbrief verschaffte nicht nur dem Wohnungs- oder Zimmerinhaber, sondern auch seiner ganzen Familie Schutz und wurde im Allgemeinen respektiert. Die Schutzbriefe wurden von der Gesandtschaft in ungarischer Sprache verfasst und ausgegeben.

Nach der deutschen Besetzung Ungarns am 19. März 1944 versah die schweizerische Gesandtschaft in Budapest ihre Beamten und die in der Stadt lebenden schweizerischen Staatsbürger mit solchen Schutzbriefen für ihre Wohnungen. Diese Formulare waren vom Gesandten Maximilian Jaeger unterschrieben und mit Nummern ausgestattet. Nach dem Beispiel der Schweiz gaben dann auch die Schweden, die Portugiesen, der päpstliche Nuntius, das Internationale Rote Kreuz usw. Schutzbriefe mit entsprechendem Text aus.

Auch die Pionierorganisationen brachten solche Schutzbriefe in kleiner Zahl in Umlauf-selbstverständlich mit der Unterschrift Maximilian Jaegers und Numerierung versehen.



VÉDLEVÉL

Ezen szoba
lakás
helyiség

SVÁJCI ÁLLAMPOLGÁR

tulajdonát képezi és a magyarországi
Svájci követség védelme alatt áll.

Budapest, _____



svájci követ: _____

No. _____

(Übersetzung: SCHUTZBRIEF. Diese(s) Zimmer/Wohnung/Lokal ist Eigentum des SCHWEIZER STAATSBÜRGERS ... und steht unter dem Schutz der schweizerischen Gesandtschaft in Ungarn. Budapest, ... der Schweizer Gesandte...)

Lutz' Auswanderungsabteilung – einige seiner Mitarbeiter

CIPI Cipi Teichmanns Hilfsbereitschaft war bei zahllosen Verfolgten bekannt. «Unsere Cipike» nannten sie alle. Das allein drückt schon viel über sie aus. Vertrauen und Liebe brachte ihr jeder entgegen; denn auch sie liebte die Menschen, vor allem die Verfolgten, und sie war verlässlich. Und eben aus ihrem warmen Mitgefühl für ihre Mitmenschen heraus verabscheute sie den Faschismus in allen seinen Spielarten – ob deutsch oder italienisch, slowakisch oder ungarisch. Und bei Bedarf konnte sie auch recht energisch sein. Hass entsprach nicht ihrer Natur, aber sie verachtete und bekämpfte die Unterdrücker; nicht nur, weil sie selber zu den Verfolgten gehörte, sondern auch weil es dem Geist der Jugendbewegung entsprach, der ihr in Fleisch und Blut übergegangen war. Sie war Autodidaktin, hatte Psychologie und vor allem Freud studiert. Es fiel ihr nicht schwer, sich auch in fremde Psyche einzuleben – und sie versuchte sogar, entschuldigende Motive für die Verbrechen der Pfeilkreuzler zu finden. Jedenfalls war ihr klar, dass nicht so sehr die Ausführenden, als vielmehr die geistigen Urheber die wirklich Schuldigen waren. Letztere kamen vor allem aus dem ungarischen Mittelstand. Sie verhalfen der vom Grosskapital finanzierten, weltweiten Propaganda Hitlerdeutschlands in Ungarn zu weiter Verbreitung. Die rassistischen, antisemitischen Schlagworte konnten dann die überall in grossen Volksmassen schlummernden sadistischen Instinkte freisetzen; ein Teil der hungernden Arbeitslosen, der bis aufs Letzte ausgebeuteten Noch-Arbeitenden und der darbenenden Bauern wurde mitgerissen. Hinter dem Programm der Judenvernichtung verbarg sich das wirkliche Ziel der deutschen Naziführung: die Eroberung der ganzen Welt. Cipi zog aus dieser Erkenntnis die praktische Konsequenz, immer mit vollem Einsatz dazusein, wenn es galt, den Faschismus zu bekämpfen und vor allem ihren Mitmenschen zu helfen. So wirkte sie zum Beispiel bei der Rettung einer jungen Frau aus dem Gefängnis tatkräftig mit: János Sampiás, alias Ráfi Friedl, erhielt eines Tages den Besuch eines serbischen Gestapobeamten namens Milan. Dieser arbeitete im Zuchthaus von Szeged, wo er sich aber ungewöhnlich menschlich verhielt und sogar einem leitenden Pionierfunktionär, Mimis Herbst, zur Flucht verhalf. Herbsts Frau, Juci, und weitere acht Pioniere waren

im Gefängnis zurückgeblieben. Nun machte Milan Rafi den Vorschlag, auch Frau Juci (mit deren Einverständnis, wie er sagte) binnen drei Tagen ebenfalls aus dem Gefängnis zu bringen. Dazu müsste ihn allerdings eine andere junge Frau nach Szeged begleiten und sich als seine Frau ausgeben. Mehr könnte er im Moment nicht sagen, es handelte sich um eine Frage der Konspiration. Über sich selbst sagte er nur kurz, dass er zur Gestapo gegangen sei, weil er hoffte, auf diese Art serbischen Verfolgten helfen zu können. Es gelang ihm, das Vertrauen Rafis und der anderen Leitungsmitglieder zu gewinnen. Es galt, eine schwere Entscheidung zu treffen: Juci Herbst schwebte auf jeden Fall in Lebensgefahr – aber durfte man deshalb das Schicksal einer anderen jungen Frau aufs Spiel setzen? Alle, äusser Jucis Mann, stimmten dafür. Dieser wünschte gewiss nichts sehnlicher als die Rettung seiner Frau, aber es schien ihm unvorstellbar, deswegen ein weiteres Menschenleben zu gefährden. Schon seine Flucht aus dem Gefängnis hatte ihn ja in einen seelischen Zwiespalt gestürzt – obwohl er dadurch in die Lage versetzt worden war, Nachricht von der Verhaftung der Gruppe zu geben und eventuelle Rettungsaktionen zu ermöglichen.

Als die Entscheidung gefällt war, den Rettungsversuch zu unternehmen, war es Cipi, die ohne lange zu überlegen die Rolle der Fluchthelferin übernahm. Auf der Fahrt nach Szeged informierte sie Milan über ihre nächste Aufgabe: Nach einer Nächtigung in einem Szegeder Hotel müsste sie am nächsten Tag im Gefängnis von Szeged den Gestapoleuten gegenüber als Milans Frau auftreten; er würde aus dem besonderen Anlass ihres Besuches bei ihm ein «tolles Fest» für seine Gestapokameraden geben, in dessen Mittelpunkt sie stehen sollte. Sie müsste mit möglichst natürlich wirkender Lustigkeit daran teilnehmen und so tun, als spräche sie ebenso eifrig wie die Gestapoleute den bereitgestellten starken Getränken zu. Milan schärfte ihr noch ein, sie müsste immer genau auf seine Worte achten – mehr wollte er noch nicht sagen.

Cipi verbrachte die Nacht im Hotel grösstenteils wach. Milans Worte und sein korrektes Betragen hatten ihr jede Angst genommen; aber sie versuchte, sich zu erklären, was diesen Mann – der sich doch der Gestapo verschrieben hatte – bewogen hatte, unter Einsatz seines eigenen Lebens anderen zu helfen. Spürte er Gewissensbisse? Oder war es wirklich ein serbischer Patriot, der im Interesse seiner verfolgten Landsleute die Gefahr scheinbarer Kollaboration auf sich nahm? Sie zerstreute innerlich den Verdacht, dass nur

die grosse Wende, das Sinken von Hitlers Stern, ihn zum Umschwenken bewegen haben könnte. Dann dachte sie an ihre jüdischen Brüder und Schwestern aus der Gegend von Szeged, die so begeisterte Ungarn gewesen und so viel für das Aufblühen dieser zweitgrössten Stadt Ungarns, der Hauptstadt der grossen Tiefebene, getan hatten – und die jetzt schon den Gaskammern von Auschwitz zum Opfer gefallen oder bei der Sklavenarbeit für die deutsche Rüstungsindustrie zugrunde gegangen waren. Milan sah sie am nächsten Morgen an und fragte sie, was sie quälte. Als sie ihm ihre Gedanken anvertraute, antwortete er: «Jetzt ist nicht die Zeit, uns mit unseren schmerzenden Wunden zu befassen – wir müssen alle unsere seelischen und körperlichen Kräfte auf die Rettung jener konzentrieren, die wir noch retten können.» Dies gab Cipi neue Kraft; am Abend spielte sie bei der für die Gestapo veranstalteten Zecherei Milans Frohsinn sprühende, gutgelaunte Frau. Als die Gesellschaft schon reichlich angeheitert war, begann Milan darüber zu klagen, dass die Gesundheit seiner reizenden kleinen Frau durch die viele Hausarbeit schon angegriffen sei. Dann kam er mit dem Vorschlag: «Wenn wir die Häftlinge schon durchfüttern müssen – gibt es nicht eine halbwegs geeignete Weibsperson unter ihnen, die meiner armen Frau die Last der Hausarbeit von den Schultern nehmen könnte?»

Cipi begriff ... Die illuminierte Gesellschaft stimmte Milan zu und beschloss lautstark, dass sich seine Frau unter den weiblichen Häftlingen eine geeignete Person als Dienstmädchen aussuchen sollte. Daraufhin begaben sich alle in die Frauenzelle. Cipi erkannte dort nur mit Mühe die von der durchlittenen Folter entstellte Juci, die sie nun als «Dienstmädchen» mit sich nahm.

Milan redete nicht viel – aber seinem Versprechen gemäss war er am dritten Tag mit den beiden Frauen in Budapest. Cipis Mann, Jucis Mann und Rafi, die drei Tage hindurch geangt hatten, konnten beim Wiedersehen endlich aufatmen. Mimis freilich blieb auch weiter wegen der im Gefängnis von Szeged verbliebenen acht Kameraden bedrückt. Auf sein Drängen versprach Milan, nochmals zu helfen – und auch diesmal hielt er Wort. Es gelang ihm, die acht aus ihrer Gefangenschaft zu befreien; sie wurden jedoch neuerlich verhaftet. Und das Unglaubliche gelang: Mit Klugheit, Findigkeit und grossem Mut rettete sie Milan auch aus dieser Haft!

Da ich sah, wie sehr sich Lutz für die unter seiner Ära in den Gesandtschaftsgebäuden entwickelte Rettungstätigkeit interessierte,



Mimis Herbst



Cipi Teichmann



Milan



Efra Teichmann

berichtete ich ihm noch von einem Vorfall, bei dem Cipi das Leben zweier Menschen in der Wekerle-Gasse rettete. Als die russischen Befreiungsstreitmächte schon nahezu pausenlos Budapest bombardierten, war es unter den Sekretärinnen vor allem Cipi, die trotz des Bombardements neben mir im dritten Stock des Gesandtschaftsgebäudes Dienst versah. Als eine schwere Bombe einschlug, wurden wir beide vom Luftdruck in eine Ecke des Raumes geschleudert, blieben aber zum Glück unverletzt. Kaum hatte sich Cipi aufgerappelt, dachte sie an die Köche, die im höchstgelegenen Teil des Gebäudes arbeiteten. Sie ersuchte mich, sofort schriftlichen Auftrag zu geben, dass die Köche herunterkommen und sich bei mir melden sollten-denn diese Leute waren so von ihrer Aufgabe erfüllt, die vielen Menschen mit Essen zu versorgen, dass sie ihren Arbeitsplatz sonst nie verlassen hätten. Mit dem Schriftstück in der Hand lief Cipi, so schnell sie konnte, um die beiden Köche von oben zu holen. Kaum waren sie alle am Ende des Ganges angelangt, wurde die Küche von einem Volltreffer zerstört. Es war eine für Cipi typische Reaktion, sich ohne Bedenken sofort wieder in Gefahr zu begeben, wenn sie damit jemanden retten konnte.

EFRA Es erwies sich als gute Massnahme, dass wir Pionierpatrouillen in ungarischen Militäruniformen Wachdienst versehen liessen.

Als zum Beispiel einmal Efra Teichmann unter dem Decknamen Imre Benkö und in einer Eisenbahneruniform auf der Strasse unterwegs war (er wollte die Magazine des Internationalen Roten Kreuzes überprüfen), erkannte ihn ein Landsmann aus Kiskvárda. Dieser rief sofort laut: «Das ist ja gar kein echter Eisenbahner, das ist ein Jude, der mit der Eisenbahn nichts zu tun hat!» und wandte sich an eine eben vorbeikommende Militärpatrouille, um ihr sein Opfer zu übergeben. Efra Teichmann zerbrach sich den Kopf, wie er am schnellsten flüchten könnte, da flüsterte ihm einer der Soldaten der Patrouille zu: «Komm nur ruhig mit uns-wir sind genauso sehr Soldaten, wie du ein Eisenbahner bist ... Der Leiter der Vadász-Gasse hat uns auf Patrouillengang geschickt; wir bringen dich statt zu den Pfeilkreuzlern zur schweizerischen Gesandtschaft.» Und so geschah es auch, sobald der Pfeilkreuzler aus Kiskvárda – zufrieden über seine Heldentat – sich entfernt hatte.

Das war nur ein Beispiel von vielen Fällen, in denen die Pioniere in Militär- oder Gendarmerie-Uniform – oft auch nur durch Vorzei-

gen schweizerischer Gesandtschaftsausweise – intervenieren konnten.

LACI Sobald die Szálasi-Putschisten am 15. Oktober 1944 an die Macht gekommen waren, strebten sie nach der Vernichtung der noch lebenden Juden in Budapest. Um die rassistisch Verfolgten möglichst an einer Stelle zu konzentrieren, war es am einfachsten, die Arbeitsdienstpflicht für alle anzuordnen. Eines der grossen Internierungslager war der «Tattersal». Damals durchstreifte ein enger Mitarbeiter von mir, László Kluger, die Strassen von Budapest; einerseits, um genaue Informationen über die allgemeine Lage zu sammeln, andererseits, um festzustellen, wo eventuell Hilfe nötig war. Er verliess sich auf seine germanisch-blonde Erscheinung und den Ausweis eines schweizerischen Gesandtschaftsangestellten in der Tasche ... So kam er auch zum Tattersal und sah, dass dort bekannte jüdische Lehrer, Professoren und Rabbiner festgehalten wurden. Er kam sofort zur Gesandtschaft zurück und meldete seine Beobachtungen. Ich stellte ihm meinen Diplomatenwagen zur Verfügung und gab ihm einen «Offenen Befehl» auf Gesandtschaftspapier mit, wonach die im Tattersal befindlichen Professoren usw. sofort zum Dienst in die Gesandtschaft einzuliefern seien. Damit begab er sich zum Internierungslager, zeigte den «Offenen Befehl» vor und nahm 10 Personen mit, die er in das für 5 Personen zugelassene Auto stopfte. Diesen Weg wiederholte er zehnmal. Das Internierungslager wurde von Polizisten bewacht, die vor dem Diplomatenauto und dem blonden Schweizer Beamten mit dem höflichen, aber entschiedenen Auftreten grossen Respekt hatten. Gelenkt wurde der Wagen von dem Gesandtschaftschauffeur Weisz, der auch im Privatleben Taxichauffeur war und diese Aktion mit Geschick und vor allem in unglaublichem Tempo durchführen half.

Wie wäre es uns möglich gewesen, solche Aktionen ohne CD-Wagen durchzuführen? Wie hätten wir über einen Diplomatenwagen verfügen können ohne Lutz' stillschweigende Zustimmung? Und wie hätten solche und ähnliche Rettungsaktivitäten vorgenommen werden können, hätte sich Lutz jedesmal vorschriftsmässig an Bern um Erlaubnis gewandt?

Versuch zur Befreiung von Gestapohäftlingen

RAFI Nicht alle der oft tollkühnen Pionieraktionen hatten Erfolg, aber einer von denen, die sich nie entmutigen liessen, war der schon öfters erwähnte Rafi Friedl, alias János Sampiás, der anfangs 1944 auf der Flucht aus der Tschechoslowakei nach Budapest gekommen war. Er organisierte mehrere lebensgefährliche Unternehmen.

Einmal zum Beispiel versuchte er – gemeinsam mit einem hilfsbereiten deutschen Angehörigen der Waffen-SS –, 18 Pioniere mit Hilfe eines gefälschten Befehls aus dem Gefängnis in der Margit-Körut zu befreien. Diese Aktion hätte fast ein tragisches Ende genommen, weil der Kommandant des Gestapo-Gefängnisses die Richtigkeit des «Befehls» durch einen Telefonanruf überprüfen wollte. Zufällig gaben gerade in diesem Moment die Sirenen Fliegeralarm, und Rafi nützte es aus, dass der Kommandant dadurch aufgehalten wurde. Er entfernte sich sofort mit seinem deutschen Begleiter unter dem Vorwand, mittlerweile eine dringende Angelegenheit zu erledigen und sofort nach der Entwarnung mit den Gefangenen wiederzukommen. – So blieben er und der Deutsche frei, die Gefangenen aber weiter in Haft.



Sampiás János alias Rafi Friedl



Horák, Pál

SZEKULESZ Ich erwähnte schon, dass wir Arbeitsdienstkompanien nach Budapest kommen liessen; eine von diesen war in Győr und Umgebung zusammengestellt worden. An ihrer Spitze stand László Szekulesz. Die aus ca. 220 Personen bestehende Kompanie rückte ins Gesandtschaftsgebäude ein und nahm im Hof Aufstellung. Das ganze Gebäude war damals bereits überfüllt, und die technischen Leiter, Ing. László Feldmann und Imre Schnabel, meldeten, dass sie unter gar keinen Umständen mehr Schlafgelegenheiten auch noch für die Angehörigen der Kompanie beschaffen könnten. Szekulesz erwiderte darauf im Namen seiner Leute aber fest entschlossen, sie würden sich nicht mehr von hier wegrühren, und er akzeptierte auch nicht den Vorschlag, in ein benachbartes geschütztes Haus einzuziehen; seine Kompanie würde lieber im Hofe des Gesandtschaftsgebäudes erfrieren, als sich wegrühren, denn sie traue der Sicherheit in den «geschützten» Häusern nicht. «Selbst wenn mit Gewehren auf uns geschossen wird, gehen wir von hier nicht mehr weg», sagte Szekulesz, während die Kompanie reglos, in militärischer Disziplin den Ausgang der Wortschlacht und die Entscheidung abwartete.

Als ich die Kompanie beobachtete und in der Kälte die verzweifelten und gleichzeitig erwartungsvollen Gesichter der Männer sah, erkannte ich, dass Szekulesz recht hatte, dass ich an seiner Stelle wohl ebenso handeln würde. Ich sprach unterdessen neuerlich mit der technischen Abteilung – und erhielt wieder Antwort, es sei ausgeschlossen, dass die Kompanie aufgenommen werden könnte. Während dieser Zeit traf der Hilferuf eines Hauskommandanten für sein geschütztes Haus ein, in das randalierende Pfeilkreuzlertruppen eingedrungen waren. Das gab schliesslich den Ausschlag für das Schicksal der Arbeitsdienstkompanie. Ich ging in den Hof zurück, wo die Männer noch immer in Reih und Glied standen, und sagte ihnen, dass es im Gesandtschaftsgebäude wohl keine Liegestätten gäbe, dass aber jeder von ihnen sich dort einen Platz im Gebäude suchen sollte, wo er einen fände. Diese Mitteilung löste bei ihnen Freudenrufe und sogar einzelne Freudentränen aus. – Es gab natürlich auch weiterhin keine Schlaflager, trotzdem zogen Tag für Tag noch Menschen ein. Man schlief auf Treppenstufen, die Menschen waren zusammengedrängt wie Sardinen in der Dose – aber sie überlebten!

László Szekulesz hatte mit seiner Hartnäckigkeit nicht nur erreicht, dass seine Kompanie vollzählig am Leben blieb, sondern

ausserdem trug er auch mit dazu bei, dass wir an die Beschaffung weiterer Gesandtschaftsgebäude dachten. So kam es zur Einbeziehung des Gebäudes in der Wekerle-Gasse 17.

PEREZ Ein bekannter Kurier war Jenő Appelfeld, der innerhalb der Pionierbewegung den Namen Perez führte. Er versah an der Gesandtschaft den schwierigen und verantwortungsvollen Dienst als Torwache, nachdem er durch eine offizielle Einberufung in die Gesandtschaft Vadász-Gasse vom Arbeitsdienst losgekommen war. Sobald die Rettung von Arbeitsdienstangehörigen mit Hilfe von Schutzpässen begann, war er sofort mit allen seinen Gedanken bei seinen ehemaligen Kameraden, deren Schicksal er bis vor kurzem geteilt hatte. Im Bestreben, ihnen zu helfen, schrieb er in nächstlanger Arbeit die Namen der 220 Männer seiner Kompanie auf. Sobald die Namensliste fertig war, stellten die Stenotypistinnen der Gesandtschaft binnen kürzester Zeit die Schutzpässe für alle Namen aus, und Appelfeld wurde als Gesandtschaftskurier zur Aushängung der Schutzpässe bevollmächtigt. Die Kompanie befand sich in dem Rüstungsbetrieb «Ungarische Baumwollindustrie» in Újpest, und dorthin begab er sich in der froststarrenden Winterkälte auf lebensgefährlichem Weg. Zum Glück respektierte der Kompaniekommandant die Weisung der schweizerischen Gesandtschaft ohne Weiteres, und so kam die ganze jüdische Arbeitsdienstkompanie Nr. 101/69 in die Gesandtschaft – und war damit gerettet.

BARUCH Ein stets hilfsbereiter leitender Beamter der schweizerischen Gesandtschaft, Dr. Steiner aus Zürich, ersuchte an einem Novembertag 1944 telefonisch um Befreiung einer jüdischen Frau aus dem Gefängnis «Pestvidék». Er wandte sich aus dem Grund an die Vadász-Gasse, weil er selbst nur auf dem langen und bürokratischen Weg über das Aussenministerium hätte intervenieren können und die Gefahr bestand, dass sein Schützling bis zur Erledigung über den Amtsweg längst entführt werden könnte. In diesem Fall übernahm einer der tapfersten und aktivsten Pioniere der Kuriergarde, Baruch (Paul) Felsenburg, der schon über grosse Erfahrung bei Rettungsaktionen verfügte, die Rolle des Retters. Wie in anderen Fällen auch bekam er einen schriftlichen Befehl mit, wonach die Bedienstete der schweizerischen Gesandtschaft, Frau Farkas, freizulassen wäre. Er selbst trat ebenfalls als Gesandtschaftsbeamter auf. Bei solchen riskanten Aktionen gingen die Kurieri immer zu

158

zweit, wobei der Begleiter die Rolle des Beobachters hatte und in entsprechender Entfernung blieb. Falls der Kurier, der sich in das Gefängnis begab, aus irgendeinem Grund verhaftet wurde, meldete dies der Beobachter sofort an die Gesandtschaft. So etwas kam nicht allzu oft vor und konnte dann immer durch telefonische Intervention geregelt werden. Die schweizerische Gesandtschaft war für die Gefängnisdirektoren – wie allgemein für Staatsbeamte – tabu. In diesem Fall war der Begleiter Felsenburgs Oszi Elfer, der fast noch ein Kind, aber tapfer und geistesgegenwärtig wie ein Erwachsener war. Unterwegs mussten sie sich legitimieren, aber die Amtsorgane respektierten ihre Gesandtschaftspapiere. In der Nähe des Gefängnisses bezog Elfer seinen Beobachtungsposten, Felsenburg betrat das Gefängnis. Der diensthabende Beamte fühlte sich nicht kompetent für die Erledigung des Falles und liess Felsenburg zunächst lange warten, bis er ihn endlich zum Gefängnisdirektor führte. Dann allerdings ging es schnell: Felsenburg, der zweisprachig aufgewachsen war, machte dem Gefängnisdirektor in deutscher Sprache heftige Vorwürfe, dass er ihn so lange hatte warten lassen, während er doch längst von Konsul Lutz erwartet wurde. Das Ergebnis dieses energischen Auftretens war, dass der Gefängnisdirektor gar nicht mehr viel fragte, sondern gleich Auftrag zur Freilassung von Frau Farkas gab. Diese folgte ihrem Retter zitternd vor Angst – sie ahnte gar nicht, dass sie frei war, vielmehr fürchtete sie, den Pfeilkreuzlern übergeben oder gar hingerichtet zu werden. Erst als sich ihnen in gebührender Entfernung vom Gefängnis auch Elfer anschloss und ihr beide versicherten, dass sie zu Dr. Steiner gebracht werden würde, beruhigte sie sich. Felsenburg hatte sich auch in psychologischer Hinsicht gut auf seine Rolle vorbereitet und war im Bewusstsein des Nimbus der schweizerischen Gesandtschaft sicher und bestimmt aufgetreten.

HORAK Von jenen Mitgliedern der Kuriergarde, die zu keiner der Pionierbewegungen gehörten, war eines der bekanntesten Pál Horák. Unter diesem Namen kannte man ihn bei der schweizerischen Gesandtschaft, in den Büros des Internationalen Roten Kreuzes und auch sonst überall, wo für die Rettung von Verfolgten gearbeitet wurde. In Wirklichkeit hiess er Moshe Weizskopf. Im Jahre 1943 wurde er zum vorgeschriebenen «vaterländischen» Arbeitsdienst einberufen. Er besuchte damals das Rabbinerseminar; zu seinem Glück respektierte man in Mohács, wo er sich zu melden

hatte, jene Anordnung, wonach Kandidaten für das Rabbineramt vom Einrücken befreit waren. (Aber schon 1942 waren trotz der diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften zahlreiche bereits aktive Rabbiner zum Arbeitsdienst eingezogen und damit so gut wie sicher in den Tod in der Ukraine getrieben worden.) Die Nachrichten, die Weizskopf über seine jüdischen Schicksalsgenossen bekam, stiessen bei ihm nicht auf taube Ohren. Er hörte, zu welchem tragischen Schicksal jene 20'000 gelangt waren, die unter dem Vorwand «keine Staatsbürgerschaftspapiere zu besitzen» in Kamenetz-Podolsk umgebracht worden waren; er erfuhr, wie man den Aufstand in Warschau in Blut erstickte, und er wusste von der Dezimierung mehrerer Arbeitsdienstkompanien, deren Angehörige man zuvor halbtot gequält hatte. Diese alarmierenden Nachrichten und die in rascher Folge erlassenen «Judengesetze», die die jüdische Bevölkerung zu Parias machten, sie ihrer elementarsten Menschenrechte beraubten – einschliesslich des Rechtes auf Arbeit – und die schliesslich alle Juden auch auf Rassenbasis verfolgten, brachten den jungen Weizskopf zum Nachdenken. Er kam zu der Erkenntnis, dass die Politik des Reichsverwesers Horthy und seines anständigen, kriegsgegnerisch und antideutsch eingestellten Ministerpräsidenten Graf Kállay, die auf die Lostrennung Ungarns von den Deutschen und auf einen Friedensschluss mit den Westmächten ausgerichtet war, auf sehr unsicheren Füüssen stand. Es war allgemein bekannt, dass Kállay eine doppelte Politik betrieb, mit der er Zeit für die Verwirklichung seiner friedlichen Ziele gewinnen wollte. Aber dazu war es zu spät. Es war bekannt, und auch der junge Weizskopf wusste davon, dass Kállay nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten die offizielle Führung der Judenschaft zu sich rufen liess und ihr gegenüber offen seine wirklichen Ziele darlegte: Er betonte, dass er unter deutschem Druck gezwungen sei, das jüdenfeindliche Programm zu befolgen, dass er versuchen würde, die gegen die Juden gerichteten Anordnungen in der Praxis nicht wirksam werden zu lassen. Weiter war es auch kein Geheimnis, dass Kállay im Herbst 1943 die Leitung der zionistischen Organisation ebenfalls zu vertraulichen Gesprächen zu sich berief und über die wahren Hintergründe seiner Politik sprach. Um seinen Worten Glaubhaftigkeit zu verleihen, wurde nach diesen Geheimverhandlungen in den Zeitungen verlautbart, dass die Regierung den – von Kállays Vorgesetzten seinerzeit verbotenen – Zionistischen Bund sowie die legale Betätigungsmöglichkeit der zionistischen Zweigorganisationen in der

Provinz wieder zuliesse. Die Betätigung der zionistischen Organisation in Budapest selbst war noch nie verboten worden – dies geschah erst nach der Besetzung Ungarns durch die Deutschen im Jahre 1944. Die Legalisierung der Aktivitäten der Zionisten in der Provinz war in der damaligen Situation mutig, da sie im Widerspruch zu den Intentionen Hitlers stand. Es war aber damals schon klar, dass die Verwirklichung der Pläne Horthys und Kállays zweifelhaft bleiben musste – schon weil die Führung des politischen Lebens in Ungarn und der Grossteil des ungarischen Offiziersstabs aus Nazisöldlingen bestand.

In diesem Bewusstsein kam Weizkopf zu der Überzeugung, dass er – wollte er diese Epoche des Hasses und des Mordens überleben – den Gegebenheiten ins Auge sehen und selbständig handeln musste. Als die Deutschen im März 1944 das mit ihnen verbündete Ungarn besetzten, fasste er einen raschen Entschluss. Seiner Beurteilung nach hatte er nur wenig Chance zu überleben, wenn er den Dingen ihren Lauf liess und die Anordnungen der Behörden befolgte. Er entschloss sich also, den Behörden und ihren Erlassen Trotz zu bieten und sich durch «Arisierung» freie Bewegungsmöglichkeit zu sichern, um dadurch sich und anderen helfen zu können. Er wusste von polnischen Flüchtlingen, die für sich selbst arische Papiere beschafften und von denen man für Geld Dokumente auf arische Namen auch kaufen konnte. Weizkopf wollte nur Originaldokumente und keine Fälschungen – für 400 Pengő gelang es ihm, von einem geschickten Polen einen Identitätsausweis auf den Namen Pál Horák zu erwerben. Da er der Echtheit des Dokumentes misstraute, machte er sich daran, es zu überprüfen. Zu dieser Zeit waren Juden bereits verpflichtet, ständig einen gelben Stern auf ihrer Kleidung zu tragen; er aber fuhr mit seinem neuen Dokument ohne Stern nach Pestszentlőrinc. Dort stellte er fest, dass «sein» (nämlich Horáks) Vater bereits tot war, «seine» Mutter als Wäscherin arbeitete und «er selbst», also Pál Horák, Druckereilehrling war. Die ganze Familie war katholisch. Nachdem er sich also von der Echtheit des Dokuments überzeugt hatte, mietete er zunächst eine Wohnung in Pest und besorgte sich dann ganz legal auf dem Postweg die Geburtsurkunden und Taufscheine «seiner» Eltern, ferner seine eigene Geburtsurkunde, ein Leumundszeugnis usw. Mit diesen echten Papieren in der Hand trat er in jeder Hinsicht sicherer und selbstbewusster auf. Er wählte auch seine Kleidung erst nach gutem Überlegen: schwarze Reithosen und -stiefel, dazu einen schwarzen Win-

terrock mit Pelzkragen; ferner trug er einen grauen Hut und ein einziges Abzeichen – ein «V» mit einem eingravierten kleinen Hakenkreuz. Die Idee erwies sich als gut, denn seine Kleidung hatte einen uniformartigen Charakter, und man konnte glauben, dass er Angehöriger einer Sonderabteilung war. Damit erreichte er, dass niemand recht wusste, mit wem er es zu tun hatte, aber auch niemand zu fragen wagte, «zu welcher Organisation der ‚Bruder‘ gehörte».

Weiskopf bereitete sich gründlich auf seine neue Rolle vor, und für den Fall, dass jemand seinen katholischen Glauben anzweifeln und ihn diesbezüglich ausfragen sollte, studierte er gründlich den Katechismus und lernte das Vaterunser und einige gebräuchliche Kirchenlieder auswendig. Solange die Pfeilkreuzlerregierung noch nicht an die Macht gelangt war, konnte man die Lage der Juden in Budapest – im Verhältnis zur Provinz, wo sämtliche Juden unbarmherzig nach Auschwitz deportiert wurden – als relativ sicher bezeichnen, wenn auch voll von Aufregungen. Weiskopf wechselte mehrmals seine Wohnadresse, aber im Besitz der Dokumente des Christen Pál Horák konnte er sich frei bewegen. Einige Male versuchte er, Verwandte und Freunde aus dem Getto von Miskolc zu befreien – aber er brachte ihnen vergeblich Dokumente, aus denen ihr Ariertum hervorging, sie wagten es nicht, sich zu rühren, sie wagten es nicht, seinem Beispiel zu folgen, seinem Willen zum Leben.

Früher, als Weiskopf bei seinen Eltern gewohnt hatte, war sein bescheidener Lebensunterhalt gesichert gewesen. Als er sich jedoch in einen guten Katholiken verwandelte und als Pál Horák eine eigene Wohnung mietete, ergaben sich finanzielle Schwierigkeiten. Zunächst löste er das Problem, indem er nicht ganz legale Geschäfte abwickelte. An eine ständige Beschäftigung war nicht zu denken, es war schon gefährlich genug, dass der wirkliche Pál Horák in Pestszentlőrinc gewohnt und das Druckergewerbe gelernt hatte, während Weiskopf unter dem selben Namen und mit den gleichen persönlichen Daten in einer Wohnung in Pest angemeldet war. Er konnte nun überall dort hingehen, wo man sich um das Schicksal der Verfolgten kümmert – so kam er auch zum Internationalen Roten Kreuz, dessen Mitarbeiter er wurde, und in die Gesandtschaft in der Vadász-Gasse. Er fand überall Anschluss und gewann auch das Vertrauen der Pionierbewegungen, sodass er bald gefährliche und verantwortungsvolle Aufträge erfüllte. Er wurde zum Verbindungs-

mann zwischen den neutralen Gesandtschaften, dem Roten Kreuz, der Hilfskommission usw. Dank seiner Geistesgegenwart und seinem raschen, energischen Auftreten sowie seinem klaren Urteilsvermögen erledigte er die gefährlichsten und vertraulichsten Missionen. Reihenweise rettete er Menschen aus Häusern mit dem gelben Stern. Die Hausbesorger brachten dem gutaussehenden «Beamten des Roten Kreuzes» oder der «schweizerischen Gesandtschaft» mit dem ruhigen und bestimmten Auftreten Respekt entgegen und zweifelten nicht im Geringsten an der Rechtmässigkeit seines Vorgehens. Aber er befasste sich nicht nur damit, Menschen aus versperrten Häusern und aus Internierungslagern herauszubringen; manchmal hatte er auch Munition und Handgranaten aus dem geheimen Waffenlager der Vadász-Gasse zu ehemaligen Arbeitsdienstmitgliedern zu bringen, die in der Illegalität, mit «arischen» Papieren lebten. Er nahm an der Versorgung des Gettos teil, indem er – gedeckt durch einen «offenen Befehl» – Lebensmittel in blachenbedeckten Lastautos hineinbrachte. Am Rückweg wurden unter den Blachen oft Menschen aus dem Getto herausgebracht. Ferner beteiligte sich Weiskopf auch an der Belieferung der Kinderheime des Internationalen Roten Kreuzes. Jeder Tag brachte neue, sehr oft äusserst aufregende und gefährliche Aufgaben, die nicht nur Mut, sondern auch einen kühlen Kopf und Entschlusskraft erforderten. Weiskopf war sehr aktiv auch an der Rettung von Arbeitsdienstangehörigen beteiligt. Er brachte viele von ihnen mit auf bestimmte Namen lautenden Papieren in die Gesandtschaft in der Vadász-Gasse, aber es kam auch vor, dass er 200-220 Schutzpässe (je nach Stärke der Kompanie) für eine komplette Arbeitsdienstkompanie zustellte. Diese Aktionen waren oft genug wegen der böswilligen Haltung gewisser Pfeilkreuzlerkommandanten mit Lebensgefahr verbunden; Weiskopf konnte aber jede seiner Missionen erfolgreich durchführen. Einmal sollte er 220 Schutzpässe für eine Kompanie in der Nähe von Budapest zustellen; die Adresse war ihm aber nicht bekannt, sondern bloss die Feldpostnummer und die Richtung, in der er das Lager zu suchen hatte. Solche Aktionen wurden immer von zwei Kurieren durchgeführt; in diesem Falle wurde Weiskopf von Pál Felsenburg – der ebenfalls über eine «arische» Identitätskarte verfügte – begleitet. Sie waren mit dem Auto unterwegs und fanden nach langem Suchen das betreffende Lager; der junge Leutnant, der sie dort empfing, erklärte jedoch sofort, dass er für die Übernahme der Schutzpässe nicht zuständig sei, in so einem Fall wäre die Pfeil-

kreuzlerkommandantur kompetent. Weizkopf (das heisst in diesem Fall natürlich Horák, Kurier der schweizerischen Gesandtschaft) zeigte keinerlei Überraschung, sondern ersuchte den Leutnant, die Pfeilkreuzlerführung telefonisch herzubitten. Damit gewann er das Vertrauen des Offiziers. Plötzlich stürzten zwei maschinenpistolengewaffnete Pfeilkreuzler mit dem Ruf nach Übergabe der «Spione» herein. Als sie sahen, dass die «Spione» in der Militärkanzlei mit dem Leutnant plaudernd beim Kaffee sassen, senkten sie ihre Waffen. «Horák» übergab ihnen die Weisungen der Gesandtschaft und ersuchte um Durchführung. Die Pfeilkreuzler drückten ihre Missbilligung aus, dass sich anständige Ungarleute mit der Rettung von Juden abgaben und beim Roten Kreuz mitarbeiteten; als ihnen aber die beiden schweizerischen Beamten erklärten, dass ihr Vorgehen insofern sehr nützlich sei, als das Rote Kreuz andererseits die ungarischen Kriegsgefangenen in Feindeshand betreue und man daher mit dem Roten Kreuz Zusammenarbeiten müsse, sahen sie das ein, und die Verhandlungen mit den beiden Pistolenbewaffneten wurden auf freundlicherer diplomatischer Ebene fortgesetzt. Erst wollten die Pfeilkreuzler die Schutzpässe nicht übernehmen, dazu hätte nur die Kommandantur in Buda das Recht; schliesslich einigte man sich doch mit ihnen, dass sie die Schutzpässe dem Leutnant übergaben, «denn» – wie die Pfeilkreuzler sagten – «sie wollten die müde Kompanie nicht in ihrer wohlverdienten Ruhe stören».

Den Kurieren war klar, dass man damit vermeiden wollte, dass Beamte der Schweiz und des Internationalen Roten Kreuzes sehen sollten, in welchem Zustand sich die Arbeitsdienstleute befanden. Der Leutnant erhielt die Schutzpässe, am nächsten Tag wurden diese ordnungsgemäss ausgegeben.

Alle arbeiteten selbstlos zusammen: Felsenburg, der Leitungsmitglied der Pionierorganisation Makkabi Hatzair war, übernahm ebenso jede lebensgefährliche Aktion wie Weizkopf und andere, die «von aussen» zu den Pionieren stiessen und von deren Idealismus mitgerissen wurden.

LADANYI Das junge Ehepaar mit einem Kleinkind kam von draussen in die Gesandtschaft und konnte im Raum der Pionierbewegung Hashomer Hatzair untergebracht werden. Der Mann meldete sich bei mir freiwillig zum Kurierdienst. Intelligent, blond, mit gutem Auftreten und mit einem Ledermantel erweckte er bei den Pfeilkreuzlern keinen Verdacht, sodass er eine der gefährlichsten

Aufgaben zu übernehmen wagte: Er fuhr jede Woche mehrmals (manchmal an ein Militär- oder Lastauto geklammert) zur deutschen Grenze und ging mit seinem schweizerischen Gesandtschaftsausweis in das dortige Lager, wo die Pfeilkreuzler die Deportierten den Deutschen übergaben. Von dort holte er die Leute, für die er bei der Gesandtschaft Schutzpässe erhalten hatte, mit grossem Geschick heraus.

Nach der Befreiung erzählte er, dass er von der Wirkung der schweizerischen Papiere selbst so tief überzeugt war, dass er bei jeder Gelegenheit den zuständigen ungarischen und deutschen Militärstellen mit grösster Ruhe und selbstverständlicher Bestimmtheit entgegentrat.

PEREZ, FEIGI und JOSZEF Einige Leitungsmitglieder verschiedener Pionierorganisationen brachten zur Tarnung an einem Gebäude in der Perczel-Gasse einfach eine Tafel der schweizerischen Gesandtschaft an. Der Andrang vor dem Büro war so gross, dass am dritten Tag berittene Polizei kam, um Ordnung zu halten. Man kann sich den ersten Schreck vorstellen. Aber es passierte gar nichts. Die Polizei war der «schweizerischen Gesandtschaft» behilflich – sie wusste ja nicht, dass die Gesandtschaft in der Perczel-Gasse illegal war. An einem Novembertag des Jahres 1944 erschien ein ungarischer Offizier in diesem Büro. Er berichtete den «Leitern der Gesandtschaft», Révész und Feigenbaum, dass er Kommandant jüdischer Arbeitsdienstler sei; da er darüber informiert sei, dass der schweizerische Schutzpass vollen Schutz gewähre, ersuche er um Ausstellung solcher Dokumente für seine hundert Leute. Er übergab dem verblüfften Perez Révész eine für diesen Zweck bereits angefertigte maschinengeschriebene Namensliste. Es war in diesen Zeiten so gut wie unvorstellbar, dass ein ungarischer Offizier Juden retten wollte. Perez übernahm die Liste – verständlicherweise fürchtend, dass er es mit einem agent provocateur zu tun habe – und sagte, er müsse sie erst Konsul Lutz von der schweizerischen Gesandtschaft vorlegen. Der Offizier ersuchte Perez sehr höflich, von allen Formalitäten abzusehen; die Ausstellung der Schutzpässe sei sehr dringend, er fürchte, dass seine Männer demnächst nach Deutschland abkommandiert würden. Perez, auf Grund seines Misstrauens, bestand auf dem Amtsweg. Es kam zu einem Wortwechsel, der Offizier wurde nervös, nahm dann Befehlston an und verlangte kategorisch die sofortige Ausgabe der Schutzbriefe. Perez

verlangte weiterhin die Einhaltung der Vorschriften. Der Offizier verlor die Geduld und richtete mit dem Ausruf: «Ich kann meine Leute doch nicht zugrunde gehen lassen» die entsicherte Pistole auf Perez' Brust. Er drohte, ihn zu erschiessen, wenn er nicht sofort die Schweizer Schutzbriefe bekäme. Perez sah aus der Aufregung, in die der Offizier geraten war, dass dieser wirklich aus Angst und Besorgnis um seine Leute handelte, und fasste Vertrauen zu ihm. Er zwang sich in dieser lebensgefährlichen Situation zu vollkommener Ruhe und sagte in freundlichem Ton zum Offizier, dass er bereit sei, alles zur Erfüllung seiner Bitte zu tun – nur sollte er ihn erst geduldig anhören. «Wenn Sie mich erschiessen, können Sie die Brigade nicht retten», sagte Perez. «Wenn Sie aber meinen Vorschlag annehmen, erreichen Sie Ihre Absicht. Ich werde die Durchführung in der Form beschleunigen, dass die Beamten hier die Schutzbriefe sofort ausstellen, ich trage diese persönlich zu Konsul Lutz und bringe sie Ihnen binnen einer Stunde unterschrieben zurück.» Der Offizier akzeptierte Perez' Vorschlag, drohte aber, das Gesandtschaftspersonal zu erschiessen, falls Perez nicht zurückkäme. Perez fertigte mit Feigenbaum und den übrigen Pionieren in fieberhafter Arbeit die Schutzpässe an – das heisst, sie füllten die Formulare aus, auf denen sie schon vorher die Unterschrift von Konsul Lutz «angebracht» hatten. Das Büro in der Perczel-Gasse bekam die Blankoschutzpässe aus der Vadász-Gasse und versah sie mit der Unterschrift des Schweizer Konsuls C. Lutz. Dadurch genügte es, bloss die Namen der Schutzbedürftigen auf die Schutzpässe zu tippen. Dann verliess Perez das Gebäude mit den hundert Schutzpässen in seiner Aktentasche und musste eine Stunde auf der Strasse bleiben, um die Zeit für hundert Unterschriften verstreichen zu lassen. Der ungarische Offizier bedankte sich im Namen seiner Arbeitsdienstler.

SIMCHA Alle zionistischen Jugendbewegungen bemühten sich, Flüchtlinge aus den von den Deutschen besetzten Gebieten nach Ungarn zu schmuggeln. Dabei kümmerten sie sich zuerst um die Angehörigen ihrer eigenen Organisationen, dann aber auch um die anderen.

Die erfolgreichste Rettungsaktion in Budapest wurde von Simcha Hunwald organisiert. Dreissig Mitglieder der Pionierbewegung «Hashomer Hatzair» nahmen aktiv an dieser Arbeit teil: Sie besorgten Meldezettel und alle erforderlichen Ausweispapiere – was nicht

166

im Original besorgt werden konnte, wurde gefälscht. 1938 konnte man den Flüchtlingen aus Österreich noch relativ einfach helfen; im Jahre 1941, als die Juden aus der Slowakei flüchteten, waren die Aufgaben bereits gewaltig angewachsen. Damals weitete sich die Rettung zum «Menschenschmuggel» aus. Die Pioniere brachten die verfolgten Juden mit Hilfe legaler und illegaler Mittel über die Grenze. Zu jener Zeit wurde der Name Hunwald und die Adresse Andrassy-Strasse 64 bald in slowakischen Kreisen bekannt. Hunwalds Familie erlangte durch ihre Hilfsbereitschaft einen legendären Ruf. Mutter Hunwald übernahm jedes Risiko; ihre Wohnung war stets voll von Flüchtlingen, die auf die nötigen Papiere warteten. Die Flüchtlinge teilten ihre Sorgen mit ihr, sie teilte ihre Küche mit ihnen. Möglicherweise durch Denunzianten wurden die Behörden aufmerksam; am 24. April 1942 drangen Häscher der Fremdenpolizei (KEOKH) in die Wohnung Hunwalds ein; gleichzeitig auch in die seiner Schwester in der Király-Gasse 112 und in jene von György Wiesel in der Vörösmarty-Gasse 51. Viele Pioniere, darunter Leitungsmitglieder, wurden verhaftet und kehrten nie mehr zurück. Jene, die rechtzeitig von der Verhaftungswelle erfahren hatten, flüchteten, manche rückten zum Arbeitsdienst ein. Die Verhafteten wurden nach der schon aus der Zeit des «weissen Terrors» bekannten Methode verhört: Vier Tage hindurch wurde jeder Häftling gefoltert, auch die Frauen schonte man nicht. Die Männer kamen dann in ein Internierungslager nach Garany bei der Kleinstadt Sátoraljaújhely, inmitten eines Waldes. Sie konnten dort für sich und ihre Mithäftlinge eine verhältnismässig erträgliche Lage schaffen. Die Frauen schaffte man in das berüchtigte Internierungslager nach Nagykánizsa. Noch im Herbst 1942 schickte man Hunwald und seine Kameraden mit einer Arbeitsdienst-Strafkompanie in die Ukraine. Zum Glück trafen sie dort auf einen Kommandanten, der mit ihnen nicht im Stile der Armeeführung umging, sondern sie menschlich behandelte. Nach zwei harten Jahren in der Ukraine und nach einer Typhus-Erkrankung konnte er im November 1944 nach Budapest zurückkehren. Er schaltete sich neuerlich in die Rettungstätigkeit ein und wurde mein Stellvertreter in der schweizerischen Gesandtschaft in der Vadász-Gasse. Durch einen tragischen Zufall wurde er noch knapp vor der Befreiung von Pfeilkreuzlern verschleppt. Mit ihm verloren die Pionierbewegungen eines ihrer treuesten und aufopferungsbereitesten Mitglieder. An seine Stelle in der Vadász-Gasse trat László Friedmann, der früher

Mitglied unserer Pionierbewegung in der Provinzstadt Nyíregyháza war. Nach der Befreiung wanderte er mit seiner Frau nach Palästina aus. Dem engsten Mitarbeiter Hunwalds, Josef Fettmann, blieb die Verhaftung erspart. Er rückte zum Arbeitsdienst ein und kam nach dreieinhalb Jahren, schwer geschädigt, zurück. Nach kurzer Erholung setzte er seine Tätigkeit innerhalb der Pionierbewegung bis zu seiner Auswanderung nach Palästina fort.

Hilfe von aussen

Carl Lutz interessierte sich besonders dafür, wie weit an den von den schweizerischen Gesandtschaftsgebäuden in der Vadász- und Wekerle-Gasse aus geleiteten Rettungsaktionen auch nichtjüdische, also «arische» Antifaschisten aktiv teilnahmen. Nachstehend ein Teil meines Berichtes an Konsul Lutz über dieses Thema:

«Die jüdische Selbstschutzorganisation, die ‚Hagana‘, begann den Aufbau ihrer Beziehungen zur Aussenwelt, zu nichtjüdischen Antifaschisten, gleich nach der deutschen Besetzung. Es gelang, die Zusammenarbeit mit einigen hilfsbereiten Ariern in die Wege zu leiten – allerdings war dazu nur wenig Gelegenheit. Schon in den ersten Tagen der Besetzung verhafteten die Deutschen die meisten aktiven Antifaschisten – es blieben nur wenige übrig, solche, die beizeiten untertauchen konnten oder die in den Listen der Spitzel nicht erschienen. Einer der ersten unter ihnen war Albert Bereczky, der Pfarrer der reformierten Kirche in der Pozsonyi-Strasse. Er tat alles, um die Lage der zu Parias degradierten Juden zu lindern: Er war führend an der Errichtung der unter dem Schutz des Internationalen Roten Kreuzes organisierten Kinderheime beteiligt; er war unermüdlich zwischen den einzelnen Heimen unterwegs und unternahm alle nur möglichen Schritte für deren gute Versorgung. Er scheute sich auch nicht, im Interesse der Kinder gegen die Behörden aufzutreten. Er gehörte zu jenen wenigen Ungarn, die während des grössten Terrors ihre persönlichen Beziehungen zu Juden und jüdischen Organisationen aufrechterhielten, so zum Beispiel zu Ottó Komoly, dem Vorstand der Abteilung A des Internationalen Roten Kreuzes, das heisst, der Juden-Rettungsorganisation. Pfarrer Bereczky hatte eine hohe Meinung von Komoly. Nach der Befreiung hielt er im Namen der ungarischen Regierung in seiner damali-

gen Eigenschaft als Staatssekretär für Unterricht bei der Gedenkfeier für Ottó Komoly eine schlichte, ergreifende Rede.

Im Zusammenhang mit den Rettungsaktionen von den schweizerischen Gesandtschaftsgebäuden aus müssen wir noch einen anderen Namen an hervorragender Stelle nennen: Wachtmeister Simon. Dieser Name war in beiden Gebäuden (Vadász- und Wekerle-Gasse) ein Begriff. Er kam täglich dorthin, meldete sich und sagte: ‚Bitte um die heutige Ration.‘ Er ging in die Judenhäuser mit dem gelben Stern, brachte Nachrichten aus diesen, trug Botschaften hin. Aus den abgeschlossenen Häusern brachte er auf Grund von ‚Weisungen‘ auf Gesandtschaftspapier Verfolgte heraus. Er begab sich auch in die Unterkünfte der Arbeitsdienstkompanie. Vor nichts schreckte er zurück, wagte sich überall hin. Er pflegte zu sagen: ‚Ich habe keine Angst, weil ich an die gute Sache glaube – und an meine Uniform, natürliche In diesem Zusammenhang erinnere ich Sie, Herr Konsul Lutz, daran, dass so viele Angehörige der Arbeitsdienstkompanien ja eigentlich Ihnen direkt ihr Leben verdanken. Sie konnten herausgeholt werden, weil Sie gemeinsam mit Wallenberg interveniert hatten und darauf Innenminister Bonczos der schweizerischen und der schwedischen Gesandtschaft die Vollmacht erteilt hatte, Arbeitsdienstler zu Arbeiten in der Gesandtschaft einzuberufen. Diese Leute waren damit vor weiteren Verfolgungen geschützt.

Ein anderer hilfsbereiter Arier war ein Offizier namens Wolf, der bereitwillig Schutzpässe an ihre Empfänger austrug. Mehr als das: Als er sah, in welchem schlechtem Zustand sich das Schuhwerk vor allem der ehemaligen Arbeitsdienstler und vieler Pioniere befand, brachte er zwei Wagenladungen voll Schuhe als Geschenk ins Gesandtschaftsgebäude – in diesem nassen und kalten Winter eine Gabe von unschätzbarem Wert!

Während der Szálasi-Eichmann-Veesenmayer-Herrschaft (vom 15. Oktober 1944 bis 18. Januar 1945) gab es für uns in jeder einzelnen Minute so viele schwierige Probleme zu lösen, wie es unter normalen Verhältnissen unter vielen Tagen nicht gelungen wäre. In dieser Situation kam vor allem auch dem Kontakt mit der Aussenwelt entscheidende Bedeutung zu.

Einer unserer verlässlichsten, wichtigsten Informanten war da Pál Szabó, genannt ‚Palibácsi‘ (Onkel Pali), etwa fünfzig Jahre alt. Er war der Typ des korrekten, aufrechten Ungarn, wie er in dieser Schreckenszeit nur selten anzutreffen war. Ursprünglich Professor

am reformierten Gymnasium von Miskolc war er in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg wegen seiner fortschrittlichen Haltung aus seiner Stellung entlassen worden. Es gelang ihm bei MTI, dem Ungarischen Telegraphen-Büro, unterzukommen; er wurde Direktor von dessen Filiale in Miskolc. Im Winter 1944/45 kam er regelmäßig in das Gesandtschaftsgebäude Wekerle-Gasse. Für sich persönlich wollte er überhaupt nichts, aber er übernahm jede Aufgabe, die dem Wohle der Verfolgten diene. Er stand in unmittelbarem Kontakt mit Endre Bajcsy-Zsilinszky und auch mit dem ‚Befreiungskomitee des ungarischen nationalen Aufstandes‘, einer militärischen Widerstandsgruppe unter dem pensionierten Generalleutnant János Kiss, dem Obersten Jenő Nagy, dem pensionierten Generalstabs-Hauptmann Vilmos Tartsay und anderen Offizieren. Im November 1944 berichtete Onkel Pali voll Hoffnung von den Vorbereitungen eines militärischen Aufstandes; seiner Schätzung nach hatten sich mehrere hundert Offiziere dieser Bewegung angeschlossen. Am 23. November 1944 aber kam er ganz gebrochen in die Wekerle-Gasse; der sonst so ruhige und besonnene Mann war äusser sich: Ein Offizier hatte die Widerstandskämpfer verraten. Am Abend vorher waren bewaffnete Angehörige des sogenannten ‚Nationalen Rechenschafts-Gerichtes‘ in Hauptmann Tartsays Wohnung in der Andrásy-Strasse gestürmt – eben als die hohen Offiziere, die den Widerstand organisierten, dort zu einer Besprechung versammelt waren. Alle Anwesenden wurden sofort verhaftet und mitgeschleppt. Onkel Pali war aufgebracht und fassungslos: Er konnte sich nicht vorstellen, wie sich ein ungarischer Offizier zu Spitzeldiensten hatte hergeben können. Er dachte daran, für wieviele tapfere Nazigegner dieser Verrat den Untergang bedeutete, und dann brach es aus ihm heraus:

«Die Tragödie Ungarns ist es, dass sich die Grossgrundbesitzer, die Aristokraten und die Katholische Kirche selbst mit dem Teufel verbinden würden, um ihre Feudal-Privilegien zu erhalten. Sie unterstützen die antisemitischen Bewegungen mitsamt ihren Rassentheorien, nur um von den wirklichen Problemen des Landes abzulenken. Der Reichsverweser aber war selbst dann noch schwach, als er schon wusste, dass seine Leute, die ‚vitéz‘ (Helden), sich an die Deutschen verkauft hatten. Wenn der Reichsverweser energischer gewesen wäre, bestünde die Regierung heute nicht – unter Führung Szálasis – aus eidbrüchigen, verräterischen ehemaligen Horthy-Offizieren, wie Károly Beregfy zum Beispiel, der ehemals einer der

170

höchsten Offiziere der Horthy-Armee war, dann Kriegsminister Szálasi und gleichzeitig Chef des Generalstabes sowie Mitglied des Regentschaftsrates wurde. Auch der Mörder von Újvidék, Fekete-halmy-Czeydner, könnte nicht stellvertretender Kriegsminister sein. Da ist dann noch Emil Kovarcz, der schon 1919 eine der Lieblingsfiguren der Horthy-Führung war: 1920 war er an dem Mord an Béla Somogyi – dem Redakteur der sozialistischen Tageszeitung ‚Népszava‘ – und dessen Mitarbeiter Béla Bacsó aktiv beteiligt; im Jahre 1939 warf er an einem Freitag Abend eine Handgranate unter die Menschenmenge, die eben die Synagoge in der Dohány-Gasse verliess, und wurde so neuerlich zum Mörder mehrerer Personen. 1920 kam er durch eine Amnestie des Reichsverwesers davon, 1939 ermöglichte man ihm die Flucht nach Deutschland, wo er in die SS eintrat; nach der deutschen Besetzung Ungarns kam er als SS-Offizier zurück und organisierte mit deutschem Geld die bewaffneten Pfeilkreuzlertruppen; und dann wurde er in der Regierung Szálasi Minister ohne Portefeuille, zuständig für die totale Mobilmachung Ungarns.

Nochmals: Wenn Horthy energischer gewesen wäre, wären alle diese ‚Herren‘ noch beizeiten auf Grund der ungarischen Gesetze wegen Mordes und Landesverrates am Galgen gelandet. Hätte der Reichsverweser selbst nicht immer nur die Interessen einer privilegierten Clique vertreten, hätte es nie dazu kommen können, dass das Schicksal des ungarischen Volkes von diesen ‚vitéz‘-Leuten Horthys entschieden wurde, von den Ministern vitéz Bálint Hóman, vitéz Béla Imrédy, vitéz Andor Jaross, vitéz András Nagy v. Tasnád, vitéz Kozma ... usw., deren Herrschaft ebenso wie die Karriere von vitéz László Endre und vitéz László Baky mit Horthys Unterstützung aufgebaut wurde. Der Schwäche Horthys, der diese Leute auch später ihre verderbliche Politik fortführen liess, und dem Einfluss seines Protégés Gyula Gömbös (eines Hitler-Verehrsers) haben wir es zu verdanken, dass Ungarn an den Rand des Ruins geriet. Gömbös füllte in der Zeit seiner Ministerpräsidentschaft die Armee mit zahlreichen deutschfreundlichen und korrupten ‚vitéz‘-Männern auf, die das Land den Interessen Nazideutschlands verkauften und verrieten. Und die wenigen, die einen anständigen Ausweg aus dem Feudal-Faschismus suchten, wurden zu Opfern der Vaterlandsverräter. Die Dichterworte erfüllen sich: ‚Verloren sind wir – die Nation zerfällt wie eine aufgelöste Garbo‘, schloss Onkel Pali.

Seine Befürchtungen fanden nur zu bald ihre tragische Bestäti-

gung. Schon Anfang Dezember kam die Nachricht, dass nach der Verhaftung der Führer der Widerstandsbewegung 400-500 Personen in die Klauen der Pfeilkreuzler geraten waren. Der Stellvertreter des Verteidigungsministers Beregfy, Feketehalmy-Czeydner, liess Endre Bajcsy-Zsilinszky und seine Genossen vor ein Militärstandgericht stellen. Am dritten Verhandlungstag, am 8. Dezember 1944, wurden János Kiss, Vilmos Tartsay und Jenő Nagy im Gefängnis-hof am Margit-Ring gehenkt. Die Todesurteile für die anderen Offiziere wurden auf zehn- bis fünfzehnjährige Zuchthausstrafen abgeändert. Im Falle Bajcsy-Zsilinszky tat man so, als würde sich der Gerichtshof an die Verfassung halten: Da Bajcsy-Zsilinszky Parlamentsabgeordneter war, suchte man erst um Aufhebung seiner Immunität an. Das sogenannte Parlament der Szálasi-Regierung tagte damals bereits nicht mehr in Budapest, sondern in Sopron, und hob – selbstverständlich! – am 9. Dezember 1944 die Immunität Bajcsy-Zsilinszkys auf. Die ehemaligen Minister Horthys: vitéz Béla Imrédy, vitéz Andor Jaross, vitéz Dr. Bálint Hóman, vitéz Dr. András Nagy v. Tasnádyi usw. konnten ihre sogenannte «Rechtsprechung» nach dem beschämenden Beschluss von Sopron nur mehr in Sopronköhida vornehmen, weil man die im Gefängnis Margit-Ring eingekerkerten Widerstandskämpfer wegen der Lage auf dem Kriegsschauplatz dorthin geschafft hatte. Am 23. Dezember 1944 wurde Endre Bajcsy-Zsilinszky – einer der aufrechtsten Ungarn – zum Tode verurteilt; am 24. Dezember wurde er hingerichtet.

Zurück zum 23. November 1944: Dieser tragische Tag brachte für uns auch in anderer Hinsicht schwere Prüfungen. Im Zuge der Pfeilkreuzler-Razzien wurden mehrere Personen aus geschützten Häusern verschleppt; am gleichen Tage wurden auch mehrere Gesandtschaftskuriere verhaftet. Bei einer Sitzung des Gesandtschaftspräsidiums wurde daraufhin die Frage aufgeworfen, ob es noch zu verantworten wäre, das Leben der Kuriere ständig zu riskieren. Es setzte sich schliesslich wieder der Standpunkt durch, dass wir für die Verfolgten alles tun mussten – wir konnten die Tätigkeit der Kuriere einfach nicht einstellen.

Jetzt möchte ich nochmals auf die grossartige Hilfe zurückkommen, die uns Wachtmeister Simon leistete. Wie ich schon sagte, bestand seine wichtigste Aufgabe im Zurückholen von namentlich genannten Personen, die in Budapest oder Umgebung beim Arbeitsdienst waren. Er operierte dabei mit immer gleichlautenden Briefen auf Gesandtschaftspapier, wie wir sie zur Anforderung von Arbeits-

172

dienstkompanien in die Gesandtschaft verwendeten. Ich hatte den Text in sehr verschiedener Form abgefasst: «Herr Kommandant! Auf Grund unserer über das Kgl. Ungarische Aussenministerium mit der Ungarischen Regierung abgeschlossenen Vereinbarung weise ich Sie an, zur Durchführung von Arbeiten in unserer Gesandtschaft Ihre Kompanie umgehend mit entsprechender Begleitung und dem Befehl, sich sofort nach Eintreffen in unserer Gesandtschaft zu melden, nach Budapest, V., Vadász-Gasse 29, abkommandieren zu wollen. Hochachtungsvoll, SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT, Vadász-Gasse 29.» Die Briefe, die Wachtmeister Simon den Kommandanten übergab, hatten den gleichen Text, nur mit der Abweichung, dass der Auftrag zur Übergabe des oder der namentlich genannten Arbeitsdienstleistenden an den Wachtmeister Simon lautete. Die Adressaten dieser Aufträge kamen der Weisung in jedem Falle nach, das Briefpapier und der Stempel der Gesandtschaft wirkten. Allerdings gab es andere unvorhergesehene Schwierigkeiten: Einmal sollte Wachtmeister Simon einen unserer Freunde (Miklós Weiszmann-Vészi, übrigens einer der besten Buch- und Wirtschaftsprüfer Ungarns), der für seine Korrektheit bekannt war, aus seiner Arbeitsdienstkompanie herausholen. Wie immer meldete sich Simon in der Schreibstube des betreffenden Regiments, wo man ihm sagte, er solle sich den Betreffenden selbst suchen und mitnehmen. Als er zu Vészi kam, lehnte es dieser ab mitzukommen – er habe den Eindruck, der Vorgang sei nicht legal. Auch bei einem zweiten Versuch war er nicht zum Mitgehen zu bewegen: Die Sache sei ihm verdächtig und er fürchte, gar nicht zur Gesandtschaft gebracht zu werden. Beim dritten Mal sagte ich Simon, er möge ihm doch erklären, dass er bei der Gesandtschaft an meiner Seite arbeiten werde, dass er wegen seines Fachwissens dringend gebraucht werde – und wenn er dann noch immer nicht kommen wollte, sollte ihn Simon mit Waffengewalt zum Mitkommen zwingen. Das wirkte endlich und von da an arbeitete er Tag und Nacht, verbuchte und überwachte die finanziellen Angelegenheiten und die Lagerhaltung der Gesandtschaft. – Simon hatte noch einige ähnliche Fälle. Sie zeigten deutlich, wie eingeschüchtert die Leute im Allgemeinen waren. Auch ein alter, organisierter Zionist (Ing. László Feldmann), wagte erst dann mit Simon mitzugehen, als ihn dieser mit Waffenandrohung dazu zwang.

Jedenfalls waren aber in der Armee schon auch Leute, die ihren Mann inmitten des ärgsten Terrors standen – so zum Beispiel der

Fähnrich Horváth. Dieser war ein tapferer, sympathischer und zu jedem Dienst bereiter Mann. Er starb während der Ausübung eines wichtigen Auftrages: Als schon die Bomben fielen, musste er mit dem Auto nach Buda fahren. Auf der Rückfahrt in das Gesandtschaftsgebäude in der Wekerle-Gasse wurde er tödlich verletzt. Am nächsten Tag, einem frostigen, kalten Wintertag, bestatteten wir ihn auf dem Szabadság-Platz zur letzten Ruhe. Dieser mutige junge Offizier, der ständig um die Rettung der Opfer des Naziwahnsinns bemüht war, hatte durch einen sinnlos-tragischen Zufall sein Leben verloren. Sein sympathisches Gesicht steht mir immer vor Augen, wenn ich an die Geschehnisse des Jahres 1944 zurückdenke. Im «Garten der Gerechten» im Hofe der Gedächtnisstätte Yad-v'Schem in Jerusalem bewahrt ein immergrüner Lebensbaum, der zu seinem Gedächtnis gepflanzt wurde, die Erinnerung an seinen Namen.

In Kistarcsa gab es ein junges Ehepaar, das das schönste Beispiel für teilnehmende Solidarität mit den Unterdrückten bot. Sie kamen durch einen Zufall zu uns. Ende September 1944 wollte ich mit drei Kameraden einen Fluchtversuch aus dem Internierungslager in Kistarcsa unternehmen, wohin ich aus dem Gefängnis für ‚Pest Umgebung‘, das unter Gestapoaufsicht stand, gekommen war. Dieses Internierungslager wurde damals schon ziemlich liberal geführt.



Miklós, Vészi



Tóni Hranýó

Die Polizeiwache und ihr Kommandant, Polizeihauptmann Vasdinyei, behandelten die Internierten menschlich. Wer wollte, konnte sich freiwillig zum Körbeflechten melden, niemand musste aber arbeiten. Die Weidenruten – der Rohstoff für die Körbe – waren auf einem Grundstück gelagert, an dessen Ende sich ein kleines Haus mit einem zweiten Ausgang auf die Gasse befand. Mit dem Gedanken, dass ich ohnehin nichts zu verlieren hatte, betrat ich das Haus und traf dort das junge Ehepaar. Ich fragte sie unverblümt, ob sie Pfeilkreuzler wären. Die Art, wie sie antworteten, überzeugte mich davon, dass sie keine Sympathien für den Faschismus hatten. Als ich ihnen sagte, dass ich Gefangener des Internierungslagers sei und am nächsten Tag mit drei anderen zusammen durch ihr Haus hinaus flüchten wollte, sagten die beiden wie aus einem Munde und ohne zu zögern: ‚Das ist das wenigste, was wir für Sie tun können!‘ Als ich hinzufügte, dass wir uns selbstverständlich für die Hilfe erkenntlich zeigen würden, lehnten sie auch das einstimmig ab. ‚Dafür nehmen wir kein Geld. Unsere Eltern waren schon Sozialdemokraten, wir sind es auch. Wir sind froh, wenn wir unseren Mitmenschen helfen können – Ich war von dieser Haltung gerührt und beeindruckt und drückte ihnen auch meine Freude darüber aus, dass es in dieser Welt des Grauens noch Menschen wie sie gab. Ich sagte ihnen dann auch noch, dass die Gefahr bei der Flucht nicht so sehr gross sei, weil die Gefangenen weder namentlich noch anzahlmässig in Evidenz gehalten wurden, es gab keinen Appell, und auf das Grundstück zum Körbeflechten konnte man auch ohne Weiteres hinübergehen, bloss von einem ruhigen Polizisten begleitet, der niemanden störte. Die jungen Eheleute erwiderten, sie wären zur Fluchthilfe auch bereit, wenn diese mit Gefahr verbunden wäre. – Aber zu dieser Flucht kam es nicht mehr. Am nächsten Tag, eine Stunde vor unserem geplanten Aufbruch, kam die Nachricht, dass das Internierungslager auf Horthys Veranlassung aufgelöst wurde und die Gefangenen frei wären. Das geschah am 27. September 1944. Bevor wir Kistarcsa verliessen, ging ich zu dem jungen Ehepaar und überbrachte ihm die gute Nachricht. Vor dem Abschied fragte ich sie, ob sie bereit wären, etwas für die Verfolgten zu tun. Die jungen Leute meldeten sich tatsächlich nach einer Woche in der Vadász-Gasse und übernahmen bereitwillig jeden Auftrag. Als echte Arier begaben sie sich sogar in die Pfeilkreuzlerhäuser und retteten verschleppte Menschen. Die Pfeilkreuzler stürzten sich mit dem Schlagwort ‚Judensöldlinge‘ auf sie; unsere Ärzte mussten ih-

szám: ad 644.327

23 18 1914.



Igazolvány.

Igazolom, hogy az 1908. évben Wiskolen

----- ~~Xxxxxx~~ született **Kluger László a Nemzetközi**
Vöröskereszt megbízottja ----- jelenleg

 ----- **budapesti Pozsenyi ut 23.szám alatti** ----- lakos

u.m.kir.honvédelmi minisztérium felszámoló X.szeptje 22/6,-
hadigondozási és érdekvédelmi osztályának válaszkamarádó részlegé-
re megérkezett a közlő, melyben a közlő nől teljesít szolgálatot, mint
a környezet-tanulmányozó, /nyomozó/ csoport tagja.

.....kevesebb engedélyemmel tartózkodik az I.hdt.területén
~~.....kevesebb engedélyemmel tartózkodik az I.hdt.területén~~abbal a céllal, hogy az
 I.hadt.területén eddigi munkáját továbbra is folytassa és
ellássa.

Budapest, 1944. évi december hó 11. n.

Minisztérium
/főhatóság/
pecsétje.



A miniszter rendeletéből:

Vitéz Szapossy
miniszteri tanácsos
osztályvezető.

nen mehr als einmal erste Hilfe leisten, wenn sie von brutalen Pfeilkreuzlern verletzt worden waren. Zum Glück überstanden sie alle diese Angriffe – und kehrten Tag für Tag wieder zur Gesandtschaft zurück, um neue lebensgefährliche Aufträge zu übernehmen. Im Dezember 1944, als sich die nächtliche Ausgangssperre schon auf die ganze Bevölkerung bezog, wurden sie selbst zu Einwohnern der Gesandtschaft. Sie erledigten ihre Aufgaben ebenso verlässlich, ebenso tapfer und jedes Risiko auf sich nehmend wie die irisier-tem jungen Pioniere. Auf diese Art arbeiteten sie bis zur Befreiung.

Es gab ausser den bisher Erwähnten noch andere hilfsbereite Arier. So einige Polizeioffiziere, auch Honvédoftiziere, ferner die Direktoren jener Fabrik, der das Haus gehörte. Diese banden zur Tarnung Pfeilkreuzler-Armbinden um und gingen so auf die Strasse, um die vor dem Gesandtschaftsgebäude wartende Menschenmenge vor den Angriffen der randalierenden Pfeilkreuzler zu schützen.

Einer der interessantesten Menschen unter jenen, die uns damals wertvolle Hilfe leisteten, war jedenfalls Antal Hranyó, 'Tóni', der bei der ungarischen Gestapo arbeitete. Laci Kluger brachte ihn ein-

Übersetzung der Legitimationsurkunde für László Kluger:

Kgl. Ung. Landesverteidigungsminister.

ad Nr. 644.327

22./é-1944.

LEGITIMATION

Ich bestätige, dass der im Jahre 1908 in Miskolc geborene

László Kluger, Beauftragter des Internationalen Roten Kreuzes, derzeit wohnhaft in Budapest, Pozsonyi ut 23, bei der zurückbleibenden Par- tie der Sozial- und Interessenvertretungsabteilung der X. Gruppe 22/é des kgl. ung. Landesverteidigungsministeriums Dienst als Mitglied der Unter- gruppe für Erforschung (Untersuchung) der Umgebung verrichtet.

Genannter hält sich mit meiner Genehmigung auf dem Gebiet des I. Truppencorps zu dem Zwecke auf, seine bisherige Tätigkeit auf dem Gebiet des I. Truppencorps weiter zu versehen und auszuüben.

Budapest, am 11. Dezember des Jahres 1944.

Stempel des Ministeriums
(oberste Behörde)

Im Auftrag des Ministers:

vitéz Dr. Kaposy e. h.
Ministerialrat
Abteilungsleiter

mal zu mir und stellte ihn mit den Worten vor: ‚Tóni ist Pfeilkreuzler – aber dabei ein Mensch. Seine Braut ist Jüdin, und er ist den Pfeilkreuzlern beigetreten, um gegen die Faschisten arbeiten zu können, ohne verdächtigt zu werden. Ich kenne auch seine Braut, und ich weiss, dass Tóni zuverlässig ist. Er will mit uns arbeiten, und er übernimmt jede Aufgaben. Tatsächlich erledigte er einige Aufträge, die wir ihm probeweise übertrugen, sehr gut, und wir befreundeten uns bald miteinander.

Eines Tages, im Dezember 1944, kam Rafi mit der Nachricht, dass sich drei slowakische Pioniere im Gefängnis Markó-Gasse befänden, die am nächsten Tag hingerichtet werden sollten. Es musste unverzüglich gehandelt werden. Ich schickte Laci Kluger zu Tóni, es stellte sich aber heraus, dass dieser gerade bei der ungarischen Gestapo am Schwabenberg war ... Um etwa vier Uhr nachmittags schickte ich Laci nochmals zu Tóni, diesmal mit dem Diplomatenauto. Die Stunden vergingen, aber keiner der beiden kam. Endlich um halb zwölf Uhr nachts tauchten sie miteinander auf. Laci Kluger berichtete, dass er, als er zur ungarischen Gestapo kam, Tóni inmitten der Schergen bei einem Trinkgelage antraf. Tóni rief ihm zu, als er ihn erblickte: ‚Komm, Kamerad, trink mit uns!‘ Um nicht aufzufallen, blieb ihm nichts anderes übrig, als sich dazusetzen. Heimlich schüttete er den Wein, so oft es möglich war, weg und simulierte nur das Trinken. Tóni aber hatte schon die ganze Zeit fleissig mitgehalten und hatte schon eine reichlich schwere Zunge. Endlich kamen sie von der Gesellschaft weg. – Die Rettung der drei Pioniere im Gefängnis war aber eine Frage von Stunden. Ich zeigte Tóni den vorbereiteten ‚Offenen Befehl zur Überstellung der drei Pioniere, den ich vom Gestapokommandanten in der Damjanich-Gasse (mit Originalstempel) bekommen hatte. Tóni murmelte mit schwankender Stimme:

‚Das geht jetzt nicht, erstens habe ich ein bisschen getrunken, zweitens ist mir nicht gut, und drittens ist es schon fast Mitternacht ...‘

‚Tóni!‘ rief ich, ‚mach keine Geschichten, morgen ist es zu spät, du musst diese drei Burschen noch heute Nacht herausbringen!‘ Ich drückte ihm den Offenen Befehl in die Hand.

‚Was ist, wenn ich erwischt werde? Was wirst du meiner Braut sagen?‘

Ich erwiderte, dass ich seiner Geistesgegenwart vertraue. Tóni fuhr mit dem CD-Auto weg und kam eine halbe Stunde später mit

den drei slowakischen Pionieren (Fischer und zwei anderen) zurück. ‚Wie hast du das gemacht?‘ wollte ich wissen. ‚Ich habe energisch beim Gefängnistor geläutet. Als man mir öffnete, zeigte ich den Offenen Befehl und verlangte die sofortige Herausgabe der drei Juden. Der Diensthabende wollte erst bei der Gestapo rückfragen. Ich nahm ihm aber den Telefonhörer aus der Hand und sagte, ich würde selber anrufen. Dann wählte ich irgendeine Nummer und sagte laut, dass ich im Gefängnis wäre und befehlsgemäss die drei Juden mitbrächte. Der Diensthabende war durch mein forsches Benehmen beeindruckt. Er übergab mir widerspruchslos die drei namentlich aufgeführten Männer» »

Hranyó arbeitete mit seinem echten ungarischen Gestapo-Ausweis; Laci Kluger verfügte damals über eine Legitimation des ungarischen Landesverteidigungsministeriums (siehe Faksimile), die ihm die innere Sicherheit bei seinen Aktionen gab. Er musste diese Legitimation niemals vorweisen – sein festes Auftreten und sein Aussehen liessen niemals Zweifel daran aufkommen, dass er zu seinem Vorgehen berechtigt war.

Der Todesmarsch zur Grenze

Als die Szálasi-Regierung mit dem «Ausleihen» der Budapester Juden an die Deutschen begann, setzte sich Lutz mit den Vertretern der übrigen neutralen Staaten ins Einvernehmen; man sandte daraufhin Protestnoten von jeder einzelnen Gesandtschaft an die ungarische Regierung wegen des unmenschlichen und allen Vereinbarungen widersprechenden Vorgehens der Behörden. Im November 1944 meldete sich der ungarische Polizeioffizier Dr. Nándor Batizfalvy sowohl bei Lutz als auch bei dem Schweden Wallenberg und bot seine Hilfe bei der humanistischen Tätigkeit der Gesandtschaften an. Am 22. November 1944 kam es im Gebäude der schwedischen Gesandtschaft in der Üllői-Strasse 4 zu einer vertraulichen Besprechung. Batizfalvy berichtete über den «Todesmarsch» der Deportierten in Richtung deutscher Grenze. Er schilderte die furchtbaren Umstände des Weges von der Ziegelfabrik in Óbuda und die Lage bei der offiziellen Übergabe seitens der Ungarn an die Deutschen in der Grenzstation Hegyeshalom. Nach Batizfalvys Meinung kamen bereits unterwegs mindestens zehntausend Menschen um – erschossen, erschlagen, verhungert oder durch Selbst-

mord. Am Tag nach diesem Gespräch fuhren die Delegierten der schweizerischen, portugiesischen, schwedischen Gesandtschaften, der päpstlichen Nuntiatur und des Internationalen Roten Kreuzes unter Leitung von Batizfalvy zur Grenze, um jene Deportierten zurückzuholen, die über einen Schutzbrief verfügten. Die schweizerische Gesandtschaft entsandte Dr. Árje Breszlauer und László Kluger. Der Bericht der Delegierten ergab, dass die Szálasi-Regierung in erster Linie die Deportierung der überlebenden Budapester Juden angeordnet hatte. Diese verfolgten, gehetzten Menschen, die – von 12-jährigen Kindern bis zu 80-jährigen Greisen – zu Fuss durch das Land getrieben wurden, boten einen unvorstellbaren Anblick. Es gelang der Delegation, einige hundert Menschen nach Budapest zurückbringen zu lassen. Für die anderen stand am Ende ihres Marsches der Untergang, der Tod. Dieses Bewusstsein machte es verständlich, dass in Batizfalvy das Gewissen erwacht war und aus dem Verfolger ein Beschützer der Verfolgten wurde, sodass wenigstens diese wenigen hundert Menschen mit Schutzpässen gerettet werden konnten. – Lutz und Wallenberg waren ausserdem intensiv bemüht, bei den Budapester Behörden Möglichkeiten für die Ausreise der Schutzpassinhaber zu erwirken. Beide sandten darüber auch detaillierte Berichte an ihre Regierungen. Ziel dieser diplomatischen Tätigkeit war es in erster Linie, Zeit zu gewinnen – Zeit zum Überleben für viele.

Pfeilkreuzler

In diesen unruhigen Tagen versuchte Frau Lutz mit verdoppeltem Eifer, den Verfolgten zu helfen. Am 30. November 1944 begab sie sich schon am zeitigen Vormittag zu den geschützten Häusern beim Szent-István-Park. Sie kam dazu, wie – entgegen den Vereinbarungen mit Bagossy – Polizei zusammen mit Pfeilkreuzlern Juden verschleppte. Gertrud Lutz rief sofort ihren Mann an, der so rasch wie möglich zum Szent-István-Park eilte. Die Pfeilkreuzler gingen mit äusserster Brutalität vor. Gertrud Lutz versuchte, die Menschen zu beruhigen und wandte sich an die Polizisten mit dem Ersuchen um Hilfe gegen die Pfeilkreuzler. Carl Lutz sah einen Pfeilkreuzler, der eine Jüdin an ihren Haaren zu Boden riss; er trat näher und forderte den Pfeilkreuzler höflich auf, nicht so grob zu sein, dann wollte er ihn fotografieren. Zu seiner Verblüffung hinderte ihn ein

180

Polizist daran – fotografieren sei verboten. Lutz nahm das zur Kenntnis; aber bevor er noch den Fotoapparat hätte einstecken können, kam ein Pfeilkreuzler dazu, pöbelte ihn an: Wer er eigentlich sei, und was er hier zu suchen habe. Lutz konnte kaum antworten, dass er der Schweizer Konsul sei, da entriss ihm der Pfeilkreuzler schon den Fotoapparat, richtete den Revolver auf ihn und forderte ihn auf, sich schleunigst zu entfernen. Lutz protestierte, berief sich darauf, dienstlich anwesend zu sein – da richtete der Pfeilkreuzler seine Waffe gegen Frau Lutz und brüllte sie ebenfalls an, sich zu entfernen. Lutz bestieg mit seiner Frau das Auto und begab sich sofort ins Aussenministerium zu Kabinettschef Bagossy. Dieser fuhr mit ihnen zurück zum Szent-István-Park. Bagossy liess den Kommandanten der Pfeilkreuzlerpartei des V. Bezirkes holen, der in Begleitung zweier weiterer Pfeilkreuzler im Auto ankam. Der Pfeilkreuzlerkommandant forderte Bagossy auf, sich zu legitimieren, die beiden anderen Pfeilkreuzler nahmen Bagossy in ihre Mitte und richteten ihre Waffen auf ihn. Lutz reagierte schnell – er fuhr mit höchster Geschwindigkeit zurück ins Aussenministerium und suchte dort den Aussenminister Baron Kemény auf, der sich nun seinerseits auf den Schauplatz der Ereignisse begab. Allerdings erwies sich dann seine Intervention nicht mehr als nötig, da es Bagossy mittlerweile gelungen war, dem Pfeilkreuzlerkommandanten die Lage verständlich zu machen. Auch die zusammengetriebenen Juden konnten wieder in die geschützten Häuser zurückkehren. «Das Tragische dabei war natürlich», stellte Lutz dazu fest, «dass auch aus den geschützten Häusern viele Menschen zu Opfern der Pfeilkreuzler wurden, es gelang uns ja nicht immer, rechtzeitig zu intervenieren.»

Terror

Im Laufe des Dezember 1944 und während der ersten Januarwochen 1945 erreichte der Pfeilkreuzlerterror, der bereits mit dem Putsch vom 15. Oktober 1944 begonnen hatte und eine schreckliche Fortsetzung mit dem barbarischen Todesmarsch zur Grenze fand, seinen Höhepunkt. Am 8. Dezember 1944 nahm die Belagerung Budapests durch die Russen ihren Anfang. Ab da gab es für Pfeilkreuzler und SS keinerlei Hemmungen mehr, es wurde gemordet und geplündert, Juden galten als Freiwild. Etwa zehntausend

von ihnen wurden mit unvorstellbarer Grausamkeit gefoltert und umgebracht. Konsul Lutz konnte auch später niemals die mit eigenen Augen gesehenen Greuel vergessen. Deshalb auch war es seine Überzeugung, dass man die Erinnerung an Rassenhass, an die Schrecken des Nationalsozialismus wachhalten müsste, sie nicht verdrängen lassen dürfte – als ewige Mahnung für die Menschheit. Trotz des herrschenden Chaos wurden damals die in verschiedenen Teilen Budapests gefundenen Leichen ins Gerichtsmedizinische Institut eingeliefert. Ein Zitat aus einem zusammenfassenden Obduktionsbericht erübrigt jede weitere Beschreibung:

«Zerschossene Gehirne und Herzsschüsse sind verhältnismässig selten, umso mehr Spuren deuten auf grausame Quälereien. Zu ihren Spezialitäten gehörte das Ausschliessen von Augen, das Hautabziehen, Eingeweide herausnehmen, Glieder brechen. Spuren von Schlägen auf den nackten Körper, schwere Verletzungen der Schädel und Gesichter.»

Der Bericht hält fest, dass die Opfer Frauen und Männer verschiedenen Alters, Kinder und selbst Säuglinge waren.

Auch die Gesandtschaft in der Vadász-Gasse blieb nicht verschont. Ende Dezember 1944 explodierte bei einer Pfeilkreuzler-Versammlung im Stadttheater eine Bombe. Die Feldgendarmarie der Pfeilkreuzler leitete daraufhin eine Untersuchung ein und wollte mit einem «Offenen Befehl» im Gesandtschaftsgebäude Vadász-Gasse nach den Tätern suchen. Zum Glück funktionierte der Telefondienst gut, und einige Offiziere der Polizeikommandantur des V. begaben sich sofort zum Gesandtschaftsgebäude. Sie konnten das Eindringen der Pfeilkreuzler mit dem energischen Hinweis auf den exterritorialen Charakter des Gebäudes verhindern. Viel tragischer verlief der Überfall bewaffneter Pfeilkreuzler auf dasselbe Gebäude am 31. Dezember 1944. Sie drangen mit Gewalt ein, schossen in die versammelte Menge – vier Tote und mehrere Verletzte waren zu beklagen, obwohl der Telefondienst auch diesmal gut funktioniert hatte. Von der Wekerle-Gasse aus wurden alle nur erreichbaren Stellen alarmiert. Bis aber Hilfe eintraf, hatten die Pfeilkreuzler unter Berufung auf einen «Räumungsbefehl» bereits ca. 800 Menschen auf die Strasse getrieben, die eine Stunde lang abmarschbereit in der eisigen Kälte warteten. Mittlerweile langten zwei Offiziere der Gesandtschaftswache in der Wekerle-Gasse, Hauptmann Pál Fábry und Fähnrich Attila Horváth, in der Vadász-Gasse ein und entliessen auf höheren Befehl die Leute von der Strasse zurück ins

Gesandtschaftsgebäude. Gemeinsam mit der ebenfalls eingetroffenen Polizei wurden auch die Pfeilkreuzler entfernt. Bei Abwehr dieses Überfalls spielte die Geistesgegenwart der Telefonisten und das mutige Auftreten des Präsidiummitglieds Arthur Weisz – der die Banditen solange aufhalten konnte, bis Hilfe eintraf – eine grosse Rolle.

Es gab auch andere Zwischenfälle. Ende 1944 wurde die schweizerische Gesandtschaft von Harald Feller geleitet, seit erst der Gesandte Jaeger und später auch der Gesandtschaftsträger Dr. Kilchmann Budapest verlassen hatten. Am 29. Dezember 1944 wurde der Diplomatenwagen, mit dem Harald Feller in Begleitung von Baronin Perényi unterwegs war, angehalten. Beide wurden in die Pfeilkreuzlerzentrale Andrassy-Strasse 42 gebracht, obwohl sich Feller als Diplomat legitimierte und lebhaft protestierte. Die Pfeilkreuzler zogen ihn aus, um sich zu überzeugen, ob er nicht Jude sei ... Man nahm ihm die Aktentasche und seine 100 Napoléons d'or; er und die Baronin wurden 6 Stunden hindurch in brutaler Weise verhört. Dann entliess man beide – die Goldstücke bekam er nicht zurück. Zwei Tage später entschuldigte sich der Stadtkommandant General Iván Hindy bei Feller und Baronin Perényi und sandte ihm auch die Napoléons d'or zurück. An dieser Stelle sei erwähnt, dass Harald Feller und Baronin Perényi (seine spätere Frau) stets hilfsbereit waren und öfters in die Vadász- und Wekerle-Gasse kamen.

Das Präsidiumsmitglied Arthur Weisz der «Abteilung für fremde Interessen» Lutz' hatte auf eigene Faust Verhandlungen mit den Pfeilkreuzlerführern des Bezirks aufgenommen. Als er darüber bei der Präsidiumssitzung berichtete, erwähnte er auch, dass er den Pfeilkreuzlern auf deren Bitte mit kleinen Mengen von Lebensmitteln ausgeholfen hatte. Er erhoffte sich von den Pfeilkreuzlern des Bezirks Unterstützung beim Schutz des Gesandtschaftsgebäudes. Diese naive Annahme war in seinem irrigen Glauben an eine Hilfe «auf ungarischer Linie» begründet. Ich machte ihn auf die Gefahren dieser Kontakte aufmerksam, und wir verboten ihm, weiterhin zu verhandeln. Unser einziger wirklich wirksamer Schutz bestand ja in der Exterritorialität, deren Anerkennung Lutz durchgesetzt hatte und die man nicht durch Verhandlungen mit Pfeilkreuzlern gefährden durfte. Das Leben mehrerer tausend Menschen und die ganze Rettungstätigkeit wären gefährdet, würden die Pfeilkreuzler durch zu grosse Vertraulichkeit veranlasst, die Exterritorialität zu miss-

achten. Trotz dieser Warnung verhandelte Weisz weiterhin mit den Pfeilkreuzlern, die sich dann abermals mit dem höflichen Ersuchen um eine kleine Lebensmittelhilfe an ihn wandten und auch das Gebäude betraten. Sie luden Arthur Weisz im Namen ihres Kommandanten ein, mit ihnen zu kommen, um eine Vereinbarung zu treffen, wonach sie von der Gesandtschaft Lebensmittel bekämen und dafür gewisse Gegenleistungen erbrächten. Trotz aller Warnungen fiel Weisz auf diesen Trick herein und ging mit ihnen – er kam nie mehr zurück. Offensichtlich wagten es die Pfeilkreuzler nicht, die durch Konsul Lutz gesicherte Exterritorialität des Gebäudes wirklich zu verletzen, aber sie entführten eines der Präsidiumsmitglieder.

Der Totengräber Ungarns

Vor Beginn des Angriffs auf Budapest wurde die Stadt von Flugblättern überschwemmt. Das Kommando der vor Budapest stehenden Sowjetarmee machte der deutschen und der ungarischen Heeresleitung und den Bewohnern von Budapest ein äusserst günstiges Angebot: Die Stadt sollte friedlich übergeben werden, um weiteres Blutvergiessen und die Zerstörung von Budapest zu verhindern; die Offiziere könnten ihre Auszeichnungen und ihre Waffen behalten und sollten nach Kriegsende frei darüber entscheiden können, wo sie leben wollten. In der Nacht des 28. und am Morgen des 29. Dezember wurde der Inhalt dieser Flugblätter noch unzählige Male über starke Lautsprecher verlautbart und die ungarischen und deutschen Streitkräfte aufgefordert, sich zu ergeben. Gleichzeitig wurden die Stellen durchgegeben, an denen Parlamentäre mit weisser Fahne die Frontlinien überschreiten würden, um das Ultimatum offiziell zu übergeben. Die Kämpfe waren in vollem Gange, auf den Strassen rannten Pfeilkreuzler – da brachten aufständische ungarische Offiziere die Nachricht, die Deutschen hätten die beiden Parlamentäre niedergeschossen. Anscheinend glaubten Armeeführung und Pfeilkreuzler noch daran, dass Hitler ihnen eine Armee zu Hilfe senden und die neuen Wunderwaffen einsetzen würde! Die Regierung Szálasi, die ungarischen Offiziere und die Pfeilkreuzler opfereten wegen dieser letzten deutschen Lüge noch ihre Hauptstadt samt ihren Bewohnern den Interessen Hitlerdeutschlands. (Kaum dass Szálasi an die Macht gekommen war, hatte er die totale Mobilmä-

chung angeordnet und verfügt, dass alle Vorräte Ungarns an Material und Lebensmitteln sowie alle industriellen Einrichtungen an Deutschland zu liefern wären. Damit schon hatte er Ungarn an Hitlerdeutschland ausgeliefert.) Nun wurden der ungarische «Rassenschützer» Szálasi, sein Generalstab, seine Regierung und seine «Hungaristen-Bewegung» zu Totengräbern Ungarns.

Am 1. Januar 1945 begann der Sturm auf das umringte Budapest.

Das Ende

Lutz' Wohnung befand sich in Buda, die Abteilung für fremde Interessen der Gesandtschaft war in Pest. Er ordnete daher in Anbetracht der Lage vorausblickend an, dass – falls die Verbindung zwischen Buda und Pest unterbrochen würde, die Gesandtschaftsbeamten Dr. Zürcher und Vonrufs die Leitung der Abteilung übernehmen sollten.

Über diesen Zeitabschnitt schrieb Jenő Szatmári, der Budapester Korrespondent der «Basler Nachrichten» in seinem «Tatsachenbericht»:

Am 1. Januar trifft in einem Sonderflugzeug der Bruder des Innenministers Vájna, Dr. Ernő Vajna, in Budapest ein als Sonderbeauftragter der Partei für die Verteidigung von Budapest. Dr. Zürcher setzt sich sofort mit ihm ins Benehmen. Trotz der dauernden Beschiessung und trotzdem das Herumfahren absolut lebensgefährlich ist, ist Dr. Zürcher mit Vonrufs dauernd auf dem Wege. Er besucht die geschützten Häuser, das Getto und ist bestrebt, gegen die häufigen Brutalitäten aufzutreten. Vajna verlangt am 1. Januar sofort, dass alle Juden, auch aus den geschützten Häusern, in das grosse Getto gebracht werden sollen. Aus dem Internierungslager Festetich-Gasse, wo sich nur amerikanische Juden befinden, werden 25 Leute nach dem Getto gebracht. Dr. Zürcher protestiert bei Dr. Vajna. In den nächsten drei Tagen werden aus den geschützten Häusern etwa 5'000 Juden mit Gewalt nach dem grossen Getto gebracht. Vajna behauptet, es sei aus militärischen Gründen notwendig, dass alle Juden ins Getto gebracht werden. Dr. Zürcher gibt sich damit nicht zufrieden. Nach langen Verhandlungen kommt am 8. Januar eine Vereinbarung zustande, wonach die noch in den ge-

schützten Häusern verbliebenen etwa 7'000 Leute mit schweizerischen Papieren dort bleiben können. (Anmerkung des Autors: Tatsächlich wurden in den schweizerischen geschützten Häusern ca. 17'000 Juden befreit.) Dr. Vajna gibt noch in Anwesenheit Dr. Zürchers und Tonrufs an die Polizei die notwendigen Befehle. Dr. Zürcher weiss, dass mit einer eventuellen Gewaltaktion gegen die Juden gerechnet werden muss. Daher verstärkt er seine Aktion. Es gelingt ihm zu erreichen, dass die noch in den geschützten Häusern verbliebenen Juden unbehelligt bleiben. Es gelingt ihm auch zu erreichen, dass die Exterritorialität der schweizerischen Gesandtschaftsgebäude und des Personals gewährt wird – ein Erfolg, der sehr hoch eingeschätzt werden muss.

Die nun – n zehn Tage waren vollkommen im Chaos verlaufen. Die Russen trugen ihren Angriff immer tiefer nach Pest hinein, bis sie am 17. Januar Pest besetzt hatten. Es war ein schauerlicher Anblick, abends in Buda auf der Bastei zu stehen und herunterzuschauen auf die brennende Stadt, die unten in schweren Rauchwolken lag. Es gab Nächte, in denen Pest an 15-20 Stellen brannte. Die Deutschen kümmerten sich nicht mehr um die Juden, sie hatten ihre eigenen Sorgen. Sie mussten ihre Kranken und Verletzten nach Buda schaffen, sie bereiteten die Räumung vor, da sie sehr gut wussten, dass sie Pest nicht halten konnten. Die Deutschen versuchten, Munition und Benzin mit Flugzeugen und Fallschirmen nach Buda zu schaffen, aber sehr viele Fallschirme wurden durch die Russen abgeschossen und landeten in der Donau.

Am 11. Januar töteten Pfeilkreuzlerbanditen wiederum eine grosse Menge von Juden in Pest, die sie in die Donau warfen. Der nazistische Polizeikommandant Kubissy ordnete die Liquidierung des Gettos an – aber den neutralen Gesandtschaften war es gelungen, Polizeischutz für das Getto zu bekommen. Von einigen Atrozitäten abgesehen, blieben so die meisten Insassen des Gettos am Leben. (Anmerkung des Autors: Es gibt keinen Zweifel darüber, dass bei der Rettung des Gettos Pál Szalai, der Verbindungsmann zwischen Pfeilkreuzlerpartei und Polizei, eine positive Rolle spielte. Näheres wurde bereits am Anfang des Kapitels «Sturm nach der Scheinruhe» berichtet.) Am 10. Januar besetzten die Russen die Stefánia-Strasse und drangen in die dortige Gesandtschaft ein.

Am 14. Januar begannen die Deutschen Pest vollkommen zu räumen. Am 15. Januar fliegt eines der grössten deutschen Munitionsdepots in der Rothermere-Gasse in Pest in die Luft. 250 Zivil-

sten finden in den Kellern den Erstickungstod. Dann beginnt die Flucht der Pfeilkreuzler. Am 17. Januar erobern die Russen den Westbahnhof und dringen bis zum Szabadságtér (Freiheitsplatz) vor. Es wird bereits in der inneren Stadt gekämpft. Die Deutschen ziehen um 6 Uhr abends die letzten Truppen aus Pest. In der Nacht kommen auch diese nach Buda herüber. Um 3 Uhr morgens fliegen die Brücken in die Luft. Pest ist durch die Russen genommen.

Am 18. Januar morgens Totenstille in Pest. Am Parlament weht etwas Rotes. Man glaubt zuerst an eine rote Fahne, aber beim näheren Zusehen stellt es sich heraus, dass ein roter deutscher Fallschirm an einem der Türme stecken geblieben ist.

Am 18. und 19. Januar herrscht Ruhe. Die Garnison von Buda wird noch auf 30'000 Mann geschätzt, davon 18'000 Deutsche. Soviel sind von 180'000 geblieben. Am 20. Januar beginnt die Belagerung von Buda. Sie dauert drei Wochen lang. Am 21. Januar begeht Péter Kun, der später gehängt wurde, das scheusslichste seiner Verbrechen – er lässt in einem Sanatorium der Maros-Gasse 149 schutzlose Menschen, Kranke, Alte und Kinder hinmorden, natürlich alles Juden. Am selben Tage setzten die Russen nach der Margaretheninsel hinüber.

Am 28. Januar, Gesandtschaft Tárnok-Gasse bekommt vier Volltreffer. Schutzmann Tóth, der Gesandtschaft zugeteilt, stirbt. Chauffeur Charles Velkej ist schon am 15. Januar gefallen. 30. Januar, Gesandtschaft in Buda gerät in Brand, brennt drei Tage lang.

2. Februar, Britische Gesandtschaft, das Wohngebäude von Konsul Lutz, fängt Feuer und brennt 48 Stunden. Ein Tank von 3'000 Litern Benzin kann dort jeden Moment in die Luft fliegen. Die Nachbarhäuser fangen ebenfalls Feuer, und Konsul Lutz ist mit 25 Personen im Keller eingeschlossen. 3. Februar, dritter Toter in der Gesandtschaft – Fellers Kammerdiener Iván. 5. Februar, vierter Toter, ein Schutzmann namens Hori. Alle sind im Garten begraben.

Es geht dem Ende entgegen. Keine Lebensmittel, keine Munition mehr. Die deutschen Kanonen verfügen noch über 50 bis 100 Schüsse pro Rohr. Unglaubliche Zustände in den Felsenkellern, in denen deutsche Verwundete liegen, auf verfaultem Stroh, verbunden mit Verbandzeug aus Papier, ohne Essen, ohne Ärzte. Hungersnot unter der Bevölkerung. Kein Wasser. In den Strassen liegen überall Pferdekadaver herum, deren Geruch die Luft verpestet. Man kann

sich tags nicht auf die Strasse begeben, alles steht immer unter Feuer. Die Deutschen versuchen den Leuten einzureden, dass die Befreiungsarmee naht, dass sie schon in Budaörs sei usw. – aber kein Mensch glaubt mehr daran. Am 10. Februar ist alles zu Ende. Beratung in den Kellern der Burg, wo das deutsche Hauptquartier ist. Beschluss: Am nächsten Abend, dem 11. Februar, wird ein Ausbruch versucht. Die Ungarn werden aufgefordert mitzumachen, sie tun es aber nicht. Am 11. Februar abends 7 Uhr wird Alarm geblasen. Der Ausbruch beginnt. Nur Deutsche nehmen daran teil, etwa 4'000 Mann, der Rest der einst so starken Armee. Sie werden restlos aufgerieben. Um 8 Uhr abends fliehen die Pfeilkreuzler aus allen ihren Residenzen, aus der königlichen Burg, aus dem Aussenministerium, aber keiner will sie aufnehmen. Die Nacht vergeht ruhig. Am Morgen des 12. Februar sind die Strassen leer. Überall sieht man fortgeworfene deutsche Uniformen, da viele deutsche Soldaten Zivil anzogen und sich so versteckten. Alle Strassen sind voll mit deutschen Autowracks, weggeworfenen Waffen etc. Alles liegt mitten zwischen den Trümmern, trostloser Anblick. Um 9 Uhr wird an der königlichen Burg eine weisse Fahne gehisst, um 10 Uhr eine am Landesverteidigungsministerium. Die Gesandtschaft steckt die Fahne mit dem Schweizer Kreuz aus, die Werböczy-Gasse den Union-Jack. Um 12 Uhr taucht die erste russische Patrouille am Disztér (Paradeplatz) auf. Es ist zu Ende.

Aber in den Konzentrationslagern arbeiteten noch die Gaskammern – die Judenvernichtung ging weiter. Nicht mehr lange. Am 28. April 1945 wurde Mussolini hingerichtet. Am 30. April 1945 verübte der «unbesiegbare» Diktator Hitler mit seiner Eva Braun Selbstmord. Am 1. Mai 1945 folgte der grösste Demagoge der Welt, Goebbels, seinem Chef und beging mit seiner Familie ebenfalls Selbstmord. Am 8./9. Mai 1945 legte die deutsche Armee auf allen Kriegsschauplätzen die Waffen nieder; Keitel, von Friedeburg und Generaloberst Stumpf unterschrieben die bedingungslose Kapitulation. Die SA- und Gestapo-«Helden», die Mörder aus den Vernichtungslagern, flüchteten ... Das war das Ende der hitlerischen Träume von der Welteroberung.

VII

Carl Lutz und der Faschismus

«Der Dank des Vaterlandes»

Anfang April 1945 mussten die Diplomaten der neutralen Gesandtschaften auf Weisung des russischen Truppenkommandanten Ungarn verlassen. Konsul Lutz, seine Frau und seine schweizerischen Mitarbeiter reisten gemeinsam mit dem päpstlichen Nuntius und dessen Gefolge unter militärischem Schutz der Russen ab. Die Gruppe umfasste insgesamt 70 Personen. Es wurde eine abenteuerliche und gefährliche Reise: Nach einer sechstägigen Bahnreise kam man nach Istanbul, von dort ging es mit einem kleinen Dampfer nach Lissabon (durch das mineriverseuchte Mittelmeer), dann weiter über Madrid und Barcelona nach Genf. Von den Schweizer Diplomaten fehlten der Geschäftsträger Harald Feller und Max Mayer – erst ungefähr ein Jahr später liessen die Russen auch sie nach Hause fahren. – Auch der Schwede Raoul Wallenberg, der stets unermüdlich für die Rettung Verfolgter gekämpft hatte, war nicht bei der Gruppe der Heimkehrer, (s. Anhang 13.)

Konsul Lutz wurde, nach einem Urlaub, im Mai 1945 mit der Leitung der deutschen Interessenvertretung in Zürich betraut. Im März 1951, als die diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland wiederaufgenommen wurden, fand diese Tätigkeit ihr Ende. Dann leitete er eine Abteilung des Weltkirchenrates in Genf. Er führte die Verhandlungen mit der israelischen Regierung über das deutsch-evangelische Missionseigentum in Israel und erledigte diese Aufgabe zur vollen Zufriedenheit beider beteiligten Seiten. Nachher arbeitete er – bis zum 2. August 1954 – in der «Kriegsschaden-Abteilung» in Bern; anschliessend ernannte man ihn zum Leiter des schweizerischen Konsulats in Bregenz. Am 8. Januar 1960 wurde Carl Lutz vom Schweizerischen Bundesrat zum Generalkonsul der Schweizerischen Eidgenossenschaft mit Amtsbefugnis über das Tirol und Vorarlberg mit Sitz in Bregenz er-

nannt. «Der Dank des Vaterlandes»: Man liess ihn weiter in der Gehaltsklasse eines Konsuls, damit seine Pension nicht etwa auf Grund des höheren Einkommens eines Generalkonsuls zu berechnen wäre ... Am 30. Juni 1961 beendete er seine sich auf mehr als vier Jahrzehnte erstreckende diplomatische Dienstzeit.

Nach seiner Rückkehr in die Schweiz sandte Carl Lutz einen ausführlichen Bericht an das Eidgenössische Politische Departement über seine Tätigkeit in Budapest. Lutz bezog sich darauf, dass er vom 2. Januar 1942 bis Ende März 1945 als Chef der «Abteilung fremde Interessen» der schweizerischen Gesandtschaft in Budapest die Interessen von 12 Staaten vertreten hatte. Er betonte in seiner Meldung, dass zu seiner Aufgabe auch der Schutz der Menschenrechte der Angehörigen jener Staaten gehörte. Seinem Bericht legte Konsul Lutz die beiden Kollektivpässe bei, die er als Vertreter des britischen Weltreiches für die Inhaber von Palästinazertifikaten ausgestellt hatte. Drei Jahre lang wartete Lutz vergeblich auf Antwort von seiner Regierung; am 22. Mai 1948 schickte er dann eine Kopie seines Berichtes an Dr. Heinrich Rothmund, den Chef der Polizeiabteilung im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges kam es zu Enthüllungen betreffend das Verhalten der Regierung in Bern im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik und der Verfolgung von Juden während des Krieges. Die Kritik traf in erster Linie Dr. Heinrich Rothmund. Die Regierung selbst schwieg darauf; auch mit dem Bericht von Konsul Lutz hatte sie sich nicht beschäftigt – man wollte von der «illegalen» Tätigkeit Konsul Lutz' in Budapest zur Rettung verfolgter Menschen nichts wissen. Als Dr. Heinrich Rothmund (s. Anhang 7) die Berichtskopie von Konsul Lutz erhielt, antwortete er umgehend-am 24. Mai 1948. Nebenstehend der Antwortbrief.

Diese offizielle Antwort rief in Lutz Entrüstung hervor. Derselbe Mensch, der während des Krieges – teils auf eigene Initiative, aber auf jeden Fall im Einverständnis mit dem Bundesrat – beim Besiegeln des Schicksals der Juden mit Hitlerdeutschland kollaborierte, sagte Lutz jetzt Dank für dessen Tätigkeit für die Rettung von Juden in Budapest! Die Bemerkung des Chefs der Polizeiabteilung: «Wir haben ja wohl während der Dauer des Krieges einige hunderttausend Flüchtlinge vorübergehend in der Schweiz aufnehmen können ... usw.», empörte Lutz zutiefst. Diese falschen Ausflüchte! Das Berufen auf die Interessen der Landesverteidigung! Die angeführten Entschuldigungen erinnerten ihn an die Begründungen, mit denen

*Der Chef
der Polizeibildung
im eidgenössischen
Justiz- & Polizeidepartement*

Bern, den 24. Mai 1948.

Herrn Konsul Charles Lutz,
Eidg. Politisches Departement,
Deutsche Interessenvertretung

Z ü r i c h .

Kirchgasse 48.

Sehr geehrter Herr Konsul,

Ich danke Ihnen sehr für Ihr Schreiben vom 22. Mai, mit dem Sie mir Abschriften von Protokollen und Berichten über die Judenfrage und Ihre Rettungsaktion in Budapest zugestellt haben. Die Beilagen haben mich sehr interessiert. Ich kann Ihnen nur sagen, wie dankbar wir Ihnen sein müssen für die Art und Weise, mit der Sie Ihre konsularische Tätigkeit in Budapest während des Krieges zugunsten der Opfer der Naziverfolgungen ausgeübt haben. Sie haben damit zahlreichen Menschen das Leben retten können.

Ich möchte Sie fast beneiden um Ihre Tätigkeit, die so eine direkte und fühlbare positive Auswirkung hat haben können. Wir haben ja wohl während der Dauer des Krieges einige hunderttausend Flüchtlinge vorübergehend in der Schweiz aufnehmen können. Wir mussten aber doch eine negative Haltung einnehmen gegenüber andern zahlreichen Menschen, die von den Nazis verfolgt waren. Doch war die Gefahr, in den Krieg hineingezogen zu werden, ständig so gross, dass wir die Sorgen unserer militärischen Landesverteidigung nicht übersehen konnten. Von der Armeeführung wurde nur ein verhältnismässig kleines Gebiet unseres Landes für die Aufnahme von Flüchtlingen freigegeben. Aber auch dieses Gebiet durfte nicht mit zu zahlreichen Flüchtlingen belegt werden, wenn die Armee manövrierfähig bleiben wollte. Auch war das Réduit allgemein für die nicht regulär dort wohnhaften Personen gesperrt und hätten die von der Schweiz aufgenommenen Flüchtlinge im Kriegsfall dort nicht aufgenommen werden können. So waren uns aus verschiedenen Gründen die Hände gebunden und waren wir dort in die Abwehr gedrängt, wo wir gerne mehr Positives geleistet hätten. Gerade deswegen ist Ihre Tätigkeit auf einem Aussenposten voller Gefahren für unser Land besonders wertvoll gewesen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Konsul, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

H. Lutz

die Deutschen in den von ihnen besetzten Ländern zunächst die Juden aus der «Etappe» deportierten, bevor sie noch die Verfolgung und das Verschleppen der gesamten Judenschaft durch ihre Vasallen «legalisieren» liessen.

So also verteidigte sich dieser Dr. Heinrich Rothmund, der sich schon vor Kriegsausbruch an die Deutschen gewandt hatte, um die Diskriminierung der verfolgten Juden zu bewerkstelligen. Die Schweiz musste für das Verwenden des Buchstabens «J» in den deutschen Reisepässen zur Kennzeichnung der Juden einen sehr teuren Preis bezahlen: Die Deutschen bedingten sich aus, dass ihre nichtjüdischen Staatsbürger auch weiterhin ohne Visum in die Schweiz fahren konnten – so gelangten mehrere tausend Nazis als «Fünfte Kolonne» in Lutz' Vaterland, dessen Unabhängigkeit damit in höchste Gefahr geriet. Lutz sagte darüber: «Nachdem Dr. Rothmund in Pension gegangen war, sprach ich zweimal privat mit ihm. Ich wollte Aufklärung darüber, warum unsere Regierung nicht geneigt gewesen war, sich mit meinem Budapester Bericht zu befassen. Statt klare Antwort zu geben, redete er nur herum; legte Wert auf die Feststellung, dass er selbst nur ein Opfer seiner Position gewesen wäre: Er führte nur einen Beschluss der Gesamtregierung durch. Als ich ihn fragte, warum er sich dann nicht gegen die Zeitungsartikel verteidige, die ihn beschuldigten, der Initiator der Diskriminierung der Juden durch die Einführung des 'J'-Stempels in den Reisepässen zu sein, gebrauchte er wieder nur Ausflüchte.

Aber eigentlich verriet sich Dr. Rothmund, als er unter anderem – s sagte: ‚Wir müssen zugeben, dass das deutsche Volk sehr fleissig und ausserordentlich begabt ist und dass der Nationalsozialismus – abgesehen von gewissen Auswüchsen – viel geschaffen hat.‘ Ich erbleichte, als ich Dr. Rothmund so sprechen hörte. Es bestätigte sich also, dass jene Persönlichkeit, die im Namen unserer Regierung massgeblich für die Flüchtlingsangelegenheiten verantwortlich gewesen war, die Nazideutschen ‚abgesehen von gewissen Auswüchsen‘ offen bewunderte. Also waren die Vernichtung von 6 Millionen europäischer Juden, weiterer 6 Millionen russischer, polnischer und anderer Kriegs- und Zivilgefangener, die Zerstörung oder Verschlechterung der Lebensbedingungen einiger hundert Millionen Menschen, die auf die Unterjochung der ganzen Welt gerichtete Diktatur nur ‚Auswüchse‘ in den Augen einer der einflussreichsten Persönlichkeiten unseres Staatswesens!

Dr. Rothmund dürfte mein Entsetzen bemerkt haben, denn er be-

gann weitschweifig zu erklären, dass seine besten Freunde ja Juden seien. Er sagte mir: „Die Regierung befasste sich – in erster Linie auf Initiative von Steigers – eingehend mit dem Problem der Gefahr des Einstromens deutscher Juden in die Schweiz. Wir kamen zu dem Schluss, dass wir das verhindern müssten. Ich wandte mich damals an meinen jüdischen Freund Saly Mayer um Rat und schilderte ihm unser nationales Problem. Ich zählte die politischen Gefahren auf, die sich in der massenhaften Aufnahme von Juden bargen; ich skizzierte die möglicherweise entstehenden Störungen in der Versorgung. Saly Mayer und ich diskutierten die Frage eingehend und gründlich, und wir kamen zu dem Schluss, dass – so tragisch es auch sei – die Einwanderung der flüchtenden Juden verhindert werden müssten

Es besteht kein Zweifel darüber, dass Dr. Rothmund mit Saly Mayer gut befreundet war. Leider entsprach auch die Behauptung Dr. Rothmunds, dass Saly Mayer dem Todesurteil für die jüdischen Flüchtlinge zustimmte, den Tatsachen.»

Saly Mayer, ein ehemaliger Kaufmann, war eine führende Persönlichkeit innerhalb der schweizerischen Judenschaft. Nach Lutz' Meinung missbrauchte Dr. Rothmund seine Freundschaft mit Mayer, von dem er wusste, dass er in erster Linie Schweizer und dann erst Jude war. Dr. Rothmund verstand es, ihm die Gefahren des Einstromens ausländischer Juden so eingehend zu schildern, als ob die Schweiz von einem nationalen Unglück bedroht wäre. Saly Mayer stimmte in seinem assimilierten Denken und unter dem Einfluss seines persönlichen Freundes dem Plan mit seinen tragischen Auswirkungen zu; nicht nur das: Er bezog offiziell bei der Schweizer Regierung «im Interesse des Vaterlandes» Stellung gegen die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge. Dieses Verhalten rief bei den schweizerischen Juden solche Empörung hervor, dass Saly Mayer im Jahre 1942 als Präsident des Bundes der Schweizer Israelitischen Kultusgemeinden abdanken musste. Er starb in den ersten Nachkriegsjahren. Viele sagen, Gewissensbisse hätten ihn umgebracht. Dieser sonst so korrekte Mensch litt damals an schweren Depressionen. Lutz über diese Angelegenheit: «Als ich mit Dr. Rothmund verhandelte, konnte ich nur daran denken, dass Leute seines Schlages über so viele Menschenschicksale entscheiden konnten. Dr. Rothmund benützte die Loyalität, die sein Freund Saly Mayer dem Vaterland gegenüber empfand – die Folgen waren entsetzlich.»



EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT
DÉPARTEMENT POLITIQUE FÉDÉRAL

Bern, den 5. Februar 1949.

a.B.22.32.gh - AP

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Préciser de rappeler cette référence dans la réponse

ad CL-1949

Herrn Konsul Carl L u t z,
Leiter der Deutschen
Interessenvertretung,
Kirchgasse 48,
Z ü r i c h.

Herr Konsul,

Mit Schreiben vom 28. Januar 1949 stellen Sie erneut an uns das Ansuchen, die zwei "Schweizer Kollektivpässe", die Sie seinerzeit als Leiter der Schutzmachtteilung in Budapest ausgestellt hatten, für einige Zeit zu Ihrer Verfügung zu stellen.

Die Polizeiabteilung des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements macht uns andererseits mit Schreiben vom 25. Januar 1949 darauf aufmerksam, dass die Bezeichnung der betreffenden Ausweispapiere als schweizerische Kollektivpässe nicht statthaft war; denn die Abteilung für fremde Interessen sei wohl ermächtigt gewesen, den ihrem Schutz unterstellten Ausländern Papiere abzugeben, habe aber diese nicht als Schweizerpässe bezeichnen dürfen. Die Polizeiabteilung gelangt deshalb zum Ergebnis, dass eine Kompetenzüberschreitung Ihrerseits vorgelegen habe.

Da die Ausstellung der fraglichen Dokumente bereits 5 Jahre zurückliegt, möchten wir im Einvernehmen mit der Polizeiabteilung dem Falle keine grosse Bedeutung mehr beimessen; doch wollten wir immerhin diese Seite der Angelegenheit nicht unerwähnt lassen.

Im übrigen bestätigen wir Ihnen, dass wir die beiden Kollektivpässe bei den Akten der ehemaligen Schutzmachtteilung in Budapest in Verwahrung nehmen; Ihrem Gesuch um Aushändigung dieser Aktenstücke können wir keine Folge leisten.

Genehmigen Sie, Herr Konsul, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

11. 2. 49
H. L. 22

Konsul Lutz bekam trotz wiederholten Urgierens die in Budapest ausgestellten Kollektivpässe vom Eidgenössischen Politischen Departement nicht zurück. Am 28. Januar 1949 wandte er sich wieder mit einem Brief an seine vorgesetzten Behörden. Auf sein Ansuchen bekam er binnen zehn Tagen nebenstehende Antwort.

Wilhelm Gustloff – David Frankfurter

Das Antwortschreiben des Eidgenössischen Politischen Departements veranlasste Lutz zum intensiveren Studium der Situation seines Vaterlandes vor und während des Zweiten Weltkrieges sowie der Haltung der damaligen Regierungen. Dieses Thema beschäftigte ihn dauernd; während eines Vierteljahrhunderts erlosch sein lebhaftes Interesse dafür nicht, und er kam in seinen Gesprächen immer wieder darauf zurück. Er war sicher, dass der Feldzug des Hasse in der Schweiz mit der Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre eng zusammenhing; gleichzeitig war ihm aber auch klar, dass ohne die grossangelegte Propaganda der Hitlerpartei, die sich auch in der Schweiz organisierte, dieser Feldzug wenig erfolgreich geblieben wäre. Diese Tätigkeit der Hitlerpartei in der Schweiz hatte schon vor der Machtergreifung des «Führers» in Deutschland begonnen, denn gemäss der nationalsozialistischen Ideologie gehörten alle Gebiete, in denen Deutsch die Muttersprache war, zum Deutschen Reich – so auch die deutsche Schweiz. Wilhelm Gustloff, der schon seit 1929 Parteigenosse war, wurde von der NSDAP mit der Organisation der deutschsprachigen Schweizer betraut. Im Jahre 1930 gründete er den Stützpunkt der Auslandsorganisation der NSDAP in Davos, wo er seit dem Jahre 1917 unter eher schwierigen Verhältnissen lebte. Er war ursprünglich hierhergekommen, um sein Lungenleiden auszuheilen. Er war ein begeisterter Anhänger Hitlers, dessen «Mein Kampf» ihm die Bibel ersetzte. Die Nazis erkannten bald, wie wertvoll sein Fanatismus für sie war, und ernannten ihn 1932 zum «Landesgruppenleiter der Auslandsorganisation der NSDAP». Als solcher organisierte er die in der Schweiz lebenden etwa 5'000 Reichsdeutschen; er gründete in 66 Ortschaften die Schweizerische NSDAP, die «Deutsche Arbeitsfront», die Jugendorganisationen der NSDAP, Sportvereine, Frauenorganisationen, Kameradschaftsvereine, den «Nationalsozialistischen Studentenbund» usw. Die Führer und Vertrauensleute all dieser Orga-

nisationen wurden von ihm genau nach deutschem Muster ernannt, ihre Tätigkeit von ihm geleitet. Die Mitglieder der deutschen Sportvereine in der Schweiz erhielten jahrelang die gleiche militärische Ausbildung und gleiche Uniformen wie die SA-Angehörigen in Deutschland. Die in der Schweiz verbrachte «Dienstzeit» wurde in Deutschland auch voll anerkannt. Gustloff terrorisierte die in der Schweiz lebenden Reichsdeutschen. Diese mussten mit beträchtlichen Summen seine Organisation unterstützen. Erst 1935 stellten die schweizerischen Polizeibehörden fest, dass Gustloffs Organisationen auch ein weitgespanntes Spionagenetz aufgezogen hatten, in dem auch die deutsche Gesandtschaft und die deutschen Konsulate mitarbeiteten.

Lutz war ein entschiedener Gegner jedes Fanatismus, und der Fall Gustloff bestärkte ihn noch in dieser Einstellung. Die Frage, wie dieser im Grunde unbedeutende junge Mensch zu einem gefährlichen Terroristenführer werden konnte, beschäftigte ihn lange, und er kam zu – m Schluss: Die Schweizer Regierung tolerierte jahrelang Gustloffs Aktivitäten, man versuchte höchstens, mit milden Verweisen seine vorläufig organisatorische Terroristentätigkeit zu unterbinden. Nach Lutz' Meinung war es die Furcht vor dem grossen und mächtigen Nazideutschland, dass man den Standpunkt der Kantonsregierung von Graubünden akzeptierte, Gustloff sei ein harmloser Idealist, vor dem man keine Angst zu haben brauche. Die schweizerische Presse allerdings griff Gustloffs Aktivitäten damals schon heftig an. Ein unerwartetes Ereignis löste das Problem: Im Februar 1936 suchte der Berner Medizinstudent David Frankfurter, Sohn eines jugoslawischen Rabbiners, Gustloff in Davos auf und erschoss ihn – damit hatte er die Schweiz vom gefährlichsten Anführer der «Fünften Kolonne» der Deutschen befreit. Die Frage nach dem Motiv der Tat wird durch Frankfurters Geständnis beantwortet, der sich übrigens selbst bei der Polizei meldete. Er war schwer krank, seine Nerven wegen der Judenverfolgungen und des weitverbreiteten Antisemitismus zerrüttet; wegen des Naziterrors hatte er den Glauben an die ganze Menschheit verloren. Er fasste den Entschluss, seinem Leben ein Ende zu setzen, vorher aber noch einen Naziführer zu töten. Da er sich darüber im Klaren war, dass es ihm nicht gelingen würde, sich Hitler zu nähern, fiel seine Wahl auf den Beauftragten der Nazis in der Schweiz – Wilhelm Gustloff. Für die Schweiz war es ein Glück, wie aus den ausführlichen Würdigungen in der schweizerischen Presse deutlich

hervorgeht, die anlässlich des fünfzehnten Jahrestages der Tat erschienen. Es gab sogar Stimmen, die meinten, man sollte ein Denkmal für David Frankfurter errichten ...

Lutz sprach häufig über diese Affäre; unter anderem sagte er darüber: «Der Fall Gustloff beschäftigte die gesamte Weltpresse. In meinem Vaterland schrieben nicht nur die sozialistischen, sondern auch die bürgerlichen und katholischen Zeitungen (mit Ausnahme des antisemitischen, nationalsozialistisch eingestellten katholischen Blattes ‚Das Vaterland‘ – das eine nicht geringe Anzahl konservativer und antisemitischer Hintermänner hatte) offen über die Tätigkeit von Gustloffs Naziorganisationen. Gustloffs und seiner Konsorten Spionagetätigkeit sowie ihr geheimes Ziel der Machtergreifung, beziehungsweise der Auslieferung der Schweiz an Hitlerdeutschland, wurden der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Trotz dieses mutigen Auftretens der Presse erfüllte die Schweizer Regierung weiterhin alle deutschen Wünsche. Es wäre eine wichtige und bedeutsame Aufgabe für einen Geschichtswissenschaftler, diese Epoche genau unter die Lupe zu nehmen. Dabei wäre die Haltung unserer damaligen Regierung, des Bundesrates und aller Angehörigen der Verwaltung, die dabei eine Rolle spielten und Verantwortung trugen, zu analysieren. Sicher, wir sind nur ein kleines, damals von der Weltwirtschaftskrise schwer getroffenes Land, und die Haltung der Regierung wurde entscheidend von der Grossindustrie beeinflusst, die um ihren Hauptabsatzmarkt – Deutschland – bangte und aus lauter Angst vor dem Kommunismus mit Deutschland sympathisierte. Wir wissen auch, dass die deutschen Diplomaten unsere Regierung unter Druck setzten. Trotzdem hätte sich die Politik des ewigen Nachgebens nicht durchsetzen können, hätte man die Friedensbeteuerungen des Hitlersystems kritisch aufgenommen und mit den Pamphleten, Büchern und Zeitschriften der Nazis, die schon seit dem Ende des Ersten Weltkrieges erschienen und aus denen ihre wahren Ziele deutlich wurden, verglichen. Man wollte aber nicht glauben, dass diese Ziele: Erlangung der Weltherrschaft, Unterdrückung aller Völker von den deutschen Machthabern mit allen, auch mit für normale Menschen unvorstellbaren Mitteln durchgesetzt werden sollten. Und da mehrere Mitglieder der damaligen Regierung und Verwaltung selber antisemitisch oder faschistisch – wenn auch vielleicht nicht im Sinne Hitlers – eingestellt waren, wurde die Politik der Kompromisse und des ewigen Nachgebens immer weiter fortgesetzt. Eine Folge dieser geistigen Haltung

war es, dass während des Zweiten Weltkrieges die Grenzbeamten auf ausdrückliche Weisung der Schweizer Regierung die Flüchtlinge, die auf schweizerischen Boden gelangt waren, unbarmherzig wieder an die Deutschen auslieferten, obwohl sie wussten, dass dies den sicheren Tod bedeutete.»

Dr. Rothmund gegen die Verjudung

Der Antisemitismus der Schweizer Regierung trat unter dem Deckmantel der «Verteidigung gegen Überfremdung» auf. In dieser «Verteidigungs»-Politik spielte Dr. Heinrich Rothmund eine führende Rolle. Auf Rothmunds Vorschlag gründete die Schweizer Regierung anfangs der zwanziger Jahre die «Eidgenössische Fremdenpolizei», deren offizielle Aufgabe die Regelung des Einstromens ausländischer Arbeitskräfte und die Erhaltung des Gleichgewichtes auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt war. Unter Hinweis auf diese Zielsetzung wurde der Beschluss gefasst, «wesensfremde Elemente» nicht in die Schweiz zu lassen. Für Rothmund waren «wesensfremde Elemente» in erster Linie die Juden. Er machte kein Geheimnis aus seiner Auffassung, wonach Ostjuden zur Assimilation nicht geeignet wären. Mit Ausdauer und Beharrlichkeit erreichte er, dass die Regierung Massnahmen gegen die «Verjudung» traf. (Übrigens hatte Rothmund – wie einst Lueger in Wien – mehrere jüdische Freunde, und auch er «entschied», wen er als Juden betrachtete und wen er als Schweizer anerkannte, auch wenn der Betreffende Jude war.) Diese Politik führte später, in der Hitlerzeit, dazu, dass Tausende von Flüchtlingen auf Grund der «Grenzsperre» der Schweizer Regierung kein Asyl erhielten; oft wurden sie über die Grenzen zurückgejagt, was zu ihrer sicheren Vernichtung führte. So wurde die Rettung Hunderttausender von Menschen verhindert; Rothmunds antisemitische Haltung fand hochgestellte Nachahmer; so zum Beispiel nahm Bundesrat Johannes Baumann mehrmals Gustloff mit falschen Argumenten in Schutz und verhinderte damit dessen rechtzeitige Ausweisung.

Dass ein kleiner Staat wie die Schweiz gezwungen war, gegenüber Hitlerdeutschland eine Politik der Kompromisse zu führen, ist noch begreiflich. Unverständlich und unverzeihlich ist es aber, dass auch die Grossmächte eine Politik des ständigen Nachgebens betrieben und förmlich nach Vorwänden suchten, das Verhalten Hitlers

und seiner Regierung zu rechtfertigen. Allerdings taktierte auch das deutsche Aussenministerium – wie zum Beispiel im Fall Gustloff-recht geschickt.

Nachdem Gustloff erschossen worden war, zeigte die deutsche Regierung gegenüber der Schweiz ein moderiertes Verhalten – und die anderen Staaten waren zufrieden. Der Jude Frankfurter hatte Gustloff getötet, aber die Deutschen veranstalteten kein Pogrom unter den Juden – darin sah man bereits ein Zeichen für die gemässigte Haltung Hitlers! Die politisch Verantwortlichen der demokratischen Staaten verschlossen ihre Augen vor der Wirklichkeit, sie wollten nichts sehen, nichts wissen. Dabei warnte die demokratische Presse, sie erkannte das Vorzeichen kommender Gefahr im Fall Gustloff; denn dieser deutsche Spion und Terroristenführer wurde von Deutschland zum Helden und Märtyrer gemacht. (Unter anderem wurde ein grosses Schiff nach ihm benannt; sein Begräbnis in Davos glich dem eines Staatsoberhauptes; die deutsche Presse hob in Goebbelsscher Manier seine grosse Bedeutung hervor, und sein Porträt wurde in den Wohnungen der Auslandsdeutschen aufgehängt.) Die deutsche Presse richtete heftige Angriffe gegen die schweizerischen Zeitungen, weil Gustloff angeblich das Opfer einer Hetzkampagne der schweizerischen Presse geworden sei; später behaupteten die Deutschen, Gustloff sei im Auftrag einer internationalen jüdischen Verschwörung – die auch den schweizerischen Bundesrat beherrschte – ermordet worden. Der Bundesrat ging jeder dieser Anschuldigungen nach; die Richter und Sachverständigen stellten fest, dass Frankfurter nur auf Grund seines eigenen Entschlusses Gustloff getötet hatte – aber die Deutschen erreichten mit ihrer aggressiven Verleumdungstaktik doch wichtige Ergebnisse. Die Naziorganisationen und das Wirken deutscher Gauleiter in der Schweiz wurde wohl verboten, aber bald nach der Gerichtsverhandlung gegen Frankfurter nahm der Bundesrat stillschweigend die Tätigkeit der reichsdeutschen Nazibewegungen in den Gesandtschafts- und Konsulargebäuden zur Kenntnis. So ging die Organisation der deutschen Nationalsozialisten in der Schweiz weiter – und auch die Wirtschafts- und politische Spionage ...

Obwohl sich herausgestellt hatte, dass Gustloff im Auftrag Hitlerdeutschlands nicht nur Spionage betrieben, sondern auch bewaffnete Abteilungen ausgebildet und die Einverleibung der Schweiz in das Deutsche Reich vorbereitet hatte, setzte die Schweiz ihre Politik des Nachgebens gegenüber Deutschland fort. Aber auch die an-

deren Länder Europas zogen keine Konsequenzen aus der Tatsache, dass in allen Ländern Europas «Gustloffs» am Werk waren und die «Fünfte Kolonne» organisierten. Bei jeder Terroraktion Hitlerdeutschlands akzeptierten sie die Lügen des deutschen Aussenministeriums, statt energisch aufzutreten und die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abubrechen; statt alle ihre Kräfte aufzubieten, um ihre militärische Ausrüstung zu modernisieren und schlagkräftige Armeen zu bilden. Warum betrieben sie diese Politik? Aus Kurzsichtigkeit? Zur Aufrechterhaltung des «Friedens» um jeden Preis? Auf Druck der Industriekonzerne, aus Angst vor dem Kommunismus? Warum? Warum musste man dem faschistischen Morden nach dem Ersten Weltkrieg tatenlos zusehen? Und ebenso dem Umsichgreifen der gefährlichen Rassentheorie, den chauvinistischen Hetzkampagnen? Warum rührte sich die Welt nicht, als Hitlerdeutschland die Hoheitsrechte der europäischen Länder der Reihe nach verletzte und Menschen verschleppen liess? Zahllose Fragen im Zusammenhang mit den Ereignissen der Zwischenkriegszeit und der Zeit des Zweiten Weltkrieges sind noch unbeantwortet.

Die schweizerische Flüchtlingspolitik

Carl Lutz war auch während seines diplomatischen Dienstes im Ausland, fern seiner Heimat, über die Vorgänge in der Schweiz gut informiert. Viele der Nachrichten, die zu ihm in die Ferne drangen, erschienen ihm unglaublich. Er konnte es kaum fassen, dass Offiziere hohen Ranges mit Nazideutschland kollaborierten. Das Kriegsgericht verurteilte die Vaterlandsverräter zu mehrjährigen Kerkerstrafen, einige von ihnen wurden mit dem Tode bestraft. Nach seiner Rückkehr vom Dienst in Ungarn beschäftigte sich Lutz in seiner Freizeit äusserst intensiv mit den Geschehnissen in seinem Vaterland während der Zeit des Zweiten Weltkrieges. In diesem Zusammenhang schrieb er nach fast zehn Jahren:

«Ich war erst 47 Jahre alt, als meine Sendung in Budapest begann. Als ich sah, dass viele Menschen in Lebensgefahr waren, wusste ich, dass ich handeln musste. Mein Gewissen trieb mich dazu, etwas für die Hunderttausende wehrloser Leute zu tun; und auf Grund meiner Überzeugung setzte ich mich auch darüber hinweg, dass ich von meiner Regierung keine Erlaubnis für meine Tä-

200

tigkeit hatte. 1944 sah ich in Budapest das blutige Wüten der Nazis und ihrer ungarischen Vasallen. Ich schämte mich für die Engländer, Amerikaner und auch für mein eigenes Vaterland. Ich schämte mich, weil alle tatenlos der Deportierung von annähernd einer halben Million Menschen (unter ihnen Säuglinge, Kranke, Greise) im Frühling 1944 zusahen – und mit dieser Untätigkeit Beihilfe leisteten. Aus der zeitlichen Distanz kann ich diese Tatenlosigkeit noch weniger verstehen. Ich stelle mir oft die Frage, warum die Amerikaner, der Papst, der schwedische König ... erst Protest einlegten, als in Europa schon Millionen von Menschen zu Grunde gegangen waren. Auch bei den Ungarn hatten sie erst protestiert, als man schon zwei Drittel der verfolgten Juden ausgeplündert und deportiert hatte. Und auch wir selbst – warum erwachten wir erst zur Aktivität, als schon der grösste Teil der Juden Ungarns verschleppt war? Warum hatten wir nicht schon Gelegenheit gegeben, in unserem Namen zu handeln, als die Deutschen Ungarn besetzten? Heute weiss ich wohl, dass mich persönlich keine Schuld trifft – aber mein Gewissen kommt nicht zur Ruhe. Damals, als unser Gesandter offiziell Ungarn verliess (die Schweiz wollte mit der Putschregierung Szálasi keine diplomatischen Beziehungen), als die ganze Verantwortung für die Vertretung fremder Interessen mir zufiel, dachte ich nicht an die Reaktion seitens unserer Regierung, dachte nicht an meine eigene Zukunft. Ich sah nur, dass der Nazi- und Pfeilkreuzler-Terror stündlich unschuldige Menschen vernichtete. Da handelte ich.

Die Verfolger waren Sadisten: ärger als Raubmörder. Sie brachten ihre Opfer nicht auf einmal um. Sie hatten von den Deutschen gelernt, wehrlose Menschen – Kinder, Erwachsene, Frauen, Greise – erst tagelang, oft wochenlang, zu quälen und sie dann nach und nach zu Tode zu prügeln. In der Ziegelfabrik von Altofen wurde ich selbst öfters Augenzeuge des grauenhaften Zustandes, in dem sich solche Unglückliche befanden. Eichmanns Schergen liessen ihre Grausamkeiten durch ungarische Zuchthäusler und durch fanatisierte, in antisemitischem Geist erzogene Pfeilkreuzler mit sadistischen Neigungen durchführen. Auf Grund der bereits in mehreren Ländern erprobten Methoden gaben sie dem ungarischen Pfeilkreuzlerpöbel Ratschläge, wie man die wehrlosen Juden moralisch derartig fertigmachen konnte, dass kein Funken Widerstand in ihnen verblieb. Sie bereiteten den seelischen Zusammenbruch ihrer Opfer mit unerschöpflicher Phantasie vor. Hätte ich es nicht mit

eigenen Augen gesehen, wie man im November/Dezember 1944, bei eisiger Kälte, die Juden im Staub und Dreck der Ziegelfabrik von Altofen in einen Haufen zusammentrieb – ich könnte es nicht glauben. Und ich kann es begreifen, dass jedermann, der nur einigermassen menschlich empfindet, die damaligen Geschehnisse bezweifelt, wenn er nicht selber Augenzeuge dieser Barbareien war. Ich war Augenzeuge. Und ich fand auch die Kraft, mit den Drahtziehern dieser Vorgänge zu verhandeln. Die Gebildeteren unter ihnen waren Karrierejäger, die ihrem Ehrgeiz zuliebe sich selbst und ihr Land verkauften. Der Grossteil der Verfolger gehörte dem korrupten ungarischen Mittelstand an; diese Leute hatte man seit der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zum Judenhass erzogen, fünfundzwanzig Jahre hindurch gegen die Juden verhetzt.

Aus heutiger Sicht erscheinen mir die damaligen Ereignisse um vieles klarer. Aber die Frage der Verantwortung lässt mich nicht ruhen. Immer mehr komme ich zu der Überzeugung, dass die Verantwortung für die Vernichtung von Millionen unschuldiger, wehrloser Juden und für den sinnlosen Tod mehrerer zehn Millionen Kriegsoffer nicht allein die Deutschen und ihre Vasallen trifft. Sie liegt auch bei den Alliierten, die bis zu einem gewissen Grad mit Hitlerdeutschland kollaborierten.

Aber schuldig sind wir alle. Alle Diplomaten der demokratischen Länder. Wir alle wussten alles – und schwiegen. Wir kannten die in Hitlers ‚Mein Kampf‘ vertretenen Ansichten, aber wir nahmen diese selbst dann noch nicht ernst, als ihr Verfasser zur Macht kam, ja auch dann noch nicht, als die daraus entwickelten Programme in Deutschland bereits zu Gesetzen wurden. Wir alle erfüllten unsere Tagesaufgaben und schwiegen. In Wahrheit war auch ich nur beim allerletzten Teil der Tragödie aktiv, im Jahre 1944. In Budapest befand ich mich seit Januar 1942. Ich wusste – so wie alle anderen es wussten –, was in den von den Deutschen besetzten Ländern geschah. Und wir schwiegen – nicht nur, weil es der Tendenz unserer Regierungen entsprach, sondern auch, weil es bequemer war ...»

Mit besonderem Interesse verfolgte Carl Lutz auch vom Ausland aus das Verhalten der Schweizer Regierung den Flüchtlingen gegenüber. «Es war für mich unverständlich, dass das grosse, auffallende ‚J‘ (Jude) in den Reisepässen der in Hitlerdeutschland als Juden eingestuft Personen keineswegs eine Erfindung der Nazis, sondern die Idee Schweizer Bürokraten war. Ich las darüber verschiedene Versionen. Ich bemühte mich, den Dementis unserer Regie-

rung Glauben zu schenken, wollte es nicht wahrhaben, dass diese Regierung solch einer Diskriminierung ihre Zustimmung gegeben hatte. Aber unter unseren demokratisch gesinnten Mitbürgern wirbelte die Angelegenheit, die man möglichst vertuschen wollte, mehr und mehr Staub auf. Endlich – im Jahre 1954 – gab die Regierung ihre Verschleierungstaktik auf. Ich übergebe Ihnen alle Dokumente, Zeitungsartikel und Bücher, die ich in diesem Zusammenhang gesammelt habe, und bitte Sie, in Ihrem Buch das Wichtigste davon zu verwenden.

Dr. Rothmunds jahrzehntelanger ‚Kampf gegen die Verjudung‘ führte – unter der Verletzung der Grundprinzipien unseres Vaterlandes – im Endergebnis zu jener unmenschlichen Verordnung, wonach rassistisch Verfolgte von der Schweizer Regierung nicht als politische Flüchtlinge anerkannt wurden; damit wurde das Todesurteil für Zehntausende gesprochen. Es wäre gefährlich, diese Tatsachen zu vertuschen. Unsere Demokratie und unsere Humanität müssen die Wahrheit vertragen, die Zukunft unseres Vaterlandes hängt davon ab, dass wir ehrlich zu uns selbst sind. Nur so sind wir sicher davor, dass sich in der Geschichte der Schweiz Diskriminierungen, wie sie während des Zweiten Weltkrieges geschahen, nicht mehr wiederholen.»

Nach Erscheinen des Berichtes von Prof. Ludwig befasste sich die gesamte Schweizer Presse intensiv mit der Frage, wie die Flüchtlingspolitik der Regierung während des Krieges ausgesehen hatte. Schon vorher hatte der «Schweizerische Beobachter» in seiner Ausgabe vom 31. März 1954 unter dem Titel «Eine unglaubliche Affäre» die antisemitische Haltung der damaligen Regierung, vor allem aber die des Herrn Dr. Rothmund, aufgezeigt. Er bezog sich dabei auf den 5. Band der von den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Frankreich gemeinsam publizierten «Akten zur deutschen auswärtigen Politik von 1918 bis 1945». In einer Artikelserie beschäftigte sich der «Schweizerische Beobachter» dann unter anderem mit der von Dr. Sagalowitz im «Israelitischen Wochenblatt» aufgeworfenen Frage, wieso Bundesrat von Steiger angeblich nichts davon wusste, dass er mehrere Protestbriefe wegen der Flüchtlingspolitik erhalten hatte.

Nach dem Erscheinen des Ludwig-Berichtes brachte «Der Bund» am 6. Oktober 1957 eine eingehende Analyse der Fakten.

«Wir alle wussten alles – wir alle aber schwiegen»

1943 wusste man in diplomatischen Kreisen bereits allgemein von den Blutbädern in dem von den Deutschen und Italienern für unabhängig erklärten Kroatien. Die mit dem Geld der italienischen Faschisten und der deutschen Nazis organisierte «Fünfte Kolonne» – die «Ustascha»-Terroristen – übertrafen beim Massenmord sogar ihre deutschen Meister. Und alle schwiegen ...

Es war auch allgemein bekannt, dass Alfred Rosenberg in seiner Eigenschaft als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete nach dem Überfall auf Russland nicht nur die Juden, sondern auch die slawische Bevölkerung als Parias, als «Untermenschen», behandelte. Und alle schwiegen ...

Lutz sagte später darüber:

«Als tschechische Widerstandskämpfer im Jahre 1942 Reinhard Heydrich, einen der grausamsten Tyrannen der Geschichte, töteten, war ich in Budapest. Ich und wir alle wussten von der deutschen ‚Vergeltungsaktion‘, einem der niederträchtigsten unter den vielen grausamen Verbrechen der Deutschen: Das tschechische Dorf Lidice wurde dem Erdboden gleichgemacht, die männliche Bevölkerung viehisch umgebracht, Frauen und Kinder kamen bei der Deportation um.

Damals kamen auch schon Nachrichten darüber, dass die Deutschen in Auschwitz und in anderen Konzentrationslagern Millionen von verschleppten Juden, politischen Gegnern und anderen ‚Untermenschen‘ in den Gaskammern vernichteten. Als ich in der schweizerischen Gesandtschaft in Budapest davon hörte, konnte ich es zunächst nicht glauben – derlei war für mich unvorstellbar. Trotzdem liess mich das Gerücht nicht ruhen, und bei nächster Gelegenheit fragte ich einen Beamten der deutschen Gesandtschaft, der mir vertrauenswürdig erschien, danach. Sehr leise, im Flüsterton, sagte er nur rasch: ‚Davon darf man nichts wissen und es ist auch besser, nichts zu wissen ...‘ Diese Antwort brachte mir mit einem Schlag die erschütternde Gewissheit, dass das, was ich für unmöglich gehalten hatte, wahr war.

In meinen Gedanken ordnete ich die Erinnerungen: die Kristallnacht; meine Begegnung mit von Papén, diesem Hauptverantwortlichen für die Machtübernahme durch Hitler (ich hatte ihn seinerzeit

in Istanbul als damaligen deutschen Botschafter kennengelernt – er trat damals als vollendeter, kultivierter Diplomat auf); die Gespräche mit den leitenden Beamten des deutschen Ausenministeriums in Berlin anlässlich der Liquidierung der jugoslawischen Gesandtschaft; die Terroraktionen nach der Machtergreifung Hitlers, von denen auch die Zeitungen geschrieben hatten; die Provozierung des Kriegausbruchs und die Überfälle ohne Kriegserklärung. All dies, zusammen mit der ‚Ideologie‘ des deutschen Nationalsozialismus – es war nun unmöglich, nicht an das Ärgste zu glauben.

Lind im Bewusstsein all dieser Greuel schwieg ich – wie alle schwiegen, die persönlich nicht direkt betroffen waren. Damals wusste ich – wussten wir – schon, dass die fast drei Millionen polnischer Juden von den Deutschen teils an ihrem Wohnort auf grauenhafte Weise getötet, zum Grossteil aber nach Folterungen, durch Hunger, Zwangsarbeit und in den Gaskammern vernichtet worden waren. Wir aber schwiegen ...

1943 hatten wir genaue Informationen über den heldenhaften Widerstand der letzten Überlebenden des Warschauer Gettos. Wir wussten, dass die Deutschen mit Panzern auffuhren und die letzten 40'000 Menschen förmlich verbrannten. Und wir schwiegen ...

Es schwiegen die neutralen Regierungen, es schwieg die ganze demokratische Welt. Warum? Sicherlich werden dereinst Psychologen, Historiker, Volkswirtschaftler, Theologen, Politwissenschaftler Antworten darauf finden. Heute ist nur gewiss, dass die Humanität – auf die ja unsere Generation so stolz war – total versagt hatte.

Ich selbst habe schwer an dieser Last zu tragen. Oft taucht in mir die bittere Frage auf, warum ich nicht wenigstens damals schon in Budapest etwas getan habe; warum versuchte ich nicht, Menschen wenigstens vertraulich über das Verhalten der Deutschen zu informieren? Warum unternahmen wir nichts, um das Weltgewissen aufzurütteln? Ich habe Gewissensbisse, weil ich in Budapest mehr als zwei Jahre hindurch trotz meines Wissens um die Greuel schwieg. Ich verrichtete gewissenhaft meine vorgeschriebenen Aufgaben und genoss im Übrigen die guten Lebensbedingungen eines Diplomaten der in Ungarn hochangesehenen, neutralen Schweiz. Ich befolgte das Dienstreglement so gewissenhaft, dass ich nicht einmal mit meiner eigenen Frau über die geheimen Informationen sprach, die ich erhielt. Dabei hätte vielleicht gerade sie, mit ihrer Klugheit und ihrem Weitblick, mich dazu bewogen, etwas zu tun, zumindest einen Versuch zu wagen. So wie meine Frau Gertrud

immer an meiner Seite stand, als ich schon aktiv für die Rettung von Verfolgten handelte.

Ich kann mein Gewissen nicht beruhigen. Dabei war es im Grunde die rigorose Abschirmung Berns, welche die entscheidende Rolle für mein Schweigen in den Jahren 1942 bis zum Frühjahr 1944 spielte. Es wirkte deprimierend auf mich, dass meine Vorgesetzten in Bern nicht bereit waren, sich mit meinen Meldungen über meine Tätigkeit in Budapest und darüber, was in Ungarn vor sich ging, auch nur zu befassen. Diese Meldungen hatte ich zusammen mit den zwei Bänden ‚Kollektivpässe‘ dem Eidgenössischen Departement übergeben. Von meinen vorgesetzten Stellen allein gelassen, fühlte ich mich machtlos. Und doch konnte ich mich mit diesem Negieren nicht abfinden.»

Kollektivschuld

Ein Problem, das Lutz zeitlebens beschäftigte, war die Frage der Kollaboration. Seiner Meinung nach war es von ausschlaggebender Wichtigkeit, der jungen Generation darüber ausreichend Klarheit zu verschaffen. Er äusserte dazu:

«Ich halte es für unbedingt wichtig und richtig, das Verhalten und die Taten jedes einzelnen Kollaborateurs genau zu untersuchen und ihn gegebenenfalls zu bestrafen, ja abzustempeln. Aber ein Urteil dürfen wir nur nach gründlicher Untersuchung fällen! Die Regierungen der Befreier und der befreiten Länder haben eine wichtige Aufgabe versäumt: eine präzise Definition des Begriffes der ‚Kollaboration‘ und eine ebensolche des ‚Kollaborierens‘ zu schaffen. Hätten die demokratischen Regierungen einheitliche, gemeinsame Beschlüsse in der Frage des ‚Kollaborierens‘ gefasst und diese in ihre jeweilige Gesetzgebung aufgenommen, wären die wirklich Schuldigen vom Gesetz erfasst worden; hingegen wäre es vermeidbar gewesen, dass Menschen auf Grund von Verleumdungen aus parteipolitischen Interessen als ‚Kollaboranten‘ verurteilt wurden. Der internationale Gerichtshof in Nürnberg untersuchte nach Kriegsende nur die Fälle der wichtigsten Kriegsverbrecher und fällte zu Recht auch Todesurteile. Die Tätigkeit des Nürnberger Gerichtshofes erstreckte sich aber nicht auf die geistigen Anführer des Faschismus. Versäumt wurde auch die Ausweitung seiner Tätigkeit auf jene Kollaborateure, die den Kriegsverbrechern zur Macht ver-

halfen. Die Generationen nach dem Zweiten Weltkrieg – all jene, die das Grauen des unbarmherzigen, barbarischen, totalen Krieges nicht mehr selbst zu fühlen bekamen – können sich auch bei gründlichem Studium der Nürnberger Gerichtsprozesse kein richtiges Bild davon machen, worin der Faschismus nationalsozialistischer Prägung wirklich bestand. Wenn aber diese jungen Generationen Träger und Beschützer wahrer Demokratie sein sollen, müssen sie die Zusammenhänge, die Triebfedern – mit einem Wort die ganze Geschichte der Kriegsverbrechen – kennen, sonst bleibt für die Wiedererstehung des Faschismus immer noch zuviel Spielraum. Es war ein verhängnisvoller Fehler für die ganze Zukunft der Menschheit, die Verurteilung der geistigen Hintermänner und Kollaboranten versäumt zu haben! Hätte der Nürnberger Gerichtshof jene verurteilt, die für die Ideologie des Faschismus verantwortlich waren, sowie jene, die direkt oder indirekt durch finanzielle Unterstützung dessen Machtergreifung ermöglichten – dann wären die historischen Zusammenhänge auch für die Nachwelt klar ersichtlich. Wäre der Jugend das wahre Gesicht des Nationalsozialismus bekannt, könnte man sie weder mit tendenziösen Biographien, noch mit nationalistischen Lügen, noch mit planmässigen Geschichtsfälschungen irreführen. Hätte man die schwere Schuld der geistigen Urheber und der finanzierenden Hintermänner an die Öffentlichkeit gebracht, hätte die Nachkriegsgeneration mehr Vertrauen zur Demokratie. Mit Recht fragt die heutige Jugend, warum man jene Grössen der Industrie- und Bankwelt – jene von Papén, Schröder, Krupp und Konsorten –, ohne die der Nationalsozialismus nie zur Macht gelangt wäre, nicht zu schwersten Strafen verurteilte. Warum zog man die Historiker, Rassenbiologen und sonstigen Universitätsprofessoren und ‚Wissenschaftler‘, die in dicken Bänden die ‚Richtigkeit‘ der Naziideologie bewiesen, nicht zur Verantwortung? Und ebenso die ‚Erzieher‘, die schon in den Kindergärten die Seelen der Kleinen vergifteten; die Lehrer, die in die Gehirne ihrer Schüler in den Volks-, Mittel- und Gewerbeschulen die ‚Rassentheorie‘ einprägten; die Professoren, die das gleiche an den Hochschulen und Universitäten taten? Sie alle verkündeten die Überlegenheit des deutschen Volkes und den Rassenhass. Im Namen der Überlegenheit der arischen Rasse beanspruchten sie das Recht auf Ausrottung ganzer Volksteile und Völker. Die vielen Millionen Europäer wurden zur Kollaboration nicht allein von den in Nürnberg verurteilten Schuldigen, sondern auch von deren Vorläufern und Hinter-

männern – von den Theoretikern des Nationalsozialismus, von der Finanzwelt und der militärischen Führung – verführt.

Wer war der grössere Verbrecher? Der ungebildete, gemeine Soldat, der mit dem Befehl zur Bewachung der Arbeitsdienstgruppe geschickt wurde, keinen der Arbeitsdienstler lebend zurückzubringen – oder der hohe Offizier, der diesen Befehl ausgab? Oder: Wer trägt die grössere Schuld: Der Student, der in Befolgung dessen, was man ihn an der Hochschule gelehrt hatte, in die SS eintrat – oder die Professoren, die die Nazitheorien akzeptierten und verbreiteten? Meiner Meinung nach waren letztere die Haupt-Kollaborateure; sie hätten vom Internationalen Gerichtshof gemeinsam mit den übrigen Kriegsverbrechern zum Tode verurteilt werden müssen! Aber die Wege der Politik sind unberechenbar und ihre Beweggründe schmutzig. Man fand Erklärungen: Mit den Nazis hatten sie kollaboriert? Nun, sie meinten, damit den Krieg verhindern zu können. Sie sahen in Hitlerdeutschland die stärkste Bastion gegen die kommunistische Gefahr. Die Westmächte drückten beide Augen bei der Beurteilung von Raub und Mord an den rassisch und politisch Verfolgten zu. Das gleiche hatte seinerzeit Hitlerdeutschland gemacht, als es mit den gehassten und verachteten slawischen Völkern, mit der Sowjetunion kollaborierte. Die westliche Welt erwachte erst zur Erkenntnis der Wirklichkeit, als Hitlerdeutschland im Interesse seiner Expansionspolitik und seines Weltmachtstrebens den Weltkrieg vom Zaune brach. Warum zog man nicht jene zur Verantwortung, die mit Hitlerdeutschland kollaborierten, warum stellte man sie nicht vor den Internationalen Gerichtshof? Es waren doch gerade diese Kollaborateure, die das Schicksal aller Völker Europas besiegelten! Es ist eine tragische Tatsache (besonders tragisch für das jüdische Volk), dass vor dem Zweiten Weltkrieg und während desselben die chauvinistisch-nationalistischen Tendenzen überhand nahmen und die Prinzipien der Humanität auf allen Seiten aus der politischen Kalkulation ‚ausgespart‘ wurden. Die Tragödie der Völker wurde in erster Linie durch das schuldhafte Kollaborieren mit Hitlerdeutschland verursacht. Hätte dieses Kollaborieren in der Vorkriegs- und Kriegszeit nicht zu jener in der Geschichte bis dahin noch nie dagewesenen Tragödie geführt, könnte man die fast hysterische Menschenjagd auf sogenannte ‚Kollaborateure‘ nach dem Krieg als tragikomisch bezeichnen; eine Menschenjagd, die stattfand, während man gleichzeitig die echten, schuldigen Kollaborateure ungeschoren liess. Die Regierenden der

befreiten Länder gaben für den Begriff der ‚Kollaboration‘ keine bestimmte Definition; sie untersuchten die Frage auch nicht in ihren Zusammenhängen. Da der Begriff also so vage war, gab es breiten Spielraum für Prozesse, die aus politischen Interessen, individuellen Beweggründen, aus Rache oder auch aus der Sensationsgier einiger Journalisten in die Wege geleitet wurden. Die Massenhysterie gegenüber diesen sogenannten ‚Kollaborateuren‘ führte dazu, dass verhältnismässig viele Angehörige der kleinen Schicht der überlebenden Naziopfer sowohl einzeln als auch organisiert viel Energie auf die Bereinigung dieser Angelegenheiten aufwenden mussten. Dabei ist es bezeichnend, dass, soweit ich informiert bin, solche Kollaborations-Anschuldigungen meistens von Leuten kamen, die in der Unheilszeit selbst keinerlei Widerstand geleistet hatten. Und wenn sie auch in irgendwelcher Weise aktiv waren, hüteten sie sich davor, Risiko zu übernehmen.»

Lutz' Budapest-Bericht

Lutz war seit der Rückkehr von seiner Budapester Sendung bis zu seinem Tode erfüllt von Enttäuschung und Erbitterung. Immer wieder kehrte er im Zuge unserer Gespräche, die wir durch mehr als zwei Jahrzehnte regelmässig führten, auf die Frage zurück, warum die zivilisierte Welt ihre Augen vor den barbarischen Terroraktionen Nazideutschlands und seiner Vasallen, vor der grausamen Menschenvernichtung verschloss. Wie es geschehen konnte, dass zu einer Zeit, als die Ausrottung der Juden Europas bereits allgemein bekannt war, die Verantwortlichen der demokratischen Staaten «wegen Fehlens von Beweismaterial» nicht gegen die Barbarei auftraten – und noch mehr als das: dass sie selbst dann keine Einwanderungsgenehmigungen erteilten, als die Deutschen Ermordung und Vernichtung der Juden bereits systematisch betrieben. Unzählige Male wiederholte Lutz fassungslos: «Die ganze Welt schwieg dazu – und auch mein Vaterland schwieg.» Er konnte sich nicht damit abfinden, dass in der humanistischen Schweiz Hochschulprofessoren, Regierungsmitglieder, Intellektuelle – alles hochgebildete Leute – vom italienischen Faschismus und von den nationalsozialistischen Prinzipien begeistert waren. Ihm, als echtem Schweizer Patrioten, widerstrebte es, sein Vaterland mit dem alle Humanität, alle Menschenrechte zerstörenden Nazismus in Verbindung zu

bringen. Im späten Frühjahr 1958 übergab er mir das Protokoll der Vormittagssitzung des Ständerates mit dem Hauptthema «Berichterstattung über die Flüchtlingspolitik 1933 bis 1955» sowie den Bericht von Professor Dr. Carl Ludwig über «Die Flüchtlingspolitik der Schweiz in den Jahren 1933 bis 1955» – eine 416 Seiten umfassende Untersuchung, ferner die Ausgabe des «Israelitischen Wochenblattes» vom 6. Dezember 1957. In einem Artikel dieser Zeitung wird klargestellt, dass alle «Erklärungsversuche» einiger verantwortlicher Regierungsstellen nach dem Kriege, sie hätten keine Ahnung über das Schicksal der auf Grund der seinerzeitigen Erlasse von den Grenzen zurückgetriebenen Flüchtlinge gehabt, nur dazu dienten, sich jeder Verantwortung zu entziehen und vor dem Schweizervolk die erschütternden Tatsachen zu vertuschen. Auf Wunsch von Carl Lutz zitiere ich hier die von ihm in den oben erwähnten Unterlagen angezeichneten Stellen sowie seine eigenen Kommentare hierzu:

Herr Bundesrat Eduard von Steiger schreibt in seiner Stellungnahme zum Bericht des Herrn Prof. Dr. Ludwig – s: «Zu den Vorbemerkungen.

– In den Vorbemerkungen weist Herr Professor Dr. Ludwig mit Recht darauf hin, ‚die zutreffende Würdigung der einzelnen Anordnungen lasse sich nur dadurch ermöglichen, dass deren Wiedergabe von einer Schilderung der Geschehnisse begleitet werde, unter denen sie ergangen sind, und gleichzeitig die Beweggründe dargelegt werden, welche die Behörden zu den jeweiligen Massnahmen veranlasst haben‘. Dieser Auffassung ist beizupflichten; und in ihrem Sinne sind vielleicht doch einige Ergänzungen erlaubt. Bis 1945 gab es keine Protokolle über die Beratungen des Bundesrates, welche mehr als die Beschlüsse enthalten. Die Aussprachen und mündlichen Begründungen wurden nicht protokolliert. So ist auch alles das, was über die Flüchtlingsfrage und die damit verbundenen Sorgen im Bundesrat immer wieder verhandelt wurde, in den Protokollen nicht zu finden.»

Soweit die Stellungnahme von Herrn Bundesrat von Steiger. Lutz' Meinung dazu: «Es geschah zielbewusst, dass keine Protokolle existieren. Man wollte nicht, dass das Schweizervolk von jenen Verhandlungen erfahre, die im Grunde vorwiegend unter der Devise ‚Kampf gegen die Verjudung‘ geführt wurden.»

Prof. Dr. C. Ludwig schreibt über die Lage der Juden unter anderem: «In einer Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 hatte Hitler die

210

Drohung ausgesprochen, wenn es dem internationalen Finanzjudentum inner- und ausserhalb Europas gelingen sollte, die Völker nochmals in einen Weltkrieg zu stürzen, dann werde das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa. Ähnlich äusserte sich der ‚Führer‘ in einer Rede vom 1. September 1939.» Prof. Ludwig gibt dann einen detaillierten Bericht über die planmässige Ausrottung der Judenschaft in Deutschland und in ganz Europa. Bundesrat von Steiger meinte dazu:

«Ich möchte feststellen, dass mir diese Grundlagen nicht bekannt waren und dass ich vom Leiter des Congrès Juif Mondial in Genf, Dr. G. M. Riegner, während meiner ganzen Amtszeit überhaupt nie irgendwelche Mitteilungen erhalten habe. Das gleiche gilt von Herrn Dr. Benjamin Sagalowitz. Wenn man die Tätigkeit des Departements und der Polizeiabteilung oder gar des Bundesrates im Jahre 1942 beurteilen will, so muss man sich klar darüber sein, dass diese Unterlagen nicht vorhanden waren.» Weiter: «Herr Professor Ludwig weist immer wieder darauf hin und legt grösstes Gewicht auf die Tatsache, dass seines Erachtens das Departement und die Polizeiabteilung, ja sogar der Bundesrat von den Ereignissen im Osten und den Gefahren, welchen die Flüchtlinge dort ausgesetzt waren, Kenntnis haben mussten, und dass ja die Polizeiabteilung selbst durch einen Bericht von Herrn Dr. Jezler darauf hingewiesen habe. Wieweit man diesen Meldungen wirklich Beweiskraft zumessen konnte oder inwieweit es sich um Kriegspropaganda und blosser Gerüchte handelte, war schwer zu entscheiden.

Es war in der Tat aber tragisch genug, dass die Polizeiabteilung am 30. Juli 1942 – im gleichen Augenblick, da sie einen als ‚streng vertraulich‘ überschriebenen (von Herrn Dr. Jezler verfassten) Bericht zum Flüchtlingsproblem vom 30. Juli 1942 mit den auf Seite 14 enthaltenen Ausführungen über die ‚grässlichen Zustände im Osten, wonach man eine Rückweisung kaum mehr verantworten kann‘, vorlegte – trotzdem in einem weiteren Bericht vom gleichen Tag, 30. Juli 1942, ‚wieder eine strengere Anwendung des Artikels 9 des Bundesratsbeschlusses vom 17. Oktober 1939‘ verlangte, so dass ‚künftig also in vermehrtem Masse Rückweisungen von ausländischen Zivilflüchtlingen stattfinden müssen, auch wenn den davon betroffenen Ausländern daraus ernsthafte Nachteile (Gefahren für Leib und Leben) erwachsen könnten».

So sehr war der Chef der Polizeiabteilung unter dem Eindruck

der gewerbsmässigen Tätigkeit der Passeure und dem zu gewärtigenden massiven Andrang, dass er ein gänzliches Abschliessen der Grenze für kürzere Zeit, jeweils 8 bis 14 Tage und in unregelmässigen Zeitabschnitten an den von den Passeuren benutzten Stellen für unumgänglich hielt.

Das vorübergehende Schliessen der Grenze erfolgte nicht in der Absicht eines gänzlichen Abstoppens. Die Zulassung sollte sich der Aufnahmefähigkeit anpassen.

Alle, welche mit der schweren Aufgabe zu tun hatten, waren vor die Frage gestellt, ob trotz aller Nachrichten und trotz der Gefahren, welchen die Zurückgewiesenen ausgesetzt waren, eine vorübergehende Schliessung der Grenze nicht doch das Richtige sei. Schon vor dem Krieg, an einer Konferenz vom 17. August 1938, hatte selbst der Präsident der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe die Frage aufgeworfen, ob es nicht besser wäre, die Grenze überhaupt zu Schliessen, und auch in schweizerischen jüdischen Kreisen waren schwere Bedenken aufgetaucht, ob die ganze Sache den mit der Aufgabe Betrauten nicht über den Kopf wachse, da man sich bewusst war, dass wir selbst einen weiteren Zustrom weder technisch noch finanziell bewältigen könnten. Auch von den kantonalen Polizeidirektoren haben verschiedene sowohl an der ausserordentlichen Konferenz in Lausanne vom 28. August 1942 wie an der ordentlichen Konferenz vom 11./12. September 1942 in Altdorf die Auffassung vertreten, eine vorübergehende vollständige Schliessung sei besser und in einem gewissen Grade sogar menschlicher, als das Zurückstellen in jedem einzelnen Fall. Der ganze Sinn der Massnahme war ja der, ein wirksames, vorübergehendes Mahnzeichen zu geben, dass leider die Schweiz nicht alle aufnehmen könne, so bitter diese Schlussfolgerung und deren Durchführung war.»

Dazu äusserte sich Carl Lutz – rmassen:

«Bei aufmerksamem Studium der Stellungnahme Herrn von Steigers sieht man klar den Widerspruch zwischen seinen in den Jahren 1947 und dann 1956/57 veröffentlichten Reinwaschungsversuchen und seiner Haltung während des Krieges, als er Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements war. Ziel der Stellungnahme Herrn von Steigers war es offensichtlich, die Art des seinerzeitigen Verhaltens der Schweizer Regierung während des Krieges zu verhüllen. Bester Beweis dafür ist, dass er sich in seiner Stellungnahme überhaupt nicht mit der Brandmarkung der deut-

schen und österreichischen Juden durch Kennzeichnung ihrer Reisepässe und mit der Rolle, die Dr. Rothmund und die Schweizer Regierung dabei gespielt haben, befasst – diese Dinge werden eben mit seiner Bemerkung erledigt, dass er ‚keine Protokolle vorgefunden hat‘. Zu seiner Behauptung, dass er keine Mitteilungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage erhalten hätte, verweise ich auf das israelitische Wochenblatt’ vom 6. Dezember 1957, wo unter anderem – s steht: ‚Vom Wissen um das Schicksal der Verfolgten. Professor Ludwig zitiert in seinem Bericht über die Flüchtlingspolitik der Schweiz einen Ausspruch Bundesrat von Steigers aus dem Jahre 1947: ‚Wenn man gewusst hätte, was sich drüben im Reich abspielte, hätte man den Rahmen des Möglichen weiter gespannt.‘ Hinter diese Versicherung des seinerzeitigen Chefs des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements setzt Professor Ludwig ein Fragezeichen, indem er daran erinnert, ‚wie wenig Beachtung die sich seit dem Sommer 1942 stets mehrenden Berichte über die Vorgänge im Osten gefunden haben. Aufträge an die schweizerische Gesandtschaft in Berlin oder an den Nachrichtendienst zur Abklärung der Verhältnisse sind allem Anschein nach nicht erteilt worden‘. Wenn Professor Ludwig den Grund hierfür darin vermutet, dass man jene Mitteilungen auch in der Schweiz als haltlose Gerüchte erachtet und als Propaganda der Alliierten eingeschätzt habe, so stehen dieser Vermutung unseres Erachtens doch zu viele Tatsachen entgegen; sie mag für eine beschränkte Zeit zutreffen, für das Jahr 1942 lässt sie sich nicht mehr aufrecht erhalten.

An einer anderen Stelle seines Berichtes stellt Professor Ludwig bei allem Verständnis für ‚grösste Skepsis‘, mit der man solchen Mitteilungen ‚in einer Zeit systematischer Gerüchtemacherei‘ begegnete, fest, dass die zuständigen Instanzen nicht wöllig ahnungslos waren. Als Beweis dafür, dass sie über die an den deportierten Juden begangenen Grausamkeiten ‚nicht ununterrichtet gewesen sind und überdies mindestens ahnten, welches Los die Verschiedenen im Osten erwartete‘, führt er den Bericht Dr. Jezlers vom 30. Juli 1942 an. Dieser erfahre eine Bestätigung durch die Darstellung von Dr. Rothmund, dass er dem Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes, von Weizsäcker, im Oktober 1942 erklärt habe, ‚man dürfe sich in Berlin über die Stimmung in der Schweiz nicht verwundern, solange so entsetzliche Dinge geschähen‘.

Der Bericht von Professor Ludwig reiht eine fast unübersehbare Zahl von Stimmen aus der schweizerischen Presse, aus dem Parla-

ment, aus öffentlichen Versammlungen, aus kirchlichen und weltlichen Organisationen usw. aneinander, die vom immer stärker sich verbreitenden Wissen um das furchtbare Schicksal der Juden (und damit um die Gefahr, die den Zurückgewiesenen drohte) zeugen. Von Ende Juli 1942 an trafen in der Schweiz Schreckensmeldungen über die brutalen Razzien in Paris und über die Deportationen nach dem Osten ein. Zu Augenzeugenberichten von Schweizern gesellten sich Meldungen über Protestnoten katholischer und protestantischer Kirchenfürsten an Marschall Pétain, die der Empörung über die unmenschliche Behandlung der Juden Ausdruck verliehen. Der Präsident des Protestantischen Kirchenbundes, Pastor Marc Boegner, wies dabei auf die tiefe Erregung hin, die sich auch der Kirchen in der Schweiz, in Schweden und in den Vereinigten Staaten wegen der Vorgänge in Frankreich bemächtigt habe. Über alle diese Dinge wurde in der schweizerischen Presse ausführlich berichtet. So las man in der ‚Schweizerischen Kirchenzeitung‘, Luzern, vom 27. August 1942:

„Kinder werden brutal ihren Eltern entrissen, und es ereignen sich Szenen, welche an den bethlehemitischen Kindermord erinnern. Nur ein Ziel scheint allem zugrunde zu liegen: die Ausrottung des Judentums.“ Die ‚Thurgauer Zeitung‘ bemerkte in ihrer Ausgabe vom 2. Oktober 1942 zu einer Sportpalast-Rede Hitlers, unter Hinweis auf die Deportationen in Frankreich: ‚Hitlers Worte können nur in dem Sinn interpretiert werden, dass die Ausrottung der Juden einer jener Punkte seines Programms bleibt, die verwirklicht werden, wie auch der Krieg ausgehe.‘ In der Asylrechtsdebatte des Nationalrates vom 22./23. September 1942 wiesen Graber, Perret, Rittmeyer und andere auf die Todesgefahr hin, in der die zurückgewiesenen Flüchtlinge schwebten. Nationalrat Albert Oeri schrieb im Oktober 1942 in einem Aufruf zur ersten schweizerischen Sammlung für die Flüchtlingshilfe: ‚Es kann öffentlich nicht alles mitgeteilt werden, was den Abgewiesenen und Zurückgejagten droht. Alle Wissenden sagen aber, es sei Schlimmeres als der Tod.‘ Flüchtlingspfarrer Paul Vogt berichtete in jener Zeit immer wieder in Versammlungen und in Publikationen vom Massenmord an den Juden, von den ‚Todeszügen‘ nach dem Osten. Pfarrer Ernst Hurter berichtete an einem Vortragsabend der Völkerbundsvereinigung Zürich vom 4. Dezember 1942, an der der Präsident der Schweiz. Zentralstelle für Flüchtlingshilfe, Regierungsrat Dr. Robert Briner, über das Flüchtlingsproblem sprach, von einem Befehl Hitlers,

sämtliche Juden Europas auszurotten (die Zensur habe die Verbreitung dieser Mitteilung verboten). Hunderttausende seien bereits umgebracht worden. Die vom Schweiz. katholischen Volksverein herausgegebenen „Apologetischen Blättern in Zürich“ teilten im Februar 1943 die Ermordung von 60'000 Juden in Wilna mit, der „Aufbau“, Zürich, gab im gleichen Zeitpunkt von den modernen Vernichtungsmethoden in den Lagern Osteuropas Kenntnis. Das Schweiz. Arbeiterhilfswerk erklärte in einem Aufruf vom Frühjahr 1943 u.a.: „Heute ist ziemlich allgemein bekannt und muss den Behörden bekannt sein, dass eine Rückstellung in den weitaus meisten Fällen einem Todesurteil gleich kommt.“ Es war bereits von den Kundgebungen vom 17. Dezember 1942 in den Parlamenten von London und Washington die Rede, in denen elf Regierungen der alliierten Nationen und das Französische Nationalkomitee feierlich gegen die systematische Ausrottung der Juden Europas Einspruch erhoben, wie auch von dem anschliessenden Appell sämtlicher Bischöfe der anglikanischen Kirche auch an die neutralen Staaten zur unverzüglichen Rettung der vom Untergang bedrohten Judentum. Professor Ludwig bezeichnet es, wie erwähnt, als auffallend, dass auch diese offizielle Kundgebung der Alliierten, die in der schweizerischen Presse registriert wurde, bei den zuständigen schweizerischen Ämtern „offenbar keine Beachtung gefunden hat, sondern ihr im Gegenteil wenige Tage später der Erlass der Weisungen vom 29. Dezember über die Verschärfung der Grenzkontrolle gefolgt ist“. Am 27. Juli 1943 veranstaltete der Schweizerische Israelitische Gemeindebund Trauerkundgebungen für die jüdischen Opfer der Verfolgung. In der Synagoge in Zürich erklärte Rabbiner Dr. Taubes, dass Hunderttausende von jüdischen Familien ausgerottet worden seien, und in Bern sprach der Präsident der israelitischen Kultusgemeinde, Dr. Georges Brunschvig, von der völligen Vernichtung der Juden, die sich planmässig vollziehend seinerzeitigen Chef des Justiz- und Polizeidepartements aber brachte, wie er in seiner Stellungnahme zum Bericht von Professor Ludwig erklärt, erst das von den Amerikanern nach dem Waffenstillstand gelieferte Material „die betäubende Gewissheit ...

In Wahrheit müssen die eidgenössischen Behörden weit mehr noch als das Schweizervolk vom Schicksal der Juden in den besetzten Gebieten gewusst haben. Sie hatten den mehrfach erwähnten Bericht des Adjunkten der Polizeiabteilung, Dr. R. Jezler, in den Händen. Sie vernahmen – vielleicht schon im Frühjahr 1942 –

durch Teilnehmer der schweizerischen Ärztemission an der Ostfront von der bestialischen Ermordung von Juden, von Massenerschiessungen und vielleicht auch von Vernichtungslagern. Dem Bundesrat wird ferner sicherlich nicht unbekannt gewesen sein, was das Internationale Komitee vom Roten Kreuz bereits im Herbst 1942 über den Ausrottungsfeldzug gegen die Juden (Gaskammern und Krematorien) wusste. Schweizerische und internationale Organisationen, darunter das Ökumenische Komitee für Flüchtlingshilfe in Genf, setzten sich beim Bundesrat, unter Hinweis auf zuverlässige und unwiderlegbare Zeugnisse, für die Sache der Flüchtlinge ein; auch sie aber wussten bereits im Jahr 1942 von der furchtbaren Wahrheit. Vor allem aber verfügte der Bundesrat über die Informationen der schweizerischen Gesandten in den verschiedenen Ländern (er war also in Bezug auf die Kundgebung der Alliierten vom 17. Dezember 1942 keineswegs, wie man auf Grund der Darstellung des ehemaligen Departementschefs glauben könnte, auf die Meldungen in schweizerischen Zeitungen angewiesen) und dazu noch über einen Nachrichtendienst, dessen glänzende Informiertheit allgemein gerühmt wurde. Und schliesslich wussten die Behörden natürlich all das, was die Presseprotokolle den Zeitungen zu veröffentlichen verboten hat.

Unter diesen Umständen versteht man nicht recht, dass Bundesrat von Steiger heute das Argument anführt, er habe von den Gewährsleuten von Professor Ludwig, Dr. G. Riegner vom Genfer Bureau des Jüdischen Weltkongresses, und Dr. B. Sagalowitz von der Pressestelle des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, während seiner ganzen Amtszeit keinerlei Mitteilungen erhalten. Es ist nicht anzunehmen, dass ein Mitglied des schweizerischen Bundesrates auf Meldungen von privaten Institutionen angewiesen war, ganz abgesehen davon, dass ihm diese ja auf verschiedenen Wegen, so z.B. durch die Darstellung, die der Chef der Polizeiabteilung in der Sitzung des Zentralkomitees des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes erhielt, durch Interventionen kirchlicher Kreise, durch Publikationen des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes usw., zugekommen sein dürften. Und sicherlich verfügte das für die Flüchtlingsfragen zuständige Departement des Bundesrates über eine zumindest ebenso ‚konzentrierte Zusammenfassung‘ schweizerischer Presseäusserungen zu diesem Problem wie die Pressestelle des SIG.

Die unglückliche Rolle, die die (zuerst dem Armeestab und seit
216

dem 1. Februar 1942 dem Bundesrat unterstellten) Presseüberwachungsstellen in der Flüchtlingsfrage spielten, kann hier nur gestreift werden. Professor Ludwig bezeichnet ihre Verfügungen, im Rückblick gesehen, als ‚nur schwer verständliche Im übertriebenen Bestreben, die ‚korrekten‘ Beziehungem zum Ausland nicht zu beeinträchtigen, traten diese Stellen der Verbreitung der Wahrheit über die Verfolgung der Juden entgegen und bezeichneten zuverlässige (und in der Folge hundertfach bestätigte) Meldungen noch Ende 1943 (!) als ‚Einschaltung in die ausländische Greuelpropaganda‘ usw. – bis die öffentliche Meinung schliesslich im Sommer 1944, als die Schreckensmeldungen aus Ungarn eintrafen, den Spiess umkehrte und die Zensoren zum Schweigen brachte, was sicherlich dazu beigetragen hat, viele Menschenleben vor der Vernichtung zu retten; schweigen hätte bedeutet, sich mitschuldig zu machen. Diese Haltung der Presseüberwachungsstellen wiegt umso schwerer, als das Wissen um die volle Wahrheit die Widerstände gegen die Rückweisungspraxis der Behörden natürlich verstärkt und ein Gegengewicht gegen die Hetze des Vaterländischen Verbandes‘ gebildet haben würde.

Aus alledem lässt sich nur der Schluss ziehen, dass die eidgenössischen Polizeibehörden die Wahrheit über das Schicksal der Juden unter der nationalsozialistischen Terrorherrschaft gekannt, dass sie die rettungssuchenden jüdischen Flüchtlinge aber trotzdem zurückgestossen haben.»

Lutz gab noch – n eigenen Kommentar:

«Man kann natürlich die Haltung der schweizerischen Regierung während des Krieges auch damit erklären, dass die damals für das Land Verantwortlichen Angst vor den immer deutlicher ausgesprochenen Drohungen Hitlers und Nazideutschlands hatten oder damit, dass mein Vaterland schliesslich ein sehr kleines Land ist, das damals von allen Seiten von Deutschland und seinen Verbündeten, beziehungsweise von durch die Deutschen besetzten Ländern umgeben war und ein Widerstand gegen diese von vornherein aussichtslos gewesen wäre. All dies und die übrigen in Frage kommenden Argumente, wie Versorgungsschwierigkeiten für soviele Menschen usw., waren zu berücksichtigen. Aber, wenn man die Tatsachen realistisch betrachtet und sich in die damalige Situation der Schweiz versetzt, hinken alle diese Argumente. Sie hinken in erster Linie aus prinzipiellen Ursachen; denn die Schweizer Regierung der Kriegszeit stellte sich – unter Missachtung der alten Schweizer

Tradition des humanistischen Handelns – auf einen rassistischen Standpunkt, der ausdrücklich und gezielt gegen eine einzige Gruppe gerichtet war: gegen die Juden. Die Wurzeln für dieses Verhalten liegen im offenen, teils auch geheimen Antisemitismus. Beweis dafür ist, dass die Schweizer Regierung bereits lange vor dem Zweiten Weltkrieg auf Vorschlag von Herrn Dr. H. Rothmund die ‚Fremdenpolizei‘ organisierte – auf Vorschlag jenes Herrn Dr. Rothmund, der wohl enge, ja freundschaftliche Beziehungen zu einzelnen, vorwiegend reichen, Juden unterhielt, gleichzeitig aber offen verkündete, dass die Schweiz ‚gegen die Verjudung‘ kämpfen müsse. Dabei verwendete er das an den Haaren herbeigezogene Argument, dass nach seiner aufrichtigen Überzeugung die polnischen Juden ausserstande wären, sich zu assimilieren! Es ist eine traurige Tatsache, dass es einige Schweizer Juden in verantwortlicher Position gab, die bereit waren, diese Ansichten Dr. Rothmunds zu teilen. Es wird aber wohl für immer ein Rätsel bleiben, wie es Dr. Rothmund vor seinem eigenen Gewissen verantworten konnte, die assimilierten, von alters her hochkultivierten deutschen und österreichischen Juden – die kaum etwas mit den polnischen Juden gemeinsam hatten – auf ihrer Flucht zurück in den sicheren Tod zu schicken? Denn Tatsache ist, dass es kaum polnische Juden gab, die bis zur Schweizer Grenze gelangten, die Asylbewerber kamen aus Deutschland, Österreich und den anderen Nachbarstaaten der Schweiz. Dabei leugnete Dr. Rothmund immer, Antisemit zu sein – ausgenommen im Hinblick auf die ‚Ostjuden‘.

Dabei besteht kein Zweifel darüber, dass – hätte die Schweizer Regierung die sprichwörtliche Humanität der Schweizer in Hinblick auf die verfolgten Juden damals angewendet – die Mehrheit des Schweizervolkes zu Opfern bereit gewesen wäre, um diesen Verfolgten ein Überleben zu ermöglichen; und auch die Aufnahme von 50'000 bis 100'000, eventuell sogar 200'000 Menschen hätte keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereitet.

Rätselhaft ist auch, dass die verschiedenen Proteste nie zu Herrn Bundesrat E. von Steiger gelangten; es scheint mir nicht gut vorstellbar, dass die Verwaltung der Schweizer Regierung die zahllosen diesbezüglichen Meldungen vor ihm versteckt und auch die Presseüberwachungsstelle ‚vergessen‘ hätte, in ihre regelmässigen Berichte diesbezügliche Informationen aufzunehmen?»

Herr Eduard von Steiger bemerkt zum Kapitel «Das Flüchtlingswesen in der Vorkriegszeit» des Berichtes von Herrn Prof. Ludwig:

«Ich vernehme zum erstenmal, dass die Haltung des inzwischen verstorbenen seinerzeitigen Vertreters der schweizerischen Judenschaft, Saly Mayer, in weiten jüdischen Kreisen nicht gebilligt worden sei, was zu internen Auseinandersetzungen und schliesslich zum Rücktritt des Genannten geführt habe. Jedenfalls war mir diese Tatsache nicht mehr gegenwärtig. Ich wusste nur, dass Herr Saly Mayer eine andere Aufgabe in der Fürsorge für die Juden übernommen hatte. – Ich lebte im Glauben, er habe alle jüdischen Kreise hinter sich. Allerdings hat er grosses Verständnis für die schwierige Aufgabe der Polizeiabteilung und des Departements bekundet. Vielleicht hat ihm gerade diese Tatsache Schwierigkeiten verursacht. Im Übrigen hat Herr Saly Mayer jeweilen direkt mit Herrn Dr. Rothmund, zu dem er sehr gute Beziehungen hatte, verkehrt. Es ist also unerheblich, ob mir die Einzelheiten seiner späteren Schwierigkeiten mit den jüdischen Kreisen bekannt waren. Ich hatte jedenfalls eine gute Erinnerung an Herrn Saly Mayer behalten.»

Dazu bemerkte Carl Lutz: «Wenn Herr von Steiger nichts davon wusste, dass die schweizerische Judenschaft Herrn Saly Mayer von seiner Position als Vorstand des ‚Gemeindebundes‘ abdanken liess, dann besteht einerseits kein Zweifel darüber, dass die Pressemeldestelle der Regierung ihre Aufgabe tendenziös durchführte, andererseits sieht man daraus, dass Herr von Steiger in jenen schweren Zeiten für jüdische Angelegenheiten kein Interesse zeigte. Im Übrigen bekräftigt er, dass Herr Dr. Rothmund enge Beziehungen zu Saly Mayer unterhielt, dessen servile Haltung er für seine rassistische Flüchtlingspolitik nutzte. Hat Herr von Steiger an Saly Mayer wohl deshalb ‚eine gute Erinnerung behalten, weil dieser nicht dagegen protestierte, als man die verfolgten Juden zurück in den Tod schickte?

Lesen wir bloss aufmerksam», fuhr Lutz fort, «was Herr Eduard von Steiger in seiner ‚Stellungnahme‘ weiter schreibt: ‚Ich hatte mich immer daran gestossen, dass die Juden nicht als politische Flüchtlinge betrachtet wurden. Diese Praxis habe ich so angetroffen, und es wäre aus verschiedenen Gründen nicht möglich gewesen, sie zu ändern und die Juden etwa der Bundesanwaltschaft zu unterstellen, wie man das mit den politischen Flüchtlingen tat. Deshalb habe ich in den Kommissionen und vor den Räten nicht bestritten, dass die Kritik, wonach die Juden nicht als politische Flüchtlinge behandelt wurden, eine gewisse Berechtigung habe, wie das der Bericht des Herrn Professor Ludwig ausführt. Es waren

praktische Gründe, welche zu der Auffassung führten, man könne die Juden nicht als politische Flüchtlinge betrachten und behandeln. Die Bundesanwaltschaft wäre gar nicht in der Lage gewesen, mit ihrem Personal diese ganze Frage der Internierung und Aufnahme von jüdischen Flüchtlingen praktisch zu behandeln. – Ausserdem war zu sagen, dass die Juden ja nicht wegen ‚politischer Betätigung‘ verfolgt wurden. Sie waren die bedauernswerten Opfer des Hitlerschen Rassenwahns.’

Es ist erschütternd, dass der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements noch zwei Jahrzehnte nach den Ereignissen und nach seinem tragischen Fehlverhalten noch immer nicht den Mut hat, sich der Realität zu stellen, und die ganze Frage zu vernebeln versucht, statt für die nachkommenden Generationen Klarheit über die wahren Tatsachen zu schaffen. Er beginnt seine Erklärungen mit dem Satz: ‚Ich hatte mich immer daran gestossen, dass die Juden nicht als politische Flüchtlinge betrachtet wurden’, und schliesst mit der Bemerkung: ‚Ausserdem war zu sagen, dass die Juden ja nicht wegen politischer Betätigung’ verfolgt wurden.’ Bedarf es noch eines weiteren Kommentars zu seinen Entschuldigungsversuchen ?»

Eduard von Steiger befasst sich in seiner Stellungnahme ausführlich mit der Frage, welche Zahl von Verfolgten die Schweiz aufgenommen hatte und wie man diese Leute versorgte und gepflegte. Lutz äusserte sich dazu – rmassen:

«Meiner Meinung nach sind diese Fragen zweitrangig gegenüber den grundlegenden Fehlern, die die Regierung in erster Linie gegenüber den jüdischen Flüchtlingen begangen hat. Ich habe das Gefühl, dass die ausführliche Schilderung der Details der Versorgung nur von der Kernfrage ablenken soll. Wenn aber schon von diesen Dingen die Rede ist, können wir zum Beispiel nicht von der Tatsache zur Tagesordnung übergehen, dass im Sinne der von der Fremdenpolizei ausgegebenen Weisungen der weltberühmte Sänger Joseph Schmidt (dessen Platten auch heute noch oft und immer wieder im Rundfunk und Fernsehen gespielt werden), der sich in einem der Flüchtlingslager befand, von der Lagerkommandantur nicht die Erlaubnis erhielt, nach Zürich zur Behandlung seines schweren Leidens zu fahren und infolgedessen eben diesem Leiden erlag. – Was die Anzahl der Flüchtlinge betrifft, die von der Schweiz aufgenommen wurden, muss man – schon für spätere Generationen und deren Verständnis – klarstellen, dass man einige

tausend Flüchtlinge erst dann in das Land hereinliess, als schon für jedermann klar war, dass Hitler den Krieg verloren hatte; das war Ende 1944, Anfang 1945. Noch im Jahre 1942, als nicht nur militärische Fachleute, sondern jeder intelligente Mensch nach der Niederlage von Stalingrad bereits ersehen konnte, dass der Krieg für die Deutschen verloren war, verschärften die Schweizer Behörden ihren Standpunkt in der Flüchtlingsfrage! Sie sahen damals noch nicht, vielleicht wollten sie auch nicht sehen, wie der Krieg ausgehen würde.

Andererseits gibt es aber auch keine Erklärung für die Haltung der Alliierten, die anlässlich der von Roosevelt einberufenen Weltkonferenz für Flüchtlingsfragen im Juli 1938 in Evian Hitlerdeutschland förmlich zur Vorbereitung der totalen Judenausrottung und zur Vernichtung der Antifaschisten ermunterten. Die Absperrungspolitik der Grossmächte, die sie auch während des Krieges noch aufrechthielten, machte die Judenheit erst recht vogelfrei. In den ersten neun Monaten des Jahres 1942 gewährten die USA nur 30, Brasilien nur 31 und Argentinien nur 5 Einreisevisa (lt. Berichtstatter Speiser anlässlich der Ständeratsitzung vom 6. März 1958) – ist das aber eine Entschuldigung für unser Land? Ich, als echter Schweizer, muss diese Frage stellen. Wenn auch unser kleines Land im Verhältnis zu den grossen Mächten der zivilisierten Welt, die sich in unverständlicher Weise total absperreten, sehr viel getan hat, so bleibt doch an der Tatsache nicht zu rütteln, dass wegen der starren Haltung unserer damaligen Regierung förmlich vor den Augen des Schweizervolkes die von unseren Grenzen abgewiesenen oder gar zurückgebrachten Juden umgebracht wurden.»

Lutz setzte fort: «Dreizehn Jahre mussten vergehen, bis sich die Regierung meines Vaterlandes offiziell mit meiner Tätigkeit in jener schrecklichen Epoche in Budapest befasste und meinen Bericht zur Kenntnis nahm. Dazu kam es aber erst, als der Ständerat nach langem Hin und Her den im Auftrag des Bundesrates von Prof. Carl Ludwig angefertigten Bericht ‚Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart‘ auf seine Tagesordnung setzte. (Prof. Carl Ludwig bekam den Auftrag im Juli 1954 und fertigte den Bericht bis zum September 1955 an. Die Regierung hielt es aber für notwendig, die Stellungnahme von Bundesrat Eduard von Steiger, Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements von 1941-1951, welche dieser vom November 1956

bis zum Mai 1957 ausarbeitete, dem Bericht von Prof. Ludwig beizufügen.)

Bei der Sitzung des Ständerates gab Bundesrat Dr. Feldmann – nach mehreren Wortmeldungen verschiedener Ständerat-Mitglieder – eine ausführliche ergänzende Erklärung und brachte meinen Bericht über die Rettungsaktion in Budapest den Anwesenden zur Kenntnis. Mit Freude las ich im amtlichen Protokoll die einleitenden Worte von Bundesrat Dr. Feldmann (s. Seite 7).

Schon seit ich im Ruhestand bin, beschäftige ich mich fast ausschliesslich mit dem Gedanken, auf die verfehlte Politik hinzuweisen, die die Regierung nach dem Ersten Weltkrieg, zurzeit des italienischen Faschismus und des Durchbruchs des deutschen Nazismus betrieben hat – eine Politik, die im schroffen Gegensatz zu unseren traditionellen humanistischen Prinzipien stand. Dabei leitet mich der Gedanke, dass wir im Interesse der Zukunft unseres Vaterlandes, als Lehre für die neuen Persönlichkeiten in leitenden Stellungen, ‚aus den Erfahrungen der Vergangenheit die Lehren für die Zukunft ziehen‘ müssen – um mit Bundesrat Feldmann zu sprechen. Es wäre wünschenswert, wenn die junge Generation und jene, die heute in verantwortlicher Position das Schicksal unseres Vaterlandes leiten, den Bericht von Prof. Ludwig gründlich studieren würden – mit allen Kommentaren, Kritiken und dem Protokoll über die diesbezügliche Sitzung des Ständerates.

Das Aufdecken des Verhaltens der Regierung während der Kriegszeit und das Abgehen von der Politik der Vertuschung war ein grosser Fortschritt, zu dem sich der Bundesrat auf Grund der Interpellation von Nationalrat Dr. Hans Oprecht vom 16. Juni 1954 entschloss. Wie sich aber aus den Wortmeldungen ergibt, legte der Ständerat nicht die volle Wahrheit dar, denn die schwerwiegendsten ‚Fehler‘ – unter anderem das rassistische Verhalten der damaligen Regierung – wurden mit beschönigenden Erklärungen gedeckt. Aber als Lehre für die kommenden Generationen muss die ganze Wahrheit ans Tageslicht kommen! Deshalb, und nur deshalb, weise ich auf die aus dem Protokoll der Ständeratsitzung klar ersichtlichen Widersprüche hin, die meine Person betreffen. Die Regierung und die Berner Administration nahmen meine humanistische Tätigkeit in Budapest bis zu jener Ständeratsitzung vom 6. März 1958 nicht zur Kenntnis; im Gegenteil, man sprach von ‚Kompetenzüberschreitung‘, weil ich gegen den Willen der Regierung aus eigener Initiative handelte, weil ich das tat, was jeder

wahre Schweizer in ähnlicher Situation getan hätte. Während der vier Jahrzehnte, die ich in diplomatischen Diensten stand, erledigte ich jede mir zugewiesene Aufgabe zur allgemeinen Zufriedenheit. Als ich 1960 in den Ruhestand trat, ernannte man mich zum Generalkonsul – aber mit der Klausel, dass es sich dabei nur um einen ‚Titel ohne Mittele handle, das heisst, ich bekam nicht das Gehalt eines Generalkonsuls, sondern nur jenes, das einem Konsul zusteht.

Bei der Ständeratsitzung vom 6. März 1958 leitete Bundesrat Dr. Feldmann die detaillierte Bekanntgabe meines Berichtes mit den Worten ein: ‚Und nun darf ich Ihnen noch ein anderes Dokument unterbreiten, das bisher wenig bekannt war. Herr Professor Ludwig hat mir am 14. Februar 1958 Aufzeichnungen zugestellt über die Rettungsaktion im Kriegswinter 1944 durch den schweizerischen Konsul Lutz, Chef der Schutzmachtabteilung der schweizerischen Gesandtschaft in Budapest. Professor Ludwig schreibt mir, wenn er zurzeit der Abfassung seines Berichtes von diesen Aufzeichnungen Kenntnis gehabt hätte, so hätte er mit Nachdruck auf diese Episode hingewiesen. Ich zitiere aus den Aufzeichnungen einige Stellen, die Ihnen zeigen, was damals ein schweizerischer Konsul in Budapest zur Rettung von Juden vorgekehrt hat.‘ – Hier zeigte die Schweiz ihre guten Seiten, im Gegensatz zu jener Schweiz, die Fehler beging. Dr. Feldmann suchte die Wahrheit; aber die bürokratischen leitenden Beamten des Eidgenössischen Politischen Departements schrieben am 30. April 1956 in einem amtlichen Brief im Zusammenhang mit der Schutzpass-Rettungsaktion vom Sommer 1944 in Budapest: ‚dass es (das Politische Departement) keine Kenntnis von der Ausstellung derartiger Dokumente hat‘. Zwei Jahre später begann der Ständerat – entgegen der Vertuschungspolitik, die die Administration so ausdauernd betrieb – das Volk, die Öffentlichkeit über die verfehlte Politik während der Kriegszeit zu informieren. Im Hinblick auf die Zukunft kann nur das Aufzeigen der vollen Wahrheit als Wegweiser dienen. Mein einziges Lebensziel ist es jetzt, der neuen Generation – von der die Zukunft unseres Landes, die weitere Anwendung unserer humanistischen Prinzipien abhängen – mit meinen Erfahrungen den Weg zu zeigen.›

Ein Brief von Dr. Heinrich Rothmund

Am 31. August 1960 schrieb Dr. Rothmund einen Brief an den Chef der Abteilung für Vervvaltungsangelegenheiten des Eidg. Politischen Departements, Minister P. Clottu. In diesem Brief, den wir nachstehend wörtlich wiedergeben, zollt er Carl Lutz überschwengliches Lob für dessen Rettungstätigkeit in Budapest. Dieses überschwengliche Lob für die Rettung von Juden wird von einem Mann ausgesprochen, der etwa vier Jahrzehnte früher – nach dem Ersten Weltkrieg – die schweizerische Fremdenpolizei nach rassistisch-antisemitischen Prinzipien aufgebaut hatte. Damals schon führte er Massnahmen zur Unterscheidung von Juden und Nichtjuden (natürlich zum Nachteil der Juden!) ein. Mit diesem Brief nun spricht derselbe Dr. Rothmund, der 22 Jahre früher mit Hitlerdeutschland kollaborierte, «um die Schweiz vor dem Eindringen nicht assimilierungsfähiger Ostjuden zu bewahren», Lutz für die Rettung verfolgter Juden seinen Dank aus. Derselbe Dr. Rothmund, der bei jener berüchtigten Regierungsverordnung seine Hand im Spiel hatte, wonach die Schweiz rassistisch Verfolgte nicht als politisch Verfolgte anerkannte und ihnen daher kein Asylrecht zugestand. Derselbe Dr. Rothmund, der mit Wissen seines Vorgesetzten, Bundesrat Eduard von Steiger, und der ganzen Regierung nach Deutschland fuhr, um dort die Kennzeichnung der Juden durch ein auffallendes «J» in ihrem Pass zu erreichen. Die tragischen Folgen sind bekannt ... Die öffentliche Meinung wird sich umsomehr für diese Angelegenheit interessieren, weil Dr. Rothmund als Hauptverantwortlicher ins Licht der Öffentlichkeit geriet. Nun ist nicht daran zu zweifeln, dass Rothmund ein spiritus rector dieser rassistischen Haltung war – aber ebenso sicher ist nicht er allein verantwortlich dafür zu machen. Das wird schon daraus deutlich, dass die Regierung zwanzig Jahre hindurch (1938-1957) die Sache vertuschte. Man stellte es so dar, als ob – zum Beispiel – das «J» von Hitlerdeutschland gefordert worden wäre. Als man dann die Wahrheit nicht mehr verheimlichen konnte, machte man Dr. Rothmund zum Sündenbock. Auch die Presse blies ins selbe Horn. Und Rothmunds damaliger Chef, Bundesrat Eduard von Steiger, versuchte sich selber auf Kosten seines Untergebenen reinzuwaschen. Man kann aber keinesfalls bestreiten, dass von Steiger und die ganze Regierung – schon von der Position her – grössere, oder zumindest ebensoviel

Verantwortung für die unmenschlichen Verordnungen hatten, wie Dr. Rothmund.

Zur besseren Charakterisierung Dr. Rothmunds nachstehend die Abschrift eines seiner Briefe:

Dr. H. Rothmund
Weststrasse 19
Bern

Bern, den 31. August 1960

Herrn Minister P. Clottu,
Chef der Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten
des Eidg. Politischen Departements,
Bern

Sehr geehrter Herr Minister,

Ungerechtfertigte Kritiken am Vorgehen des leider verstorbenen, mir als ausgezeichneten Mann bekannten Schweizers, Herrn Saly Mayer, ehemals Präsident des Israelitischen Gemeindebundes, nachher Vertreter des American Joint Distribution Committees in der Schweiz, erschienen in «Die Bunte Illustrierte» vom 13. August 1960, haben mich vor Kurzem mit Herrn Generalkonsul Lutz in Bregenz in Fühlung gebracht. Da es sich in der illustrierten Zeitung um die Haltung Saly Mayers den Nazibonzen gegenüber im Jahre 1944 über die Einstellung der Deportationen der Juden aus Ungarn in die Konzentrationslager handelte, führte unser Gespräch natürlicherweise auf die Tätigkeit des Herrn Lutz während der Kriegszeit in Budapest. Dabei wurde über die mir schon bekannte Fürsorge für die dortigen Juden, d.h. ihre Bewahrung vor der Deportation nach dem Vernichtungslager Auschwitz und damit in die schauerlichste Quälerei bis zum Tod durch Erschiessen oder Vergasen gesprochen. Es wurde mir erneut vor Augen geführt, was Herr Lutz damals als Vertreter der Schutzmacht für die verfolgten Juden getan hat. Es ist nicht übertrieben, wenn ich sage, er habe sein Leben riskiert, denn die Gestapoleute – besonders die mit der Liquidierung der Juden betrauten – waren Verbrecher, denen ein Menschenleben nichts bedeutete. Sogar die diplomatischen Gepflogenheiten waren kein sicheres Hindernis für die Durchführung ihrer Aufgabe, die sie als etwas vom Wichtigsten betrachteten, was der «Führer» angeordnet hatte. Wie leicht war ein Konsul oder ein Di-

plomat durch ein Auto- oder einen Flugzeugunfall zu beseitigen! Ob dabei noch ein paar andere Menschen daran glauben mussten, war dem Hitlerschen und Himmlerschen Hauptquartier nicht wichtig.

Ich erinnere mich an ein Gespräch mit dem Grafen Helldorf Polizeipräsident von Berlin im Jahre 1942, der meines Wissens damals schon der Gruppe der Verschwörer vom 10. Juli 1944 angehörte. Er erklärte auf meine Frage über die Behandlung der Juden: «Da ist garnichts mehr zu machen, das ist endgültig.» Wer in der SS oder der Gestapo mit den Juden zu tun hatte, der halte nicht nach links und nicht nach rechts zu schauen. Hier galten nur Deportation und Vernichtung, wenn der mit dieser Frage betraute SS- oder Gestapomann nicht selber den Tod riskieren wollte.

In dieser Falle sass Carl Lutz. Er übersah die Gefahren, die seiner Person drohten; er sah nur die schwer gefährdeten Juden und wollte diesen um jeden Preis helfen. Mit schweizerischen Schutzpässen bewahrte er sie vor der Deportation. Ja, er räumte ein grosses Haus und brachte dort zahlreiche der bedrohten Juden unter. An der Haustüre klebte ein Zettel mit der Inschrift: «Dies Haus steht unter schweizerischem Schutz».

Was tat ich, der Unterzeichnete, unterdessen? Ich musste meine Pflicht in anderer Richtung erfüllen: Die Armee stand in Kriegsmobilmachung; niemand konnte wissen, ob Hitler in seinem Wahn nicht noch die Schweiz angreifen würde, und zwar bis zum letzten Tag der Kriegsdauer. Um für diesen Fall bereit zu sein, musste verhindert werden, dass eine zu grosse Zahl von Ausländern die Bewegungsfreiheit unserer Truppe hemmte. Der schweizerischen Zivilbevölkerung, die nichts zu tun hatte im «Reduit», war der Zutritt dorthin untersagt und wäre es auch, wie selbstverständlich allen Ausländern im Falle eines Krieges untersagt geblieben. Zur Unterbringung von Flüchtlingen konnte die Armee auch sonst nur einen beschränkten Raum zur Verfügung stellen. So musste ich Neuzeu- reisen von Flüchtlingen nach Möglichkeit verhindern. Gewiss war auch das keine kleine Aufgabe, besonders wenn man an die Wirkung einer solchen Abwehr in der Nachkriegszeit dachte, die sich ja dann eingestellt hat. Aber ich befand mich in der Heimat, auf meinem Posten, war nicht in persönlicher Gefahr für Leib und Leben. Was war das, eingerechnet die nachherigen unangenehmen Angriffe hauptsächlich der Presse, gegen die Lebensgefahr, die Carl Lutz drohte!

Die Juden haben Herrn Lutz ausgezeichnet und geehrt durch Be-
226

zeichnung einer Strasse in Haifa in Israel mit seinem Namen. Die Schweiz hat ihm, soweit mir bekannt ist, den Titel des Generalkonsuls gegeben, jedoch nicht mit den Funktionen und dem entsprechenden Gehalt, weil das nicht mit den administrativen Vorschriften vereinbar gewesen wäre. Müssen wir uns nicht schämen?

Wohl soll man, wie ich gehört habe, noch eine Verlängerung der Amtsdauer um sechs Monate, um die Herr Lutz angesucht hat, in Prüfung haben. Es sollen ihm aber nicht einmal die persönlichen Verluste, die er in Budapest erlitten haben soll, gedeckt werden, abgesehen von einer Entschädigung für hervorragende, dem Lande geleistete Dienste und eine entsprechende Anerkennung.

Ich bin mir klar darüber, dass die Entscheidung in diesem Falle für Sie nicht einfach ist. Sie müssen sich an Ihre Vorschriften halten. Was aber während des Krieges sich ereignet hat, darf meines Erachtens ausserhalb der allgemeinen Vorschriften entschieden werden. Wie Sie von Ihren Aussenbeamten in Kriegszeiten mit Recht aussergewöhnliche Leistungen verlangen müssen, müssen solche auch aussergewöhnlich entschädigt werden. Abgesehen von einer besonderen Honorierung von Leistungen, die den Einsatz des Lebens erheischen! Ich bin auch überzeugt, dass der Bundesrat einem entsprechenden Antrag Folge leisten wird.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Minister, das Nötige veranlassen zu wollen und versichere Sie meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Dr. Rothmund

Dieser Brief Rothmunds leuchtet auch ein wenig hinter die Kulissen. Aber zitieren wir den persönlichen Kommentar Carl Lutz', mit dem er mir den Brief überreichte:

«Zum letzten persönlichen Gespräch zwischen Dr. Rothmund und mir kam es nach dem Erscheinen eines Artikels in der ‚Bunten Illustrierten‘ vom 13. August 1960. Rothmund machte damals – im Gegensatz zu sonst – den Eindruck eines seelisch müden und traurigen Menschen. Bei unseren früheren Begegnungen sprach er immer – auch wenn er zugab, dass man einige hunderttausend Flüchtlinge vorübergehend hätte aufnehmen können – wie jemand, der davon überzeugt ist, im Interesse des Vaterlandes gehandelt zu haben. Später, als er schon in Pension war und die Regierung begann, die Wahrheit – wenn auch mit gewissen Beschönigungen – an die

Öffentlichkeit zu bringen, suchte er nach Ausflüchten und liess dabei die Verantwortung seiner Vorgesetzten nur andeutungsweise durchblicken.

Bei unserem letzten Gespräch schien es mir, als wollte er zu seiner eigenen Beruhigung ein Bekenntnis ablegen. Er sagte, dass seine Reise nach Berlin im Einvernehmen mit seinem Vorgesetzten von Steiger und mit der Regierung erfolgt war. Das Verschweigen gewisser Tatsachen galt als ‚Staatsinteresse‘; daher wurde bei Regierungskonferenzen über die heikelsten Angelegenheiten kein Protokoll aufgenommen, von anderen wurden die Aufzeichnungen vernichtet. „Als man dann auch offiziell zugab, dass unsere Politik falsch gewesen war, wurde die Verantwortung dafür von allen, in erster Linie von meinem ehemaligen Chef von Steiger, mir zugeschoben – ich war der Sündenbock“, sagte Rothmund bitter. Ich schrieb es seiner Verbitterung zu, dass er sich dann sehr intensiv nach der Budapester Rettungsaktion erkundigte. Er interessierte sich für jede Einzelheit. Dann fragte er mich nach meinen privaten Verhältnissen. Auf Grund meiner Informationen bot er mir an, für mich zu intervenieren. Und tatsächlich erhielt ich schon Anfang September 1960 die Kopie seines Briefes vom 31. August. Dieser Brief machte mich nachdenklich und betroffen. Nachdenklich, weil Rothmund sich so froh über die Rettung von Budapester Juden zeigte. Jetzt wusste er schon, dass die Gestapoleute Verbrecher waren ... Und betroffen machte es mich, dass er schon im Jahre 1942 vom Grafen Helldorf, dem Polizeipräsidenten von Berlin, über die Judenvernichtung informiert worden war! Damals, in den Kriegsjahren, beschwichtigte Dr. Rothmund die Schweizer Regierung über das Schicksal der Verfolgten. War dieser Dr. Rothmund, mit dem ich jetzt sprach, der gleiche Mensch, den ich von früher her als unbarmherzigen Rassisten, als Antisemiten kannte? War es möglich, dass dieser einstige Bewunderer Hitlerdeutschlands spät, sehr spät, zur Erkenntnis der tragischen Wirklichkeit gekommen war? Hatte sich sein Gewissen gerührt? Als ich sein enttäushtes Gesicht sah, glaubte ich schon, dass er Reue empfände. Aber als ich den Brief aufmerksam durchlas, konnte ich nicht mit Sicherheit sagen, ob dieses ‚Bekenntnis‘ seinen Ursprung wirklich in Gewissensbissen hatte oder ob er auch damit seine eigene Rolle in schöneres Licht setzen wollte? Wer konnte das feststellen? Rothmund hatte mir angeboten, bei seinem ehemaligen Freund zu intervenieren. Vor meinem geistigen Auge tauchten die unbarmherzig zurückgetriebenen

Flüchtlinge, denen das Entsetzen ins Gesicht geschrieben war, auf: Sie wussten, dass auf der anderen Seite der Grenze der Tod auf sie wartete. Wie hätte ich jetzt für meinen hochrangigen Schweizer Mitbürger, der noch 1944 behauptete, die zurückgeschickten Flüchtlinge würden nur zur Arbeit eingesetzt, viel Mitgefühl empfinden können? 1960 gab er dann zu, dass er schon 1942 authentische Informationen über das sie erwartende Verhängnis besass ... Aber noch bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges gab er immer schärfere Weisungen zum Abschieben der unerwünschten jüdischen Flüchtlinge aus.

Was war das für ein Mensch? Wie weit war unser Landsmann Dr. Rothmund doch von unserer schweizerischen Menschlichkeit entfernt! – All das darf unser Volk niemals vergessen!»

Nachwort

Das Aufzeigen der historischen Tatsachen soll nicht der Glorifizierung der Person Carl Lutz' dienen, sondern die Ehre dieses selbstlosen Diplomaten verteidigen.

– Fakten möchte ich besonders hervorheben: Wäre Carl Lutz zurzeit seines Dienstes in Budapest nicht seinem Gewissen gefolgt (und dabei in Gegensatz zu seiner Regierung geraten), und hätte er sich nicht mit aller Kraft für die Verfolgten eingesetzt, dann wären nach der Befreiung trotz aller mutigen Aktionen der Budapester Widerstandsbewegungen, trotz der Rettungstätigkeit der Diplomaten neutraler Mächte, des Internationalen Roten Kreuzes usw. sicherlich nicht 124'000 von ihnen am Leben geblieben.

Carl Lutz ist nicht mehr. Er wurde in seinem Vaterland noch zu seinen Lebzeiten rehabilitiert – wenn er auch nicht die ihm gebührende Anerkennung fand. Immerhin erhielt er die Ehrenbürger-schaft seiner Heimatgemeinde Walzenhausen. In Israel hat man eine Strasse in Haifa nach ihm benannt und ihn durch eine Erinnerung in der Gedenkstätte Yad v'Shem geehrt.

Friedrich Born und andere wurden vergessen. Raoul Wallenberg ist nach der Befreiung von Budapest verschwunden. Die zionistischen Pioniere werden in Ungarn totgeschwiegen, auch ihre Tätigkeit ist fast vergessen. Von meiner Seite ist ein Bericht über alle Schweizer Diplomaten, die im ungarischen Holocaust eine wichtige Rolle spielten, in Vorbereitung; ebenso ein Bericht über die Angehörigen der sieben zionistischen Jugendbewegungen, die aufopferungsvoll und mit vielen Blutopfern an der Rettung Verfolgter beteiligt waren.

Zum Abschluss möchte ich nochmals Worte Carl Lutz' wie ein Vermächtnis zitieren:

«Aufgabe der – n Generation ist es, alle Völker der Welt durch Erkennen der verhängnisvollen Fehler der Vergangenheit mit Hilfe des technischen Fortschritts in unserem Zeitalter auf den Weg zu wahrer Humanität zu führen, den Weltfrieden zu schaffen. Dieser muss auf den Menschenrechten, der individuellen Freiheit, auf der Gleichheit aller Menschen beruhen.»

Quellennachweis

- Lutz, Carl: Aufzeichnungen über seine Kinderzeit. November 1912.
Lutz, Carl: Aufzeichnungen in Amerika. Washington, September 1924.
Lutz, Carl: Aufzeichnungen in Amerika. Washington, Oktober 1934.
Lutz, Carl: Aufzeichnungen in Palästina. Juli 1935.
Lutz, Carl: Aufzeichnungen in Palästina. September 1937.
Lutz, Carl: Aufzeichnungen in Palästina. November 1939.
Lutz, Carl: Aufzeichnungen in Bern. 1941.
Lutz, Carl: Tagebuch. Budapest 1942-1943-1944.
Lutz, Carl: Aufzeichnungen über die Rettungsaktion im Kriegsjahr 1944 in Budapest.
Lutz, Carl: Bericht über die Geschehnisse bei der schweizerischen Gesandtschaft in Budapest, der Schutzmachtabteilung und den unter ihrem Schutz stehenden Bureaux und Gebäuden. Oktober 1944-April 1945.
Lutz, Carl: Aufzeichnungen über die Rettungsaktion 1944/1945 in Budapest.
Lutz, Carl: Aufzeichnungen in der Zeit der Vertretung deutscher Interessen in Zürich. 1946-1947-1948-1949-1951.
Lutz, Carl: Bericht über die Tätigkeit im Dienste des Weltkirchenrates in Genf für die deutsch-evangelischen Missionsanstalten in Palästina. 1951-1952.
Lutz, Carl: Israel heute. Bern, Juni 1952.
Lutz, Carl: Aufzeichnungen über Politiker, Staatsmänner usw. 1954.
Lutz, Carl: Lebenslauf. Bregenz, 31. Januar 1958.
Lutz, Carl: Israel heute. Jerusalem-Bregenz, Januar-Februar 1959.
Lutz, Carl: Aus meiner Jugendzeit (Ich schreibe dies am 110. Geburtstag meiner lieben Mutter). Bregenz, 20. November 1959.
Lutz, Carl: Aufzeichnungen in den Jahren 1954-1960 in Bregenz.
Lutz, Carl: Curriculum vitae. 15. Juli 1968.
Lutz, Carl: Aufzeichnungen über Staatsmänner, Politiker usw. 1968.
Lutz, Carl: Aufzeichnungen in den Jahren 1961-1970 in Bern.

- Abusch, Alexander: Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte. Aufbau-Verlag, Berlin 1946.
Adam, Uwe D.: Im Dritten Reich. Droste, Düsseldorf 1972.
Adler, H.G.: Theresienstadt 1941-1945. J.C.B. Mohr, Tübingen 1955.
Adler, H.G.: Der Kampf gegen die «Endlösung der Judenfrage». Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn 1960.
Alexandrov, Victor: Six millions de morts. La vie d'Adolf Eichmann. Pion, Paris 1960.
Arendt, Hannah: Eichmann à Jerusalem. Gallimard, 1966.

- Bokor, Péter: Végjáték a Duna mentén. (Endspiel an der Donau.) RTV-Minerva-Kossuth, Budapest 1982.
- Beneschofsky, Ilona; Karsai, Elek: Vádirat a náciizmus ellen. (Anklageschrift gegen den Nazismus.) 1944 március 11.-május 15. Budapest 1958.
- Bonjour, Edgar: Geschichte der schweizerischen Neutralität. Helbing & Lichtenhahn, Basel 1967 und 1970.
- Bouhler, Philipp: Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die deutsche Jugend. Zentralverlag der NSDAP, Berlin 1938.
- Braubach, Max: Der Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone am Rhein im März 1936. Köln-Opladen 1956.
- Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror. Universum-Bücherei, Basel 1933.
- Brook-Shepherd, Gordon: Der Anschluss. Verlag Styria 1963.
- Broszat Martin: Der Nationalsozialismus (Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit). Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1960.
- Bucher, Rudolf: Zwischen Verrat und Menschlichkeit. Buchklub Ex Libris, Zürich 1967.
- Born, Friedrich: Bericht an das Internationale Rote Kreuz. Ungarn, Juni 1945.
- Brissaud, André: Les SS! Bibliothèque Marabout, Verviers (Belgique) 1968.
- Coudenhove-Kalergi, R.N.: Judenhass von heute. Paneuropa-Verlag 1935.
- Capek, Karel: Gespräche mit T. G. Masaryk. Rogner & Bernhard-Verlag, München 1960.
- Daim, Wilfried: Der Mann, der Hitler die Ideen gab. Isar-Verlag, München 1958.
- Darré, R. Walther: Neuadel aus Blut und Boden. München 1930.
- Dawidowicz, Lucy S.: Der Krieg gegen die Juden. Kindler-Verlag, München 1975.
- Debré, István: Trianon-Ungarn. Reimar Hobbing, Berlin 1933.
- Delarue, Jacques: Histoire de la Gestapo. Fayard 1962.
- Ember, Maximilian: Tagebuch über seine Erlebnisse bei der Schweizer Gesandtschaft in Budapest im Kriegswinter 1944.
- Feder, Gottfried: Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken. Verlag Franz Eher Nachf., München 1930.
- Feder, Gottfried: Die Juden. Verlag Franz Eher Nachf., München 1933.
- Frank, Anne: Das Tagebuch.
- Frank, Dr. László: Zöldár. (Die grüne Flut.) Zrinyi-kiadó, Budapest 1977.
- Frisch, Max: Blätter aus dem Brotsack. Atlantis Zürich.
- Gallo, Max: Der schwarze Freitag der SA. Molden-Taschenbuch-Verlag, Wien-München.
- Gilbert, G.M.: Nürnberger Tagebuch. Fischer-Bücherei, Frankfurt a.M. 1962 (aus dem englischen Original).

- Glaser, Hermann: Das Dritte Reich. Anspruch und Wirklichkeit. Herder-Verlag, Freiburg i.B. 1961.
- Glaus, Beat: Die nationale Front. Buchklub Ex Libris, Zürich 1969.
- Goebbels, Joseph: Tagebuch 1925-1926. Mit weiteren Dokumenten herausgegeben von Helmut Heiber, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1960.
- Grebing, Helga: Der Nationalsozialismus. Ursprung und Wesen. Isar-Verlag, München 1959.
- Hagen, Walter: Die Geheime Front. Organisation, Personen und Aktionen des deutschen Geheimdienstes. Europa-Verlag, Zürich 1950.
- Häsler, A. Alfred: Das Boot ist voll. Buchklub Ex Libris, Zürich 1968.
- Häsler, A. Alfred: Der Aufstand der Söhne. Buchklub Ex Libris, Zürich 1969.
- Hassell, Ulrich von: Vom ändern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938-1944. Atlantis-Verlag, Zürich 1946.
- Heer, Friedrich: Der Glaube des Adolf Hitler. Bechtle-Verlag, München-Esslingen 1968.
- Heiber, Helmut: Adolf Hitler. Eine Biographie. Colloquium-Verlag, Berlin 1960.
- Heiden, Konrad: Hitler. Das Leben eines Diktators. Europa-Verlag, Zürich 1936-1937.
- Herstig, David: Die Rettung. Seewald-Verlag, Stuttgart 1967.
- Himmler, Heinrich: Geheimreden 1933-1945 mit einer Einführung von Joachim C. Fest. Propyläen-Verlag/Verlag Ullstein 1974.
- Hitler, Adolf: Vortrag vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Club zu Düsseldorf am 27. Januar 1932. Verlag Franz Eher Nachf., München 1932.
- Hitler, Adolf: Mein Kampf. Zentralverlag der NSDAP, Verlag Franz Eher Nachf., München 1941.
- Hoch, Walter: Kompass durch die Judenfrage. Zwingli-Verlag, Zürich 1944.
- Hoegner, Wilhelm: Die verratene Republik. Isar-Verlag, München 1958.
- Höss, Rudolf: Kommandant in Auschwitz. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1958.
- Horthy, Miklós: Emlékirataim. (Memoiren.) Buenos Aires 1953.
- Horbach, Michael: So überlebten sie den Holocaust. Wilhelm-Goldmann-Verlag 1979.
- Jaggi, Arnold: Bedrohte Schweiz. Paul Haupt, Bern 1978.
- Jaspers, Karl: Die Schuldfrage. Brockhaus-Verlag, Wiesbaden 1946.
- Joseph, Gilbert: Mission sans retour, l'affaire Wallenberg. Albin Michel 1982.
- Kästner, Erich: Notabene 45. Atrium-Verlag, Zürich 1961.
- Karsai, Elek: A budai vártól a Gyepűig. 1941-1945. (Von der Burg in Buda nach Gyepű – zur Grenze.) Táncsics, Budapest 1965.
- Karsai, Elek: Vádirat a náciizmus ellen 1944 június 26-október 15. (Anklageschrift gegen den Nazismus.) Budapest 1967.

Karsai, Elek: Számjeltávirat valamennyi magyar királyi követségnek. (Chiffre-telegramm an alle ungarischen Gesandtschaften.) Táncsics, Budapest 1967.

Karsai, Elek: ítél a nép. (Das Volk urteilt.) Kossuth, Budapest 1977.

Kasztner-Bericht, Der. Kindler-Verlag, München 1961.

Kempner, Robert M.W.: Eichmann und Komplizen. Europa-Verlag, Frankfurt a. M. 1961.

Kersten, Felix: Totenkopf und Treue. Heinrich Himmler ohne Uniform. R.Mölich, Hamburg 1952.

Köhne, Carl Ernst: Kulturspiegel. Herbig-Verlag, München 1968.

Kofler, J.A.: Katholische Kirche und Judentum. Verlag Franz Eher Nachf., München 1931.

Krúdy, Gyula: A tiszaeszlári Sólymosi Eszter. (Eszter Sólymosi aus Tiszaeszlár.) Magvető, Budapest 1975.

Kuhn, Karl Georg: Die Judenfrage als weltgeschichtliches Problem. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1939.

Lang, Serge; Schenck, Ernst von: Porträt eines Menschheits-Verbrechers. Verlag Zollikofer, St. Gallen 1947.

Leuner, H.D.: Gerettet vordem Holocaust. Herbig-Verlag, München 1979.

Lévai, Jenő: Fekete könyv. (Schwarzbuch.) Officina, Budapest 1946.

Lévai, Jenő: Fehér könyv. (Weissbuch.) Officina, Budapest 1946.

Lévai, Jenő: Szürke könyv. (Graubuch.) Officina, Budapest 1946.

Lévai, Jenő: Raoul Wallenberg. Magyar Téka, Budapest 1948.

Lévai, Jenő: Zsidósors Magyarországon. (Judenschicksal in Ungarn.) Magyar Téka, Budapest 1948.

Lévai, Jenő: Endre László. Müller László, Budapest 1945.

Ludwig, Prof.Dr.Carl: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz in den Jahren 1933 bis 1955: Beilage zum Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart (zu 7347).

Lüönd. Karl: Spionage und Landesverrat in der Schweiz. Ringier Zofingen 1977.

Machovec, M.: Thomas G. Masaryk. Köln 1969.

Mann, Golo: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Fischer-Verlag, Frankfurt a.M. 1958.

Mann, Heinrich und ein junger Deutscher: Der Sinn dieser Emigration. Europäischer Merkur, Paris 1934.

Mannell, Roger; Fraenkel, Heinrich: Doctor Goebbels. His Life and Death. Heinemann, London 1960.

Masaryk, Tomáš G.: Der Antisemitismus. Bratislava 1935.

Matt, Alphons: Zwischen allen Fronten. Huber Frauenfeld 1969.

Meister, Anton: Die Presse als Machtmittel Judas. Verlag Franz Eher Nachf., München 1931.

Mittenzwei, Werner: Exil in der Schweiz. Reclam-Verlag, Leipzig 1978.

- Nolte, Ernst: Der Faschismus. Verlag Kurt Desch, München 1968.
- Norden, Albert: Lehren deutscher Geschichte. Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker. Dietz, Berlin 1947.
- Pichard, Alain: Land der Schweizer. Buchklub Ex Libris, Zürich 1980.
- Picker, Dr. Henry: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941 bis 1942. Athenäum-Verlag, Bonn 1951.
- Poliakov, Léon: Bréviaire de la Haine. Le III^e Reich et les Juifs. Calmann-Lévy, Paris 1951.
- Poliakov, Léon; Wulf, Joseph: Das Dritte Reich und die Juden. Dokumente und Aufsätze. Arani-Verlag, Berlin-Grunewald 1955.
- Poliakov, Léon; Wulf, Joseph: Das Dritte Reich und seine Diener. Dokumente. Arani-Verlag, Berlin-Grunewald 1956.
- Poliakov, Léon; Wulf, Joseph: Das Dritte Reich und seine Denker. Dokumente. Arani-Verlag, Berlin-Grunewald 1959.
- Pór, Dezső; Zsadányi Oszkár: Te vagy a tanú. (Du bist Zeuge.) Szikra, Budapest 1947.
- Radó Sándor: Deckname Dora. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1972.
- Rauschnig, Hermann: Gespräche mit Hitler. Europa-Verlag, New York 1940.
- Reitlinger, Gerald: Die Endlösung. Ausrottung der Juden Europas. 1939 bis 1945. Kindler-Verlag, München 1964.
- Ribbentrop, Joachim von: Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Druffel-Verlag, Leoni am Starnberger See 1953.
- Rings, Werner: Advokaten des Feindes. Econ-Verlag, Wien-Düsseldorf 1966.
- Rings, Werner: Die Schweiz im Krieg 1933-1945. Buchklub Ex Libris, Zürich 1974.
- Rosenberg, Alfred: Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Welt-politik. Deutscher Volksverlag Dr. E.Boepple, München 1923.
- Rosenberg, Alfred: Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit. Hoheneichen-Verlag, München 1935.
- Rosenberg, Alfred: Das politische Tagebuch aus den Jahren 1934-1935 und 1939-40. Herausgegeben und erläutert von Hans-Günther Seraphim. Muster-schmidt-Verlag, Göttingen 1956.
- Rougemont, de Denis: La Confédération Helvétique, Rocher-Monaco 1953.
- Rozsnyói, Agnes: A Szálasi-puccs. (Der Szálasi-Putsch.) Kossuth, Budapest 1977.
- Salamon, Mihály: «Keresztény» voltam Európában. (Ich war «Christ» in Europa.) «Népünk», Tel Aviv 1955.
- Saly, Dezső: Szigorúan bizalmas! (Streng vertraulich! Schwarzbuch 1939 bis 1944.) Anonymus, Budapest 1945.
- Schmidt, Dr. Paul: Statist auf diplomatischer Bühne 1923-1945. Ullstein-Verlag, Wien 1953.

- Schön, Dezső: A jeruzsálemi per. (Der Prozess von Jerusalem.) Uj Kelet, Tel Aviv 1963.
- Schwartz, Herbert von: Geschichte der Gegenwart. Verlag «Das Bergland-Buch», Salzburg-Stuttgart 1962.
- Shirer, Lawrence William: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Pawlak Herrsching.
- Speer, Albert: Der Sklavenstaat. Deutsche Buchgemeinschaft, Berlin-Darmstadt-Wien 1980.
- Spengler, Oswald: Jahre der Entscheidung. C.H.Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1933.
- Sperber Manès: Die vergebliche Warnung. Europa-Verlag, Wien 1975.
- Steinert, M.G.: Hitler et l'Allemagne Nazie, l'Allemagne nationale-socialiste 1933-1945. Editions Richelieu 1972.
- Stephan, Werner: Joseph Goebbels – Dämon einer Diktatur. Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 1949.
- Stucki, Lorenz: So entstand die Gegenwart. Buchklub Ex Libris, Zürich 1971.
- Strasser, Otto: Die deutsche Bartholomäusnacht. Reso-Verlag, Zürich 1935.
- Stroop, SS-Kommandant: Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr. Seine Meldung über die Vernichtung des Warschauer Gettos im Faksimile. Hermann Luchterhand, Berlin-Darmstadt 1960.
- Stuckart, Wilhelm; Globke, Hans: Kommentare zur deutschen Rassengesetzgebung. C.H.Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München-Berlin 1936.
- Szatmári, J.: Aufzeichnungen aus Ungarns dunklen Tagen. Tatsachenbericht über die geschichtlichen Ereignisse in Budapest 1944-1945 und die Massnahmen zum Schutze der jüdischen Bevölkerung. «Basler Nachrichten».
- Teleki, Éva: Nyilas uralom Magyarországon. (Pfeilkreuzler-Herrschaft in Ungarn.) Kossuth-Verlag, Budapest 1974.
- Vas, Zoltán: Őfelsége szárnysegéde: Horthy Miklós. (Der Adjutant seiner Majestät: Miklós Horthy.) Szépirodalmi, Budapest 1969.
- Vermeil, Edmond: Doctrinaires de la Révolution allemande (1918-1938). Fernand Sorlot, Paris 1938.
- Weissberg, Alex: L'histoire de Joël Brand. Edition du Seuil, Paris 1957.
- Wiesenthal, Simon: Les Assassins sont parmi nous. Stock, Paris 1957.
- Wiesenthal, Simon: Ich jagte Eichmann. Sigbert-Mohn-Verlag, Gütersloh 1961.
- Wieser, Georg: Ein Staat stirbt. Österreich 1934-1938. Editions Nouvelles Internationales, Paris 1938.
- Wulf, Josef: Die Nürnberger Gesetze. Arani-Verlag, Berlin-Grunewald 1960.

- Világtörténet képekben, II. Band. (Hanák Péter, Márkus László, Ormos Mária, Ránki György.) (Weltgeschichte in Bildern.) Gondolat, Budapest 1975.
- Azeelső világháború és a forradalmak képei. (Bilder des Ersten Weltkrieges und der Revolutionen.) Europa, Budapest 1977.
- A második világháború képei. (Bilder des Zweiten Weltkrieges.) Europa, Budapest 1975.
- Der Parteitag der Ehre vom 8. bis 14. September 1936. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Reden. Zentralverlag der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1936.
- Der Parteitag der Arbeit vom 6. bis 13. September 1937. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Reden. Zentralverlag der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1938.
- Der Parteitag Grossdeutschland vom 5. bis 12. September 1938. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Reden. Zentralverlag der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1938.
- Das Jahrhundert der Barbarei. (Karlheinz Deschner usw.) Kurt Desch, München 1966.
- Bethlen István titkos iratai. (Geheimschriften von Bethlen.) (Szinai Miklós, Szűcs László.) Kossuth, Budapest 1971.
- Horthy Miklós titkos iratai. (Geheimschriften von Horthy.) (Szinai Miklós, Szűcs László.) Kossuth, Budapest 1965.
- Magyarország külpolitikája 1938-1939. (Die Aussenpolitik Ungarns 1938-1939.) L. Zsigmond, M. Ádám, E. Pamlényi, Gy. Ránki.) Akadémia, Budapest 1970.
- Magyar Brit titkos tárgyalások 1943-ban. (Ungarisch-britische Geheimverhandlungen 1943.) (Juhász Gyula.) Kossuth, Budapest 1978.
- Sárga könyv. (Das gelbe Buch.) Hechalutz, Budapest 1945 (Dachorganisation der Pionierbewegungen).
- «Szálasi naplója» («Das Tagebuch von Szálasi») (Karsai Elek.) Kossuth, Budapest 1978.
- Pater Zadravecz titkos naplója. (Das Geheimjournal von Zadravecz.) (György Borsányi.) Kossuth, Budapest 1967.
- Bilanz eines Weltkrieges (Der Zweite Weltkrieg). Lekturama-Rotterdam, Christoph-Columbus-Verlag, Glarus 1981.
- Hitlergesetz XIII-Die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 (Reichsflaggengesetz, Reichsbürgergesetz, Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre) und das Ehegesundheitsgesetz vom 18. Oktober 1935. Verlag von Philipp Reclam jun., Leipzig, herausgegeben von Rudolf Beyer, Landgerichtspräsident.

Fotos

Die Fotos im Bildteil sind von Carl Lutz oder aus dessen Archiv. Die übrigen Bilder stammen aus dem Archiv von Alexander Grossman.

VIII

Anhang

Anhang I

«Belle Epoque», Ritualmord-Prozesse und Pogrome

Das Geburtsjahr Carl Lutz' (1895) fiel in den als «schönes Zeitalter», als «Belle Epoque» bezeichneten Abschnitt der Geschichte. Dieser «Belle Epoque» drückte neben fortschreitender Industrialisierung und Vordringen der Zivilisation doch vor allem der Feudalismus und der Kolonialismus seinen Stempel auf. Die Völker waren unterdrückt und ausgebeutet. Die Mehrzahl der Regierungen diente in erster Linie den herrschenden Klassen, um deren Profite – gegen das Interesse der Völker – zu steigern. Die rasche technische Entwicklung forderte nur scheinbar das friedliche Zusammenleben, in Wirklichkeit hatte der Wettlauf der einzelnen Staaten um die Aneignung von Kolonien eine Serie einzelner Kriege zur Folge. Überall wurde aufgerüstet.

1912 brach der Balkankrieg aus. Bulgarien, Serbien, Griechenland, Montenegro siegten damals gegen die Türkei. In dieser Zeit entsprach die Situation der Juden in den einzelnen Ländern jener der übrigen Bevölkerung: Es gab eine kleine privilegierte Schicht in besserer sozialer Lage – die grosse Mehrheit gehörte zu den Besitzlosen. Armut war unter den Juden ebenso verbreitet wie beim betreffenden Wirtsvolk.

Der unter der Scheinruhe schwelende und erstarkende Antisemitismus begann gleichzeitig bedrohliche Formen anzunehmen. Es kam in Ungarn zum «Ritualmord»-Prozess von Tiszaeszlár (1882), in Frankreich zur «Affäre Dreyfus» (1894), zu einer weiteren «Ritualmord»-Klage in Mähren (1899) und so weiter...

Den Anstoss zum Ritualmord-Prozess in Ungarn gab ein Journalist, der geschrieben hatte:

«Am 1. April 1882 verschwand in Tiszaeszlár, in der Nähe der Synagoge, das vierzehnjährige Bauernmädchen Eszter Sólymosi spurlos. Ihr Verschwinden fiel mit dem Vorabend des jüdischen Osterfestes (Pessach) zusammen.» Darauf wurde die haarsträubende Verleumdung verbreitet, dass der jüdische Schächter das Blut des Christenmädchens für die Osterzeremonie verwendet und den Leichnam beseitigt hatte. Diese verlogene Anklage fand in den antisemitischen Kreisen Ungarns fruchtbaren Boden und verbreitete sich mit Windeseile auch in breiten Schichten der naiven Bevölkerung. – Am 23. Mai 1882 legte der Abgeordnete Géza Ónody im Parlament eine Interpellation betreffend «das Verschwinden eines christlichen Mädchens in der Synagoge von Tiszaeszlár» vor. Dann behauptete der Abgeordnete Gyözö

Istóczy, die Juden hätten Eszter Sólymosi umgebracht, weil sie für religiöse Zwecke zu Ostern Christenblut für ihr Ritual brauchten. Auf Grund dieser jüdenfeindlichen Aufwiegelungen durch das Parlament, durch die Tagespresse und durch Mundpropaganda geriet das ganze Land in Aufregung. Die antisemitisch eingestellte Partei Ónodys und Istóczy's zog politisches Kapital aus dem Märchen vom Ritualmord. Es gelang ihnen, die Gendarmerie und die höchsten Beamten der Behörden zu gewinnen, die dann auch auf Grund der mit gemeinsten Mitteln und mit Brutalität erpressten Protokolle offiziell Anklage wegen der «planmässig und aus religiösen Gründen durchgeführten Ermordung der Eszter Sólymosi» erhoben. Laut Anklageschrift beobachtete der vierzehnjährige Sohn des József Scharf, Móricz, wie sein Vater das Mädchen in den jüdischen Tempel führte. Dann sah er – laut Anklageschrift – wie die Juden Eszter den Mund zustopften, ihr den Hals durchschnitten und ihr Blut nahmen. Die Anklage wurde von allen ungarischen Blättern in grosser Aufmachung veröffentlicht. – Die Folgen waren fast unübersehbar. Der Hass gegen die Juden steigerte sich zum höchsten Grad. Im Parlament wurden heftige Debatten geführt. Die antisemitische Partei goss ständig noch Öl ins Feuer. Man stachelte die wahlberechtigte Bevölkerung derartig auf, dass sich ein Wahlkreis mit dem Ansuchen an den Reichstag wandte, die Gleichberechtigung der Juden aufzuheben.

Die «Untersuchungen» dauerten länger als ein Jahr. Endlich, als Ergebnis der Gerichtsverhandlungen vom 19. Juni bis 3. August 1883 sprach zunächst das Gericht von Nyíregyháza und dann der Oberste Gerichtshof sämtliche Angeklagten frei. Aber wer weiss, wie das Feuer des Hasses zum Erlöschen gekommen wäre, wer weiss, was es noch alles verbrannt hätte, wäre dem damaligen Ungarn nicht in Gestalt des Anwalts Károly Eötvös ein Zola entstanden ... Károly Eötvös brauchte ebensoviel Mut, Ausdauer und kompromisslosen Gerechtigkeitssinn, um die antisemitischen Verleumdungen und ihre Hintergründe aufzudecken, wie zwölf Jahre später Emile Zola in Frankreich, als er den Kampf in der «Affäre Dreyfus» führte. Károly Eötvös bewies, dass die Geständnisse mit den brutalsten Methoden erpresst worden waren und serienweise Fälschungen vorgenommen wurden. Er konnte den Beweis dafür erbringen, dass der Kronzeuge des Ritualmordes – der vierzehnjährige Móricz Scharf – von einem Gerichtsschreiber (der vorher bereits wegen Totschlags 15 Jahre im Zuchthaus verbracht hatte) mit unvorstellbaren Methoden dazu gebracht worden war, die Aussagen gegen seinen eigenen Vater und gegen die Schächter zu machen.

Es ist bezeichnend, dass die «Antisemitische Partei» ihre Hetze gegen die Juden auch dann noch fortsetzte, als die Wahrheit bereits an den Tag gekommen war. Als Folge davon kam es in Budapest zu Tötlichkeiten: Viele Juden wurden auf der Strasse angegriffen, die Fenster der von ihnen bewohnten Häuser eingeschlagen und ihre Geschäfte aufgebrochen und geplündert. Dieser Vandalismus breitete sich auch aufs Land aus, und besonders in den Komitaten Zala, Somogy und Pressburg kam es in grösserem Masse zu Plünderungen, Brandstiftungen und Judenmisshandlungen.

Kaum hatten sich die Wogen der Aufregung im Zusammenhang mit dem Ritualmordprozess von Tiszaeszlár gelegt, als schon ein neuer antisemitischer Skandal die Welt bewegte. Zwölf Jahre nach der Ritualmordlüge von

Ungarn wurde der jüdische Offizier Alfred Dreyfus von einem französischen Militärgericht zu lebenslänglicher Verbannung auf die «Teufelsinsel» Cayenne «wegen Spionage» verurteilt. Der wirkliche Spion war ein anderer französischer Offizier, ein Graf Walsin-Esterhazy. Die korrupte französische Offiziersclique hatte mit gefälschten Dokumenten gearbeitet und ihre grundlosen Beschuldigungen gegen den Juden Dreyfus mit antisemitischer Propaganda «untermauert». Diese Stabsoffiziere rechneten damit, durch Stimmungsmache bei der Bevölkerung gegen die Juden selbst ungestört ihre ehrlosen Machenschaften weiter betreiben zu können.

In Frankreich war seit den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts – auf Grund der Rassentheorien von Gobineau – der Rassenantisemitismus ziemlich verbreitet. So fiel es den Agenten der Stabsoffiziere beim Prozess gegen Dreyfus und anlässlich der öffentlichen Aberkennung des Offiziersranges des letzteren nicht schwer, eine riesige Menschenmenge zu versammeln und mit Hilfe einer grossen jüdenfeindlichen Demonstration von den wahren Tatsachen abzulenken. Die von ihren antisemitischen Hetzmeistern aufgewiegelte Menge schrie «Tod den Juden!» – und die Offiziere konnten ihr Spiel weiter spielen.

Vier Jahre nach dem Prozess erschienen die aufrüttelnden Enthüllungen Emile Zolas unter dem Titel «J'accuse». Im Rahmen des «Republikanischen Blocks» verlangte er gemeinsam mit Georges Clémenceau und Jean Jaurès die Wiederaufnahme des Verfahrens. Der Kampf gegen die Militärclique dauerte Jahre. Erst 1906, unter der Regierung Clémenceau, konnte die Armee von den korrupten Offizieren gesäubert und Alfred Dreyfus rehabilitiert werden.

Der Prozess von Tiszaeszlár wirkte noch nach, als man auch in Mähren einen Ritualmordprozess anstrebte. Die Annahme ist nicht von der Hand zu weisen, dass diese antisemitischen Aktionen noch auf die Haltung der Kirche im Mittelalter und auf die Inquisition zurückzuführen sind.

Im mährischen Dorf Polna verschwand 1896 ein junges Mädchen, dessen Leiche man dann im Gemeindewald auffand. Die Gendarmerie verhaftete den jüdischen Bettler Leopold Hilsner, der weder einen richtigen Beruf noch einen regelmässigen Arbeitsplatz hatte. Laut Meldung der Gendarmerie «hatten Hilsner und seine Mittäter, deren Identität nicht festgestellt werden konnte, das Blut des verstümmelt und tot aufgefundenen Mädchens zum Backen der Oster-(Pessach-)Fladen verwendet». In diesem Sinne wurde Anklage gegen Hilsner erhoben. Die grossen Wiener Zeitungen, besonders die klerikalen, begannen Anschuldigungen gegen die Juden zu erheben. Genau wie in Tiszaeszlár liessen die Ankläger auch im mährischen Prozess eine Reihe von falschen Zeugen zum Beweis ihres Märchens aufmarschieren. Erschreckend dabei war, dass auch die tschechisch-nationalen Blätter die Geschichte verbreiteten. Masaryk, der zu jener Zeit bereits angesehener Universitätsprofessor war, ergriff auf Grund seiner Überzeugung Stellung gegen die empörende Anklage. Er ging dabei ebenso gründlich und kompromisslos vor, wie Emile Zola in Frankreich beim Dreyfus-Prozess. Er stellte fest, dass auch die primitiven Angaben der offiziellen Anklage bewiesen, dass der Mord nach dem Pessachfest erfolgt war – das Blut des getöteten Mädchens also nicht zum Backen des für Ostern bestimmten Mazzot verwendet werden

konnte. Er studierte alle Protokolle der Behörden; trat mit hervorragenden Anatomen und mit Kriminal Sachverständigen in Verbindung. Er überprüfte persönlich jedes Detail und stellte fest, dass die Untersuchungsbeamten tendenziös vorgegangen waren und nicht die Wahrheit ermitteln wollten, sondern nur die Anklage bekräftigen.

Masaryk brachte in einer Artikelserie – wie Zola in Paris – jeden einzelnen Punkt der Anklage zu Fall. Damit zog er sich in seiner engeren Heimat und in Wien den Hass nicht nur der gegnerischen Parteien, sondern auch eines grossen Teiles der Bevölkerung zu. Hilsner wurde inzwischen zum Tode verurteilt; in zweiter Instanz änderte man das Urteil auf lebenslangliches Zuchthaus. Am 6. November 1896 erschien Masaryks weltberühmt gewordener Aufruf: «Der Prozess von Polna muss revidiert werden!» Die Regierung in Wien liess dieses Manifest mit der Begründung konfiszieren, dass es im Sinne der bestehenden Gesetze verboten sei, Kritik an Prozessen zu üben, bei denen Berufung erhoben worden war. Aber ein mit Masaryk befreundeter Abgeordneter las im Wiener Parlament dessen Aufruf vor, und so kam dieser in die Welpresse. Als die Öffentlichkeit Kenntnis davon erhielt, dass die Justizbehörden einer Wiederaufnahme des Prozesses zugestimmt hatten, wurde Masaryk unter dem Einfluss der antisemitischen Parteien zum Juden knecht erklärt. Gleichzeitig kam es im ganzen Land zu Einbrüchen und Plünderungen in jüdischen Geschäften und Wohnungen und zur Terrorisierung der jüdischen Bevölkerung. Aber gerade diese Provokationen bestärkten Masaryk: umso standhafter kämpfte er für die Wahrheit. In Flugblättern und Zeitungsartikeln bewies er exakt die Lügenhaftigkeit der Behauptung, im Talmud gäbe es Stellen – und sei es auch nur als geringste Andeutung –, wonach man Christenblut zum Mazzotbacken brauche. Er suchte nach der Ursache für den Judenhass und stellte fest, dass nicht so sehr der tschechische Nationalismus der auslösende Anstoss für die Ritualmordklage gewesen war; vielmehr spielte die schwierige Wirtschaftslage und die allgemeine Unzufriedenheit eine grosse Rolle – und die Kirche goss noch Öl ins Feuer. Ihre mächtige Presse führte einen pausenlosen Kampf gegen die Juden.

Masaryk hatte den Mut, seine Feststellungen zu veröffentlichen: «Der Antisemitismus der Kirche ist nichts anderes als wirtschaftlicher Fetischismus, wonach theoretisch an jedem materiellen und seelischen Übel die Schuld bei den Juden liegt. Praktisch aber betrachtet die Kirche den Juden als Fetisch, als Prügelknaben, an dem man jede Erbitterung auslassen kann.» Masaryk stellte bei seinen Untersuchungen auch fest, dass der Antisemitismus in Mähren dort am grössten war, wo der Einfluss der Kirche am stärksten war. Es gelang den antisemitischen Kreisen, die nationalistischen tschechischen Studenten gegen Masaryk aufzuhetzen. Als Folge davon konnte er längere Zeit hindurch keine Vorträge an der Universität halten. Der erste Zwischenfall ereignete sich kaum eine Woche nach seinem Aufruf, den Prozess von Polna einer Revision zu unterziehen. Man machte ihn darauf aufmerksam, dass die Studenten seine Vorlesung in einem Skandal ersticken wollten. Er aber wollte sich der verführten Jugend stellen. Seine Vorlesung konnte er tatsächlich nicht halten; aber er schrieb auf die Tafel des Vorlesungssaales, dass alle gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen erlogen waren; dass er sich der Angelegenheit von Polna deswegen angenommen hatte, weil er fest-

stellen musste, dass der Antisemitismus der Kirche dahinter steckte und dass er gegen diesen auch weiterhin kämpfen würde, weil er ihn für eine nationale Gefahr halte.

Masaryk hatte bei seinem Kampf für die Verteidigung des Rechts noch einen langen Leidensweg zu gehen, aber er blieb seiner Überzeugung treu. Der unschuldig eingesperrte, unglückselige Hilsner wurde erst 1918 freigelassen, obwohl unter dem Eindruck von Masaryks wiederholtem energischen Auftreten und seiner überzeugenden Beweise sich auch viele andere hervorragende Juristen, angesehene Theologen, anerkannte Historiker usw. gegen das Märchen vom Ritualmord, das empörende Urteil und die damit verbundenen antisemitischen Aktionen wandten. Aber der Arm der Kirche reichte weit, und Masaryk gelang es erst in der Zeit seiner Präsidentschaft, den Ungeist des Hasses aufzuhalten. Zu seinem Glück (und vielleicht zum Unglück der Völker) starb Masaryk 1937 – an der Schwelle des grossen Weltenbrandes – im Alter von 87 Jahren. So musste er es nicht erleben, wie die von ihm so hoch gehaltenen Prinzipien der Humanität mit Füßen getreten wurden. Masaryk vertrat bis zu seinem Tode die Überzeugung, dass man nie Gewalt anwenden dürfe – die Völker müssten durch gegenseitige Verständigung, mit friedlicher Argumentation, jedes Problem gemeinsam lösen.

Lutz sagte dazu: «Seinerzeit, als ich von der Affäre in Tiszaeszlár las, konnte ich mir die Beweggründe für die Erhebung der Ritualmord-Anklage nicht erklären. Die antisemitische Partei schürte den Judenhass von der Überlegung aus: Wenn in Deutschland die Geschichten über Ritualmorde dazu dienen konnten, eine grosse Zahl von Anhängern zu organisieren, dann müsste doch dieses Rezept auch für Ungarn brauchbar sein. Es besteht auch kein Zweifel darüber, dass der deutsche Antisemitismus – gesteigert durch die Erzählungen über Ritualmorde – die Völker der angrenzenden Länder beeinflusste. Trotzdem war ich der Meinung, dass die tiefere Ursache anderswo liegen musste. Sicherlich waren es wirtschaftliche Gründe, die bei der Entwicklung des Antisemitismus dieser Zeit mitspielten. Der Aufschwung im damaligen Ungarn war bedeutend, grosse Massen aber lebten in tiefster Armut. Es war psychologisch nicht schwer, diesen das Märchen vom Ritualmord glauben zu machen, denn die Voraussetzungen waren schon vorher gegeben. Von klein auf erzog man die Menschen zu der Überzeugung, dass die Juden und die jüdische Religion etwas Verabscheuungswürdiges seien. Welche weitreichenden Folgen diese Erziehung zum Hass haben konnte, sah ich später in Budapest mit eigenen Augen und las es natürlich auch in der Presse.

Die deutsche Propaganda erneuerte bei der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges sowohl in Deutschland als auch in seinen Vasallenstaaten die gegen die Juden gerichteten Ritualmordlügen. Es war dies mit einer Voraussetzung für die spätere schreckliche Erfüllung des Schicksals der europäischen Juden. Ich hörte in Budapest davon, dass sich ein begabter ungarischer Dichter zurzeit des Vordringens der sogenannten nationalsozialistischen Ideen diesen anschloss und ein Hetzgedicht mit dem Titel: „Das Blut der Eszter Sólymosb schrieb. Dieses Gedicht trug viel zur Steigerung des Judenhasses bei. 1944 musste ich mich in Budapest mit eigenen Augen davon

überzeugen, wie die Juden auf unmenschliche Weise verfolgt wurden – und das erweckte in mir die Erinnerung an den Prozess von Tiszaeszlár. Das Studium dieses Prozesses und seiner Begleitumstände veranlasste mich seinerzeit überhaupt dazu, mich mehr mit Ungarn und der Lage der dort lebenden Juden, später mit der europäischen Judenfrage im Allgemeinen zu befassen.»

Ungarn hatte im Jahre 1867, etwa 20 Jahre nach der Niederwerfung der Revolution von 1848, den «Ausgleich» mit Österreich getroffen. Die Habsburger-Herrschaft versuchte, sich den unzufriedenen, misstrauischen Ungarn von ihrer besten Seite zu zeigen. In jener Epoche regierte Franz Joseph I. als österreichischer Kaiser und ungarischer König. Die Gläubigen beteten jeden Sonntag in allen christlichen Kirchen und jeden Samstag in allen Synagogen für Gesundheit und langes Leben des Kaisers, bzw. Königs. Nach dem «Ausgleich» zwischen Österreich und Ungarn begann in Ungarn die Industrialisierung in grossem Massstab. Die Hauptstadt Budapest entwickelte sich stürmisch: besonders als Vorbereitung für die 1000-Jahr-Feier Ungarns entstanden zahlreiche Prachtbauten (Millenium 1896). Es herrschte in Ungarn allgemeiner Optimismus, trotz der grossen Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft. Man erkannte die vehemente Gefahr nicht, die in der Aufrechterhaltung des mittelalterlichen Feudalsystems lag. Zwischen den neuen Palästen der Hauptstadt und den elenden Hütten und Dörfern des Landproletariats bestand ein krasser Gegensatz. Die Zivilisation war nicht bis zur Provinz vorgedrungen. Wegen der schlechten Strassen und Wege waren die Dörfer und einzelnen Hütten so gut wie von der Welt abgeschnitten. Spitäler und Ärzte waren auf dem Land fast nicht zu erreichen, von Wasserleitung und Elektrizität war keine Spur. Die Befreiung von der Leibeigenschaft blieb eine formale Massnahme, die kaum praktische Änderungen im Leben der Bauern brachte. Die adeligen und kirchlichen Grossgrundbesitzer genossen fast feudale Vorrechte. Die Lage der ungarischen Juden entsprach der Lage der übrigen ungarischen Bevölkerung: Eine kleine Schicht lebte im Wohlstand, die grossen Massen waren arm.

Tragisch war die Lage der Juden in Russland. Das russische Volk lebte im Elend, und elend ging es auch den Millionen russischer Juden. Damit nicht genug, die Juden mussten auch noch um ihre blosse physische Existenz bangen. Das Zarensystem versuchte das russische Volk durch Judenpogrome von den eigenen Problemen abzulenken.

An der Spitze der Hetze gegen die Juden stand der Klerus. Der Antisemitismus der russisch orthodoxen Kirche stammt aus derselben Quelle wie jener der anderen christlichen Kirchen. «Die Juden haben Jesus getötet; und für Geld verkaufen sie heute wie damals ihre Seele.» Die von der Kirche fanatisierten Massen veranstalteten die Judenpogrome zumeist unter Führung ihrer Popen; diese Aktionen waren von Morden und Plünderungen gekennzeichnet. Das Zarenregime sorgte dafür, dass nicht nur religiöser Fanatismus den Judenhass forderte. Man verbreitete in Russland (und in der ganzen Welt) auch die Behauptung, die Juden strebten die Weltherrschaft an. Die russische Geheimpolizei verfasste gefälschte Schriften unter dem Titel: «Die Protokolle der Weisen von Zion» und brachte sie ab 1897 in Umlauf. Diese wurden zu den Werkzeugen des Antisemitismus; sie dienten als Begründung für Pogrome. Vielleicht hatte man sie aus Angst davor erfunden, dass der

zionistische Weltkongress von Basel 1897 das Weltgewissen gegen die russischen Barbaren aufrütteln könnte.

1903 fand in Kischinew ein furchterliches Pogrom statt, und 1906 wiederholten sich Morde und Plünderungen bei neuen Judenpogromen. Statt Sozialreformen gab man dem Volk Judenblut ... Anfang des 20. Jahrhunderts erschienen die «Protokolle der Weisen von Zion» in fast allen Sprachen; auch in Ungarn.

Anhang 2

Gertrud Lutz

Im Frühjahr 1931 reiste die junge Gertrud Fankhauser von Bern nach Texas zu Verwandten. Ihre Gastgeber hatten auch in der neuen Welt ihre Schweizer Mentalität bewahrt, sie arbeiteten fleissig, wirtschafteten sparsam. Die Lebensweise und die soziale Einstellung ihrer Verwandten waren von grosser Wirkung auf die für alle menschlichen Probleme empfängliche Gertrud. Damals schon reifte in ihr ihre spätere Berufung: der Kampf für die Gleichberechtigung der Frau, besonders aber ihre tätige Anteilnahme für die Millionen von leidenden, kranken, hungernden, verlassenen Kindern der Welt. Sie hatte den brennenden Wunsch, die Menschen kennenzulernen, aber nicht aus theoretischen Büchern, sondern im wirklichen Leben. Das Schicksal wollte es, dass Gertrud eine Stellung beim Schweizer Konsulat in St. Louis bekam und Carl Lutz von Philadelphia nach St. Louis versetzt wurde. Sie lernten einander kennen und lieben.

Ende 1934 fuhr Carl Lutz auf Urlaub in die Schweiz; Gertrud begleitete ihn, und in Bern wurde geheiratet. Nachher kehrten die beiden aber nicht mehr nach Amerika zurück, denn eine neue Aufgabe wartete auf Carl Lutz: Man hatte ihn mit einer Mission in Palästina betraut. Statt der geplanten Hochzeitsreise trat er also einen Posten am Konsulat in Jaffa an.

Es folgten interessante, zum Teil auch abenteuerliche Jahre im Nahen Osten. Dann kam die Zeit in Budapest. Immer und überall war Gertrud auch eine verlässliche und aktive Mitarbeiterin ihres Mannes.

Nach ihrer Rückkehr aus Ungarn betätigte sie sich ehrenamtlich bei der Wohltätigkeitsinstitution «Schweizer Spende». Im Jahre 1947 wurde ihre Ehe mit Carl Lutz – unter Beibehaltung eines freundschaftlichen Verhältnisses bis zu seinem Tode – geschieden; dabei behielt Gertrud den Familiennamen Lutz. Sie wurde hauptberufliche Mitarbeiterin der UNICEF und ab 1949 eine der aktivsten Leiterinnen der Kinderhilfsaktionen der UNICEF, erst in Brasilien, dann in der Türkei. Später wurde sie Vizedirektorin des Europasitzes der UNICEF in Paris. In dieser Eigenschaft hatte sie vorwiegend diplomatische Aufgaben zu erfüllen: Kontakte zwischen den nationalen UNICEF-Komitees und den europäischen Regierungen zu schaffen und zu erhalten. Seit einigen Jahren befindet sie sich theoretisch im Ruhestand – tatsächlich ist sie aber immer noch für die UNICEF tätig.

Im Mai 1977 begab Gertrud Lutz sich nach Israel. Anlass für diese Reise war die dort gemeinsam mit UNICEF veranstaltete «Israel Children's

Week», die Kinderwoche vom 27. Mai bis 5. Juni 1977. Bei ihrer Ankunft erhielt sie durch den schweizerischen Botschafter in Israel, Jaques Bernard Rüedi, eine Einladung zu der im Yad v'Schem in Jerusalem veranstalteten Carl-Lutz-Gedächtnisfeier. Yad v'Schem ist die grosse Gedächtnisstätte für die Opfer des Zweiten Weltkrieges, Museum und wissenschaftliches Forschungszentrum zugleich. Hier arbeiten schon seit vier Jahrzehnten zahlreiche Historiker und andere Wissenschaftler daran, Ursachen, Entstehung und schreckliche Auswirkungen des Nationalsozialismus zu erforschen. Die Greuel des 20. Jahrhunderts werden systematisch analysiert, alle Daten darüber gesammelt. Und hier, im Yad v'Schem, wurde auch den sechs Millionen Juden, die wegen ihrer Rasse oder wegen ihrer Religion getötet wurden, ein ewiges Denkmal gesetzt. Aber auch jener Nichtjuden wird dankbar gedacht, die sich im Interesse der verfolgten Juden mutig den Nazis entgegenstellten – für jeden von ihnen wurde ein Baum gepflanzt. Einer dieser Bäume gilt dem verstorbenen Generalkonsul Lutz. Gertrud Lutz war es, die an seiner Stelle diesen Baum in feierlichem Rahmen im «Garten der Gerechten» pflanzte.

Anhang 3

Die Fünfte Kolonne

Die deutsche nationalsozialistische Partei bereitete schon in den zwanziger Jahren die Eroberung der Welt vor. Die «Fünfte Kolonne» entstand, die «Deutschstämmigen» in allen Ländern wurden mit Hilfe der rollenden deutschen Mark organisiert und durch rassistisch-antisemitische Propaganda zusammengehalten. In den dreissiger Jahren, nach der Machtübernahme durch Hitler in Deutschland, bildeten die nationalsozialistischen Parteien in einigen europäischen Ländern bereits einen richtigen «Staat im Staate». Unterstützt wurden sie von diversen Organisationen, die als Turnvereine, Alpenvereine usw. getarnt waren. Nachstehend einige Beispiele offen faschistischer Bewegungen:

Belgien	Rexisten unter Degrelle
Brasilien	Grünhemden
Dänemark	Nationalsozialistische Bewegung
England	Schwarzhemden unter Mosley
Frankreich	Bewegung der Hitlerfreunde unter Doriot
	Darlan's Bewegung
Holland	Nationalsozialisten unter Mussert
Jugoslawien	Ustascha-Bewegung der Kroaten
Lettland	Perkenkrust (Feuerkreuzler)
Norwegen	Nationalsozialistische Bewegungen
Portugal	Faschistische Bewegung unter Preto
Rumänien	Eiserne Garde
Spanien	Falange

Schweden	Nationalsozialistische Bewegungen unter dem Deutschen Bartels
Schweiz	Frontismus Auslandsorganisation der NSDAP unter dem deutschen Landesgruppenleiter Gustloff
Tschechoslowakei	Hlinka-Partei der Slowaken
Ungarn	Pfeilkreuzler unter Szálasi Verschiedene Naziparteien, darunter jene Imrédys

Nach Kriegsausbruch auf dem Gebiet der Sowjetunion:

Ukraine	Ukrainska Povstankaja Armija
Weissrussland	DNAS

Die Weltwirtschaftskrise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit bildeten einen idealen Nährboden für diese Bewegungen, dazu kam noch die Verbit-terung über den ungerechten Friedensvertrag von Versailles. Die Furcht vor dem Stalin-Kommunismus hielt die Behörden der demokratischen Länder vor jedem Eingreifen zurück.

Die «Fünfte Kolonne» mit ihrer antisemitischen Propaganda war in Euro-pa, aber auch in Nord- und Südamerika tätig – sie ist es teilweise noch heute!

Anhang 4

«Pester Lloyd»

«Das Drama der Bácska». – Unter diesem Titel befasst sich die angesehe-ne schweizerische Zeitung «Tribune de Genève» mit der Interpellation des serbischen Minderheitenabgeordneten Popovics im ungarischen Abgeordne-tenhaus sowie mit der Antwort, die Ministerpräsident Kállay darauf erteilt hat. Wir kennen das Blatt als ein Organ der französisch-schweizerischen Presse und mussten schon öfter feststellen, dass es Ungarn keine besonderen Sympathien entgegenbringt. Aber dieser Umstand allein würde uns nicht veranlassen, den über Ungarn veröffentlichten Artikel des Blattes ausführ-lich zu beantworten. Würde und Ansehen des tausendjährigen Kulturstaates Ungarn stehen hoch genug, um auch kritische, ja sogar nicht immer wohl- wollende kritische Stimmen zu ertragen. Was uns in diesem Falle zur Erwi- derung veranlasst, das ist der Umstand, dass die Gesichtspunkte, unter de- nen die «Tribune de Genève» die Vorgänge in Südungarn betrachtet, gerade den Erfordernissen der Objektivität und Unvoreingenommenheit arg zuwi- derlaufen, zu denen sich die schweizerische Presse stets in rühmlicher Weise bekannt hat.

Schon die Einleitung des fraglichen Artikels ist charakteristisch für diese verfehlte Betrachtungsweise. «Die Eroberer dieses Krieges» – heisst es dar- in – «machen selbstverständlich den Versuch, die zugänglichsten Elemente der entrechteten Nationen ihrem Unternehmen anzuschliessen; deshalb hat auch Ungarn in seinem Parlament einigen serbischen Abgeordneten Platz gemacht. Hätte sich der illustre Verfasser des Aufsatzes auch nur flüchtig

mit der Geschichte seines Gegenstandes beschäftigt, so wäre ihm sicher aufgefallen, dass die fraglichen Gebiete tausend Jahre lang dem ungarischen Königreich angehört haben, einem Staat, dessen grosse Aufgabe lange Jahrhunderte hindurch darin bestand, die europäische Zivilisation gegen östliche Invasionen zu beschützen, und der durch unerhörte Blutopfer in nicht geringem Masse dazu beitrug, für Mittel- und Westeuropa die Möglichkeit jenes kulturellen Aufschwungs zu sichern, dessen Segnungen die Bewohner der schönen Lac Léman-Gegend so hoch erfreuen.» (Hier folgt eine längere Abhandlung über die «günstige Lage» der Serben im ehemaligen Ungarn und Polemiken gegen Jugoslawien.) «Im Lichte dieser Tatsachen erscheint es uns sonderbar, dass in einem offenbar objektiv erscheinen wollenden Artikel von ‚Eroberern‘ und Entrechteten die Rede ist – wobei die sogenannten Eroberer sich in Wirklichkeit nur einen Teil der gewaltsam entrissenen Teile ihres tausendjährigen Volksbodens zurückgenommen haben, während der jugoslawische Staat, dessen Existenz eine Reihe der schwersten inneren Wirren war, an seinen inneren Gegensätzen zugrunde ging. – Der Verfasser des Artikels möchte diejenigen, die die einziehenden ungarischen Truppen beschossen haben und gegen die sich die Retorsionen der ungarischen Obrigkeit richteten, als Patrioten gelten lassen, denen ihr vaterländisches Gefühl die Waffe in die Hand gab. Die Tatsachen, objektiv betrachtet, lehren aber, dass nur ein geringer Bruchteil der in Frage stehenden Heckenschützen dem bodenständigen Bevölkerungselement angehörte; die überwiegende Mehrzahl waren von der einstigen jugoslawischen Regierung aus politischen Gründen gewaltsam angesiedelt. Und auch abgesehen davon: Kann sich der Verfasser des Artikels irgendeine Armee der Welt vorstellen, die gegen Heckenschützen nicht mit der ganzen Strenge der staatlichen Obrigkeit vorgeht? Eine solche Armee wäre nicht Trägerin des Rechts und Gesetzes, sondern der Anarchie. Der Artikel nimmt es dem Ministerpräsidenten Kállay anscheinend übel, die Rolle der jugoslawischen Exilregierung in der Anstiftung der Ruhestörungen zur Sprache gebracht zu haben. Hätte der Verfasser unvoreingenommen die Tatsachen selbst geprüft, so würde er eher das Memorandum der genannten Exilregierung getadelt haben, das die unsinnigsten Lügen gegen Ungarn verbreitet, Lügen, die jedes Kind an Ort und Stelle selbst durchschauen kann, so die Behauptung, dass die ‚ganze Bevölkerung der Stadt Szabadka‘ – wo in Wirklichkeit keinem Menschen ein Haar gekrümmt wurde – ‚niedergemetzelt‘ worden sei, dass im Palicser See – wo in Wirklichkeit nicht einmal ein Lebensüberdrüssiger ertrank – ‚Tausende von Leichen schwimmen‘, oder dass in Belgrad die Benützung von Donau- und Savewasser wegen der darin schwimmenden Leichen untersagt wurde; alles Behauptungen, deren krasse Wahrheitswidrigkeit durch neutrale Beobachter leicht festgestellt werden kann. – Der Verfasser gelangt zur prinzipiellen Schlussfolgerung, dass im Donau- und Balkangebiet, ‚solange die zahlreichen Nationalitätenprobleme keine vernünftige Lösung gefunden haben werden, keine dauerhafte Ruhe herrschen wird‘. Das ist genau die These, die Ungarn zwanzig Jahre lang als grösster Leidtragender der 1919/20 versuchten unvernünftigen Lösungen verkündete; wenn aber der Artikelschreiber meint, ‚die Sieger von 1918 hätten in der Anwendung des Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechtes der Völker eine Lösung für diese Probleme erblickt, während

heute die Achsendiktaturen die Doktrin des Lebensraumes und der dirigierten Politik aufstellen', so entfernt er sich von der Wahrheit wieder in offenkundiger Weise. War die Lostrennung von 3 1/2 Millionen Kernungarn von ihrem Vaterland etwa ein Akt der Selbstbestimmung der Völker? Oder waren die inneren Zustände Jugoslawiens zwanzig Jahre hindurch so beschaffen, dass man in diesem Staate von der Anwendung dieses Prinzips sprechen kann? Geht es an, in gutem Glauben Ungarn ein diktatorisches Verhalten gegenüber Jugoslawien vorzuwerfen, dessen innere Geschichte das Schulbeispiel des schlecht angewandten Diktaturprinzips war, während in Ungarn, einem der ältesten parlamentarisch regierten Staaten Europas, unter den heutigen Verhältnissen ein serbischer Abgeordneter offen die Beschwerden seiner Stammesgenossen vorbringen konnte und auf seine Rede vom ungarischen Ministerpräsidenten eine befriedigende Antwort erhielt? – Wir wollten nur einige klare Tatsachen sprechen lassen, um die grundverfehltene Anschauung, die aus dem erwähnten Artikel des schweizerischen Blattes spricht, zu berichtigen. Wir hoffen, dass auf der anderen Seite unsere sachlichen Ausführungen nicht mit der üblichen Formel abgetan werden, dass wir uns in einer wutschnaubenden Philippika» gegen die an uns geübte Kritik verwahren. Wohlgemeinte und sachliche Kritik lassen wir uns gern gefallen – was uns betrübt, das ist nur die Tatsache, gerade aus der Schweiz, zu deren öffentlicher Tradition ein hoher Grad von Unvoreingenommenheit und Unparteilichkeit gehört, eine Darstellung unserer Zustände und Probleme vernehmen müssen, die zu dem hohen moralischen und intellektuellen Niveau der schweizerischen Presse in einem sehr bedauerlichen Gegensatz steht.»

Ganz Ungarn und halb Europa wusste, was in der Bácska geschehen war. Die angesehenste Zeitung Ungarns aber leugnete kaltblütig die offenkundigen Tatsachen. Als Ministerpräsident Kállay später die Wahrheit ans Tageslicht brachte, veröffentlichte die Zeitung auch diese.

Anhang 5

Kriegsverbrecher

Die meisten der ungarischen Kriegsverbrecher (Baky, Endre, Beregfy, Ferencczy ...) stammten aus jenen Offizierskreisen, die bereits in der Zeit des weissen Terrors, 1919, ganz Ungarn in Angst und Schrecken versetzt hatten.

Statt dass man sie für ihre damaligen Handlungen vor Gericht gestellt hätte, wurde ihnen dafür in den zwanziger Jahren von Horthy der mit verschiedenen Privilegien verbundene Titel «vitéz» (Held) verliehen.

László Baky

In den Jahren 1919-20 Mitglied von Horthys Offiziers-Sonderkommando. Nachher ging er als Gendarmeriemajor in den Ruhestand. Dann kam er in die Führungsspitze der Pfeilkreuzlerpartei. Nach der Besetzung Ungarns

durch die Deutschen wurde er in der Marionettenregierung Sztójay's Staatssekretär im Innenministerium (von Anfang April 1944 bis Ende Juli 1944). Dann schickte man ihn auf Weisung Horthys in den «Krankenstand», Ende August wurde er seiner Stellung enthoben. Es ist bezeichnend für die damalige Situation, dass der «Horthy-Held» Baky einen Putsch gegen seinen eigenen Reichsverweser versuchte. Es gelang Horthy, diesen Putsch zu verhindern, dagegen hatte er nicht den Mut zu befehlen, dass die Verantwortlichen für den Putsch verhaftet und vor Gericht gestellt werden sollten. Horthy begnügte sich damit, seinen einstigen Offizier mit einer hohen Pension zu entfernen. Dabei war es ihm bekannt, dass Baky ein mit den Deutschen kollaborierender Vaterlandsverräter war. Horthy war auch genau darüber informiert, dass Baky einer der Verantwortlichen für die nach der deutschen Besetzung in Windeseile durchgeführten Entjudungsoperation war. Damals gelang es Baky und seinen Gefährten, binnen drei Monaten mehrere hunderttausend rassistisch Verfolgte foltern, ausplündern und deportieren zu lassen. In der Pfeilkreuzlerregierung Szálasi bekam Baky den Auftrag zur Organisation eines militärischen Sonderkommandos. Vor dem Zusammenbruch floh er in das von den Deutschen besetzte Österreich. Er wurde von amerikanischen Militäreinheiten verhaftet und nach Budapest zurücktransportiert. Im Jahre 1946 wurde er als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt und hingerichtet.

László Bárdossy

Der ungarische Ministerpräsident Teleki beging am 3. April 1941 Selbstmord; Bárdossy übernahm seine Stellung. Mit Einverständnis Horthys brach er – unter Verletzung der bestehenden Verträge – den Krieg gegen Jugoslawien los. Am 27. Juni 1941 erklärte er der Sowjetunion wegen angeblicher «wiederholter sowjetrussischer Fliegerangriffe» den Krieg. Wie aus den nachstehenden Zitaten aus Horthys Memoiren hervorgeht, hatten in Wirklichkeit die Deutschen die Stadt Kaschau bombardiert. Horthy hält fest, dass Bárdossy ihm das Angebot der Russen (das über den Moskauer ungarischen Gesandten Kristóffy weitergeleitet wurde) ihrer Unterstützung Ungarns in der Siebenbürgen-Frage, falls Ungarn neutral bliebe, verheimlicht hatte. Ferner verheimlichte er die Meldung des Kaschauer Flughafenkommandanten, Fliegeroberst Ádám Krúdy, der mit eigenen Augen gesehen hatte, wie die Deutschen die Stadt bombardierten; ausserdem zwang er Krúdy und die Beamten des Ministerpräsidiums zum Schweigen darüber. Horthy schrieb weiter: «Unser Generalstabschef (Werth) wünschte unsere Teilnahme am Krieg ebenso sehr, wie sie von Hitler gewünscht wurde.»

Nach dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbour am 7. Dezember 1941 brach Bárdossy – ohne vorher den Reichsverweser zu informieren – die diplomatischen Beziehungen zu Amerika ab. Da dies den Deutschen und Italienern immer noch zu wenig war, erklärte Bárdossy auf Druck der beiden Staaten am 15. Dezember 1941 den Vereinigten Staaten über deren Budapester Gesandten den Krieg, und zwar ebenfalls ohne Wissen Horthys.

In Fortsetzung der Judenpolitik Telekis erliess Bárdossy am 8. August 1941 das 3. Judengesetz – nach deutschem Muster auf Rassenbasis.

Im Jahre 1946 wurde er zum Tode verurteilt und hingerichtet. Zu erwähnen ist, dass er einer der gebildetsten Politiker Horthy-Ungarns war-dennoch geriet er in den Bann des Nationalsozialismus und wurde zu dessen Werkzeug.

Károly Beregfy

Beregfy war in der Armee Horthy-Ungarns Generalleutnant, dann wurde er zum Generaloberst ernannt. Wie Horthys Offiziere im Allgemeinen, brach auch Beregfy seinen Eid, kollaborierte mit den Deutschen und gelobte Szálasi die Treue. Der übriggebliebene Rest der ungarischen Armee wurde trotz des schon als verloren zu betrachtenden Hitlerkrieges noch auf die Schlachtbank getrieben, dazu noch mittels der Totalmobilmachung der Jugendlichen. Beregfy, der Kriegsminister und Mitglied des Regierungsausschusses Szálasis war, gehörte ohne Zweifel zu den Verantwortlichen dafür. Im Jahre 1946 wurde er als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt und hingerichtet.

László Endre

Auch er gehörte zu jenen Offizieren, die am «weissen Terror» beteiligt gewesen und mit dem Titel «vitéz» ausgezeichnet worden waren. Seine politische Karriere begann mit seiner Ernennung zum Oberstuhlrichter der Gemeinde Gödöllő; später wurde er Vizegespan des Komitats Pest (des grössten von Ungarn).

Er hatte mit eine entscheidende Rolle bei der Deportierung von 600'000 rassisch Verfolgten und auch bei der Hinopferung Hunderttausender ungarischer Soldaten.

Im Jahre 1944 war er Staatssekretär in der Regierung Sztójay, nach dem Szálasi-Putsch nahm er die Position eines Oberregierungskommissärs für die Kampfgebiete ein.

Noch vor dem Zusammenbruch flüchtete er nach Österreich. Im Jahre 1945 wurde Endre nach Budapest zurückgebracht, im Jahre 1946 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

László Ferenczy

Er stammte aus der Offiziersclique des weissen Horthy-Terrors. 1944 wurde er von der ungarischen Regierung als Gendarmerieoberstleutnant zum Verbindungsoffizier zwischen Eichmann und der Gendarmerie ernannt. Nach der Besetzung Ungarns hatte der deutsche Gesandte Veessenmayer das Judenvernichtungsprogramm durch die Marionettenregierung Sztójay legalisieren lassen – auf diese Weise hatten die Deutschen erreicht, dass die Deportierungen von Ungarn organisiert und von der ungarischen Gendarmerie durchgeführt wurden.

Ferenczy führte nicht nur die Deportierungsanweisungen der Staatssekretäre Baky und Endre durch, er kollaborierte auch unmittelbar mit Eichmann. Nach seinem eigenen schriftlichen Bericht liess er 510560 rassisch Verfolgte deportieren.

Im Zuge der Gerichtsverhandlungen gegen Kriegsverbrecher und Volksfeinde wurde Ferenczy 1946 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Döme Sztójay (Sztójakovics)

Ministerpräsident der nach der deutschen Besetzung gebildeten Marionettenregierung vom 22. März 1944 – 23. August 1944.

Ein typischer Vertreter der Horthy-Offiziere im Rang eines Generalleutnants. 1925 trat er in den diplomatischen Dienst ein und war dann in Berlin als Militärattaché tätig. 1935 war er bereits ausserordentlicher Gesandter Ungarns in Hitlerdeutschland. Als «treuer» Horthy-Offizier assimilierte er sich bald zum Nationalsozialismus, kollaborierte mit den Nazis und führte ihre Befehle widerspruchsfrei durch. Während der fünf Monate seiner Ministerpräsidentschaft bezogen sich seine wichtigsten Anordnungen auf die Enteignung und Deportierung der Juden sowie auf die Zurverfügungstellung aller wirtschaftlichen und militärischen Kräfte Ungarns für die Zwecke der Nazis.

1946 wurde er als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Die Machtergreifung durch Hitler

Carl Lutz suchte nach den Wurzeln für den Nationalsozialismus und seine Ausbreitung. Er sagte: «Für einen Kulturmenschen sind die Ideologie und die Handlungsweise Hitlers und seiner Parteigenossen unbegreiflich. Wie kamen sie trotzdem an die Macht und fanden so viele Anhänger? Dazu mussten verschiedene Voraussetzungen gegeben sein.

Die grosse Enttäuschung über den verlorenen Krieg und den ungerechten Friedensvertrag von Versailles, das Verhalten der Siegermächte und die ständig steigende Arbeitslosigkeit riefen in Deutschland grosse Unzufriedenheit hervor. Die ehemaligen Offiziere (zu denen Hitler als Informant Kontakt hatte) hofften auf einen Revanchekrieg. Noch in der Kaiserzeit hatte man das deutsche Volk zu Chauvinismus, zu Disziplin, zu blindem Gehorsam gegenüber Höhergestellten erzogen. Mit geschickt geführter Propaganda konnten die Nazis in dieser Situation genau das versprechen, was man erwartete: den Arbeitslosen Arbeit, den stellungslos gewordenen ehemaligen Offizieren und hohen Beamten Revanche, den jungen Deutschen schöne Uniformen in den nach dem ‚Führerprinzip‘ aufgebauten Organisationen – und allen das erhöhte Selbstwertgefühl, Angehörige des Herrenvolkes zu sein, dem alle anderen Völker untertan zu sein hatten. Dazu dienten Rassentheorie und besonders der Antisemitismus. Und schliesslich gab es den ‚Führer‘, der alle Probleme lösen würde, wenn ihm seine ‚Gefolgschaft‘ nur blind gehorchte.

Hinter den Nationalsozialisten standen als mächtige Gönner die Grossindustrie und die Bankherren, die von Franz von Papen mit Hitler zusammengebracht worden waren – er hatte erkannt, welche Chancen für das Grosskapital hier bestanden. Hitler bekam unbegrenzte finanzielle Hilfe; einerseits aus Angst vor dem Bolschewismus, andererseits in der berechtigten Hoffnung auf enormen Auftrieb für die Rüstungsindustrie und die damit verbundenen Profite. Mit dieser Unterstützung, mit glänzenden Propagandametho-

den („man muss eine Lüge nur oft genug wiederholen, dann wird sie geglaubt») und mit terroristischem Vorgehen gegen politische Gegner gelang es den Nazis, 1933 an die Macht zu kommen.

Mit dem Autobahnbau (zu strategischen Zwecken) und der rapiden Steigerung aller Produktionen, die der Rüstung dienten, war die Arbeitslosigkeit bald beseitigt. Von der dadurch gestiegenen Kaufkraft profitierten auch die Geschäftsleute. Das alles war von ungeheurer Wirkung auf die Massen, die Jahre der Not hinter sich hatten – nur wenige sahen, dass hier der Krieg vorbereitet wurde. Und selbst, als es nach 6 Jahren so weit war, riefen die ersten siegreichen Blitzkriege nur weitere Begeisterung hervor, obwohl sie auch schon die ersten Opfer unter den deutschen Soldaten forderten.

Von Judenverfolgungen wollte man lieber nichts wissen; im Übrigen betrafen sie sowieso nur schädliche Untermenschen – das hatten Jahre nationalsozialistischer Erziehung vielen schon eingebleut.

So unglaublich es heute erscheint, erlagen nicht nur in Deutschland, sondern auch in den meisten anderen Ländern der Welt unzählige Menschen der Faszination Hitlers (und seiner Erfolge). Dies ist umso schwerer verständlich, als sie sich ja gemäss der Rassentheorie den Deutschen nicht ebenbürtig fühlen durften.

Das Endergebnis ist bekannt: 50-60 Millionen Tote, unzählige Millionen Invalide, Heimatlose, Witwen und Waisen.»

SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann

Er war der Leiter des «Sonderkommandos» von Hitlerdeutschlands RSHA. In seinen Ressortbereich gehörte die Vernichtung der europäischen Juden auf Rassenbasis.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es ihm unterzutauchen und dann unter falschem Namen nach Argentinien zu flüchten. Im Jahre 1960 wurde er vom israelischen Geheimdienst mit Hilfe von Simon Wiesenthal, dem Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, in Buenos Aires verhaftet. Man brachte ihn nach Israel. Am 11. April 1961 wurde er vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt. Am 1. Juni 1962 erfolgte seine Hinrichtung.

Bezeichnend war seine Haltung vor dem israelischen Gericht. Obwohl eindeutiges schriftliches Beweismaterial und unwiderlegbare Zeugenaussagen vorlagen, antwortete er auf alle Anklagepunkte kaltblütig mit «nein». Z. wollte glaubhaft machen, dass er in der grossen Maschinerie Hitlers und Himmlers nur ein ganz kleines Rädchen war.

Joseph Goebbels

Er machte innerhalb der NSDAP rasch Karriere. Am Anfang war er Anhänger Gregor Strassers und Redakteur der «Nationalsozialistischen Briefe». Nach kurzer Zeit war er schon Hitlers Vertrauensmann; dieser ernannte ihn 1926 zum Gauleiter von Berlin, 1930 zum Reichspropagandaleiter, 1933 zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, 1944 zum Generalbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz. In seinem Testament ernannte Hitler Goebbels zu seinem Nachfolger als Reichskanzler.

Dann kam das Ende. Einen Tag nach Hitlers Selbstmord, am 1. Mai 1945, entzog sich auch Goebbels der Verantwortung und Rechenschaft. Er beging mit seiner Familie Selbstmord.

Die NSDAP hatte ihre zunächst phänomenalen Erfolge in erster Linie Joseph Goebbels und seinen wirkungsvollen Propagandamethoden zu verdanken.

Dr. Edmund Veessenmayer

Edmund Veessenmayer gehörte zur Stammgruppe der Nationalsozialisten und war Anhänger der Theorie vom «deutschen Herrenvolk». Nachweislich hatte der ehemalige Dozent der Technischen Hochschule München schon vor der Besetzung Österreichs die österreichische nationalsozialistische Partei organisiert und die «Fünfte Kolonne» in Österreich (die erste in Europa) ausgebaut. Er konnte verhältnismässig mehr SS-Männer und -Offiziere in Österreich anwerben als die Deutschen selbst in ihrem Land.

Im Frühling 1939 bereitete Veessenmayer schon die Gründung des «selbständigen» slowakischen Staates von Pressburg aus vor.

Am 11. April 1941, einen Tag nach der Besetzung Jugoslawiens durch die Deutschen, schlug er bereits sein Quartier in Zagreb auf und organisierte binnen fünf Tagen die Machtübernahme der Ustascha-Banden mit dem Königsmörder Ante Pavelic an ihrer Spitze. Noch im September desselben Jahres setzte er seine Tätigkeit erst in Belgrad, dann in Griechenland fort. Von dort sandte man ihn nach Spanien, wo er an der Ausweitung der «Fünften Kolonne» und an Spionageaufgaben arbeitete.

Im Frühling 1943 wurde Veessenmayer vom deutschen Geheimdienst nach Budapest entsandt. Offiziell übernahm er dort die Leitung des deutschen «Standard»-Werkes; in Budapester Wirtschaftskreisen war es allerdings ein offenes Geheimnis, dass sich der neue deutsche Direktor mit allem befasste, nur nicht mit der Leitung des Betriebes. Sozusagen vor den Augen des ungarischen Geheimdienstes traf er die Vorbereitung zum Sturz der Regierung Kállay. Er spielte eine entscheidende Rolle für das Zustandekommen der ungarischen Tragödie und für die Judenvernichtung; damals schon als Gesandter Hitlerdeutschlands.

Im April 1949 wurde Veessenmayer in Nürnberg zu zwanzig Jahren Gefängnis verurteilt. 1951 wurde seine Strafe auf zehn Jahre herabgesetzt. Im Jahre 1952 wurde er einer der Hauptschuldigen am Tode unzähliger Menschen – freigelassen!

Die «Endlösung»

Görings Auftrag

Berlin, den 31. 7. 1941

*Der Reichsmarschall des Grossdeutschen Reiches
Beauftragter für den Vierjahresplan
Vorsitzender des Ministerrates für die Reichsverteidigung*

*An den
Chef der Sicherheitspolizei und des SD
SS-Gruppenführer Heydrich, Berlin*

In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlass vom 24. Januar 1939 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen, beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einfluss gebiet in Europa.

Sofern hierbei die Zuständigkeit anderer Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu beteiligen.

Ich beauftrage Sie weiter, mir in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmassnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen.

Göring

Die Wannsee-Konferenz

(Stempel): Geheime Reichssache!

Besprechungsprotokoll

/. An der am 20. Januar 1942 in Berlin, am Grossen Wannsee Nr. 56-58, stattgefundenen Besprechung über die Endlösung der Judenfrage nahmen

*Gauleiter Dr. Meyer und
Reichsamtsleiter Dr. Leibbrandt
Staatssekretär Dr. Stuckart
Staatssekretär Neumann
Staatssekretär Dr. Freisler
Staatssekretär Dr. Bühler
Unterstaatssekretär Luther
SS-Oberführer Klopfer*

*Reichsministerium für die besetzten
Ostgebiete
Reichsministerium des Innern
Beauftragter für den Vierjahresplan
Reichsjustizministerium
Amt des Generalgouverneurs
Auswärtiges Amt
Partei-Kanzlei*

Ministerialdirektor Kritzinger

Reichskanzlei

(handschriftliche Notiz):

D. III. 29 g. Rs.

SS-Gruppenführer Hofmann

Rasse- und Siedlungshauptamt

SS-Gruppenführer Müller

Reichssicherheitshauptamt

SS-Obersturmbannführer Eichmann

SS-Oberführer Dr. Schoengarth,

Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
im Generalgouvernement

SS-Sturmbannführer Dr. Lange,

Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
für den Generalbezirk Lettland, als Vertreter

des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des
SD für das Reichskommissariat Ostland

II. Chef der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Obergruppenführer Heydrich, teilte eingangs seine Bestellung zum Beauftragten für die Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage durch den Reichsmarschall mit und wies darauf hin, daß zu dieser Besprechung geladen wurde, um Klarheit in grundsätzlichen Fragen zu schaffen. Der Wunsch des Reichsmarschalls, ihm einen Entwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Belange im Hinblick auf die Endlösung der europäischen Judenfrage zu übersenden, erfordert die vorherige gemeinsame Behandlung aller in diesen Fragen unmittelbar beteiligten Zentralinstanzen im Hinblick auf die Parallelisierung der Linienführung.

Die Federführung bei der Bearbeitung der Endlösung der Judenfrage liege ohne Rücksicht auf geographische Grenzen zentral beim Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei (Chef der Sicherheitspolizei und des SD).

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD gab sodann einen kurzen Überblick über den bisher geführten Kampf gegen diese Gegner. Die wesentlichsten Momente bilden

- a) Die Zurückdrängung der Juden aus den einzelnen Lebensgebieten des deutschen Volkes,
- b) die Zurückdrängung der Juden aus dem Lebensraum des deutschen Volkes.

Im Vollzug dieser Bestrebungen wurde als einzige vorläufige Lösungsmöglichkeit die Beschleunigung der Auswanderung der Juden aus dem Reichsgebiet verstärkt und planmäßig in Angriff genommen.

Auf Anordnung des Reichsmarschalls wurde im Januar 1939 eine Reichszentrale für jüdische Auswanderung errichtet, mit deren Leitung der Chef der

Sicherheitspolizei und des SD betraut wurde. Sie hatte insbesondere die Aufgabe

- a) alle Maßnahmen zur Vorbereitung einer verstärkten Auswanderung der Juden zu treffen,
- b) den Auswanderungsstrom zu lenken,
- c) die Durchführung der Auswanderung im Einzelfall zu beschleunigen.

Das Aufgabenziel war, auf legale Weise den deutschen Lebensraum von Juden zu säubern.

Über die Nachteile, die eine solche Auswanderungsforcierung mit sich brachte, waren sich alle Stellen im Klaren. Sie mußten jedoch angesichts des Fehlens anderer Lösungsmöglichkeiten vorerst in Kauf genommen werden.

Die Auswanderungsarbeiten waren in der Folgezeit nicht nur ein deutsches Problem, sondern auch ein Problem, mit dem sich die Behörden der Ziel- bzw. Einwandererländer zu befassen hatten. Die finanziellen Schwierigkeiten, wie Erhöhung der Vorzeige- und Landungsgelder seitens der verschiedenen ausländischen Regierungen, fehlende Schiffsplätze, laufend verschärfte Einwanderungsbeschränkungen oder -sperrern, erschwerten die Auswanderungsbestrebungen ausserordentlich. Trotz dieser Schwierigkeiten wurden seit der Machtübernahme bis zum Stichtag 31. Oktober 1941 insgesamt rund 537'000 Juden zur Auswanderung gebracht. Davon

vom 30. Januar 1933 aus dem Altreich.....	rd. 360'000
vom 15. März 1938 aus der Ostmark.....	rd. 147'000
vom 15. März 1939 aus dem Protektorat Böhmen und Mähren	rd. 30'000

Die Finanzierung der Auswanderung erfolgte durch die Juden bzw. jüdisch-politischen Organisationen selbst. Um den Verbleib der verproletarierten Juden zu vermeiden, wurde nach dem Grundsatz verfahren, dass die vermögenden Juden die Abwanderung der vermögenslosen Juden zu finanzieren haben; hier wurde, je nach Vermögen gestaffelt, eine entsprechende Umlage bzw. Auswandererabgabe vorgeschrieben, die zur Bestreitung der finanziellen Obliegenheiten im Zuge der Abwanderung vermögensloser Juden verwandt wurde.

Neben dem Reichsmark-Aufkommen sind Devisen für Vorzeige- und Landungsgelder erforderlich gewesen. Um den deutschen Devisenschatz zu schonen, wurden die jüdischen Finanzinstitutionen des Auslandes durch die jüdischen Organisationen des Inlandes verhalten, für die Beitreibung entsprechender Devisenaufkommen Sorge zu tragen. Hier wurden durch diese ausländischen Juden im Schenkungswege bis zum 30. Oktober 1941 insgesamt rund 9'500'000 Dollar zur Verfügung gestellt.

Inzwischen hat der Reichsführer-SS und der Chef der Deutschen Polizei im Hinblick auf die Gefahren einer Auswanderung im Kriege und im Hinblick auf die Möglichkeiten des Ostens die Auswanderung von Juden verboten.

III. An Stelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten.

Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind.

Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht, die sich wie folgt auf die einzelnen Länder verteilen:

Land	Zahl
A. Altreich	131'800
Ostmark	43'700
Ostgebiete.....	420'000
Generalgouvernement.....	2'284'000
Bialystok.....	400'000
Protektorat Böhmen und Mähren.....	74'200
Estland – judenfrei	
Lettland.....	3'500
Litauen.....	34'000
Belgien	43'000
Dänemark	5'600
Frankreich, besetztes Gebiet.....	165'000
unbesetztes Gebiet.....	700'000
Griechenland.....	69'000
Niederlande	160'800
Norwegen	1'300
B. Bulgarien.....	48'000
England	330'000
Finnland.....	2'300
Irland	4'000
Italien, einschl. Sardinien.....	58'000
Albanien.....	200
Kroatien	40'000
Portugal	3'000
Rumänien, einschl. Bessarabien.....	342'000
Schweden	8'000
Schweiz.....	18'000
Serbien	10'000
Slowakei.....	88'000
Spanien.....	6'000
Türkei (europ. Teil)	55'500
Ungarn	742'800

UdSSR	5'000'000
Ukraine.....	2'994'684
Weissrussland, ausschl. Bialystok	446'484

zusammen: über 11'000'000

Bei den angegebenen Judentzahlen der verschiedenen ausländischen Staaten handelt es sich jedoch nur um Glaubensjuden, da die Begriffsbestimmungen der Juden nach rassischen Grundsätzen teilweise dort noch fehlen. Die Behandlung des Problems in den einzelnen Ländern wird im Hinblick auf die allgemeine Haltung und Auffassung auf gewisse Schwierigkeiten stoßen, besonders in Ungarn und Rumänien. So kann sich z.B. heute noch in Rumänien der Jude gegen Geld entsprechende Dokumente, die ihm eine fremde Staatsangehörigkeit bescheinigen, beschaffen.

Der Einfluß der Juden auf alle Gebiete in der UdSSR ist bekannt. Im europäischen Gebiet leben etwa 5 Millionen, im asiatischen Raum knapp $\frac{1}{2}$ Million Juden.

Die berufsständige Aufgliederung der im europäischen Gebiet der UdSSR ansässigen Juden war etwa – :

in der Landwirtschaft	9,1%
als städtische Arbeiter.....	14,8 %
im Handel.....	20,0 %
als Staatsarbeiter angestellt	23,4 %
in den privaten Berufen – Heilkunde, Presse, Theater usw.	32,7 %

Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In grossen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden strassenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Grossteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.

Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesen zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. (Siehe Erfahrung der Geschichte.)

Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekömmt. Das Reichsgebiet einschliesslich Protektorat Böhmen und Mähren wird, allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstiger sozialpolitischer Notwendigkeiten, vorweggenommen werden müssen.

Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangshettos verbracht, um von dort weiter nach dem Osten transportiert zu werden.

Wichtige Voraussetzungen, so führte SS-Obergruppenführer Heydrich weiter aus, für die Durchführung der Evakuierung überhaupt, ist die genaue Festlegung des in Betracht kommenden Personenkreises.

Es ist beabsichtigt, Juden im Alter von über 65 Jahren nicht zu evakuieren, sondern sie einem Altersghetto – vorgesehen ist Theresienstadt – zu überstellen.

Neben diesen Altersklassen – von den am 31. Oktober 1941 sich im Altreich und der Ostmark befindlichen etwa 280'000 Juden sind etwa 30 % über 65 Jahre alt – finden in den jüdischen Altersghettos weiterhin die Schwerkriegsbeschädigten Juden und Juden mit Kriegsauszeichnungen (EK I) Aufnahme. Mit dieser zweckmässigen Lösung werden mit einem Schlage die vielen Interventionen ausgeschaltet.

Der Beginn der einzelnen größeren Evakuierungsaktionen wird weitgehend von der militärischen Entwicklung abhängig sein. Bezüglich der Behandlung der Endlösung in den von uns besetzten und beeinflussten europäischen Gebieten wurde vor geschlagen, dass die in Betracht kommenden Sachbearbeiter des Auswärtigen Amtes sich mit den zuständigen Referenten der Sicherheitspolizei und des SD besprechen.

In der Slowakei und Kroatien ist die Angelegenheit nicht mehr allzu schwer, da die wesentlichen Kernfragen in dieser Hinsicht dort bereits einer Lösung zugeführt wurden. In Rumänien hat die Regierung inzwischen ebenfalls einen Judenbeauftragten eingesetzt. Zur Regelung der Frage in Ungarn ist erforderlich, in Zeitkürze einen Berater für Judenfragen der ungarischen Regierung aufzuoktroyieren.

Hinsichtlich der Aufnahme der Vorbereitungen zur Regelung des Problems in Italien hält SS-Obergruppenführer Heydrich eine Verbindung mit Polizei-Chefin diesen Belangen für angebracht.

Im besetzten und unbesetzten Frankreich hat die Erfassung der Juden zur Evakuierung aller Wahrscheinlichkeit nach ohne grosse Schwierigkeit vor sich gehen können.

Unterstaatssekretär Luther teilte hierzu mit, dass bei tiefgehender Behandlung dieses Problems in einigen Ländern, so in den nordischen Ländern, Schwierigkeiten auftauchen werden, und es sich daher empfiehlt, diese Länder vorerst noch zurückzustellen. In Anbetracht der hier in Frage kommenden geringen Judenanzahl bildet diese Zurückstellung ohnedies keine wesentliche Einschränkung. Dafür sieht das Auswärtige Amt für den Südosten und Westen Europas keine grossen Schwierigkeiten.

SS-Gruppenführer Hofmann beabsichtigt, einen Sachbearbeiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes zur allgemeinen Orientierung dann nach Ungarn mitsenden zu wollen, wenn seitens des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD die Angelegenheit dort in Angriff genommen wird. Es wurde fest gelegt, diesen Sachbearbeiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes, der nicht aktiv werden soll, vorübergehend offiziell als Gehilfen zum Polizei-Attaché abzustellen.

IV.

Im Zuge der Endlösungsvorhaben sollen die Nürnberger Gesetze gewissermassen die Grundlage bilden, wobei Voraussetzung für die restlose Berei-

nigung des Problems auch die Lösung der Mischehen- und Mischlingsfragen ist.

Chef der Sicherheitspolizei und des SD erörtert im Hinblick auf ein Schreiben des Chefs der Reichskanzlei zunächst theoretisch die nachstehenden Punkte:

1. Behandlung der Mischlinge 1. Grades.

Mischlinge 1. Grades sind im Hinblick auf die Endlösung der Judenfrage den Juden gleichgestellt.

Von dieser Behandlung werden ausgenommen:

- a) Mischlinge 1. Grades verheiratet mit Deutschblütigen, aus deren Ehe Kinder (Mischlinge 2. Grades) hervorgegangen sind. Diese Mischlinge 2. Grades sind im Wesentlichen den Deutschen gleichgestellt.
- b) Mischlinge 1. Grades, für die von den höchsten Instanzen der Partei und des Staates bisher auf irgendwelchen Gebieten (Lebens) Ausnahmege-nehmigungen erteilt worden sind. Jeder Einzelfall muss überprüft werden, wobei nicht ausgeschlossen wird, dass die Entscheidung nochmals zuungunsten des Mischlings ausfällt.

Voraussetzung einer Ausnahmebewilligung müssen stets grundsätzliche Verdienste des in Frage stehenden Mischlings selbst sein. (Nicht Verdienste des deutschblütigen Eltern- oder Ehepartners)

Der von der Evakuierung auszunehmende Mischling 1. Grades wird, um jede Nachkommenschaft zu verhindern und das Mischlingsproblem endgültig zu bereinigen, sterilisiert. Die Sterilisation erfolgt freiwillig. Sie ist aber Voraussetzung für das Verbleiben im Reich. Der sterilisierte «Mischling» ist in der Folgezeit von allen einengenden Bestimmungen, denen er bislang unterworfen ist, befreit.

2. Behandlung der Mischlinge 2. Grades.

Die Mischlinge 2. Grades werden grundsätzlich den Deutschblütigen zugeschlagen, mit Ausnahme – r Fälle, in denen die Mischlinge 2. Grades den Juden gleichgestellt werden:

- a) Herkunft des Mischlings 2. Grades aus einer Bastardehe (beide Teile Mischlinge).
- b) Rassistisch besonders ungünstiges Erscheinungsbild des Mischlings 2. Grades, das ihn schon äusserlich zu den Juden rechnet.

3. Ehen zwischen Volljuden und Deutschblütigen.

Von Einzelfall zu Einzelfall muss hier unterschieden werden, ob der jüdische Teil evakuiert wird, oder ob er unter Berücksichtigung auf die Auswirkungen einer solchen Massnahme auf die deutschblütigen Verwandten dieser Mischehe einem Altersghetto überstellt wird.

4. Ehen zwischen Mischlingen 1. Grades und Deutschblütigen.

a) ohne Kinder:

Sind aus der Ehe keine Kinder hervorgegangen, wird der Mischling 1. Grades evakuiert bzw. einem Altersghetto überstellt. (Gleiche Behandlung wie bei Ehen zwischen Volljuden und Deutschblütigen, Punkt 3)

b) Mit Kindern:

Sind Kinder aus der Ehe hervorgegangen (Mischlinge 2. Grades), werden sie, wenn sie den Juden gleichgestellt werden, zusammen mit dem Mischling 1. Grades evakuiert bzw. einem Ghetto überstellt. Soweit diese Kinder Deutschblütigen gleichgestellt werden (Regelfälle), sind sie von der Evakuierung auszunehmen und damit auch der Mischling 1. Grades.

5. Ehen zwischen Mischlingen 1. Grades und Mischlingen 2. Grades oder Juden.

Bei diesen Ehen (einschl. der Kinder) werden alle Teile wie Juden behandelt und daher evakuiert bzw. einem Altersghetto überstellt.

6. Ehen zwischen Mischlingen 1. Grades und Mischlingen 2. Grades.

Beide Eheteile werden ohne Rücksicht darauf, ob Kinder vorhanden sind oder nicht, evakuiert bzw. einem Altersghetto überstellt, da etwaige Kinder rassenmässig in der Regel einen stärkeren jüdischen Bluteinschlag aufweisen als die jüdischen Mischlinge 2. Grades.

SS-Gruppenführer Hofmann steht auf dem Standpunkt, dass von der Sterilisierung weitgehend Gebrauch gemacht werden muss, zumal der Mischling, vor die Wahl gestellt, ob er evakuiert oder sterilisiert werden soll, sich lieber der Sterilisation unterziehen würde.

Staatssekretär Dr. Stuckart stellt fest, dass die praktische Durchführung der eben mitgeteilten Lösungsmöglichkeiten zur Bereinigung der Mischen-Mischlingsfragen in dieser Form eine unendliche Verwaltungsarbeit mit sich bringen würde. Um zum anderen auf alle Fälle auch den biologischen Tatsachen Rechnung zu tragen, schlug Staatssekretär Dr. Stuckart vor, zur Zwangssterilisation zu schreiten.

Zur Vereinfachung des Mischlingsproblems müssten ferner Möglichkeiten überlegt werden mit dem Ziel, dass der Gesetzgeber etwa sagt: «Diese Ehen sind geschieden».

Bezüglich der Frage der Auswirkung der Judenevakuierung auf das Wirtschaftsleben erklärte Staatssekretär Neumann, dass die in kriegswichtigen

Betrieben im Arbeitseinsatz stehenden Juden derzeit, solange noch kein Ersatz zur Verfügung steht, nicht evakuiert werden können.

SS-Obergruppenführer Heydrich wies darauf hin, dass diese Juden nach den von ihm genehmigten Richtlinien zur Durchführung der derzeit laufenden Evakuierungsaktionen ohnedies nicht evakuiert würden.

Staatssekretär Dr. Bühler stellt fest, dass das Generalgouvernement es begrüßen würde, wenn mit der Endlösung dieser Frage im Generalgouvernement begonnen würde, weil einmal hier das Transportproblem keine übergeordnete Rolle spielt und arbeitseinsatzmässige Gründe den Verlauf dieser Aktion nicht behindern würden. Juden müssten so schnell wie möglich aus dem Gebiet des Generalgouvernements entfernt werden, weil gerade hier der Jude als Seuchenträger eine eminente Gefahr bedeutet und er zum anderen auch durch fortgesetzten Schleichhandel die wirtschaftliche Struktur des Landes dauernd in Unordnung bringt. Von den in Frage kommenden etwa 2½ Millionen Juden sei überdies die Mehrzahl der Fälle arbeitsunfähig.

Staatssekretär Dr. Bühler stellte weiterhin fest, dass die Lösung der Judenfrage im Generalgouvernement federführend beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD liegt und seine Arbeit durch die Behörden des Generalgouvernements unterstützt würde. Er hätte nur eine Bitte, die Judenfrage in diesem Gebiet so schnell wie möglich zu lösen.

Abschliessend wurden die verschiedenen Arten der Lösungsmöglichkeiten besprochen, wobei sowohl seitens des Gauleiters D. Meyer als auch seitens des Staatssekretärs Dr. Bühler der Standpunkt vertreten wurde, gewisse vorbereitende Arbeiten im Zuge der Endlösung gleich in den betreffenden Gebieten selbst durchzuführen, wobei jedoch eine Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden müsse.

Mit der Bitte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD an die Besprechungsteilnehmer, ihm bei der Durchführung der Lösungsarbeiten entsprechende Unterstützung zu gewähren, wurde die Besprechung geschlossen.

Dr. Heinrich Rothmund

Dr. Rothmund gründete und leitete nach dem Ersten Weltkrieg die Eidgenössische Fremdenpolizei. Dann wurde er zum Chef der Polizeiabteilung ernannt. Er scheute vor keinem Mittel zurück, um die Schweiz vor dem Einstromen von «Ostjuden und Zigeunern» zu schützen. Diese waren für ihn «wesensfremde und nicht assimilierbare Elemente». So wurde er der Spiritus rector bei der Abschiebung der auf der Flucht befindlichen Juden Europas. Er empfand seine Tätigkeit im «Kampf gegen die Verjudung» als Berufung, und er schickte Zehntausende in den sicheren Tod. Zur Irreführung des Bundesrates verfasste er beruhigende Berichte, wonach er verlässliche Informationen über einen blossen Arbeitseinsatz der Verfolgten hätte. Im Jahre 1960 dagegen gab er in einem Brief an Lutz zu, dass er bereits 1942 genau über das tragische Schicksal der Verfolgten Bescheid gewusst hatte. Rothmunds Verhalten geht authentisch aus dem Bericht von Prof. Dr. Carl Ludwig aus dem Jahre 1957 «Die Flüchtlingspolitik der Schweiz» hervor, ferner aus den Büchern von Alfred A. Hasler «Das Boot ist voll ...» (1967) und von Werner Rings «Schweiz im Krieg» (1974) – vor allem aber aus seinen Gesprächen und Korrespondenzen mit Carl Lutz. Sein Vorgesetzter während des Krieges, Bundesrat von Steiger, der von seiner Stellung her in erster Linie für das Grauen der antisemitischen Flüchtlingspolitik verantwortlich war, versuchte seine eigene Rolle dabei auf Kosten Rothmunds reinzuwaschen.

Charakteristisch für die Polizeiabteilung Rothmund ist die Weisung, die er am 29. Dezember 1942 den Grenzorganen erteilte:

«Auf jeden Fall ist darauf zu achten, dass Flüchtlinge, die zurückgewiesen werden müssen, mit niemandem ... direkt oder indirekt (namentlich telefonisch) Fühlung nehmen können.»

Schweizer Ehrendoktorat für Mussolini

Nicht nur die ungerechte Behandlung, die Lutz persönlich nach seiner Rückkehr in seine Heimat zuteil geworden war, liess ihn nach dem Ursprung der seinerzeitigen schweizerischen Kollaboration mit den Deutschen – auch bei der Judenverfolgung – forschen. Dabei erinnerte er sich unter anderem an eine bezeichnende Anbietderung von schweizerischen Intellektuellen in hohen Positionen an den Faschismus, die er – rmassen schilderte:

«Im März 1937, zurzeit meiner diplomatischen Tätigkeit in Palästina, fiel meiner Frau Gertrud eine Nachricht aus unserer Heimat auf: Die Universität Lausanne hatte Benito Mussolini mit dem Titel eines «Jactor honoris causa» ausgezeichnet. Der Senat der Universität – mit Rektor Golay an der Spitze – fasste diesen Beschluss einstimmig auf Vorschlag der ‚Ecole des sciences sociales‘; Direktor dieses Institutes war der bekannt faschistisch ein-

gestellte Pasquale Boninsegni. Wir wollten diese Meldung zunächst gar nicht glauben, denn zu dieser Zeit betrachteten alle demokratisch gesinnten Menschen die Entwicklung der faschistischen Diktatur in Italien bereits voller Empörung. Im Jahre 1936 hatten die Italiener mit der Unterstützung Nazi-deutschlands Abessinien besetzt und damit die elementarsten völkerrechtlichen Grundsätze in den Kot getreten. Umso unverständlicher war uns der Mussolini-Kult der Universität Lausanne.

Schon im April 1937 bestätigte eine neue Meldung die Richtigkeit des unglaublich Scheinenden: Mussolini empfing in feierlichem Rahmen eine Abordnung der Universität von Lausanne, und zwar Rektor Golay, Olivier Chancelier und Prof. Boninsegni. Diese drei Herren übergaben ihm das Diplom des Ehrendoktorates zusammen mit einem Brief des Universitäts-senates, in dem Mussolini verherrlicht wurde. Wir, fern unserer Heimat, konnten diese Geste nicht verstehen und auch den ausländischen Diplomaten, die sich danach bei uns erkundigten, keine Erklärung dafür geben.

Später, in Budapest, als ich selbst mit dem Faschismus konfrontiert wurde und sein wahres Gesicht von der Nähe kennenlernte, musste ich oft an diese Affäre zurückdenken. Und ich kam zu der Überzeugung, dass unsere Regierung in Bern nicht nur von Hitlerdeutschland, sondern auch von unseren eigenen faschistischen und faschistenfreundlichen Landsleuten in hohen Stellungen eingeschüchtert war. Wir aber blieben hilflose Zuschauer dieser Äusserung des Faschismus.

Als wir aus Budapest zurückkehrten, war ich weiter zur Passivität verurteilt. Damals kümmerte ich mich leider auch nicht mehr darum, ob diese Universitätsprofessoren, die seinerzeit so offen auf der Seite des Faschismus standen, eigentlich noch dazu berufen waren, mit zu den geistigen Führern unserer Jugend zu gehören. Unser Schweigen ist verantwortlich dafür, wenn diese Leute weiter in ihren Stellungen bleiben und die Jugend mit ihrer verhängnisvollen Ideologie beeinflussen.»

Anhang 9

Der Fall des Professors Körösy

Ferenc Körösy von Szántó hat die Jahre der Judenverfolgung in Budapest, wie er sie mit seiner Familie erlebte, in einem 37 Seiten langen Bericht festgehalten und diesen dem Yad-v'Schem-Museum des Holocaust (Jerusalem) übergeben. Nachstehender Auszug zeigt, wievielen Gefahren jeder einzelne rassisch Verfolgte ausgesetzt war und wieviele Personen sich hilfreich einschalten mussten, um einen Menschen zu retten. Zu erwähnen ist, dass Körösy aus einer angesehenen Familie stammt, er hatte einflussreiche Freunde und eine Ausnahmegenehmigung des Reichsverwesers – trotzdem überlebten nur einige der Familienangehörigen.

Aus seinem Bericht ist zu entnehmen, dass Körösy und seine Familie vierzigmal in Lebensgefahr waren. Ebensooft wurde er durch hilfsbereite Menschen gerettet oder auch durch eigene Geistesgegenwart.

Aus seinem Dokument entnehme ich einige Fälle:



Prof. Ferenc Körösi

Körösy war schon 1942 beim Arbeitsdienst, dann erlebte er zwei weitere Einberufungen im Jahre 1944. Sein Bruder kam vom Arbeitsdienst nie mehr zurück.

Am 25. Juni 1944 mussten sie ihr Heim verlassen. Körösy zog – vorübergehend – zu einer christlichen Familie. Seine Frau übersiedelte vorerst nach Trencsény-Teplitz. Ihre Eltern wurden im September 1944 nach Auschwitz deportiert, sie selbst konnte wie durch ein Wunder nach Budapest zurückkehren.

Der zwölfjährige Sohn Gábor wurde von einer nichtjüdischen Nachbarin, mit «arischen Papieren versehen», an den Plattensee gebracht. Er kehrte erst zurück, als die ganze Familie – mit Hilfe eines Dekans der Universität – den Ausnahmestatus von Horthy zugesprochen erhielt. (Ferenc Körösys Vater hatte sein ganzes Leben dem biologischen Institut der Universität gewidmet.) Mit der Ausnahmegenehmigung Horthys, ab September 1944, war die Familie wieder in der Körösy-Villa vereint. Die Hausbesorger verhielten sich streng neutral.

Am Tag nach dem Szálasi-Putsch wurden alle von der SS misshandelt, ausgeplündert und nach drei Tagen in ein Haus mit Judenstern gebracht. Am nächsten Tag wurde Ferenc Körösy zum Schanzengraben abkommandiert. Diese Periode war von Quälereien gekennzeichnet, viele kamen ums Leben.

Seine Frau war separat zu Schanzarbeiten verschleppt worden. Ein Mitglied der Begleitmannschaft beriet sie, wie sie flüchten könnte.

Körösys Kind wurde von französischen Mönchen aufgenommen. Seine Eltern konnten zunächst in einem Sanatorium Unterschlupf finden. Das Ehepaar Körösy übernahm dann die Leitung eines Säuglingsheimes des Internationalen Roten Kreuzes, das damals eindeutig ein Stützpunkt der Zionisten war. Rafi (Sampias) half ihnen dabei. Während der Schanzarbeiten hatte sich Körösy eine gefährliche Infektion unter der Schulter zugezogen, seine Frau hatte von den Gewaltmärschen ums Doppelte angeschwollene Beine. Prof. Czeyda-Pommersheim behandelte beide in der Ambulanz seines Sanatoriums.

Die ganze Familie erhielt damals auch Schweizer Schutzbriefe.

Körösy wurde einmal von einem Pfeilkreuzler aufgefordert, sich zu legiti-

mieren. Seine Ausweise vom Roten Kreuz und von der Ingenieurkammer auf den Namen Dr. Ferenc Körösy von Szántó machten solchen Eindruck, dass der Mann sich für die Störung entschuldigte: «Es gibt nämlich so viele Juden, die flüchten wollen...»

Als Körösy einmal seinen Vater im Sanatorium besuchte, drangen Pfeilkreuzler ein. Etwa 25 Personen wurden auf die Strasse getrieben, um im Pfeilkreuzlerhaus untergebracht zu werden. Zum Glück war dort kein Platz mehr; sie wurden daher der Bezirkspolizeibehörde übergeben. Der Polizeihauptmann liess die Zelle anheizen und gab ihnen Brot zu essen. Als der Befehl zum Marsch nach dem Westen kam, gab er den Rat, die gelben Sterne abzureissen, und er fand Wege zur Flucht. Körösys Eltern überlebten die Terrorzeit in Budapest und starben nach dem Krieg. Er, seine Frau Stefi und der Sohn Gábor leben heute in Israel.

Anhang 10

Die Toten

	Über- lebende:	Tote:	Total:
--	-------------------	-------	--------

Bei der Besetzung Ungarns durch die Deutschen im März 1944 lebten auf ungarischem Territorium insgesamt			850000
---	--	--	--------

rassisch verfolgte Juden, einschliesslich der aus Nachbarländern geflüchteten 25000 Personen.

Die Zahlen basieren auf der amtlichen Volkszählung vom Jänner und März 1941 und auf Untersuchungen diverser Institutionen: Joint/Statistische Abteilung, aus der später die Budapestester Organisation des Jüdischen Weltkongresses hervorging (Dr. Albert Geyer, Dr. Siegfried Roth, Dr. Pál Zsigmond-Pach); Jewish Agency for Palestina/Dokumentationsabteilung (Dávid Bornstein, Mimis Herbst, Dr. Juda Schlesinger).

Mit dem Transport nach Bergen-Belsen konnten	1680		
--	------	--	--

Personen ins Ausland gelangen; von den reichen Familien Freudiger von Óbuda und Baron Weisz usw. rund	120		
---	-----	--	--

Unter Ausnützung privater Beziehungen gelang es mehrere Familien, Ungarn mit Reisepässen zu verlassen. Anderen glückte die Flucht auf eigene Faust. Von Bedeutung war die zionistische Aktion «Tijul» – die Flucht nach Rumänien (s. Anhang 14). So flüchteten . . .	5200		
	7000		

Von den zurückgebliebenen		843000	
---------------------------------	--	--------	--

	Über- lebende:	Tote:	Total:
Personen starben		13000	
Von den restlichen			830000
Verfolgten waren bei der Befreiung im Jahr 1945 in Budapest noch	124000		
am Leben.			
In der Provinz (Arbeitsdienst usw.) überlebten	15000		
Von den Deportationen kamen zurück	<u>60000</u>		
insgesamt also	199000		
Daraus ergibt sich, dass insgesamt etwa		631000	
rassisch verfolgte Juden durch Deportationen, beim Arbeitsdienst und durch Mord im Getto, am Donauufer, auf den Strassen, in den Pfeil- kreuzler-Häusern usw. ums Leben gekommen sind.			

Die Überlebenden

Wie hatten die 1945 in Budapest befreiten Juden den Terror überlebt?

	ausserhalb des Gettos:	im Getto:	zusammen:
Mit «arischen Papieren» der Pionierbewegungen	20000		20000
Mit «Horthy-Ausnahmegenehmi- gungen» und mit kirchlichen oder sonstigen Hilfsaktionen sowie individueller Hilfe	1000		1000
Lutz' schweizerische Rettungs- aktion:			
in Gesandtschaftsgebäuden	4500		
in geschützten Häusern	17000		
aus geschützten Häusern ins Getto gebracht		25000	46500
Wallenbergs schwedische Rettungsaktion:			
in Gesandtschaftsgebäuden	500		
in geschützten Häusern	2000		
von dort ins Getto gebracht		2500	5000
durch das Schwedische Rote Kreuz (Ehepaar Langlet) ins Getto gebracht		3000	3000
durch das Internationale Rote Kreuz (Born/Komoly)			
in den Büros des IRK	2200		
in Kinderheimen des IRK	3800		
in IRK-Kinderheimen unter Leitung des evangelischen Pfarrers Sztchlo	2000		
von IRK-Kinderheimen ins Getto		3000	11000
in von Spanien geschützten Häusern	2000		2000
durch Portugal geschützt, dann ins Getto gebracht		800	800
vom Vatikan geschützt, dann ins Getto gebracht		2500	2500

	ausserhalb des Gettos:	im Getto:	zusammen:
Ausser den kurz vor der Befreiung ins Getto gebrachten Personen überlebten frühere Gettobewohner		32200	32200
Insgesamt Überlebende	55000	69000	124000

Alle diese Zahlenangaben sind, obwohl sie aus amtlichen Statistiken und auf Grund der Untersuchungen wissenschaftlicher Institute zusammengestellt wurden, nicht hundertprozentig genau. Niemand kann sagen, ob die Zahl der getauften Juden (rassisch Verfolgten) im März 1944 wirklich 100'000 (wie in vorliegender Aufstellung angenommen) oder 300'000 betrug (wie die Statistiker annehmen). Es ist nicht feststellbar, wieviele Personen bei Volkszählungen ihre jüdische Herkunft verschwiegen, ebensowenig, wieviele von diesen ermordet wurden. Man kann jedenfalls annehmen, dass mehr rassisch Verfolgte ums Leben kamen, als sich aus der Gegenüberstellung der früheren Volkszählungen mit der Zahl der Überlebenden ergibt.

Die Zahlenangaben über die in den durch die neutralen Staaten geschützten Häusern Überlebenden lieferten die Professoren Dr. Imre Heller und Dr. József Waldapfel. Sie waren als Beauftragte der schweizerischen Auswanderungsabteilung mit Sitz in der Vadász- und Wekerle-Gasse ständig in den durch die Schweiz geschützten Häusern unterwegs und brachten jeden Abend Lageberichte in die Wekerle-Gasse. Am Tag der Befreiung nahmen sie die Anzahl der Bewohner sämtlicher durch die Schweiz und von Schweden geschützter Häuser auf. Sie waren dabei auf die Angaben der Hauskommandanten angewiesen.

Friedrich Born – Ottó Komoly

Ottó Komoly wurde 1892 in Budapest geboren. Sein Vater nahm bereits am Zionistischen Weltkongress in Basel 1897 teil. Ottó trat in die Fussstapfen seines Vaters – schon mit 18 Jahren übersetzte er Herzls Roman «Alt-Neuland» ins Ungarische. Nach der Matura besuchte er die Technische Hochschule und erwarb dort sein Diplom als Bauingenieur. 1939, zu einer für Juden bereits äusserst gefährlichen Zeit, übernahm er die Funktion des Vorsitzenden im Zionistenverband. In der damaligen durch Erlass der Judengesetze geprägten Atmosphäre setzte er sich persönlich und schriftlich beim ungarischen Ministerpräsidenten und bei Regierungsmitgliedern mutig für die Interessen der Juden ein. Nach der Besetzung Ungarns wurde er Mitglied des Judenrates.

Anfang Mai 1944 kam der Vorsitzende der schweizerischen Handelskammer in Budapest, Friedrich Born, von einer Reise in die Schweiz zurück und nahm anschliessend die Funktion eines Delegierten zum Internationalen Roten Kreuz in Budapest ein. Auf Grund einer Vereinbarung mit Carl Lutz übernahm er es, bei der ungarischen Regierung und bei der deutschen Gesandtschaft energische Proteste im Namen des IRK einzulegen. Als er bald sah, dass auf diplomatischem Wege nicht viel zu erreichen war, suchte er nach anderen Methoden zur Hilfeleistung. Damals brachte ihn der bekannte Universitätsprofessor Kornél Körösy mit Ottó Komoly zusammen. Born erkannte, dass Komoly der richtige Mann für die Lösung schwieriger Probleme war und ernannte ihn zum Präsidenten der Abteilung A des Internationalen Roten Kreuzes. Er liess Komoly vollkommen freie Hand für jede Aktivität zu Gunsten der Verfolgten. So konnte die Abteilung A Mitarbeiterlegitimationen und Schutzpässe im Namen des Internationalen Roten Kreuzes unbeschränkt ausgeben. Alle Gebäude des IRK, auch das der Abteilung A, waren als extraterritoriale Gebiete anerkannt.

Für die Leitung der einzelnen Aufgabenbereiche suchte er die fähigsten Pioniere aus. Er gründete Heime für jüdische Kinder, deren Eltern verschleppt worden waren (eine Aufgabe, die auch Friedrich Born sehr am Herzen lag). Die auf seine Veranlassung angelegten Lebensmittellager (Leitung: Hansi Brand und Efra Teichmann) leisteten einen entscheidenden Beitrag zur Versorgung vor allem der Kinderheime, aber auch des Gettos. Dabei spielte auch der Transport – der Rudolf Weisz oblag – eine wichtige Rolle. Es sei noch erwähnt, dass Ottó Komoly den Pionierjugendorganisationen die Durchführung legaler und illegaler Rettungsaktionen ermöglichte. Alle diese Tätigkeiten waren gefährlich, überall gab es Todesopfer – sogar in den Kinderheimen.

Einige Tage vor der Befreiung von Pest erschienen zwei ungarische Offiziere in seinem (extraterritorialen!) Büro und luden ihn zu wichtigen Besprechungen ein. Ottó Komoly war gegen Verhandlungen ausserhalb seines Büros; auch seine Frau warnte ihn davor, das Gebäude zu verlassen. Den beiden Offizieren gelang es aber mit auserwählter Höflichkeit, sogar den gerade anwesenden Delegierten Weyermann von der Genfer Zentrale des IRK von

ihrer Lauterkeit zu überzeugen, sodass Ottó Komoly schliesslich doch mitging. Von diesem Weg mit den «höflichen» Herren kehrte er nie mehr zurück.

Am 29. Juni 1948 verlieh der ungarische Staat Ing. Ottó Komoly posthum den Freiheitsorden. Seine Witwe übernahm die Auszeichnung mit dem Hinweis, dass es die beste Achtungsbezeugung wäre, die Leistungen der zionistischen Widerstandsbewegung anzuerkennen. Sie bezog sich damit auf die Tatsache, dass diese Leistungen zurzeit des Stalinismus völlig vertuscht worden sind. Sogar im 42. Jahr nach der Befreiung beginnt man nur sehr zögernd darüber zu sprechen, dass die Pionierbewegungen zahlreiche Demokraten, Sozialisten, Kommunisten – Zivilisten und Soldaten – vor dem Tod bewahren konnten.

Komolys Weitblick wird am besten durch ein Zitat aus seiner bereits im Jahre 1919 erschienenen Studie über «Die Zukunft des jüdischen Volkes» erhellt. Er schreibt: «Der Militarismus hat noch nicht aufgehört zu existieren. Die Überreste des feudalistischen Systems konnten aus dem derzeitigen Produktionssystem noch nicht eliminiert werden. Der Gedanke eines Völkerbundes nach Wilsons Vorstellung war schon von Kant aufgeworfen worden und tauchte nach jedem grösseren Kriege immer wieder auf. Der technische Fortschritt war nicht imstande, das Blutvergiessen zu beenden – im Gegenteil, dieses griff immer mehr um sich, und auch das grauenhafte Massensterben konnte nicht die Einsicht bringen, dass eine andere, bessere, sittlichere Menschheit kommen musste. Die Moral versumpfte, die menschliche Würde wurde erniedrigt, und die höchste Schöpfung der Natur, der Mensch, wurde zum Werkzeug des Wahnsinns der Mächtigen.»

Es muss an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen werden, dass auch Komolys grosse Leistung für die Verfolgten ohne die weitgehende Hilfe Borns nicht möglich gewesen wäre. In der damaligen Lage gehörte grosser Mut dazu, das zu tun (und zuzulassen!), was Born tat. Heute aber ist Friedrich Born von allen vergessen.

Anhang 13

Raoul Wallenberg

Er war mehr als ein Diplomat: Er war ein wahrer Mensch. Sein Vater, ein schwedischer Marineoffizier, erlebte die Geburt seines Sohnes Raoul am 4. August 1912 nicht mehr, er starb drei Monate vorher. Die Erziehung des Jungen übernahm sein Grossvater Gustaf Wallenberg, ein Mann von grossem Weitblick, der im politischen Leben Schwedens eine bedeutende Rolle spielte. Er schickte Raoul viel ins Ausland, achtete darauf, dass er Fremdsprachen erlernte. In Amerika studierte Wallenberg Architektur und erwarb sein Diplom. Auf weiteren Reisen kam er auch nach Haifa und lernte dort jüdische Flüchtlinge aus Deutschland kennen. Ihre Berichte erschütterten ihn; die grosse Wende in seinem Leben brachte jedoch seine Entsendung nach Budapest. Über sein dortiges Wirken wurden schon viele Bücher ge-

schrieben, auch über sein späteres Verschwinden. Hier soll nur das Wichtigste erwähnt werden.

Wallenberg suchte nach seiner Ankunft in Budapest im Juli 1944 Konsul Carl Lutz auf und blieb auch weiter mit ihm in Verbindung. Beiden waren die Hände gebunden; als aber Lutz mit der Ausgabe von Schutzpässen in grosser Masse begann, folgte Wallenberg nicht nur seinem Beispiel, sondern erhöhte die von der schwedischen Regierung genehmigte Anzahl der auszustellenden Schutzpässe von ursprünglich 400 auf zunächst 2'000 und dann auf 4'000.

Das zweite Moment ist die Frage des Verschwindens von Wallenberg. Bis zum heutigen Tage erscheinen darüber die unsinnigsten und einander widersprechenden Nachrichten in den Zeitungen. Jenő Lévai, der in seinem 300 Seiten umfassenden Buch die Lebensgeschichte Wallenbergs verewigte, möchte irgendwie beweisen, dass dieser nicht in Russland ums Leben kam. Demgegenüber wurde der schwedischen Regierung zu Zeiten Chruschtschows – als man die Ungesetzlichkeiten der Epoche unter Stalin enthüllte – offiziell – s mitgeteilt:

«Als Resultat wurde ein Dokument vom Krankendienst im Ljubjanka-Gefängnis gefunden, das sich auf Raoul Wallenberg bezieht. Dieses Dokument hat die Form eines handgeschriebenen Rapports, gerichtet an den früheren Minister für Staatssicherheit, Abakumow, und ist ausgestellt vom Chef des Krankendienstes an diesem Gefängnis, A. L. Smoltsow. Es hat – n Inhalt: ‚Ich rapportiere, dass der Ihnen bekannte Gefangene Wallenberg heute nacht plötzlich in seiner Zelle starb, vermutlich als Folge eines entstandenen Herzinfarkts ... 17. Juli 1947.‘ »

(Der Empfänger des Rapports, der ehemalige Minister Viktor S. Abakumow, wurde in der Zwischenzeit hingerichtet.)

Anhang 14

«Tijul» – Flucht vor der Vernichtung

Moshe Pil (= János Szabó) als Mitglied des Hagana Zentralkomitees übernahm es, die Fluchthilfe für Verfolgte ins Ausland zu organisieren. An dieser lebensgefährlichen Tätigkeit nahmen Mitglieder aller zionistischen Jugendorganisationen teil. Da die diesbezüglichen Unterlagen vernichtet wurden – können (stellvertretend für alle) nur nachstehende Namen aus dem Gedächtnis aufgeführt werden:

Cohen, Eli
Diósi, Jakob
Felsenburg, Baruch
Fischer, Viki
Fried, Dov
Herbst, Mimis (= Hranyó, Imre)
Szamosi, Géza
Löwy, Pici

Neumann, Misho
Révész, Perez
Révész, Pufi (= Kadmon, Juda)
Robinson, Baruch
Sajó, Eli
Szabó, Jisrael (= Rebbe)
Vas, Amnon (= Barzel)
Tamarka, (Frau von Rafi Friedl)

Mitarbeiter

der Schweizer Gesandtschaft in Budapest in den Jahren 1944/45

Die Angehörigen sämtlicher Pionierorganisationen nahmen, bekleidet mit den verschiedensten Uniformen (Levente-, Pfeilkreuzler-, Militär-, SS-, Gendarmerie- usw.) und mit entsprechenden Ausweisen versehen, an den diversen Rettungsaktionen teil. Manche versahen – ohne Uniform – Kurierdienste in den Strassen von Budapest. Die einzelnen Gruppen stellten auch selbständig falsche «arische» Papiere her, manche sogar verschiedene Schutzpässe.

Die insgesamt etwa 500 jungen Leute (äusser den Zionisten nahmen noch etwa fünfzig Mitglieder der demokratischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien an der Rettungstätigkeit als Gesandtschaftskuriere teil), die in der geschilderten Weise tätig waren, kamen aus nachstehenden zionistischen Pioniergruppen: etwa 80 von Benej-Akiba (religiös), 30 von Betar (Revisionisten), 70 von Dror Habonim (Sozialdemokraten), 40 von Ichud (Sozialdemokraten), 90 von Makkabi Hatzair (Sozialdemokraten), 80 von Hanoar Hazoni (bürgerlich) und 160 von Hashomer Hatzair (Sozialisten). Die nachstehende Namenliste hat der Autor aus dem Gedächtnis zusammengestellt, sodass nur ein Teil der Aktivisten erfasst sein kann:

Abádi, I.	Freimann, A.	Kandell, M.
Aldor, P.	Fried, D.	Kárpáti, M.
Andai, Gy.	Fried, H.	Katz, J.
Angelusz, M.	Friedl, R. (= Sampiás, J.)	Katz, M.
Aronovics, M.	Friedl, T.	Kepes, L.
Ausländer, O.	Friedmann, D.	Klein, M.
Berger, Ch.	Friedmann, L.	Klein, M.
Biedermann, O.	Friedmann-Faludi, P.	Kluger, L.
Billitzer, D.	Gárdos, J.	König, M. P.
Billitzer, E. B.	Geyer, T.	Köves, E.
Braun, N.	Goldfarb, N.	Kohen, E.
Breuer, P.	Goldfarb, Z.	Krausz, S.
Deutsch, D.	Gottdiener, B. (= Gál)	Lichtmann, J.
Elefant, M. (= Pil, J. Szabó)	Grosz, D.	Löwenheim, S.
Elfer, K.	Grosz, I.	Löwi, A.
Elfer, O.	Groszberg, E.	Löwy, S.
Erdős, E.	Grossmann, S. (= A.)	Lukács, M.
Farkas, B.	Grözing, S.	Metzger, J.
Feigenbaum, E. (= Feigi)	Grünwald, D. (= Coca)	Megyeri-Mayer, J.
Felsenburg, B.	Grünwald, E.	Nagler, J.
Fisch, M.	Harkatan, I.	Nagy-Förster, M.
Fodor, I. (= Madar)	Herbst, M.	Neumann (Schwestern)
Fischer, V.	Hunwald, Sz.	Orbán, E.
Förster, T.	Izsák, P.	Orosz, Gy.
Frei, L.	Kalis	Pauncz, P.

Pii, M. (= Elefant, Szabó)
 Reich, Z.
 Reinitz, R.
 Révész, M.
 Révész, P.
 Révész, J.
 Riegner, E.
 Róna, I.
 Rosenbaum, P.
 Rosenblum, J.
 Sajó, E.
 Schäffer, E.

Schäffer, J.
 Schalk, B.
 Scharfstein, Z.
 Schenker, I.
 Schlesinger, M. (= Simor, J.)
 Schnabel, I.
 Schönfeld, Zs.
 Schwarcz, V.
 Schwarcz, Z.
 Somogyi, G.
 Szamosi, G.
 Teichmann, C.

Teichmann, E.
 (= Benkő)
 Uziel, M.
 Weinberger, E.
 Weingarten
 Weintraub, F.
 Weisz, D.
 Weisz, M.
 Weisz, M.
 Weisz, T.
 Wertheimer, J.
 Wetzler, M.



Rózsi Reinitz,
 die erste
 Sekretärin des
 Autors in der
 Vadász- und
 Wekerle-Gasse.



Klein, Vilmos



Dávid Grünwald (= Coca)

Lutz bei Horthy

In gewisser Hinsicht war es von historischer Bedeutung, dass die Schweiz auf Ersuchen der Amerikaner gerade Konsul Lutz – von dessen Budapester Tätigkeit zur Rettung verfolgter Juden im Jahre 1944 die damalige Schweizer Regierung nichts wissen wollte – zu Horthy entsandte. Er begleitete Horthy und dessen Familie auf der Fahrt von Weilheim über die Schweiz ins endgültige Exil.

Horthy und seine Familie wurden am 17. Oktober 1944 von Budapest nach Schloss Hirschberg bei Weilheim in Bayern transportiert. Sie lebten dort als Gefangene unter Aufsicht eines SS-Kommandos; im Schloss selbst wurden sie von zwölf Gestapoleuten und drei Polizeihunden bewacht. Am 1. Mai 1945 befreiten die Amerikaner Weilheim. Horthy wurde in Haft genommen und dann an verschiedenen Orten verhört; zuletzt war er im Gefängnis in Nürnberg. Der amerikanische Richter liess auch seinen Sohn aus dem KZ Mauthausen dorthin bringen. Am 17. Dezember 1945 wurde Horthy freigesprochen und gemeinsam mit seinem Sohn nach Weilheim zurückgebracht. Dort blieb die Familie bis 18. Dezember 1948, um dann über die Schweiz und Genua nach Estoril in Portugal zu fahren, wo sie Asylrecht bekommen hatte. Horthy und seine Frau blieben bis an ihr Lebensende in Estoril.

Carl Lutz führte in Weilheim ein langes Gespräch mit Horthy (damals machte er auch das im Bildteil gedruckte Familienphoto). Wie sich dabei herausstellte, kam Horthy gar nicht auf den Gedanken, dass seine Politik des Duldens und sogar Unterstützens der engen Bindung Ungarns an Faschismus und Nationalsozialismus verhängnisvoll gewesen war. Noch nach so vielen Misserfolgen, nachdem seine Offiziere zu Hochverrättern geworden waren, nachdem die Deutschen seinen Sohn verschleppt und ihn selbst verhaftet hatten, glaubte er, keine andere Wahl in der ungarischen Politik gehabt zu haben. Lutz zog aus seinem Gespräch mit Horthy den Schluss, dass die Hunderttausenden von Gefallenen der ungarischen Armee und die etwa 650'000 vernichteten ungarischen Juden deshalb sterben mussten, weil der Reichsverweser in seiner politischen Kurzsichtigkeit über kein entsprechendes Konzept verfügt hatte. Diese Meinung Lutz' wird allein schon durch die Tatsache bestätigt, dass Horthy am 15. Oktober 1944 wohl einen mutigen Aufruf gegen die deutsche Unterdrückung erliess, aber keinerlei Massnahmen für einen ernstzunehmenden Widerstand traf.

Die Gefallenen der Pionierbewegung

Insgesamt kamen etwa hundert Pioniere, Angehörige der verschiedenen zionistischen Jugendorganisationen, während des ungarischen Holocaust in Ausübung ihrer Rettungstätigkeit durch Erschiessen oder bei den Deportationen ums Leben. Hier die Namen, die wir erfahren konnten:

Adler, Neshor	Hermann, Uri
Barmat, Jitzchak	Kárpáti, Meir
Baumöhl, Maike	Klein, Meno
Berger, Michael	Kovács, Bandi
Berger, Shmuel	Kuntz, Jitzchak
Blau, Chajim	Langer, Miklós
Blau, Marei	László, Marica
Breuer, Avram	László, Pál
Deutsch, Joszi	Merkbreit, Tibor
Fischer, Avri	Mező, István
Fodor, Mordi	Neumann, Misho
Frey, Arje	Révész, Jirmi
Fried, Chajim	Sajó, Eli
Fried, Efra	Solti, Robi
Funk, Arje	Stern, Csandra
Fürst, Sándor	Weinstein, Shlomo
Gerson, Asher	Weinstock, Jitzchak
Gut, Marek	Wollner, Michael

In diesem Zusammenhang soll auch jener gedacht werden, die den Pionieren ihre tatkräftige Hilfe und Unterstützung gewährten:

Ing. **Ottó Komoly**: Der Präsident des Verbandes Ungarischer Zionisten wurde am 1. Januar 1945 verschleppt und kehrte nie mehr zurück.

Dr. **Lajos Fodor**: Der Vorkämpfer des Gedankens einer jüdischen Renaissance und Förderer der zionistischen Jugend verschwand schon in den ersten Tagen der deutschen Besetzung Ungarns. Seine Familie (mit Ausnahme der beiden Kinder, die mit einer Jugendgruppe nach Palästina gelangen konnten) wurde deportiert.

Von den leitenden Mitgliedern der Gesandtschaftsorganisation in der Vadász-Gasse wurden **Simcha Hunwald** und **Artur Weisz** verschleppt und getötet.

Organisationsaufbau

erwähnten Personen (siehe Bildteil)

Bauer, Béla
Bene (Schwestern)
Beregí, Dr. Endre
Blei, Dr. Miklós
Bohm, Dr. Sándor
Bonis, József
Braun, Nomi
Deutsch, Dundí
Eppler, Dr. Erzsébet
Fábry, Pál (Offizier)
Farkas, Ing. Zoltán
Feldmann, Ing. László
Fényes, Dr. Jenő
Fränkel, Jenő
Freund, Nándor
Fried, László
Friedmann, Dávid
Gedeon, Andor
Gedeon (Mutter)
Geiger, József
Geiger, Vilmos
Gellért, Dr. Endre
Geyer, Dr. Albert
Geyer, Dr. Artur
Grossman, A. (Dr. A. Kühne)
Groszberg, Elias
Heller, Ing. Imre
Herskovics, Dr. Fábían
Hirsch, Dr. Márton
Hunwald, Simcha
Ilofszky (Schwestern)
Katona, Dr. Imre
Kelényi, Dr. Pál
Klein, Miklós
Klein, Vilmos
Kluger, László

König, Dr. Pál
Kornfeld, Dr.
Lukács, I.
Mezei, Dr. Rezső
Mikes (Graf)
Nagy, Dr. László
Nathan, Dr. Sándor
Németh, József
Neumann, Dr. Frigyes
Orbán, Erzsi
Pauncz, Pál
Reich, Dr. Imre
Robicsek, Jenő
Rosenfeld, Dr.
Salamon, Mihály
Salczer, Lajos
Sole, Dr.
Szendrő, Dr. Károly
Scheiber, Dr. Sándor
Schnabel, Magda
Schwarcz, Sándor
Stern, Dr. Viktor
Teichmann, Dr. Jakob
Trencsényi-Waldapfel, József
Vermes, Magda
Vészi, Miklós
Weinberger, Erzsébet
Weinberger, Dr. Ödön
Weisz, Arthur
Weisz, László
Weisz, Viktor
Weisz, Vilmos
Weisz (Chauffeur)
Welkovics (Schwestern)
Wertheimer, Juda
Zoltán, Dr. Jenő

Namenregister

- Abakumow, Viktor S. 273
Aczél, György 85
Adler, Neshet 86
Albrecht, Erzherzog (Habsburg) 29
Alexander I., jugosl. König 13
Angelusz, Moshe 136
Antall, Dr. József 100
Appelfeld, Jenő (= Perez) 158
Avramcsik, Dov 83
- Bacsó, Béla 171
Bagossy 180, 181
Bajcsy-Zsilinszky, Endre 25, 170, 172
Baky, László 37, 39, 99, 103, 114, 249, 250, 251
Balassa 89
Baranyaí, Dr. Lipót 100, 101, 102, 103
Bárdossy, László 25, 26, 250
Bartels 247
Batizfalvy, Dr. Nándor 179, 180
Bauer, Béla 144
Bauer, Jenő 91
Baumann, Dr. Johannes 198
Bavier, Jean de 54
Bene, Ági (und Schwester) 136
Benej-Akiba 274
Benkő, Imre (= Teichmann, Efra) 154
Bereczky, Albert 168
Beregfy, Károly 170, 171, 249, 251
Berkovits, Mihály Bildteil
Berkovits, Frau Bildteil
Berkovits, Gizella Bildteil
Betar 274
Biss, Andor 83
Blatt, Leon 83
Boegner, Marc 214
Böhm, Dr. Sándor 144
Boldizsár, Iván 88
Boninsegni, Pasquale 265
- Bonis, József 86
Bonczos, Miklós 98, 169
Böhm, Friedrich 39, 40, 41, 84, 120, 123, 128, 269, 271, 272
Bornstein, Dávid 267
Brand, Hansi 65, 83, 85, 87, 271
Brand, Joel 83, 112
Brand (Mutter) 87
Braun, Eva 188
Braun, Nomi 136
Breszlauer, Dr. Árje 90, 180
Briner, Dr. Robert 215
«Brit Irgunim Chalutzim» (= Verband der jüdischen Pionierbewegungen) 80
Brunschvig, Dr. Georges 215
Büchler, József 86
Bühler, Dr. 255, 263
- Chancelier, Olivier 265
Chorin, Ferenc 111
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 49, 273
Churchill, Sir Winston 64, 65
Ciano, Graf Galeazzo 20
Clémenceau, Georges 241
Clottu, P. 224, 225
Csatay, Lajos 115
Czeyda-Pommersheim, Prof. Ferenc 266
- Danielsson, Carl Ivan 46
Darlan 246
Degrelle 246
Demény, Pál 84, 88, 94
Déry, Tibor 88
Domény, Dr. Lajos 79
Doriot 246
Drahos, Lajos 84, 88
Dreyfus, Alfred 240, 241
Dror, Habonim 274

Ehrenburg, Ilja 49
 Eichmann, Adolf 36, 40, 62, 65,
 67, 68, 69, 70, 72, 73, 74, 75, 103,
 110, 112, 114, 115, 117, 127, 169,
 180, 201, 251, 253, 256
 Einstein, Albert 47
 Eisenberg, Feri 88
 Elfer, Anna 93, 159
 Elfer, Osz 93, 159
 Endre, László 37, 39, 99, 103, 114,
 115, 249, 251
 Eötvös, Károly 240
 Eppler, Dr. Sándor 44
 Erdős, S. (Gestapohäftling) 102

 Fábry, Pál 88, 183
 Faragho, Gábor 99, 100
 Fankhauser, Gertrud (= Lutz) 10,
 245, Bildteil
 Farkas, Frau 158, 159
 Federit, Onkel 83, 87
 Fehér, Géza 37
 Feigenbaum, Endre (= Feigi) 88,
 89, 90, 165, 166
 Feine, Gerhard 57, 62, 63, 65, 69,
 70, 71, 73, 74
 Feketehalmy-Czeydner, Ferenc 24,
 25, 30, 171, 172
 Feldmann, Dr. Markus (Bundesrat)
 7, 8, 222, 223
 Feldmann, Ing. László 157, 173
 Felix, Frau (László) Bildteil
 Feller, Harald 124, 128, 183, 189
 Felsenburg, Paul (= Baruch) 93,
 158, 159, 163, 164
 Ferenczy, László 38, 103, 104,
 142, 249, 251, 252
 Fettmann, Josef 168
 Fildermann, Dr. W. III
 Fodor, Lajos (Journalist) 101, 102
 Forgách, Graf 90
 Frankfurter, David 196, 197, 199
 Franz Joseph I., Kaiser v. Österreich,
 König v. Ungarn 244
 Freister, Dr. 255
 Freudiger, Familie 267
 Freudiger, Fülöp, v. Óbuda III, 280

Friedeburg, von 188
 Friedl, Rafi (= Sampiás, János) 51,
 52, 56, 89, 94, 104, 112, 150, 151,
 152, 156, 266
 Friedmann, Dr. Ignác 101

 Gedeon, Andor 136
 Gelten, Dr. Endre 144
 Geyer, Dr. Albert 267
 Gischitz, Bandi 84, 88
 Globke, Dr. Hans 43
 Gobineau, Graf Joseph Arthur de 241
 Goebbels, Joseph 30, 45, 70, 71, 75, 188,
 253, 254
 Goldmann, Nachum Bildteil
 Gömbös, Gyula 171
 Göring, Hermann 45, 255
 Golay (Rektor) 264, 265
 Goldfarb, Neshka 90
 Goldfarb, Zwi 85, 90
 Graber, Pierre 214
 Grassy, József 25
 Grell, Dr. Theodor Horst 39, 40,
 41, 75, 134
 Grosz, Dávid (= Farkas, Tibor = Ing.
 Gur) 85, 86, 87, 88, 89, 90
 Grüninger, Paul 52, 53
 Grünwald, Dávid (= Coca) 93, 275
 Grynspan, Herschel 45
 Gustav V., König von Schweden
 14, 46, 201
 Gustloff, Wilhelm 195, 196, 197,
 198, 199, 200, 247
 «Guter Hirte» (= Institution der
 evang. Kirche als Sektion des IRK
 zur Betreuung von Kindern) 120

 Häsler, Alfred A. 264
 «Hagana-Komitee» (= Selbstschutz-
 komitee der zionistischen Pionier-
 organisationen) 83, 92, 93, 94, 168
 «Hajdok» (= kommunistische Wider-
 standsgruppe, benannt nach ihrem
 Leiter) 94

- Halász, Vera 139
Hanoar, Hazioni 274
«Hashomer Hatzair» (= linksorientierte zionistische Jugendbewegung) 51,86,164,166,274
«Hatzala» (= zionistische Schutzorganisation) 83
Helldorf, Graf Wolf von 266,228
Heller, Ing. Imre 144,270
Hennel, Hauptmann 95, 96, 97
Herbst, Juci 150,151
Herbst, Mimis (= Hranyó, Imre) 89, 93, 150, 152, 153, 267
Hermann, Zwi 83
Herskovics, Dr. Fábíán 144
Herzl, Dr. Theodor 97,271
Heydrich, Reinhard 45, 70, 255, 256,259,260, 263
Hilsner, Leopold 241,243
Himmler, Heinrich 36, 65, 70, 75, 226, 253
Hindy, Iván 183
Hitler, Adolf 13, 17, 18, 19, 20, 23, 24, 30, 33, 34, 35, 42, 43, 47, 49, 70, 73, 116, 117, 152, 161, 171, 188, 199,202,205,225, 246, 250,252,253,258
Hlinka, Pfarrer 13, 247
Hoffer 78, 107, 108
Hofmann 256, 260, 262
Hóman, Dr. Bálint 171, 172
Horák, Pál (= Ing. Weizkopf) 156, 159,161,162
Hori (Schutzmann) 187
Horthy, Magda 101,103
Horthy, Miklós, v. Nagybánya 12, 14, 17, 24, 25, 26, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 36, 37, 38, 39, 41, 46, 79, 81,85,98,99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 110, 113, 114, 115, 116, 118, 123, 127, 161, 170, 171, 175, 249, 250, 251,252, 265, 266, 269, 276, Bildteil
Horváth, Attila 174,183
Horváth, Márton 85, 88
Hranyó, Antal (= Tóni) 174, 177, 178, 179
Hunwald (Mutter) 167
Hunwald, Simcha (= Kühne, János) 166,167,168
Hurter, Ernst M. 214
Ichud 274
Illofsky (Schwestern) 136
Imrédy, Béla 35, 65, 98, 115, 247
Istóczy, Győző 240
Jaeger, Maximilian 33, 39, 62, 63, 128,149
Jaross, Andor 37, 65, 98, 115
Jaurès, Jean 241
Jewtuschenko, Jewgenij 49
Jezler, Dr. R. 211,213,216
Jurcsek, Béla 116
Kádár, Iván 88
«Kadima» (= jüdische Pfadfinderorganisation) 79
Kállay, Miklós, v. Nagykálló 26, 29, 33,82, 160, 247,248,254
Kaltenbrunner, Ernst 36, 37
Kant, Immanuel 272
Kaposy, Béla 177
Kasztner, Dr. Rezső 56, 65, 83, 85, 112
Keitel, Wilhelm 188
Kemény, Baron Gábor 128, 134, 137,142,181
Kertész, Dr. Miklós 86
Kilchmann, Dr. Antoine J. 116, 183
Kiss, János 170,172
Kiss, Károly 85, 88
Klein, Menő 83
Klein, Vilmos (= Vili) 275,278,
Klopper, Gerhard 255
Kluger, László (= Laci) 155, 176, 177, 178,179
Köböl, József 88
König, Dr. Pál 144
Kolb, Jenő 83

Körösy, Dr. Ferenc, v. Szántó 265
266,267

Körösy, Prof. Kornél 271

Körösy, Stefi 267

Körösy, Gábor 267, 270

Komoly, Lilla 271,272

Komoly, Ottó 56,83,84,85,113,
120 168, 169,269,271,277

Kornfeld, Baron Móric 111

Kozma, Miklós, v. Leveld 171

Kovarcz, Emil 99,171

Krausz, Arnold 27, 28, 29, 54, 55, 56

Krausz, Miklós 103, 107, 109

Kritzinger 255

Kristóffy, József, v. Csejte 250

Krúdy, Ádám 250

Krumey, Hermann 72

Krupp, Alfred 207

Kubissy 186

Kühne, Alexander (Pseudonym des
Autors) 144

Künder, Dr. Antal 35, 64, 98, 116

Kún, Pater András 118, 187

Kusnezow, Anatoli 49

Lakatos, Géza, v. Csikszentsimon
102, 115, 116,128

Laky, Dr. Dezső 100, 101

Lange, Dr. Fritz 256

Langer, Miklós (= Miki) 88, 89

Langlet, Valdemar 119,269

Lázár, Károly 115

Leibbrandt, Dr. 255

Lemke 101, 102

Lévai, Jenő 109,273

«Levente» (= ungarische paramilitäri-
sche Jugendorg.) 80, 81,279

Lincoln, Abraham 10

Ludendorff, Erich 42

Ludwig, Prof. Dr. Carl 203, 210,
211,213,214,215,216,217,219,
221,222,223,264

Lueger, Karl 198

Luther 255, 260

Lutz, Carl 7 ff.

Lutz-Fankhauser, Gertrud 15, 42,
63, 145, 180, 181, 205, 206, 245,
246, Bildteil

Makai, János 101

«Makkabi Hatzair» (= sozialistische
zionistische Jugendorganisation)
164,274

Mann, Thomas 47

Marin, József 90,91

Markos, György 88

Marton, Dr. Emő 111

Masaryk, Thomas 241,242, 243

Mauthner 111

Mayer, József (= Megyeri, József) 94

Mayer, Max 189

Mayer, Saly 4,193,219,225

Mayer, Dr. Alfred 255, 263

Megyeri, József (= Mayer, József)
85,94

Mester, Miklós 113

Miklós, Béla, v. Dálnoki 100

Milan 150,151,152,153

Milan, Frau 152

Molotow, Wjatscheslaw 99

Montesquieu, Charles de Secondât 21

Móricz, Virág 88

Móricz, Zsigmond 88

Mosley 246

Müller, Heinrich 256

Mussolini, Benito 12, 19, 188, 264, 265

Nagy, András, von Tasnád 172

Nagy, Ferenc 96

Nagy, Jenő 170,172

Napoleon I. (Napoleon Bonaparte) 21

Nedic 24

Nemes, József 100

Neumann, Prof. Dr. Henrik, v. Héthárs
44,255,263

Neumann, Staatssekretär 255

Nilsson, Ásta 119
Nonn, György 85, 88, 94
Nowak, Franz 72

Oeri, Albert 214
Österreichischer Kaiser/König von
Ungarn (Franz Joseph I.) 22
Offenbach, Sándor 83
Ónody, Géza 239
Oprecht, Dr. Hans 222

Pach, Dr. Zsigmond Pál 267
Papén, Franz von 11,205, 207, 252
Parragi, György 34
Pavelic, Ante 13,254
Perlasca, Giorgio (= Jorge) 120
Perret, Henri 214
Perényi, Baronin 183
Pétain, Philippe 214
Pil, Moshe (= Szabó, János) 83, 87
89,90,95,273
Pius XII., Papst 13, 14, 46, 47, 201
Popovics, Milan 247
Preto 246

Rajk, László 85
Rátz, Jenő v. Nagylak 64, 65
Rauschnig, Hermann
Reinitz, Rózsi 275
Remény-Schneller, Lajos 116
Révész, Perez 85, 165, 166
Riegner, Dr. Gerhart M. 211,216
Rings, Werner 264
Rittmeyer, Dr. Ludwig 214
Roosevelt, Franklin Delano 14, 44
46,48,64,65,73, 113,221
Rosenberg, Alfred 204
Rosenberg, Ing. Moshe 83
Rossi 88
Roth, Dr. Siegfried 267
Rothmund, Dr. Edmund 52, 53,
111, 190, 192, 198,203,213,216, 218, 219,
224, 225, 227, 228, 229, 264

Róttá, Angelo 46, 92, 115, 1 16,
124,128,148,189
Rousseau, Jean Jacques 21
Rozsnyai 101
Rüedi, Jacques Bernard 246

Sacco und Vanzetti 10
Sagalowitz, Dr. Benjamin 203, 211, 216
Salamon, Mihály 78, 95, 97, 107
Sampíás, János s. Friedl, Ráfi
Simon (Wachtmeister) 169, 174, 175
Smoltsow, A. L. 273
Sólymosi, Eszter 239, 240, 243
Somogyi, Béla 171
Speirer 221
Szabó, Pál (= Pali-Bácsi = Onkel Pali)
86,169,170,171
Szakasits, Árpád 86, 98
Szalai, Pál 124,186
Szálasi, Ferenc 29, 94, 99, 100, 106, 116,
117, 118, 119, 120, 124, 127, 128, 134,
137, 145, 148, 169, 170, 171, 185,201,
247, 250, 251, 266
Szatmári, Jenő 109
Széchenyi, Graf Bildteil
Szekulesz, László 157
Szent-Iványi, Domokos 99
Szombathelyi, Ferenc 24
Sztehlo, Gábor 120,269
Sztójay, Döme 34, 36, 37, 38, 46,
63, 110, 114, 115, 116, 128, 131, 250,251

Scharf, József 240
Scharf, Móricz 240
Schoengart, Dr. 256
Schlesinger, Dr. Juda 267
Schmidhuber 124
Schnabel, Imre 157
Schnabel, Magda 136
Schröder 207
Schwedischer König (Gustav V.)
14,46,201

- Stalin, Josif 12,49,273
 Starcevic, Ante 13
 Steger (Ehepaar) 73
 Steiger, Eduard von 52, 53, 111,
 193,203,210,211,212,213,216, 218, 219,
 220, 222, 224, 225, 228, 264
 Steiner, Dr. 135,158
 Stern, Samu 28, 103, 113
 Strasser, Gregor 253
 Streesemann, Gustav 62
 Stuckart, Dr. Wilhelm 43, 255, 262
 Stumpf 118

 Tartsay, Vilmos 88,170,172
 Taubes, Dr. Zwi 215
 Teichmann, Cipi 86, 87, 150, 151,
 152,153,154
 Teichmann, Efra (= Benkő Miklós)
 86, 87, 88, 152, 153,271
 Teleki, Graf Géza 99, 250
 Tildy, Zoltán 86, 98
 Tiso, Jozef 13
 Török, Árpád 26
 Tóth (Schutzmann) 187
 Trencsényi-Waldapfel, Imre 144
 Tuka, Dr. Vojtech (Ministerpräs.
 Tschechoslowakei) 13
 T. M. (ein Drucker) 31

 Ujváry, Sándor 125

 «Vaadat Hatzala» (= zionistisches
 Rettungskomitee) 87,112
 Vajna, Dr. Emő 125,127,185, 186
 Vasdényei, Lajos 175
 Veesenmayer, Dr. Edmund 34, 36,
 41, 62, 63, 64, 65, 67, 68, 69, 74,
 98, 99, 102, 114, 116, 117, 169, 251, 254
 Vészi, Miklós 174
 Velkej, Charles 187
 Vogt, Pfarrer Paul 214
 Voltaire (François Marie Arouet) 21

 Vonrufs, Ernst 185

 Waldapfel, Dr. József 270
 Walderwalls (= Gruppe) 88
 Wallenberg, Gustav 272
 Wallenberg, Raoul 119, 123, 124,
 128, 134, 138, 169, 179, 180, 189, 230,
 269, 272
 Wallisch, Antonia Bildteil
 Wallisch, Marianna Bildteil
 Wallisch, Oszkár Bildteil
 Walsin-Esterhazy, Marie-Charles 240
 Wechsler, Miso 88
 Weil, Schraga 86
 Weiser, Frau (Adolf) Bildteil
 Weiser, Frau (Géza) Bildteil
 Weiser, Péter Bildteil
 Weiser, Tamar Bildteil
 Weisz, Artur 183,184
 Weisz, Baron 111,267
 Weisz, Jehuda 83,155
 Weisz, Rudolf 271
 Weiskopf, Ing. Moshe (= Horák
 Pál) 159,160,161,162,163,164
 Weizmann-Vészi, Miklós 173, 174
 Weizsäcker, Ernst von 213
 Welkovich (Schwestern) 136
 Werth, Henrik 250
 Weyermann, Hans 271
 Wiesel, György 167
 Wiesenthal, Simon 253
 Wilhelm, Dr. Károly 55
 Wilson, Thomas Woodrow 272
 Winkelmann, Otto 98, 117
 Wysliceny, Baron Dieter 72
 Wolf, Péter 169

 Zimmermann, Dan 86
 Zigmund-Pach, Dr. Pál 267
 Zöldi, Dr. Márton 25
 Zola, Emile 240,241,242
 Zürcher, Dr. Peter 125, 135, 185, 186

*Bitte beachten Sie
auch die – Seite*

Aron Ronald Bodenheimer

Teilnehmen und nicht dazugehören

Nachdenken über unsern Glauben und euren Glauben,
über unsern Stamm und eure Stämme,
über uns und euch

Wenn einer von «katholischen Mitbürgern» reden würde, man würde ihn auslachen. Denn die sind's, und solch feierliche Anrede würde sie isolieren. Die Isolation der Juden aber wird gepflegt, aus falscher Rücksicht und feiger Vorsicht, wenn nicht aus Heuchelei. Das kann wieder einmal böse enden. Endlich hat nun jemand mitten in diese Verlogenheit und Verkniffenheit hineinformuliert, glücklicherweise ein Jude, denn so jemanden kann man nicht hinterrücks aufs Kreuz legen oder gar aufs Hakenkreuz legen.

Verachtung bringt Bodenheimer auf, wenn im «Souvenirkiosk der Freiheit» die «Humanen» von den «Bösen» mit «Blick aufs eigene Konto» parasitieren. Sympathisieren mit den Armen, Unterdrückten, Verfolgten, aber wehe, die wollen Hilfe, suchen Zuflucht. Wenn die Sache später ausgekämpft ist, empfiehlt sich die Schweiz als Altersheim für die inzwischen kraftlos Gewordenen, falls die sich dieses Heim nicht leisten können. Das sind keine beliebigen Sarkasmen, das ist der Extrakt von konkreten Beispielen vor, während und nach dem Hitlerismus.

Hoffnung setzt Bodenheimer auf Nazareth – oder einen ähnlich «fatalen Ort», verwahrlost und zerstritten, geprägt von Arbeitslosigkeit und ihren Folgen: Neid und Hass. In Nazareth sei «alles so aufgewühlt, dass ihm kreative Potenz zuzutrauen ist». Wer der Heilsbringer sein wird – wer weiß. Wenn ein Jude, dann «wohl eher orientalischer Herkunft», vielleicht aber auch ein Araber.

Der Wandertrieb der Juden: eine Befruchtung für die Welt der Sesshaften. Und nun sollen sie in Israel zu Hause sein. Daher die «jüdische Hast», im Gegensatz zur orientalischen Ruhe. Was die Araber angeht, da ist er für bedingungslose Aussöhnung.

In Bodenheimers Aufsätzen, deren Thesen an Erlebnissen mit Land und Leuten exemplifiziert sind, ist selten von der Bundesrepublik die Rede, aber zwischen den Zeilen ist sie immer gegenwärtig, als hochempfindliches Testgebiet, das immer noch vermint ist. Einige Minen hat Bodenheimer hochgehen lassen. Wer will, kann das überhören und übersehen. Aus Philo-semitismus, der in diesem Falle direkt in Antisemitismus umschlüge.

Die Zeit, Hamburg

Verlag im Waldgut
CH-8636 Wald